

zivilschutz magazin



„Rat der Frauen“ des schwedischen Zivilschutzverbandes informierte sich

Anfang Oktober weilten die Mitglieder des „Rates der Frauen“ des schwedischen Zivilschutzverbandes zu einem Informationsbesuch in der Bundesrepublik. An der in Birkenfeld/Rheinland-Pfalz gelegenen Schule des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden die Gäste aus Skandinavien über die Organisation und die Aufgaben der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes ausführlich unterrichtet; dabei wurde auch der Selbstschutz und besonders die Rolle der Frau in diesem Bereich diskutiert. Großes Interesse brachten die Besucherinnen den praktischen Vorführungen aus der Selbstschutz-Arbeit entgegen.

Zugleich berichteten die Mitglieder des „Rates der Frauen“ über den schwedischen Zivilschutzverband, der auf freiwilliger Basis die Bürger über die Zivilverteidigung informiert sowie im Selbstschutz unterrichtet. Die Ausbildung in Schweden umfaßt einen 14stündigen Lehrgang, wovon vier Stunden auf das Thema „persönlicher Schutz“, sechs auf die Unfall- und Erste Hilfe sowie vier weitere Stunden auf den Feuerschutz entfallen. Die staatlichen Zivilschutzschulen bieten darüber hinaus – ebenfalls auf freiwilliger Basis – erweiterte und ergänzende Lehrgänge an.

Am Donnerstag, dem 9. Oktober 1980, wurden die Damen aus Schweden von der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, in Bonn empfangen. Neben einem Gedankenaustausch stand eine Führung durch das Bundeshaus auf dem Besuchsprogramm.

Die Vorsitzende des Frauenrates des schwedischen Zivilschutzverbandes, Anna Rudling, betonte bei ihrem Abschied in der Bundesrepublik, daß der Studienaufenthalt wertvolle Informationen und einen tiefen Einblick in die Arbeit des deutschen Zivil- und Selbstschutzes gebracht habe.



„Der Rat der Frauen“ des schwedischen Zivilschutzverbandes war zu einem Informationsbesuch in der BVS-Schule Birkenfeld zu Gast.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist zum 1. August 1981 folgende Stelle neu zu besetzen:

Leiter/in der BVS-Schule Voldagsen in Copenbrügge (Niedersachsen)

Die Schulen des Bundesverbandes für den Selbstschutz wirken bei der Erfüllung der dem BVS gesetzlich übertragenen Aufgaben mit. Der internatsmäßige Schulbetrieb umfaßt insbesondere:

- Fach- und Fortbildungslehrgänge für Mitarbeiter des BVS,
- Informationsseminare und -tagungen für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und
- Selbstschutz-Fachlehrgänge und Übungen für den Selbstschutz in Behörden und Betrieben.

Gesucht wird ein/e verantwortungsbewußter/e Mitarbeiter/in mit Führungseigenschaften, Durchsetzungsvermögen, Urteilsfähigkeit sowie überdurchschnittlichen Fachkenntnissen und Erfahrungen in der didaktischen und rhetorischen Unterrichtsgestaltung. Bevorzugt werden Bewerber mit abgeschlossener Ausbildung und langjähriger Tätigkeit im BVS.

Geboten wird eine Vergütung bis zur Vergütungsgruppe III BAT sowie die Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **30. Januar 1981** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz – Bundeshauptstelle – Eupener Straße 74 – 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anfrage übersandt. Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung.

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter/in der BVS-Dienststelle Kaufbeuren**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 7. 1981 –
2. **Leiter/in der BVS-Dienststelle Kaiserslautern**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 7. 1981 –
3. **Fachbearbeiter/in II 2 bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 5. 1981 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt. Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Januar 1981** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz – Bundeshauptstelle – Eupener Straße 74 – 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung.

zivilschutz magazin



12/80
Dezember



ISSN 0173-7872

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Papst Johannes Paul II. in Köln: Großeinsatz bei Sturm und Regen“ 3
Über 3000 Helfer im Einsatz anlässlich des Papstbesuchs und des Gottesdienstes.



„Hilferufe aus der Dunkelheit“ 8
Erdbebenkatastrophe in Süditalien: Deutsche Hilfe für die über 300000 Obdachlosen.

„Humanitäre Hilfe ist ein Ausdruck spontaner Solidarität des deutschen Volkes“ 13
Bundesinnenminister Baum empfing die aus Sambia, Somalia und Algerien zurückgekehrten THW-Helfer.

„Sie wissen aus eigenem Erleben, daß die solidarische Gesellschaft keine Utopie ist“ 16
NRW-Innenminister Dr. Schnoor gab für die Vertreter der Hilfsorganisationen und der Feuerwehrverbände einen Empfang.

„Harter Einsatz bei Eis und Schnee“ 18
Katastrophenschutzübung der Stadt Gelsenkirchen mit 900 Übungsteilnehmern.

„Eine Welt im Maßstab 1:87“ 20
Ein Blick in die Welt der Modellsammler und -bauer: Wenn es auf den Millimeter ankommt.

„Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den niederländischen Katastrophenschutzbehörden“ 23
Rahmenübereinkommen des Europarates sieht Erleichterung der gegenseitigen Hilfe bei Unglücks- und Katastrophenfällen vor.

„Der Zivilschutz muß verbessert werden“ 25
Staatssekretär Ruder, Innenministerium Baden-Württemberg: Den Schutzraumbau stärker als bisher vorantreiben.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst.



Umschau

Katastrophen so wirkungsvoll wie möglich begegnen: Innenministerkonferenz beschloß Empfehlungen

Eine Verbesserung der Vorsorge und des Selbstschutzes der Bürger in Katastrophenfällen sowie der öffentlichen Katastrophenvorsorge wird von den Bundesländern angestrebt. Grundlage hierfür sind „Empfehlungen zur Katastrophenvorsorge und für das Verhalten in Katastrophenfällen“, die auf Vorschlag des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Herbert Schnoor vor kurzem auf der Ständigen Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder beschlossen worden sind.

„Mit den Empfehlungen soll erreicht werden, daß die Auswirkungen von Katastrophen so gering wie möglich gehalten werden“, erklärte Innenminister Dr. Schnoor. Die Empfehlungen beziehen sich auf die besonderen Aufgaben des Katastrophenschutzes, vor allem auf die Vorbereitung der Katastrophenschutzbehörden für den Fall, daß eine Katastrophe eintritt. Bei den Empfehlungen sei man allerdings davon ausgegangen, daß ein absoluter Schutz durch den Staat für alle erdenklichen Gefahrenlagen trotz Einsatzes hoher personeller und sachlicher Mittel nicht erreichbar ist. Man müsse daher auf der Vorsorge und der Selbsthilfe des verantwortungsbewußten Bürgers aufbauen können, so daß sich staatliche und private Maßnahmen gegenseitig ergänzen. Durch ein Mindestmaß an privaten Vorkehrungen für Notfälle sowie das Wissen um richtiges Verhalten in Notsituationen kann die Gefährdung des Bürgers und seines Eigentums in Katastrophenfällen wesentlich gemindert oder sogar verhindert werden.

Die Empfehlungen enthalten eine Reihe von Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensmaßregeln für den Bürger, und zwar u. a.:

- Anlegen eines Grundvorrats an Nahrungsmitteln und Getränken sowie einer Hausapotheke,
- Lagern einer Mindestmenge an Brennstoffen,
- Schutz vor den Folgen eines Ausfalls der Stromversorgung,

- Bereithalten der wichtigsten Telefonnummern (z. B. des Notrufs, der Feuerwehr, der Kreisverwaltung, der Gemeindeverwaltung, der Polizei, des Hausarztes und des Krankenhauses,

- jeder Haushalt sollte über ein netzunabhängiges Rundfunkgerät verfügen, damit wichtige behördliche Durchsagen im Katastrophenfall alle Bevölkerungsteile erreichen können.

- Beschaffung von Bergungs- und Reparaturwerkzeugen für Selbsthilfemaßnahmen,

- Bereitstellung eines Notgepäcks für den Fall einer notwendigen Evakuierung,

- in Katastrophenfällen und sonstigen Notsituationen gilt es besonders Ruhe zu bewahren, Sirensignale, amtliche Durchsagen und Weisungen zu beachten, das Telefonnetz nicht zu blockieren und Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten soll die öffentliche Katastrophenvorsorge schrittweise verbessert, das Personal der Katastrophenschutzbehörden verstärkt, Fernmeldeverbindungen ausgebaut und vermehrt sowie die Ausbildung im Katastrophenschutz intensiviert werden. Die Ständige Konferenz der Innenminister empfiehlt weiter, die Ausstattung des Katastrophenschutzes zu erweitern und zu verbessern.

Dr. Schnoor: „Die Bevölkerung soll durch umfassende und vorsorgliche Aufklärungsmaßnahmen über mögliche Katastrophengefahren, das bei Katastrophen gebotene persönliche Verhalten sowie Vorbereitungen und geplante Maßnahmen der Katastrophenschutzbehörden unterrichtet werden.“

Bundespräsident Carstens wurde Ehrenbrandmeister

Die Freiwillige Feuerwehr Stommeln (bei Köln) hat einen weiteren prominenten Ehrenbrandmeister in ihren Reihen: Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens wurde dieser Ehrentitel Anfang Dezember feierlich verliehen. Mit der Annahme dieses Titels wollte der Bundespräsident die Arbeit und die Verdienste aller deutschen Feuerwehren würdigen.

Die Stommelner Wehr zählt zu ihren Mitgliedern bereits so prominente Ehrenbrandmeister wie Bundeskanzler Helmut Schmidt, den Kölner Erzbischof Josef Kardinal Höffner, den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Willi Weyer, und den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr von Heeremann.

NRW-Innenminister Dr. Schnoor für wirkungsvolle Zusammenarbeit aller Feuerwehren

„Die Feuerwehren haben einen hohen Stellenwert in der Sicherheitspolitik der Landesregierung.“ Dies betonte am 18. November 1980 der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor auf einer Tagung des Feuereschutzbeirates des Landes in Düsseldorf. Einziger Tagesordnungspunkt der Zusammenkunft, an der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, der Freiwilligen Feuerwehren, der Werksfeuerwehren, der Berufsverbände sowie der Versicherungen teilnahmen, war die Erörterung der wirkungsvollsten Zusammenarbeit von Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren zum Schutz aller Bürger.

Mit dem „Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen“ (FSHG) ist der Feuerschutz in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden den Freiwilligen Feuerwehren voll übertragen, wobei in den mittleren kreisangehörigen Städten (25 000 bis 60 000 Einwohner) eine Unterstützung der ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren durch hauptamtliche Kräfte erfolgen kann. Bei großen kreisangehörigen Städten (60 000 bis 150 000 Einwohner) besteht die Verpflichtung, eine mit hauptamtlichen Kräften ständig besetzte Feuerwache einzurichten, um eine schnelle Einsatzbereitschaft sicherzustellen.

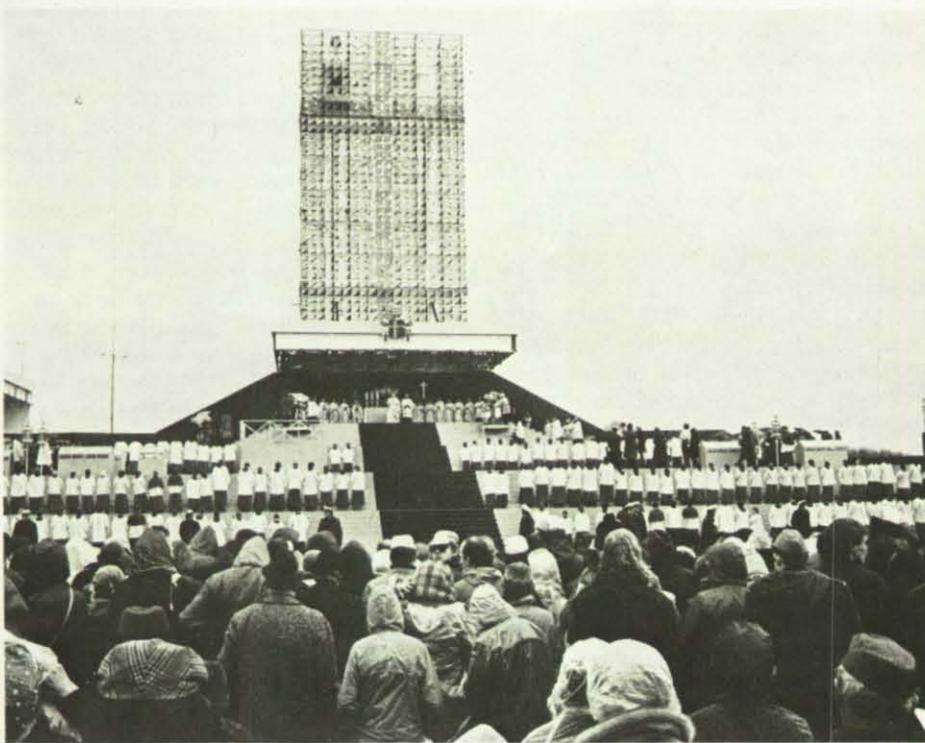
Berufsfeuerwehren, die zunächst in Städten über 100 000 Einwohner vorhanden waren, sind seit 1979 – nach dem 2. Funktionalreformgesetz – nur in kreisfreien Städten einzurichten, wobei die Freiwilligen Feuerwehren bestehen bleiben. Unabhängig hiervon können aber kreisangehörige Gemeinden eine Berufsfeuerwehr unterhalten, wenn sie dies nach eigener Einschätzung für erforderlich halten.

Insgesamt bürgen 106 000 ehren- und hauptamtliche männliche und weibliche Feuerwehrleute in Nordrhein-Westfalen für einen wirkungsvollen Feuerschutz. Im Jahr 1979 wurden 35 000 Brände bekämpft, 78 000 Hilfeleistungen erbracht und 1,1 Millionen Rettungs- und Krankentransporte durchgeführt. „Schnelle Einsatzbereitschaft und engagiertes Handeln tragen zur Sicherheit des Bürgers und zu seinem Schutz bei“, so Dr. Schnoor. Dazu gehört auch eine ständige Erhaltung und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren.

Ulrike von Gimborn

Papst Johannes Paul II. in Köln: Großeinsatz in Sturm und Regen

380 000 Gläubige bei Gottesdienst im Freien –
Vorarbeiten und Durchführung als Katastrophenschutzübung anerkannt – Über 3 000 Helfer im Einsatz



Rund 380 000 Menschen strömten seit dem frühen Morgen auf den Butzweilerhof, um mit dem Papst einen Familiengottesdienst zu feiern.



Im weißen Sichtwagen traf der Heilige Vater in Begleitung von Kardinal Höffner auf dem Butzweilerhof ein und wurde von den Gläubigen jubelnd begrüßt.

Millionen Menschen werden den 15. November 1980 nicht vergessen: Es war der Tag, an dem Papst Johannes Paul II. zum erstenmal in seiner Funktion als Oberhaupt der katholischen Kirche in Köln-Wahn unter dem Jubel abertausender Gläubiger deutschen Boden betrat. Eigentlich hatte man gehofft, daß der Papst das hundertjährige Jubiläum der Fertigstellung des Kölner Doms zum Anlaß nehmen werde, die Bundesrepublik zu besuchen, doch dann entschied sich der Heilige Vater für ein anderes – ihm wichtigeres – Jubiläum: die 700. Wiederkehr des Todestages von Albertus Magnus, einem Heiligen, den der Papst besonders verehrt. Und dieses Jubiläum konnte am 15. November begangen werden.

Allein in Köln machte sich eine knappe Million Menschen auf den Weg, um den Papst bei seiner Ankunft, der Messe unter freiem Himmel, seinen Besuchen in Kölner Kirchen und auf dem Weg durch die Stadt möglichst aus der Nähe zu erleben, vielleicht sogar einen Händedruck von ihm zu erhaschen. Und das bei einer Witterung, zu deren Beschreibung der Begriff „Unwirklichkeit“ kaum ausreicht. Es goß in Strömen, es stürmte und war eiskalt. Man darf annehmen, daß sich die Zahl der Gläubigen und Schaulustigen bei schönerem Wetter oder zu einem klimatisch günstigeren Zeitpunkt annähernd verdoppelt hätte.

Stabsarbeit

Um alle Eventualitäten, die so hoher Besuch und derartig große Menschenmassen an einem Ort naturgemäß mit sich bringen, bewältigen zu können, setzten sofort, nachdem am 6. August der endgültige Besuchstermin feststand, in Köln die Vorbereitungsmaßnahmen im kirchlichen und einsatztechnischen Bereich ein. Der Oberstadtdirektor bildete eine Projektgruppe aus städtischen und anderen Dienststellen, um eine termingerechte und möglichst kostensparende Arbeit sicherzustellen. An der Vorbereitung waren beteiligt: das Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit, das Straßenbauamt, die Berufsfeuerwehr und der Zivil- und Katastrophenschutz, die Straßenbauunterhaltungsabteilung, die In-

stallationsabteilung, das Stadtreinigungs- und Fuhramt, das Amt für Wirtschaftsförderung, das Polizeipräsidium, die Kölner Verkehrsbetriebe, die Gas- und Elektrizitätswerke, die Bundesbahndirektion Köln, das Fernmeldeamt und natürlich das Generalvikariat mit Vertretern der technischen und Programmabteilung. Der mit der Durchführung und Koordination beauftragte Beigeordnete der Stadt Köln, Keil, ordnete an, daß alle Vorbereitungen und Maßnahmen stabsmäßig bearbeitet werden und bediente sich dabei des Amtes 37 (Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz). Für die Durchführung der Organisation wurde die Katastrophenschutzleitung eingesetzt. Der Regierungspräsident Köln erkannte die Stabsarbeit als Stabsrahmenübung an. Es wurde ein Netzplan erstellt, der den terminlichen Ablauf aller notwendigen Arbeiten bis nach Abschluß der Feierlichkeiten in Köln beinhaltete und das Ineinandergreifen aller Stellen regelte. Die Zusammenarbeit verlief nach Aussagen aller Beteiligten äußerst harmonisch, es gab so gut wie keine Pannen, weder bei der Vorbereitung, noch bei dem Ereignis selbst. Von der Katastrophenschutzleitung war zu hören: „Das war die beste Übung, die es je gab.“

Landepisten als Rettungswege

Man ging bei der Planung davon aus, daß bis zu eine Million Menschen an dem Gottesdienst unter freiem Himmel teilnehmen könnten. Als Platz der entsprechenden Größenordnung bot sich der ehemalige Flughafen Butzweilerhof an. Da im Boden des Platzes noch tonnenweise Kampfmittel aus dem letzten Krieg vermutet wurden und auf dem Platz in den letzten Jahren Schafherden weideten, mußten der Kampfmittelräumdienst den Boden nach Bomben, Granaten etc. absuchen, andere Dienste den Platz von mehreren Tonnen Schafsmist und allerlei Unrat befreien. Dann wurde das Gelände planiert und teilweise befestigt. Außerdem mußten Wege angelegt und Strom installiert werden.

Für den Altarraum, die dazugehörigen Tribünen für den Chor und auch die für die Presse sowie für die Beschallungsanlage war das Generalvikariat zuständig. Über dem etwa 20 Meter hohen Altar wurde ein 35 Meter hohes Stahlgerüst errichtet, von dem – weithin sichtbar – ein gelbes Kreuz auf weißem Untergrund leuchtete. Halbkreisförmig um den Altarraum teilte man die Blocks ein, die durch Ring- und Sektorenstraßen in weitere Karrees unterteilt waren, wobei die vorhandenen Start- und Landepisten teilweise die natürlichen Grenzen der Blocks bildeten und als Rettungswege vorgesehen werden konnten. In der Nähe des Altars stellte die Post Münzfernsprecher auf, damit die Journalisten ohne Zeit-

verlust ihre Berichte an die jeweiligen Redaktionen durchgeben konnten. Zur Meldung von Notfällen auf dem Veranstaltungsgelände wurden sieben Notrufsäulen installiert, die zur Technischen Einsatzleitung geschaltet wurden. Außerdem mußten über 20 Kilometer Feldkabel für die Fernmeldeverbindungen verlegt werden.

Sanitätsdienst

Während all dieser technischen Vorarbeiten wurde im „Hauptquartier“ der Katastrophenschutzleitung – bei der Kölner Berufsfeuerwehr – ein minutiöser Einsatzplan ausgearbeitet. Die KSL rekrutierte sich aus Mitarbeitern aller mit dem Ereignis befaßten Dienststellen der Stadt Köln, den Katastrophenschutzorganisationen, Hilfsdiensten, der Bundespost und natürlich Vertretern des Generalvikariats, in dessen Händen der Veranstaltungsablauf des Papstbesuches in Köln lag. Der KSL nachgeordnet waren drei Technische Einsatzleitungen. Eine bezog am Butzweilerhof Stellung, eine zweite in der Innenstadt, die dritte als „Reserve“ in einem Kommandobus.

Die Deutsche Bischofskonferenz trat an die Stadt mit der Bitte heran, in erster Linie bei dem Großeinsatz auf den Malteser-Hilfsdienst zurückzugreifen, was bei der Tradi-

tion und geistigen Herkunft des MHD auch nahe lag. Dieser Bitte kam die Stadtverwaltung gerne nach. So wurde dem MHD der gesamte Sanitäts-, Fernmelde- und Betreuungsdienst auf dem Butzweilerhof und dessen Umgebung übertragen. Weiter waren Helfer des MHD in den Kirchen St. Andreas, der Minoritenkirche und dem Hohen Dom präsent und betreuten in enger Zusammenarbeit mit dem Caritas-Verband 350 Rollstuhlfahrer und deren Angehörige.

Die wichtigste Aufgabe lag natürlich darin, einen ausreichenden und effektiven Sanitätsdienst einzurichten. Allein auf dem Butzweilerhof wurden 17 Sanitätszelte an den Endpunkten der Sektorenstraßen aufgestellt. Alle Stationen wurden mit einem Arzt der jeweiligen dort diensthabenden Einheit besetzt. Weitere neun Sanitätszelte standen an neuralgischen Punkten, wie Endhaltestellen der Straßenbahnen und an den Bahnhöfen der Bundesbahn, in denen die Sonderzüge mit Gläubigen aus ganz Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Ländern einliefen. Ferner richtete man drei Verbandplätze mit je 50 Betten und einen großen Verbandplatz mit 100 Betten – letzteren im nahegelegenen Ausbildungszentrum der Kölner Handwerkskammer – ein. Dort wurden Ärzte der verschiedenen Disziplinen, wie Pädiatrie, Chirurgie, Anästhesie und Innere Medizin, eingesetzt. Außer-

Sprechchöre und Transparente „Amo te“ – ich liebe Dich – begleiteten Johannes Paul II. auf seinem Weg zum Altar.



Immer wieder durchbrachen Gläubige die Absperrungen, um dem Papst einmal ganz nahe sein zu können.



dem versahen zwei mobile Notärzte ihren Dienst. Für den Abtransport eventueller Verletzter standen zwei Rettungshubschrauber zur Verfügung. Als ergänzende Maßnahme wurden zwei Kölner Krankenhäuser vom MHD zusätzlich mit je 100 Betten und entsprechendem Personal ausgestattet. Sämtliche Sanitätseinrichtungen wurden fernmeldemäßig über drei Einsatzabschnitte mit der Technischen Einsatzleitung (TEL 1) auf dem Butzweilerhof verbunden. Über diese Nachrichtenverbindung konnten alle am Einsatz beteiligten Einrichtungen in der TEL erreicht werden. Dabei wurden eine Haupt- und vier Untervermittlungsstellen mit 90 Fernmeldeapparaten betrieben, dazu 249 Funkgeräte auf verschiedenen Funkkanälen.

Der Malteser-Hilfsdienst hatte den Sanitäts-, Fernmelde- und Betreuungsdienst übernommen. Einheiten aus fünf Erzdiözesen kamen zum Einsatz.



Wegen der schlechten Bodenverhältnisse und der riesigen Menschenansammlung war es für die Malteser nicht immer ganz leicht, zu einem Einsatzort zu gelangen.



Vermiðtensammelstelle

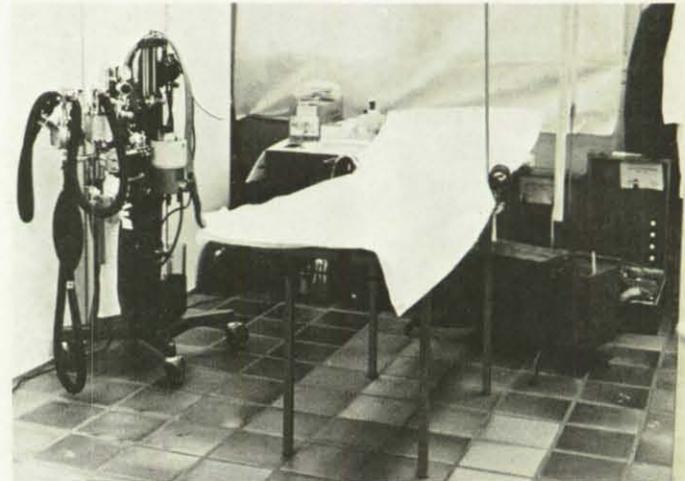
Da bei solchen Anlässen immer damit gerechnet werden muß, daß Personen von ihren Familien oder Gruppen getrennt werden, wurden als Anlaufstelle für diesen Personenkreis drei gekennzeichnete Zelte am Rand des Butzweilerhofs aufgestellt, ergänzend dazu in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei eine Vermiðtensammelstelle im Bildungszentrum der Handwerkskammer. Für hilfsbedürftige oder körperlich geschwächte Personen wurde ebenfalls im Bildungszentrum eine Betreuungsstelle eingerichtet. Insgesamt wurden am Butzweilerhof vom MHD 47 Ärzte, 178 Helferinnen, 1083 Helfer, Fahrer, Fernmelder und Betreuungspersonal und 56 Leitungskräfte eingesetzt, denen 18 Rettungswagen, zwei Notarzteinsatzfahrzeuge, 44 Krankenwagen, 11 Großbraumkrankenwagen und 43 Spezialfahrzeuge zur Verfügung standen.

Im Ausbildungszentrum der Kölner Handwerkskammer wurde ein Hauptverbandplatz mit 100 Betten eingerichtet.



Der Rettungsdienst der Stadt Köln wurde dem Anlaß entsprechend verstärkt. Neben den 15 Rettungswagen, vier Notarzt-Pkw und 27 Krankentransportwagen standen zwei Rettungsbusse und acht weitere Krankenkraftwagen zur Verfügung, die mit vier Notärzten, 52 Rettungssanitätern der Feuerwehr und 40 Rettungssanitätern der Hilfsorganisationen besetzt wurden. Außerdem waren alle Krankenhäuser vom Gesundheitsamt aufgefordert worden, zusätzliche Bettenkapazitäten und OP-Teams bereitzustellen, der Krankenbettennachweis wurde stündlich aktualisiert, um bei einem eventuellen Massenansturm die medizinische Versorgung der Patienten optimal steuern zu können.

Dazu gehört auch ein OP, um Verletzte oder Kranke optimal versorgen zu können.



Erhöhte Bereitschaft herrschte auch bei der Feuerwehr. Die Besatzung der Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr wurde auf insgesamt 18 Beamte verstärkt, so daß jeder Einsatzleitplatz besetzt war. Zusätzliche Sonderfunktionen der Berufsfeuerwehr wurden mit Beamten, die eigentlich



Glücklicherweise gehörten Szenen wie diese zu den Seltenheiten. Insgesamt wurde der MHD nur 139mal zu Hilfe gerufen.



Zwei Kölner Krankenhäuser wurden zusätzlich vom MHD mit je 100 Betten und entsprechendem Personal ausgestattet, um einer eventuellen Masseneinlieferung gewachsen zu sein.



Bereits am Vortag trat ein Teil der Katastrophenschutzleitung in seinem Hauptquartier zusammen, um Einsatzpläne, Fernmeldeeinrichtungen usw. noch einmal auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen.



Hochbetrieb in einer der drei Technischen Einsatzleitungen.

dienstfrei gehabt hätten, besetzt, um die Wachen der Berufsfeuerwehr nicht zu schwächen. Zusätzlich war der Brandschutz im Bereich des Butzweilerhofes und in den Kölner Kirchen zu gewährleisten. Dies galt für den Hubschrauberlandeplatz, auf dem die Maschinen des Papstes und weiterer hochgestellter Persönlichkeiten landeten, für den Hubschrauberlandeplatz der Rettungshubschrauber und dem Parkplatz Butzweilerhof, der 1500 Bussen Platz bot, für Parkplätze, die etwas weiter entfernt lagen und rund 3600 Busse aufnehmen konnten, für den Altarbereich und das gesamte Veranstaltungsgelände. Die Feuer- und Rettungswachen der Berufsfeuerwehr wurden ebenfalls verstärkt. Knapp 400 Männer der Freiwilligen und der Berufsfeuerwehr versahen ihren Dienst.

Unfallhilfsstellen

Bei der Planung ging man weiter davon aus, daß Hunderttausende von Menschen den Weg des Papstes durch die Kölner Innenstadt säumen würden. So mußte auch hier für einen ausreichenden Sanitätsdienst gesorgt werden. Diese Aufgabe teilten sich der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfall-Hilfe. Der ASB besetzte zwei Unfallhilfsstellen, setzte drei Rettungs- und neun Krankentransportwagen ein, zwei Notarzt-Einsatzfahrzeuge standen in Reserve. Mit den Ärzten waren 206 Helferinnen und Helfer im Einsatz. Die JUH richtete drei Unfallhilfsstellen ein und stellte drei Rettungs- und 13 Krankentransportwagen zur Verfügung, zusätzlich zwei Pkw, mit Ärzten besetzt. Ein regionaler Katastrophensanitätszug stand in Reserve, insgesamt waren 318 Helfer am Einsatz beteiligt. Das DRK hatte entlang des Weges ebenfalls drei Unfallhilfsstellen einzurichten. Dazu wurde die Unfallhilfsstelle im Hauptbahnhof personell verstärkt, zwei weitere im Bahnhof Deutz und der Messehalle 5 eingerichtet. In der Messe wurde vom DRK auch eine Betreuungsstelle aufgebaut, die für 1000 Personen ausgerichtet war. An Fahrzeugen wurden eingesetzt: sechs Rettungs- und 25 Krankentransportwagen, 20 Behindertenfahrzeuge, 16 Transportwagen und fünf Krad-Melder. In Reserve standen zwei Sanitätsbereitschaften und eine DRK-Hilfszugstaffel des Landesverbandes Nordrhein. 485 Helferinnen und Helfer waren dienstbereit, davon neun Ärzte.

Für suchende und vermißte Personen richtete das DRK ein Kreisaukunftsbüro ein, das mit der Kriminalpolizei und dem MHD auf dem Butzweilerhof in ständiger Verbindung stand und auch alle in Krankenhäuser zu transportierenden Personen erfaßte.

Um aber auch wirklich alle nur möglichen Unfallrisiken zu berücksichtigen, wurden

an einem Baggersee in nächster Nähe des Butzweilerhofes vier Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft eingesetzt.

Da man einkalkulieren mußte, daß das Wetter um diese Jahreszeit nicht immer freundlich ist, stand das THW mit drei Bergungszügen, einem Instandsetzungszug und insgesamt 252 Helfern in Bereitschaft. Darüber hinaus wurde das THW beauftragt, für die Beleuchtung an den Wegen zum Butzweilerhof zu sorgen.

380 000 kamen zum Gottesdienst

Alles in allem standen für einen „hypothetischen Katastrophenfall“ – wie ein Einsatzleiter treffend formulierte – über 3000 Helferinnen und Helfer zur Verfügung. Noch kurz vor dem Papstbesuch wurde in den Medien Kritik laut, man habe bei den Vorbereitungen weit über das Ziel hinausgeschossen, was den finanziellen und personellen Aufwand angehe. Das trifft auf die Sicherheitsvorkehrungen – im weitesten Sinn – ganz bestimmt nicht zu. Man mußte bei den Überlegungen einfach mit einbeziehen, daß knapp zwei Monate vor diesem Ereignis beim Münchener Oktoberfest durch einen heimtückischen Bombenschlag 13 Menschen ums Leben kamen, man mußte an das Attentat von Bologna im letzten Sommer denken, und man mußte vor allem damit rechnen, daß bei schönem Wetter eine noch größere Teilnehmerzahl zu erwarten war.

Daß bei diesem großen Ereignis – allein 380 000 Gläubige kamen zum Gottesdienst auf dem Butzweilerhof – die Zahl der Hilfeleistungen sehr gering blieb, ist erfreulich. Der MHD wurde auf dem Butzweilerhof 139mal zu Hilfe gerufen, 57 Transporte waren innerhalb des Geländes durchzuführen. Die anderen Hilfsorganisationen meldeten – neben Bagatellfällen – keine besonderen Vorkommnisse. 81 Vermißte mußten betreut werden und ihren Angehörigen oder Gruppen zugeführt werden. Die Meldewege waren dank des Stufensystems nicht gestört und wurden übrigens seit den Morgenstunden des 14. November ständig überprüft, nicht zuletzt, um etwaige Engpässe in der Wasser- und Stromversorgung im letzten Moment noch beheben zu können. Vorsichtshalber wurde die TEL 3 – die in Reserve stand – nach der Messe zum Longericher Bahnhof, der in der Nähe des Butzweilerhofes liegt, entsandt, da sich dort eine große Ansammlung von Gläubigen gebildet hatte, die den Heimweg per Bahn antreten wollten.

In der Innenstadt Kölns zerstreuten sich die Menschenmassen ziemlich schnell, weder die Bundesbahn noch die örtlichen Verkehrsbetriebe – letztere setzten das gesamte verfügbare Potential an Bussen und

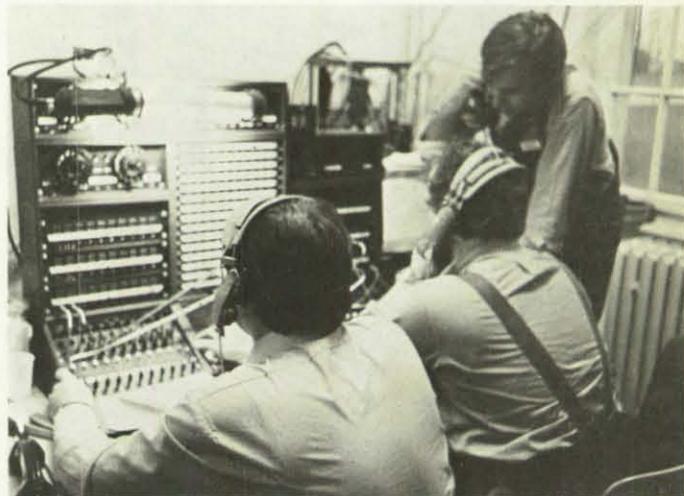
Straßenbahnen ein – meldeten überfüllte Wagen.

Das THW freilich hatte auf dem Butzweilerhof noch ganze Arbeit zu liefern: Über 350 Busse steckten teilweise bis zu den Achsen im Schlamm und mußten herausgezogen werden. Elf Gerätekraftwagen und eine Planierdraupe waren dafür eingesetzt. Auch das Amt für Straßenbau war gefordert: Während der Messe mußten 60 Tonnen Mineralbeton auf die Zufahrtswege geschüttet werden und nachher rund 250 Busse von den Parkplätzen mit Hilfe von acht Lkw und drei Unimogs geschleppt werden.

Einsatzaufträge voll erfüllt

Fazit des Großeinsatzes: Die Koordination zwischen allen beteiligten Stellen funktionierte hervorragend, die Einsatzaufträge wurden von allen Einheiten voll erfüllt und ausgeführt. Der Verlauf der Veranstaltung war durch die Helfer des Katastrophenschutzes bestens gesichert. Und wie jede Übung – ob nur auf dem Papier, oder, wie hier, in der Realität – brachte auch diese Ergebnisse, die für die Zukunft zu verwenden sind. In diesem Fall in erster Linie für den MHD: Das Einsatzschema, das man für den Papstbesuch erarbeitet hatte, wird in leicht differenzierter Form für den nächsten

Die Meldewege waren dank eines Stufensystems nie gestört und wurden ebenfalls seit Freitagmorgen ständig überprüft.



Das Deutsche Rote Kreuz hatte ein Kreisauskunftsbüro eingerichtet, das mit der Kriminalpolizei und dem MHD in ständiger Verbindung stand, und Anlaufstelle für suchende und vermißte Personen war.



Katholikentag, der in Düsseldorf stattfinden wird, relevant bleiben. Zum ersten Mal wurde erforderlich, daß auch MHD-Züge aus kleineren Orten, die nicht so gut ausgestattet sind, an einer derartigen Großveranstaltung teilnahmen. Es galt also, sie zu integrieren. Das ist gelungen – trotz Kälte, Nässe und teilweise langen Anfahrtszeiten. Man war mit Begeisterung und Ernst bei der Sache, und das durchschnittlich 18 Stunden lang.

Kardinal Höffner dankte den Helfern

Den Behörden und Organisationen, die zum reibungslosen Ablauf des Besuchs des Heiligen Vaters in Köln beigetragen haben, dankte der Kölner Erzbischof Kardinal Höffner bei einem Empfang. Der Kardinal überreichte Erinnerungsmedaillen mit dem Portrait des Papstes und erklärte, er sei beeindruckt gewesen von dem vorbildlichen Engagement der Helfer. Für alle Beteiligten sei das gute Gelingen des Besuchs der schönste Lohn. Abschließend zitierte der Kardinal – in Anspielung an das Wetter – das Wort aus dem Hohen Lied, mit dem sich auch der Papst nach seinem Besuch bei den Gläubigen bedankt hatte: „Auch mächtige Wasser konnten die Liebe nicht löschen.“

Hilferufe aus der Dunkelheit

Staatspräsident Pertini kritisierte Verlauf der Rettungsmaßnahmen –
Deutsche Hilfe für über 300 000 Obdachlose

Eines der ärmsten Gebiete Italiens ist hart betroffen: Am Samstag, 23. November, um 19.38 Uhr, wurden die Regionen Kampanien und Basilicata von einem verheerenden Erdbeben erschüttert, dem schlimmsten seit rund 65 Jahren. Anfangs glaubte man, daß vielleicht einige hundert Menschen unter den Trümmern eingestürzter Häuser begraben worden seien, doch dann wurde das ganze schreckliche Ausmaß der Katastrophe erkennbar. Etwa 4000 Tote wurden geborgen, die Zahl der Verletzten geht in die Zehntausend; man weiß nicht, wieviele der Vermißten noch gefunden werden – ob tot oder lebendig.

Die Tragödie trifft die Menschen doppelt. Sie sagen, es regne auf den, der schon naß ist: Die Provinz Avellino hält mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen ohnehin einen traurigen Rekord. Die Region Basilicata mit der Provinz Potenza gilt als das „Armenhaus“ Italiens. Die Überlebenden sind nicht nur vom Schmerz über den Verlust ihrer Angehörigen, Haus und spärlicher Habe erfüllt, sondern haben wieder erfahren müssen, daß alle Anstrengungen vergeblich sind, einen Ausweg aus Armut, Not, Gebrechen, Hunger und Krankheit zu finden. In ihren Gesichtern steht das Elend geschrieben, und daß das Schicksal ihnen nur Not gebracht hat. Viele Menschen haben dieses karge Land bereits verlassen, um in wirtschaftlich besseren Gegenden Geld zu verdienen, für ihre Familien und eine spätere Existenz in ihrer Heimat. Zurückgekehrt stehen sie nun ohnmächtig vor den Trümmern ihrer Zukunft.

Kirche stürzte ein

Es ist schwer zu sagen, welche Orte es am schlimmsten getroffen hat, mit ziemlicher Sicherheit sind es die kleinen Bergdörfer in der Basilicata. Es wird berichtet, daß ganze Orte an Berghängen abgerutscht seien, daß in Sant Angelo dei Lombardi wahrscheinlich unter den Trümmern der alten Langobardensiedlung allein 1000 Tote liegen. In vielen Fällen dauerte es tagelang, bis zu erfahren war, welche Orte und wie schwer sie von dem Erdbeben betroffen wurden. Es gab keine Verbindungen mit der Außenwelt, weder über Telefon, noch über Straßen. Und in manchen Dörfern gab es keinen Menschen mehr, der die Schreckensnachricht hätte überbringen können. Der Wintereinbruch mit Schnee und Nebel erschwerte zudem die Aufklärungsläufe

der Hubschrauber. Ab und zu kamen Funkgespräche von Amateurfunkern mit der verzweifelten Bitte um Hilfe, manchmal auch mit der Bitte, Verwandte zu benachrichtigen, daß man noch am Leben sei. Grauenhafte Verwüstungen richtete das Erdbeben in der Kleinen Stadt Bolvano an. Hier hatten sich in der Kirche Maria Himmelfahrt Hunderte von Gläubigen versammelt, als plötzlich der Boden zu wanken begann, Decke und Fassade einstürzten

und die Menschen unter sich begruben. Fassungslos fragt der Pfarrer von Bolvano, Don Antonio Pagliuca, nach dem Sinn dieses furchtbaren Unglücks. Er erinnert sich noch gut an das Beben des Jahres 1962. Doch das sei im Vergleich zu jetzt harmlos gewesen, man sei mit dem Schrecken davongekommen. Und voll Trauer und Resignation sagt ein alter Mann in Bolvano: „Überall Hilferufe aus der Dunkelheit, Trümmer auf den Straßen. Aber die jungen



Von der Kirche in Bolvano blieb nur noch der Turm stehen. Das Gebäude war während eines Gottesdienstes eingestürzt und begrub hunderte Gläubige unter seinen Trümmern. Über 60 Tote wurden geborgen.

Männer mit Muskeln, die anpacken können, sind selten bei uns, weil alle ausgewandert sind." Allein aus den Trümmern der Kirche wurden über 60 Tote geborgen. Wieviele Menschen von eingestürzten Häusern begraben wurden, läßt sich noch nicht sagen. Wie in Bolvano sind auch in anderen Städten die meist alten Gebäude wie Kartenhäuser zusammengebrochen. So auch in Avellino, der 50 000 Einwohner zählenden Provinzhauptstadt, wo die meisten Häuser des historischen Zentrums und der romanische Dom in sich zusammenfielen.

Im Stich gelassen

Es ist nicht möglich, die Namen der teilweise oder ganz zerstörten Städte und Dörfer aufzuzählen. Die Not und das Elend in

einem Gebiet, so groß wie das Bundesland Hessen, sind mit Worten nicht zu beschreiben. Und wer Bilder gesehen hat von den Menschen, die steinernen Gesichts einen toten Angehörigen zur Totensammelstelle tragen, wird nur noch eines wollen: helfen. Helfen nicht mit Worten, sondern mit Lebensmitteln, der Wiederherstellung von Strom- und Wasserleitungen, Telefonverbindungen, mit Zelten, Medikamenten und medizinischer Versorgung; durch Taten helfen, den Leuten des Mezzogiorno den Mut zum Weiterleben wiederzugeben, sie in ihrer Not nicht allein zu lassen.

Und die Menschen fühlten sich in den ersten Tagen von den verantwortlichen Behörden im Stich gelassen. Vielerorts waren die Journalisten vor den Rettungsmannschaften zur Stelle. Ihre erschütternden Berichte zogen eine große Zahl von priva-

ten Hilfsangeboten und spontanen Hilfeleistungen nach sich. Die öffentliche Kritik an den viel zu langsam anlaufenden staatlichen Rettungsmaßnahmen ließ eine weitere Katastrophe befürchten. Es gibt in Italien keine Katastrophenschutzpläne für solche Situationen. Dieses Versäumnis ist schwer begreiflich, wenn man bedenkt, daß dieses Land allein in diesem Jahrhundert von mehr als zehn Erdbebenkatastrophen heimgesucht worden ist, so 1908 in Messina und Reggio Calabria mit 123 000 Toten, und zuletzt in Friaul mit 1000 Toten. So kritisierte auch Staatspräsident Sandro Pertini, der sofort in das Erdbebengebiet gereist war und den Opfern Mut zusprach, in Rundfunk und Fernsehen hart und offen das Versagen der Einsatzzentralen und erklärte: „Die rasche Hilfe, die notwendig gewesen wäre, blieb aus.“ Er verstehe nicht, warum zu dem 1970 in Kraft getretenen Gesetz über Hilfe bei Naturkatastrophen noch immer keine Ausführungsbestimmungen erlassen worden seien.

Auch Papst Johannes Paul II. begab sich sofort in das Katastrophengebiet und appellierte an alle Christen, die Erdbebengeschädigten moralisch und materiell zu unterstützen. Eine große Solidarität sei notwendig, denn der Winter stehe bevor.

Dennoch dürfte die Schwerfälligkeit, mit der die Hilfsmaßnahmen begannen, nicht der Regierung allein angelastet werden. Viele Bürgermeister wollten oder konnten keine Angaben über das Maß der Zerstörung mitteilen, zumal Verkehrs- und Kommunikationswege erheblich gestört waren.

Wohnraumbeschaffung

Die Regierung war gut beraten, Giuseppe Zamberletti, der schon beim Erdbeben in Friaul mit Umsicht und Organisationstalent die Hilfsaktionen geleitet hatte, mit der Koordination aller Maßnahmen zu beauftragen. Und das war bitter nötig; überall fehlte es an allem. Viele Bergdörfer in der Basilicata waren tagelang ohne Trinkwasserversorgung, ohne Zelte für die Obdachlosen, ohne Brot, ohne die so notwendige medizinische Versorgung. In den von der Außenwelt nicht abgeschnittenen Städten funktionierte oft nicht einmal die Verteilung eiligst beschaffter warmer Kleidung. Statt Suchmannschaften, die nach Verschütteten graben sollten, wurden Bagger und Planiermaschinen geschickt, die manchmal die unwegsamen kleinen Straßen wegen ihres Ausmaßes gar nicht passieren konnten. Und noch immer hörte man die schwachen Hilferufe von Verschütteten. Die Überlebenden gruben mit bloßen Händen nach ihnen.

Zamberletti und sein Stab arbeiteten rund um die Uhr. Es galt, Wohnraum für die rund 250 000 Obdachlosen zu beschaffen. Dafür



Eine von Trümmern zugeschüttete Gasse in Bolvano in der Provinz Potenza. Ähnlich sah es in den Provinzen Avellino und Caserta aus. In den Bergen der Basilicata blieb in manchen Dörfern kein einziges Haus stehen.

wurden leerstehende Ferienhäuser und Hotels – manchmal unter erheblichem Protest der Besitzer – beschlagnahmt. Doch die Bewohner der Berge trauten dem Angebot nicht. Tausende von ihnen wollten lieber in ihrer angestammten Umgebung unter primitivsten Verhältnissen hausen – ohne gesicherte Ernährung, Strom und Verbindung mit der Außenwelt. Die Angst vor Plünderungen, aber auch wieder von den Verwaltungsorganen enttäuscht zu werden, war größer als die Aussicht auf ein warmes Zimmer.

Es mußte dafür gesorgt werden, daß Decken, Zelte, Medikamente, Nahrung, warme Kleidung an die Stellen transportiert wurden, wo die Hilfsgüter gebraucht wurden. Gleiches galt für Bergungs- und Suchtrupps, ärztliches Personal und Versorgungsmannschaften. Man mußte versuchen, der Seuchengefahr Einhalt zu gebieten. Erste Fälle von Typhus und Leberentzündungen waren schon bekannt geworden, und in manchen Orten breitete sich bereits Leichengeruch aus.

Weltweite Hilfsaktionen

Nachdem das Ausmaß der Katastrophe bekanntgeworden war, setzte ein weltweites Hilfsangebot ein. Die amerikanische Regierung beschloß eine Soforthilfe in Höhe von 1,5 Millionen Dollar, Japan – selbst oft von Erdbeben erschüttert – folgte mit der gleichen Summe, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel stellte Nahrungsmittel im Wert von 150 Millionen Mark bereit, private Spenden aus aller Welt gehen in die Millionen, allein in der Bundesrepublik spendeten die Bürger dem Deutschen Roten Kreuz 3,8 Millionen Mark, um den Betroffenen möglichst schnell zu helfen. Verteidigungsminister Hans Apel ordnete den Einsatz des leichten Pionierbataillons 240 an, jener Einheit, die auch schon nach dem Erdbeben in Friaul Hilfe brachte. Die etwa 1000 deutschen Pioniere aus Passau standen den italienischen Rettungsmannschaften zur Seite. Mit der Eisenbahn wurde schweres Gerät – Raupen, Bagger und Räumfahrzeuge – nach Italien gebracht, die Soldaten flogen mit Transall-Maschinen, die zusätzlich mehrere tausend Decken, Schlafsäcke und Zelte an Bord hatten, ins Katastrophengebiet. Neben der momentanen Hilfe hat die Bundesregierung auch erhebliche Mittel für den Wiederaufbau der süditalienischen Region zugesagt.

Ergänzend zu den offiziellen Hilfsangeboten der Regierungen versuchen Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen, die Not der Menschen im Katastrophengebiet zu lindern. Die Johanniter-Unfall-Hilfe Berlin brachte 17 Tonnen winterfeste Kleidung auf den Weg nach Süditalien, weitere Aktionen werden im Auftrag des Diakoni-

Ein Feuerwehrmann trägt die Leiche eines neunjährigen Jungen aus den Überresten der Kirche von Bolvano. 3000 Opfer wurden in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten geborgen.



Die Menschen im „Armenhaus Italiens“, die ihr ganzes Leben nichts anderes als bittere Armut gekannt haben, stehen fassungslos vor dem neuen, schrecklichen Unglück.



Die Mutter dieses achtjährigen Kindes, das in San Angelo del Lombardi von herabfallenden Trümmern verletzt wurde, überwacht selbst die Infusion, da in den ersten Tagen nach dem Beben viel zu wenig medizinisches Personal im Katastrophengebiet zur Verfügung stand.



Eine Woche nach dem verheerenden Erdbeben trafen Pioniereinheiten der Bundeswehr in Süditalien ein, die bei Aufräumarbeiten helfen, Zelte errichten und Verletzte versorgen. Unser Bild zeigt die Entladung einer Bundeswehr-Transportmaschine auf dem Flughafen von Neapel.





Nur ein Teil der Überlebenden – wie hier in Lioni – konnte notdürftig in Zelten untergebracht werden. Viele müssen nach wie vor im Freien übernachten, viele lehnen auch die Unterbringung in Hotels und Ferienhäusern ab – aus Furcht, nie wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können.



Neben anderen Hilfsgütern wurde ein komplettes Operationszelt mit mobilem Röntgengerät von der Bundeswehr in Calabritto eingerichtet. Personal und Material wurden von der Luftwaffe eingeflogen.



Aus ihrer teilweise zerstörten Wohnung in Bolvano holen die Bewohner ihre bewegliche Habe und retten für einen neuen Anfang, was zu retten ist, zumal Plünderer immer wieder versuchen, sich an dem spärlichen Besitz der Betroffenen zu bereichern.



Im Feldlazarett von Calabritto werden Verletzte und Kranke von Ärzten und Sanitätern der Bundeswehr versorgt und behandelt. Die Gemeinde liegt südlich der am schwersten zerstörten Zone von Avelino.

schon Werkes folgen. Der Malteser-Hilfsdienst sandte im Auftrag des Caritas-Verbandes mit einem Vortrupp eine Wasser- aufbereitungsanlage, einen Feldkochherd und Lebensmittel und mit einem zweiten Einsatz ein Feldlazarett, das in erster Linie für die Behandlung von Kindern eingerichtet ist, ins Katastrophengebiet. Zwei Ärzte und 26 Helfer waren anfangs im Einsatz in Polla, da das dortige Kreiskrankenhaus ausgesiedelt werden mußte. Inzwischen wird nur noch eine Ambulanzstation aufrecht erhalten. Ein Großteil der Helfer ist inzwischen zurückgekehrt. Der MHD wird aller Voraussicht nach Wiederaufbauhilfe leisten und – ähnlich wie in Friaul – Gemeindezentren errichten (detaillierte Berichte über Einsätze und Pläne werden in einer der nächsten Ausgaben des Zivilschutz-Magazins veröffentlicht).

Das Deutsche Rote Kreuz entsandte unmittelbar nach Bekanntwerden des Erdbebens einen Einsatzstab nach Neapel, um weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem italienischen Roten Kreuz vorzubereiten. Nachdem sich herausgestellt hatte, was am dringendsten benötigt wird, starteten am 28. November zwei Transall-Maschinen der Bundesluftwaffe, mit 1055 Zelten, 5000 Woldecken und Antityphus-Impfstoffen an Bord, von Stuttgart in Richtung Neapel. Außerdem wurde ein Konvoi von Versorgungs-Lkw der Hilfszugabteilung des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg in Marsch gesetzt, damit die Anschlußversorgung sichergestellt werden konnte. Das Volumen der bisher geleisteten Hilfe des DRK beträgt 1,4 Millionen Mark.

Von Neapel aus wurden die Hilfsgüter in die Orte transportiert, in denen die Not am größten war. Hier kam dem DRK die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Einsatzleitungen zugute. Der Einsatzstab nahm auch Kontakt mit dem deutschen Pionierbataillon auf und wird in Zusammenarbeit mit allen deutschen Helfern die Hilfsmaßnahmen durchführen.

DRK-Suchdienst gibt Auskünfte

Seit dem 24. November hilft der Suchdienst des DRK in München mit Suchmeldungen über die im Katastrophengebiet Betroffenen und Vermißten; viele italienische Mitbürger in der Bundesrepublik waren in Sorge über ihre Angehörigen. Bis zum 1. Dezember wurden über 9000 telefonische Auskünfte erteilt. Dieser Ansturm veranlaßte das DRK, weitere fünf Freileitungen für Auskünfte bereit zu halten. 40 Mitarbeiter standen – nach letzten Meldungen – bis zum 7. Dezember rund um die Uhr im Einsatz. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte das DRK über 160 betroffene Orte Auskunft erteilen. Der Suchdienst wurde

bei seinen Nachforschungen durch das italienische Rote Kreuz unterstützt. Mit dem ADAC bestand gute Zusammenarbeit im Hinblick auf die Weiterleitung von Grußnachrichten aus Italien, die teilweise nur über den Suchdienst ihre Empfänger fanden.

Erster Bericht des ASB

Den ersten Auslandseinsatz absolvierte auch ein Hilfszug des Arbeiter-Samariter-Bundes aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die Helfer sind inzwischen zurückgekehrt und berichteten bei einer Pressekonferenz in Köln über ihre Arbeit und ihre Eindrücke. Und das war für den, der nur durch Presseveröffentlichungen und Fernsehberichte informiert war, erschütternd.

Am 24. November wurde der ASB von der italienischen Botschaft gebeten, mit Zelten, Decken, Schlafsäcken, Medikamenten und Verbandmaterial zu helfen. Schon kurze Zeit später setzte sich ein Hilfszug, bestehend aus vier Lkw, einem VW-Transporter und einem Rettungswagen in Bewegung. Zwölf Helfer, Ärzte, Rettungssanitäter und Pflegediensthelfer reisten mit. Weitere Hilfsgüter standen beim ASB bereit und konnten kurzfristig angefordert werden. Obwohl der Konvoi von italienischen Behörden und dem Auswärtigen Amt avisiert war, kam es bereits beim italienischen Zoll zu Schwierigkeiten. Nach mühevoller und strapaziöser Fahrt – Straßen in Richtung Süden waren von Militär, privaten Hilfskommandos, Hilfsorganisationen usw. ständig verstopft – erreichten die Helfer Avellino. Von dort wurden sie nach Calabritto weitergeschickt.

Per Funkgespräch erfuhren die Helfer, daß jedoch die Lage in Lioni weitaus schlimmer war, dort überhaupt noch keine Hilfsmaßnahmen eingeleitet worden waren. Also fuhren sie auf eigene Faust nach Lioni. Dort boten sie den militärischen Stellen ihre Mitarbeit an, diese wurde jedoch abgelehnt. Also nahm Einsatzleiter Jürgen Mackensen Kontakte mit dem offenbar zuständigen Mann der Verwaltung auf. Die Basis für eine Zusammenarbeit war geschaffen. Man stellte einen Plan auf, wie am besten vorzugehen wäre.

Zentralapotheke eingerichtet

Nachdem die Helfer gesehen hatten, wie teilweise mit den Hilfsgütern umgegangen wurde, daß sie einfach nur abgeladen, nicht aber den Bedürfnissen gemäß verteilt wurden, einfach am Straßenrand verdarben, bauten sie jedes Zelt selbst auf. Und zwar nicht an einem Sammelplatz, sondern da, wo es gebraucht wurde: bei einzelnen zer-

störten Gehöften in der näheren Umgebung Lioni und auch in der zu 90% zerstörten Stadt selbst. Die ASB-Helfer zeigten den meist einfachen Bauern, daß man um die Zelte Drainagegräben bauen muß, und wie die Zelte gegen Stürme zu sichern sind. Sie versorgten die Bevölkerung mit Decken und nach ein paar Tagen mit inzwischen eingetroffener warmer Kinderkleidung – ein Viertel der Bevölkerung Lioni und der Umgebung sind Kinder. Die Ärzte des ASB waren pausenlos im Einsatz, um Erkrankte zu versorgen. Weiter wurde in Zusammenarbeit mit dem Arzt von Lioni eine Zentralapotheke eingerichtet mit den Medikamenten, die der ASB mitgebracht hatte, denn das Militär war damit mehr als schlecht ausgerüstet. Man half bei der Vernichtung der inzwischen verseuchten Kleiderberge und bei Aufräumungs- und Bergungsarbeiten.

Hilfe und Motivation

Die Helfer brachten eine ganze Menge Wissen mit, wie etwas zu organisieren ist. Ein kleines Beispiel: Zur Räumung der eingestürzten Gebäude wurden dringend Kräne, Bagger und Raupenfahrzeuge benötigt. Niemand wußte, woher sie zu bekommen waren. Zufällig entdeckten Helfer in der Nähe der Stadt einen kleineren Fahr-

zeugpark – es konnte gearbeitet werden. Die Männer hatten gegenüber den Betroffenen natürlich den entscheidenden Vorteil, aus einem geregelten Leben heraus freiwillig Hilfe zu leisten, nicht unter einem Schock zu stehen. Das zeigte sich deutlich, als sie einem Kraftfahrzeugmechaniker halfen, seine gut eingerichtete Werkstatt von Trümmern zu räumen. Der Mann stand anfangs teilnahmslos dabei, unfähig, an eine Zukunft zu denken. Als er aber sah, daß da etwas in Gang kommt, erwachten auch seine Lebensgeister wieder – er arbeitete mit.

Es war wohl mit die schwerste Aufgabe, die Menschen zu motivieren, einen neuen Anfang zu wagen, sie aus ihrer stummen Verzweiflung zu holen. Sie nahmen die Hilfe dankbar an. „Il Tedesco“ wurden zu Freunden in der Not, Helfer, auf die man zählen konnte, die einen nicht im Stich ließen. So ist es nicht verwunderlich, daß der Bürgermeister von Lioni alle ASB-Helfer – auch die, die mit einem weiteren Konvoi, beladen mit Hilfsgütern aller Art – einlud, im nächsten Jahr wiederzukommen, um zu begutachten, was bis dahin geschehen sein wird. Sehr wahrscheinlich werden Helfer die Einladung annehmen. Aber nicht, um sich als Retter in der Not feiern zu lassen, sondern um weiter mitzuhelfen, den Überlebenden wieder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist im Referat Organisation/Innerer Dienst der Bundeshauptstelle eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 11 BBesO (gehobener Dienst)

– **Verwaltungsamtmann** –

ab 1. April 1981 zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Sachbearbeiter für Aufbau- und Ablauforganisation des Bundesverbandes für den Selbstschutz einschließlich Organisationspläne.

Anforderungen:

Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes, gute Kenntnisse auf dem Gebiet des Tarif- und Beamtenrechts sowie in der Organisation.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Januar 1981** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– **Bundeshauptstelle** –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum:

„Humanitäre Hilfe ist ein Ausdruck spontaner Solidarität“

Auslandseinsätze des THW in Sambia, Somalia und Algerien gewürdigt – THW ist ein unverzichtbarer Teil der humanitären Hilfe der Bundesregierung

Mit einem Empfang ehrte Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum am 14. November 1980 in Bonn dreißig THW-Helfer als Vertreter verschiedener Einsatz-Teams des Jahres 1980. Nach anstrengenden Einsätzen in Sambia, Somalia und Algerien freuten sich die Helfer über die Worte der Anerkennung und des Dankes aus dem Munde ihres Ministers.

Einziges Ziel: Hilfe für notleidende Menschen

Der Bundesinnenminister führte in seiner Ansprache an die von Auslandseinsätzen zurückgekehrten THW-Helfer aus:

„Humanitäre Hilfe ist ein Ausdruck spontaner Solidarität des deutschen Volkes mit der von einer Notlage betroffenen Bevölkerung eines anderen Staates. Sie erfolgt ohne politische Bedingungen oder Gegenleistungen, ohne Rücksicht auf den ideologischen Standort der betroffenen Regierung oder die Ursachen des Notstandes. Ihr Kern und ihre einzige Zielsetzung ist Hilfe für notleidende Menschen.“

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit in zahlreichen Fällen Hilfsmaßnahmen durchgeführt, oft unter Beteiligung des Technischen Hilfswerks. Die Geschichte der humanitären Einsätze des THW geht bis in das Jahr seiner Errichtung 1953 zurück. Damals bestanden die THW-Helfer ihre erste große Bewährungsprobe anlässlich der verheerenden Sturmflut in den Niederlanden. Seitdem hat das THW in vier Kontinenten und über 20 Ländern der Erde menschliche Not gelindert, die durch Erdbeben, Dürre, Überschwemmung oder infolge von kriegerischen Ereignissen entstand. Nahezu 30000 Helfertage im Auslandseinsatz sind eine eindrucksvolle Bilanz, auf die das THW mit Recht stolz sein darf.

Wichtiger als Zahlen ist jedoch das, was sich hinter ihnen verbirgt. Nämlich Rettung aus Lebensgefahr, Hilfe zum Überleben und Wiederherstellung erträglicher Lebensbedingungen für die Betroffenen. In dieser humanitären Tradition des THW stehen auch die drei Einsätze dieses Jahres, an denen Sie teilgenommen haben.



Die Einsatzleiter der THW-Teams, die in Sambia, Somalia und Algerien humanitäre Hilfe geleistet haben, berichteten Bundesinnenminister Baum über ihre Aufgaben. Dirk Göbel (stehend), THW-Landesbeauftragter für Bremen, erläuterte den Aufbau und Betrieb der Trinkwasseraufbereitungsanlagen, die den Flüchtlingen in Somalia den Trinkwasserbedarf sichern.

Sambia: 40-t-Pontonfähre gebaut

In Sambia hatten Sie den Auftrag, am Chambeshi als Ersatz für eine zerstörte Brücke bis zu deren Wiederaufbau eine 40-t-Pontonfähre zu bauen und zu betreiben. Dadurch konnte die Verkehrsanbindung eines großen Teils der Nordprovinz an die übrigen Regionen des Landes und damit die lebenswichtige Versorgung wiederhergestellt werden.

In einem Entwicklungsland wie Sambia hat konkrete Hilfe so positive Auswirkungen, wie man es sich in einem industrialisierten Land wie dem unseren nur schwer vorstellen kann. Beim Bau dieser Fähre haben Sie, liebe Helfer, die Leistungsfähigkeit des THW erneut unter Beweis gestellt. Sie haben gezeigt, daß Sie nicht nur unter schwierigen klimatischen und technischen Bedingungen, die oftmals nur mit viel Improvisationskunst zu bewältigen waren, Ihr Fach beherrschen. Auch die großen organisatorischen Probleme, die sich bei der Erfüllung dieser Aufgabe in einer abgele-

genen Region ergaben, sind von Ihnen erfolgreich gelöst worden.

Über Ihren eigentlichen Auftrag hinaus haben Sie dabei gleichzeitig auch praktische Entwicklungshilfe geleistet.

Sie haben einheimische Kräfte ausgebildet, um sie in die Lage zu versetzen, die Fähre in eigener Verantwortung weiterzubetreiben. Sie haben in Sambia zu Recht mit Ihrer Arbeit viel Lob und Anerkennung gefunden.

Somalia: Trinkwasser für die Flüchtlinge

Beim zweiten Einsatz dieses Jahres hat das THW durch den Aufbau von Trinkwasseraufbereitungsanlagen wesentlich zur Linderung der großen Not der Flüchtlinge in Somalia beigetragen. Bei meinem Besuch des Landes im Juni dieses Jahres habe ich erschütternde Beispiele der elenden Lebensverhältnisse dieser Menschen erlebt. Sie haben einen nachhaltigen Eindruck bei allen Mitgliedern meiner Delegation hinterlassen. Ich bin deshalb beson-



Dank und Anerkennung sprach Bundesinnenminister Baum den THW-Helfern für die Auslandseinsätze des Jahres 1980 aus. Links neben Baum Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung des Ministeriums, und Ministerialrat Dr. Andrews, zuständiger Referent im BMI, rechts THW-Direktor Ahrens.



„Die Einsätze dieses Jahres zeigen erneut, daß das THW ein unverzichtbarer Teil der humanitären Hilfe der Bundesregierung ist“, betonte der Bundesminister des Innern anläßlich des Helferempfangs.



Mit dem Empfang dankte Bundesinnenminister Baum den in diesem Jahr im Ausland eingesetzten THW-Helfern: „Sie haben notleidenden Menschen wirksam geholfen. Gleichzeitig haben Sie dazu beigetragen, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den betroffenen Völkern und das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu stärken.“

ders erfreut, daß die Tätigkeit des THW in Somalia so erfolgreich verlaufen ist.

Dieser Einsatz ist ein hervorragendes Beispiel für eine trotz des enormen Zeitdrucks sorgfältige Vorbereitung, gut durchdachte, auf die Bedürfnisse des Empfängerlandes abgestimmte Planung und wirksame Hilfe. In diesem Fall lag es zunächst nahe, die im THW vorhandenen kompletten Trinkwasseraufbereitungsanlagen nach Somalia zu versenden und in Betrieb zu nehmen. Doch Ihr Erfolg wäre, wie wir rechtzeitig feststellen konnten, zweifelhaft gewesen. Statt dessen haben Sie nach Erkundung

vor Ort in kurzer Zeit eine völlig neue Aufbereitungsanlage konstruiert, deren Technologie optimal an die im Einsatzland gegebenen Verhältnisse angepaßt ist. Die von Ihnen gebaute Anlage „Typ Somalia“ hat sich ausgezeichnet bewährt. Sie berücksichtigt zudem in der Einfachheit ihrer Bedienung die technische Ausbildung der Hilfeempfänger.

Mit den von Ihnen angelernten einheimischen Helfern produzieren die Anlagen heute für einen erheblichen Teil des für die Lagerbevölkerung lebensnotwendigen Trinkwassers. Ich habe mir berichten las-

sen, daß nach der Installation der Anlagen in den Flüchtlingslagern ein deutlicher Rückgang der durch den Genuß verseuchten Wassers verursachten Krankheiten und der Sterbequote zu verzeichnen gewesen ist. Dieser Erfolg ist für Sie der schönste Lohn für die Mühen und Strapazen, die Sie bei Ihrer Arbeit auf sich nehmen mußten.

Sachverstand und Improvisationsvermögen

Ihr Einsatz in Somalia hat deutlich gemacht, wie groß das Engagement der Helfer des THW ist, bedrängten Menschen auch unter Inkaufnahme persönlicher Opfer zu helfen. Er hat daneben eindrucksvoll demonstriert, über welches Potential an technischem Sachverstand, Innovationskraft und nicht zuletzt Improvisationsvermögen das THW verfügt.

Noch ein Punkt darf bei dem Somalia-Einsatz nicht unerwähnt bleiben: Die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen des Landes und den dort tätigen Hilfsorganisationen. Ich bin der Auffassung, daß die mit dem Deutschen Caritasverband und dem Malteser-Hilfsdienst praktizierte Kooperation vorbildhaft ist für eine sinnvolle Arbeitsteilung unter den Hilfsorganisationen. In dieser Hilfsgemeinschaft hat jede Organisation ihre spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen zum Nutzen der Betroffenen eingebracht.

Ich habe mit Befriedigung gesehen, daß im Ernstfall sachorientiertes Denken und Handeln der Hilfsorganisationen den Ausschlag gibt und kein Platz ist für ein unnötiges Konkurrenzdenken. Die Zusammenarbeit in Somalia hat Maßstäbe gesetzt für ein leistungsfähiges Kooperationsverfahren bei ähnlichen zukünftigen Hilfsaktionen.

Algerien: Schnelle Hilfe nach Erdbeben

Den jüngsten Einsatz dieses Jahres führte das THW auf seinem Spezialgebiet, der Bergung, durch. Uns allen sind die Schreckensbilder aus El Asnam noch in frischer Erinnerung. Tausende von Toten und Verletzten hat dieses verheerende Erdbeben gefordert. Schnelle Hilfe war geboten.

Sie haben auch diesen Auftrag unter schwierigen Umständen glänzend erfüllt. Innerhalb von 24 Stunden nach Erhalt des Einsatzbefehls waren Sie abmarschbereit. Die Tatsache, daß dieser an einem Wochenende ohne Vorwarnung gegeben wurde, daß Einsatzkräfte mit Spezialkenntnissen aus ihrem Urlaub im Ausland herbeigeht werden mußten, ist ein überzeugender Beweis für die Leistungsstärke einer Mannschaft, die sich aus freiwilligen ehrenamtlichen Helfern zusammensetzt. Ihr unermüdlicher Einsatz und Ihr hohes fachliches Können haben nicht nur bei der

unmittelbar betroffenen Bevölkerung, sondern auch bei den algerischen Behörden und in der Presseberichterstattung eine sehr positive Resonanz gefunden.

Ein Korrespondent hat mir spontan seine Eindrücke vor Ort wiedergegeben. Ich darf aus seinem Brief zitieren: „Die 36 Helfer vom Technischen Hilfswerk aus Nordrhein-Westfalen haben durch ihr vorbildliches Vorgehen und ihren mustergültigen Einsatz einen sehr positiven Eindruck hinterlassen... Ausbildungsstand und Einsatzbereitschaft dieser Helfer waren m. E. so hervorragend, daß gerade das THW, und dies in einer schwierigen menschlichen und organisatorischen Situation, entscheidend den Eindruck einer gelungenen deutschen Hilfe mitgeprägt hat.“

Dieses Lob möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Noch mehr als diese Ihnen von allen Seiten ausgesprochene Anerkennung wird Sie jedoch ein Erfolg Ihrer Arbeit freuen: Sie haben in El Asnam aus einem völlig zertrümmerten Haus ein Kind unversehr bergen können. Allein die Rettung dieses Kindes vor dem sicheren Tod hat diesen Einsatz gelohnt.

THW ist ein unverzichtbarer Teil der humanitären Hilfe

Liebe Helfer, die Einsätze dieses Jahres zeigen erneut, daß das THW ein unverzichtbarer Teil der humanitären Hilfe der Bundesregierung ist.

Vom THW ist der Wunsch geäußert worden, noch häufiger bei Hilfsaktionen im Ausland eingesetzt zu werden. Ich unterstütze gern diese Bitte. Auch der Bundesaußenminister, in dessen Zuständigkeitsbereich die humanitäre Hilfe fällt, teilt meine Auffassung, daß die Erfahrungen und das Können des THW in verstärktem Maße genutzt werden sollten. Hierfür wird das THW zusätzliche organisatorische Vorbereitungen treffen, um die Einsatzbereitschaft zu optimieren und weiterhin jederzeit weltweit seinen humanitären Auftrag erfüllen zu können, wie in diesem Jahr.

Durch Ihren Idealismus und Ihr Engagement ist das Ziel der deutschen humanitären Hilfe in diesen Staaten erreicht worden. Sie haben notleidenden Menschen wirksam geholfen. Gleichzeitig haben Sie damit dazu beigetragen, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Völkern und das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu stärken. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich und bitte Sie, diesen Dank auch weiterzugeben an Ihre Kameraden, die heute nicht bei uns sind.“

Berichte der Einsatzleiter

Nachdem der Minister vor den THW-Helfern und ihrem Direktor Ahrens sowie dem

Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung des Ministeriums, Ministerialdirektor Wedler, dem zuständigen Referenten Dr. Andrews und führenden Vertretern der THW-Leitung schon auf die unterschiedlichen Einsatzarten und -bedingungen (Sambia: Föhrenbau, Somalia: Aufbereitung von Trinkwasser, Algerien: Bergung nach Erdbeben) eingegangen war, erhielten anschließend die Einsatzleiter Gelegenheit, zusammenfassende Berichte abzugeben.

Gute Zusammenarbeit in Algerien

Helmut Kellner, Einsatzleiter in Algerien, berichtete über die Besonderheiten der Aufgaben in der vom Erdbeben betroffenen Stadt El Asnam. Obwohl der Einsatz an einem Wochenende vorbereitet werden mußte, habe alles gut funktioniert. Unter Berücksichtigung des zur Verfügung gestellten Ladegewichts für den Lufttransport habe man das benötigte Material, insbesondere das Bergungsgerät, außerordentlich genau sortieren und auf das Wichtigste beschränken müssen. Die sorgfältige Vorarbeit habe sich gut ausgewirkt. Das THW sei die einzige Organisation mit speziellem Bergungsgerät vor Ort gewesen.

Als wichtiger Erfolg des THW sei die Bergung eines noch lebenden Kindes von den Algeriern gewürdigt worden. Wie Kellner betonte, sei die Zusammenarbeit mit den Algeriern, vor allem der „Protection civil“ (Zivilschutz) und dem Militär ausgezeichnet gewesen.

Die Ausführungen von Kellner wurden ergänzt durch die Feststellung des Hundeführers Deusch vom THW-Landesverband Schleswig-Holstein, wonach erst der gemeinsame Einsatz von Bergungshelfern, Hundeführern und Suchhunden zu optimalem Ergebnis führen könne. Ein gut abgerichteter Hund sei besser als technisches Gerät in der Lage, Verschüttete aufzuspüren.

30 Tonnen auf dem Luftweg nach Sambia

Über den achtwöchigen Einsatz in Sambia zu Beginn des Jahres 1980 berichtete Dr. Ingo Dorn, THW-Ortsbeauftragter für Ludwigshafen. Hier ging es um den Bau und die Inbetriebnahme einer 40-t-Fähre für den wichtigen Güterverkehr über den Fluß Chambeshi im Nordosten von Sambia. Das Gerät mit einem Gewicht von 30 Tonnen wurde auf dem Luftwege nach Sambia transportiert und 800 km von der Hauptstadt entfernt zum Einsatz gebracht. Hierüber ist im ZS-Magazin bereits eingehend berichtet worden.

Besondere Schwierigkeiten sah Dorn in der ungenügenden Kommunikationsmög-

lichkeit zwischen der sehr weit von der Hauptstadt entfernt eingesetzten Mannschaft und der Botschaft sowie der THW-Leitung in Bonn-Bad Godesberg. Hier wäre, wie schon bei früheren THW-Einsätzen praktiziert, eine Kurzwellen-Funkverbindung erforderlich gewesen. Abschließend hob Dorn hervor, daß Einsätze, die das THW mit seinen Helfern im Ausland durchführt, im Namen des deutschen Volkes erfolgen.

Spezielle Anlagen für Somalia

Über den Somalia-Einsatz berichtete der THW-Landesbeauftragte für Bremen, Dirk Göbel. Er hatte mit seiner THW-Mannschaft die Aufgabe, Trinkwasser für die Flüchtlinge aus Äthiopien zu sichern. Zu diesem Zweck hatte Dipl.-Ing. Wolfram Such, ein international bekannter Trinkwasserspezialist und zugleich Ortsbeauftragter des THW für Siegburg, spezielle Anlagen konzipiert. In vorbildlicher Zusammenarbeit mit einschlägigen Firmen konnten diese Trinkwasseraufbereitungsanlagen trotz der Urlaubszeit gebaut werden (siehe ZS-Magazin 9/80). Auf diese Weise war es möglich, den Flüchtlingen eine schnelle Hilfe zuteil werden zu lassen. Hier habe sich auch die sehr gute Unterstützung durch die deutsche Botschaft in Mogadischu als hilfreich erwiesen.

Die elf Anlagen seien von den THW-Helfern unverzüglich aufgebaut und in Betrieb genommen worden. Ihre Leistung betrage 200 m³ je Tag und Anlage. Nach einer Anlaufzeit konnten sie an den in Somalia für längere Zeit tätigen MHD übergeben werden. Als positiv erwähnte Einsatzleiter Göbel auch die gute Zusammenarbeit mit den anderen im Lande tätigen Organisationen und die herzliche Aufnahme, die das THW nicht nur bei ihnen, sondern auch bei somalischen Stellen gefunden habe. Großen Wert, dies sei am Rande erwähnt, habe ein geländegängiger Pkw gehabt, mit dem die Bedienungsmannschaften der weit voneinander entfernten Trinkwasseraufbereitungsanlagen versorgt werden konnten. Die Anlagen sind heute noch in Betrieb und werden voraussichtlich um weitere ergänzt.

Anerkennung im Ausland

In einer anschließenden lebhaften Diskussion zwischen den THW-Helfern, Bundesinnenminister Baum und Ministerialdirektor Wedler wurde eine Reihe von Detailfragen, u. a. aus dem Bereich des Haushalts, der Ausstattung und der Betreuung der ehrenamtlichen Helfer, erörtert. In diesem Zusammenhang wies Horst Frentrup, THW-Ortsbeauftragter für Köln, darauf hin, daß der Status der Freiwilligkeit im Ausland sehr viel Anerkennung gefunden habe.

NRW-Innenminister Dr. Schnoor empfing Vertreter der Hilfsorganisationen und der Feuerwehrverbände:

„Sie wissen aus eigenem Erleben, daß die solidarische Gesellschaft keine Utopie ist“

Dank des Landes und der Bürger für den Einsatz der humanitären Hilfsorganisationen und ihrer Helfer – Aufgaben ohne freiwilliges Engagement nicht zu bewältigen

Ohne die Einsatzbereitschaft vieler Bürger in Nordrhein-Westfalen, ohne ihren Entschluß, auf Freizeit zu verzichten und im Notfall die eigene Gesundheit oder das Leben für ihre Mitbürger einzusetzen, ist ein wirksamer Katastrophenschutz nicht möglich. Das hob der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor am 6. Dezember 1980 in Düsseldorf bei einem Empfang für Angehörige aller Organisationen und Verbände hervor, die im Katastrophenschutz des Landes Nordrhein-Westfalen mitwirken. Stellvertretend für die insgesamt 210000 Helferinnen, Helfer und Feuerwehrangehörigen hatte Minister Dr. Schnoor sie zu einem ersten Treffen seit seiner Amtsübernahme eingeladen.

An der Zusammenkunft nahmen als Vertreter der einzelnen Organisationen Führungskräfte und jeweils fünf Helfer und Angehörige des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser-Hilfsdienstes, des Landesfeuerwehrverbandes, des Werkfeuerwehrverbandes und des Technischen Hilfswerks teil.

Vor seinen Gästen betonte Dr. Schnoor, der Staat habe die Pflicht, Leben und Gesundheit seiner Bürger, Sachgüter und die Umwelt zu schützen. Ein absoluter Schutz durch den Staat gegen alle Gefahrenlagen sei allerdings trotz des Einsatzes hoher personeller und sachlicher Mittel nicht erreichbar. Deshalb müsse der behördliche Katastrophenschutz auf der Vorsorge und Selbsthilfe des Bürgers aufbauen, damit sich staatliche und private Maßnahmen gegenseitig ergänzen. Wie der Innenminister erläuterte, sei der Schutz vor Gefahren nur durch eine Gemeinschaftsleistung zu gewährleisten. Dazu gehöre die Selbsthilfe jedes einzelnen und die Nachbarschaftshilfe ebenso wie die Hilfe durch die öffentlichen Aufgabenträger zusammen mit den Organisationen, zu denen sich Menschen freiwillig zusammengeschlossen hätten.

Innenminister Dr. Schnoor führte u. a. aus: „Wie oft wir doch im täglichen Umgang das Wort ‚Katastrophe‘ gedankenlos aussprechen? Das unüberlegte Abnutzen eines Begriffs, der von seiner Entstehung her den unheilvollen, schrecklichen Ausgang einer Tragödie bezeichnete, liegt vielleicht begründet in einem häufig zu beobachtenden

den Hang zur Übertreibung – maßgeblich wohl beeinflusst von den Erscheinungsformen unserer heutigen Werbung.

Sie alle, meine Damen und Herren, kennen den wirklichen, den bitteren Ernst, der sich hinter dem Wort Katastrophenschutz verbirgt . . . Sie alle haben es sich ebenso wie ihre vielen tausend Kolleginnen und Kollegen zur Aufgabe gemacht, die Folgen schweren Unheils in Grenzen zu halten, Ihren Mitmenschen zu helfen.

Beispielhaftes Engagement

Einige von Ihnen tun dies hauptberuflich, die übergroße Mehrheit freiwillig und opfert Freizeit. Dafür schuldet unsere Gesellschaft Ihnen Anerkennung und Dank. Ich möchte Ihnen im Namen des Landes und seiner Bevölkerung heute diesen Dank ausdrücklich aussprechen – Ihnen stellvertretend für die vielen tausend Menschen, die bereit sind, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen, und die sich einsetzen. Ohne Ihr beispielhaftes Engagement, Ihre Bereitschaft zum Verzicht auf Freizeit und andere Annehmlichkeiten, Ihren Entschluß, not-

falls auch ihre eigene Gesundheit, ja im äußersten Falle Ihr eigenes Leben für den bedrohten Mitmenschen einzusetzen, wäre unsere Gesellschaft nicht lebensfähig. Dafür zollen wir alle Ihnen Anerkennung, Respekt und Dank.

Mancher glaubt heute, es komme nur darauf an, daß der einzelne sich optimal verwirklichen kann. ‚Freie Bahn dem Tüchtigen‘ ist die Devise. Was beim Roden und Planieren dieser freien Bahn enturzelt und zerstört wird, ist nicht sein Problem. Den einsamen Erfolg schätzen manche höher als den gemeinsamen Erfolg.

Gegenseitige Solidarität

Wer solches Verhalten ablehnt, wer die vom Verständnis füreinander getragene gegenseitige Solidarität höher schätzt und zur Maxime seines Handelns macht, wird leicht der Gleichmacherei bezichtigt. Sie aber wissen aus eigenem Erleben, daß die solidarische Gesellschaft keine Utopie ist.

Sie praktizieren sie täglich. Sie repräsentieren die Gemeinschaft, die sich darauf

Innenminister Dr. Schnoor (2. von rechts) und der zuständige Abteilungsleiter des Ministeriums, Ministerialdirigent Knop (Mitte), im Gespräch mit Repräsentanten des ASB.



Das humanitäre Engagement gewürdigt: Dr. Schnoor begrüßt die Abordnung des DRK.



vorbereitet, einander in Zeiten der Not und des Unglücks zu helfen und beizustehen. Schon immer war der Mensch von Katastrophen bedroht. Erdbeben, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche, Großbrände: Naturkatastrophen in großer Zahl zerstörten seinen Lebensraum und sein Leben.

Wir haben die möglichen Quellen drohenden Unheils vermehren müssen: Staudämme, chemische Großanlagen, Kernkraftwerke, der dichte Flugverkehr, der Transport hochexplosiver Stoffe auf unseren Fernstraßen. Diese Einrichtungen sind notwendiger Bestandteil unserer heutigen hochtechnisierten Gesellschaft. Sie können aber auch trotz aller Sicherheitsvorkehrungen und technischen Perfektion die Quelle großer Katastrophen sein.

Der Staat ist gefordert

Die Erfahrung lehrt uns, daß selbst der perfekt erdachte Regelkreis noch Lücken aufweisen kann, die erst erkannt werden, wenn der Schaden eingetreten ist. Und weil wir uns vor unseren eigenen Fehlern nicht schützen können, müssen wir uns vor ihren Folgen schützen, wie vor den Naturkatastrophen. Die Aufgabe kann der einzelne gar nicht bewältigen. Hier ist die Gemeinschaft, der Staat, gefordert. Eine Aufgabe, die alle angeht, müssen auch alle gemeinsam anpacken. Der Staat hat sicher die Pflicht, Leben und Gesundheit seiner Bürger, Sachgüter sowie die Umwelt in allen Bereichen zu schützen. Deshalb wird vom Staat Vorsorge gegen Gefahren aller Art getroffen.

Ein absoluter Schutz durch den Staat für alle erdenklichen Gefahrenlagen ist trotz des Einsatzes hoher personeller und sachlicher Mittel nicht erreichbar. Dem weit verbreiteten Glauben an die Perfektion technischer Errungenschaften und daran, daß im Kampf gegen die Naturgewalten alles machbar sei, sind Grenzen gesetzt. Das haben uns die Hochwasserkatastrophen an der deutschen Nordseeküste gezeigt, zum Beispiel die Februarflut von 1962, und das zeigt uns jetzt das schreckliche Erdbeben in Italien.

Hilfe zur Selbsthilfe

Der behördliche Katastrophenschutz muß auf der Vorsorge und Selbsthilfe des verantwortungsbewußten Bürgers aufbauen können, so daß sich staatliche und private Maßnahmen gegenseitig ergänzen. Der Katastrophenschutz wird auch in Zukunft in vielen Fällen nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten können. Die Fähigkeit des Bürgers zur Selbsthilfe muß gestärkt werden. Nicht nur unsere Gesellschaft ist verwundbarer als früher, auch die Menschen sind es. Sie kennen Selbstverständlichkeiten nicht mehr. Die vielseitig erforderlichen Hilfeleistungen können die öffentlichen Aufgabenträger – Gemeinden, Kreise und das Land – allein gar nicht erbringen. Ein Schutz vor Gefahren, bei denen die möglichen Schäden vielgestaltig und verheerend sein können, die Wahrscheinlichkeit ihres Entstehens jedoch nach bisherigen Erfahrungen als gering anzusehen ist, kann – wie seit jeher – nur durch eine Gemeinschaftsleistung gewährleistet werden: Selbsthilfe des Bürgers, Nachbarschaftshilfe, Hilfeleistung durch Staat und Gemeinden, Hilfeleistung durch die Organisationen, in denen sich Menschen freiwillig zusammengeschlossen haben, um humanitäre Hilfe leisten zu können.

Viele tausend Männer und Frauen haben sich in unserem Land verpflichtet, in den Organisationen als freiwillige Helfer bei der Abwehr von Katastrophen mitzuwirken. Es gibt auch heute noch Menschen, die sich ihrer Pflichten für den Nachbarn bewußt sind und die bereit sind, für die Allgemeinheit, für den Nächsten die nicht unerheblichen Opfer zu bringen, welche der Dienst in den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und des Feuereschutzes fordert. Vor allem junge Menschen sehen hier ein lohnendes Ziel für ihr Engagement.

Daß die Bewältigung dieser Aufgabe den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordert, weiß ich, und das wissen auch Sie. Ich weiß aber auch, daß alle Mittel nicht ausreichen würden, wenn der Staat sich nicht der Mitarbeit und Unterstützung der freiwilligen Hilfsorganisationen und ihrer ehrenamtli-

chen Helfer sicher sein könnte, der Hilfe seiner Bürger . . .“



Zu dem ersten Treffen des nordrhein-westfälischen Innenministers seit seiner Amtsübernahme hatte auch der MHD eine Delegation entsandt.



Bei einem Glas echt Düsseldorfer Alt-Bier war der Kontakt schnell hergestellt: Minister Dr. Schnoor im Kreise der führenden Feuerwehrmänner.



Gruppenbild mit Dame – der Minister begrüßt eine THW-Helferin, die das „weibliche Element“ in ihrer Organisation repräsentiert.



Krawatten-Tausch: Dr. Schnoor wechselt mit Jan Schmitz, Präsident der DLRG Nordrhein, seinen Binder – natürlich trägt die DLRG-Krawatte das Zeichen des spähenden Adlers.



Offensichtlich nicht nur gemeinsame Probleme, sondern auch weniger Ernstes kam bei dem Empfang des Düsseldorfer Innenministers zur Sprache – wie hier im Kreise der JUH-Vertreter.



Landesfeuerwehr- und Werkfeuerwehrverband repräsentierten die vielen tausend Feuerwehrleute, die im Brand- und Katastrophenschutz des Landes NRW tagtäglich ihre Aufgaben erfüllen.

Katastrophenschutzübung in Gelsenkirchen:

Harter Einsatz bei Eis und Schnee

450 Helfer probten den Ernstfall –
Innenminister Dr. Schnoor beobachtete die Übung – Hohes Lob für alle Freiwilligen

Hoher Besuch bei der Katastrophenschutzübung der Stadt Gelsenkirchen am 8. November 1980: Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Schnoor, der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Münster, Schleberger, der zuständige Abteilungsleiter des Innenministeriums, Ministerialdirigent Knop, sowie Bürgermeister Rossa, Oberstadtdirektor Prof. Dr. Meya und Polizeipräsident Dr. Schermer wollten sich über den Ausbildungsstand der rund 900 Übungsteilnehmer – etwa die Hälfte Akteure, die anderen „Darsteller“ und Leitungskräfte – informieren.

Kann man allgemein den November 1980 als außergewöhnlich mild kennzeichnen, so war es am Übungsmorgen, als um 8 Uhr der Stab unter Leitung des Beigeordneten und Beauftragten für den Katastrophenschutz der Stadt Gelsenkirchen, Dr. Kauke, zusammentrat, bitterkalt: Eis und Schnee bedeckten die Landschaft, Gewässer waren zugefroren. Die Hauptleidtragenden dieser Umstände dürften die Darsteller von Verletzten, Toten und Obdachlosen gewesen sein, weniger die rund 450 aktiven Helfer, denn die hatten bei der angenommenen Ausgangslage alle Hände voll zu tun, um das Übungsziel zu erreichen.

Das „Drehbuch“ sah drei Einsatzorte vor:

1. Nach einer Explosion sollte in einem Gebäude auf dem Betriebsgelände einer stillgelegten Kohlenzeche ein Brand ausgebrochen sein, Gasleitungen waren geplatzt und brannten. Brennender Kunststoff entwickelte „nitrose Gase“, 30 Personen waren eingeschlossen, mit Verletzten und Toten war zu rechnen. Treppen waren unpassierbar. Die Räume konnten nur mit umluftunabhängigem Atemschutz betreten werden. Die Löschwasserversorgung mußte über Schlauchleitungen aus dem entfernter liegenden Hafenbecken des Rhein-Herne-Kanals sichergestellt werden. Im Verlauf der Lösch- und Bergungsarbeiten brach ein weiterer Brand in einem Stellwerk auf dem Betriebsgelände aus.

2. In einem dreigeschossigen Gebäude mit zweigeschossigem Anbau wurde ein Schadensereignis angenommen, bei dem schwere Zerstörungen im Inneren des Gebäudes entstanden waren. Auch hier war das Treppenhaus nicht zu benutzen. Ca. 30 Verletzte mußten aus den Trüm-

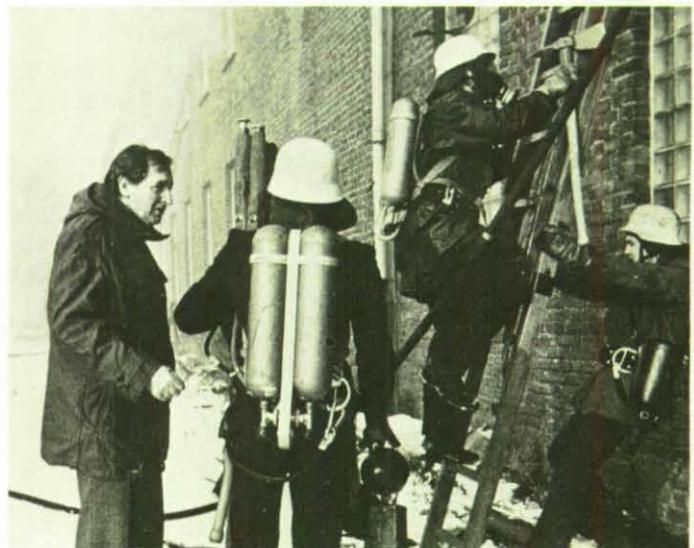
mern geborgen werden. Decken- und Wanddurchbrüche waren erforderlich. Zu-

sätzlich war ein kleiner Brand von Kräften eines Bergungszuges zu löschen.

Ministerialdirigent Knop, Regierungspräsident Schleberger, der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Schnoor und Oberstadtdirektor Prof. Dr. Meya (von rechts) werden über die Übungsanlage unterrichtet.



In eines der Gebäude konnte wegen giftiger Gase nur mit schwerem Atemschutz eingedrungen werden. Minister Dr. Schnoor erkundigte sich bei den Helfern über den Ablauf des Einsatzes.



Zur Evakuierung von 300 Menschen war eine Fähre zu bauen. Um auch Kontakt mit den Helfern, die die „Obdachlosen“ darstellten, zu bekommen, ließen sich die prominenten Übungsbeobachter mit einem Boot übersetzen.





Unter den kritischen Blicken des Innenministers wurden aus den oberen Etagen die Verletzten geborgen.



Erstversorgung eines „Verletzten“ – auch hier war Innenminister Dr. Schnoor interessierter Beobachter.



Bevor die Fähre in Betrieb genommen werden konnte, mußte erst die Eisdecke aufgebrochen werden.



Die heiße Erbsensuppe nach Beendigung der Übung hatten sich bei den winterlichen Temperaturen alle Beteiligten verdient. Innenminister Dr. Schnoor (Bildmitte) fand die Verpflegung ausgezeichnet.

An diesen beiden Schadensstellen wurde jeweils eine Technische Einsatzleitung gebildet; eingesetzt waren drei Löschzüge R (Rettung), zwei Löschzüge W (Wasserversorgung), zwei Sanitätszüge und ein Bergungszug. Zusätzlich stand ein Krankentransportzug zur Verfügung.

3. Im Stadtwald waren auf einer „Insel“ 300 Obdachlose in einer Sammelstelle von steigendem Hochwasser bedroht. Das Zeltlager war am Abend zuvor im Schnee aufgebaut worden. Hier war vom Bergungszug eine Fähre zu bauen, mit deren Hilfe die Obdachlosen zu bergen waren. Zwei Betreuungszüge übernahmen Registrierung, Verpflegung und Transport in Notunterkünfte. Dafür mußten zwei Schulen ausgeräumt und hergerichtet werden.

Die Personenauskunftsstelle war in der Geschäftsstelle des Deutschen Roten Kreuzes, ein Verbandplatz im Katastrophenschutz-Zentrum eingerichtet worden.

Zu dieser realistischen Übung hatten die Vertreter der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks, des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes und der Johanniter-Unfall-Hilfe sachkundigen Rat und praktische Hilfe beige-steuert. Stadtkämmerer Stemmermann war Chef der Übungsleitung, der Mitarbeiter des Zivilschutzamtes und der Hilfsorganisationen angehörten. Kritisch beurteilt wurden die Gelsenkirchener Übungen durch Schiedsrichter, die aus der Stadt Münster und dem Kreis Recklinghausen kamen und somit neutral waren.

Das Übungsgeschehen zeigte naturgemäß einige Schwachstellen auf, zumal verschiedene Aufgaben erstmalig angefaßt worden waren, um Erfahrungen zu sammeln. Den Akteuren unterliefen auch einige kleinere Pannen. Dennoch war festzustellen, daß sowohl Stab als auch Technische Einsatzleitung und Einheiten Fortschritte gemacht haben. Insbesondere wurde dies bei dem stark geforderten Fernmeldebetrieb deutlich. Insgesamt war jedenfalls der Leiter des städtischen Zivilschutzamtes, Gremme, recht zufrieden mit der diesjährigen Übung.

Ein sehr aufmerksamer und interessierter Beobachter war der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Schnoor, der sich mit den Helfern eingehend unterhielt. Er hob insbesondere das Engagement so vieler freiwilliger, junger Helfer hervor, denen er ein hohes Lob für den Einsatz bei dieser Übung unter so unwirtlichen klimatischen Bedingungen zollte. Während des Mittagessens – es gab die gute THW-Erbsensuppe – führte der Minister abschließend aus: „Nach allem, was ich hier sah, habe ich keine Bedenken, ob der Katastrophenschutz in Gelsenkirchen auch im Ernstfall gewährleistet ist.“

Günter Sers

Ein Steckenpferd wurde zur Leidenschaft

Eine Welt im Maßstab 1:87

Hobbymodellbauer bastelte fast 400 originalgetreue Nachbildungen von Sanitäts-, Bergungs- und Feuerwehrfahrzeugen – Schadensmodelle mit realistischen Einsatzabläufen ergänzen die Sammlung

Auf den Gedanken, Modellfahrzeuge der Katastrophenschutzorganisationen zu sammeln, kam Wolfgang Jendsch, Hobbymodellbauer aus Oberkirch in Baden, vor Jahren – während eines Einsatzes als Rettungsmitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe im italienischen Erdbebengebiet Friaul. Beeindruckt von der Vielfalt der dort eingesetzten in- und ausländischen Sanitäts- und Bergungsfahrzeuge überlegte er, ob diese nicht auch im Kleinen zu gestalten sind. Zurück in Deutschland, kaufte er sich gewöhnliche Spielzeugmodelle der entsprechenden Wagentypen und wandelte sie farblich so ab, daß daraus Sanitätsfahrzeuge wurden.

Fast 400 Modellfahrzeuge

Wer heute die Vielzahl seiner Mobile sieht, merkt, daß aus dem anfänglich bescheidenen Steckenpferd eine Leidenschaft geworden ist. Säuberlich eingeteilt in Aufgabengebiete und untergebracht auf mehreren Ebenen eines Regals, reihen sich fast 400 Fahrzeugmodelle in den verschiedensten Farben aneinander. Die bunte Palette der originalgetreu nachgearbeiteten Fahrzeuge reicht vom kompletten Sanitätszug der JUH über einen vollzähligen ABC-Zug, THW-Fahrzeugen aus den einzelnen Zügen wie Funkkommandowagen, Unfallhilfs-Kombi, Einsatzleitwagen, Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug, einer fahrbaren Unfallhilfsstelle des ASB, Einsatzleitwagen der Polizei bis hin zu dem großen Fahrzeugpark der Feuerwehren. Großtanklöschfahrzeug, Drehleiter, verschiedene Rüstwagen, Löschfahrzeuge aller Art, fast alle Wagentypen sind vertreten in der umfangreichen Sammlung. Hinzu kommen noch Fahrzeuge aus der DDR, Österreich, Frankreich, England, Schweden, Tunesien und Japan.

Im Gegensatz zu früher, als Jendsch sich noch mit den im Spielzeughandel angebotenen Modellen zufrieden gab, kommt es ihm heute auf das kleinste Detail an. Weder Rückspiegel, Antenne, Blaulicht oder Lautsprecher noch Beschriftung und Embleme der Organisationen fehlen an den Mobilien. Auf einem Arbeitstisch stapeln sich viele verschiedenfarbige Kästchen, vollgepackt mit Utensilien, die für einen Modellbauer unentbehrlich sind. Neben dem Tisch steht eine große „Kramkiste“. Wirft man einen Blick hinein, sieht man, daß Jendsch auch „Lehrgeld“ bezahlen

mußte. Bunt durcheinandergewürfelt liegen hier die ersten Fahrzeuge, die nicht mehr seinen heutigen, kritischeren Ansprüchen genügen. Sie werden nach Bedarf ausgeschlachtet und die Einzelteile für die Gestaltung neuer, genauerer Modelle verwandt.

Im Maßstab 1:87

Auf die Frage, was ihm als Vorlage für seine „Millimeterarbeit“ dient, zeigt Jendsch auf ein Wandregal in seinem Arbeitszimmer. Hier reihen sich über 50 Aktenordner aneinander, voll mit Prospektmaterial und Bauplänen von Originalfahrzeugen, in- und ausländischen Fachzeitschriften sowie Fotos von Einsatzfahrzeugen, die der ehrenamtliche Rettungsmitarbeiter selbst aufgenommen hat.

Seine ganze Sammlung ist im Maßstab 1:87 angelegt. Jendsch: „Es gibt Modelle in den verschiedensten Maßstäben. Ich baue im Maßstab 1:87, weil sich damit auf vertretbarem Platz ganze Schadensabläufe darstellen lassen.“ Als Werkstoff für seine eigenen Konstruktionen benutzt er Metalle, Kunststoffe und Gummi, alles Materialien, die leicht zu bearbeiten sind. Auch gießt er Einzelteile in Harz.

Jendsch, hauptberuflich Referent für Öffentlichkeitsarbeit eines Klinikverbandes, stehen wöchentlich nur ein paar Stunden für sein Hobby zur Verfügung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß er für die Fertigung eines schwierigen Nachbaus mehrere Wochen benötigt. „Sehr viel Feingefühl, handwerkliches Können und besonders Geduld sind nötig, um die vielen winzigen Einzelteile anzufertigen und zusammenzufügen“, erläutert er.



Der Arbeitsplatz des Hobbymodellbauers läßt erkennen, wieviel Einzelteile nötig sind, um ein Mobil originalgetreu nachzubauen.

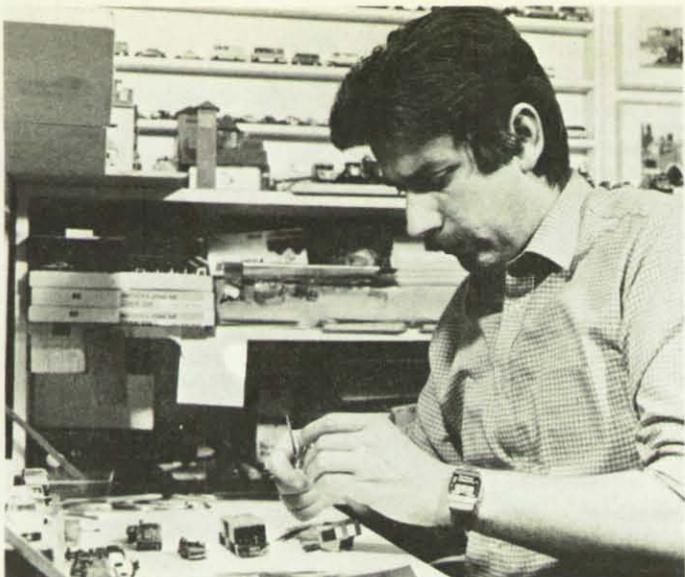
Historische Nachbildungen

Sein größter Stolz sind einige historische Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr New York. In mühevoller, langwieriger Arbeit hat er die amerikanischen Bausätze umgearbeitet. Rund acht Wochen waren nötig, um eines der fast hundertmal kleineren Modelle anzufertigen. Die Details dazu entnahm er einer amerikanischen Fachzeitschrift. Jendsch: „Ich kann Anfängern nur raten, nicht gerade mit einer solch schwierigen Aufgabe zu beginnen. Sie sollten sich zuerst an einfacheren Modellen versuchen.“

An einem Fahrzeug erprobt der Bastler echte Funktionen. Schon lange hatte es ihn gereizt, seine Modelle mit optischen und akustischen Signalen zu beleben. So sollen Fahrlicht, Rückfahrlicht, Blaulicht und Martinshorn in Zukunft zur Ausstattung seiner Mobile gehören.

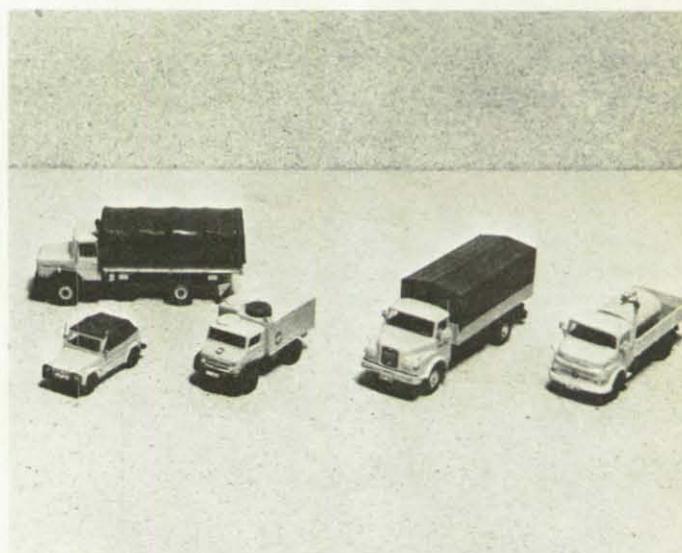
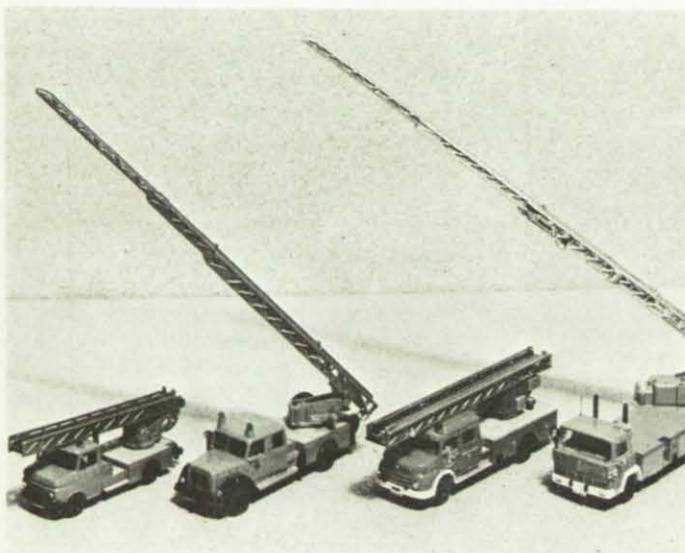
Wirklichkeitsnahe Schadensmodelle

Bei soviel Perfektionismus blieb es natürlich nicht aus, daß der Hobbymodellbauer seine inzwischen fast komplette Sammlung einzelner Einsatzzüge der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen auch in Funktion sehen wollte. Deshalb fing er vor zwei Jahren damit an, nach Original-Schadensbildern, die er zum Teil selbst während seiner Einsätze als Rettungsmitarbeiter fotografierte, sehr realistisch das Unfall- oder Brandgeschehen nachzubilden. Jetzt konnte er mit seinen Sanitäts-, Bergungs- und Feuerwehrfahrzeugmodellen ganze Einsatzabläufe wiedergeben.

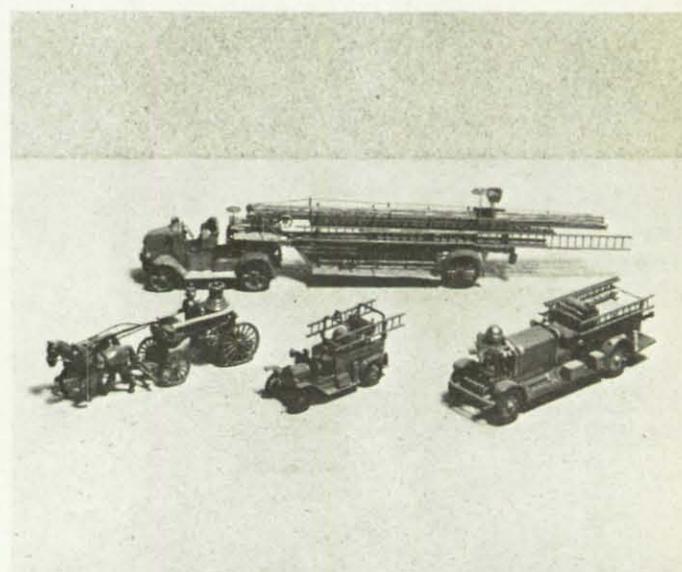
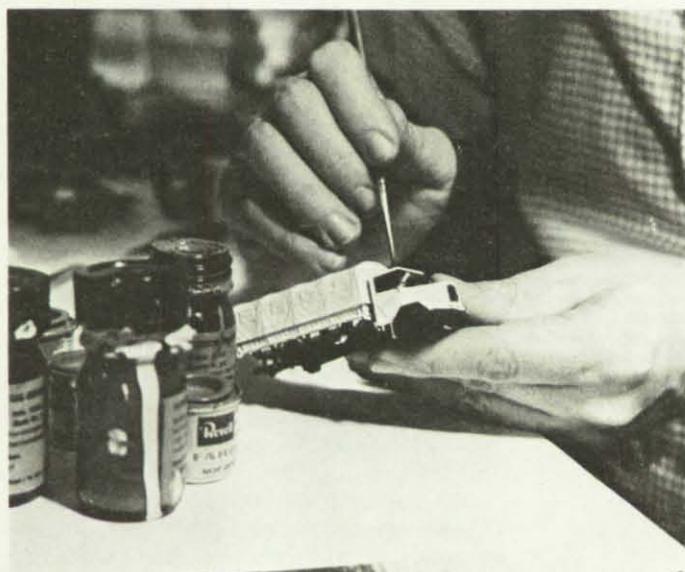


Wolfgang Jensch stehen für sein Steckenpferd nur wenige Stunden in der Woche zur Verfügung. Viel Feingefühl, handwerkliches Können und Geduld sind für die Anfertigung der winzigen Fahrzeugdetails nötig.

Bild rechts: Originalabbildung und Modell im Vergleich: Fast perfekt ist der Nachbau des Schnellbergungswagens geglückt.



Alle Modelle sind im Maßstab 1:87 nachgebildet, weil sich damit auf vertretbarem Platz ganze Schadensabläufe darstellen lassen. Bild links: Feuerwehr-Drehleitern verschiedener Baujahre. Bild rechts: der komplette Sanitätszug der Johanniter-Unfall-Hilfe Frankenthal.



Ein Lastkraftwagen des Deutschen Roten Kreuzes kurz vor der Vollendung. Mit Pinsel und Farbe werden die letzten Feinheiten herausgearbeitet.

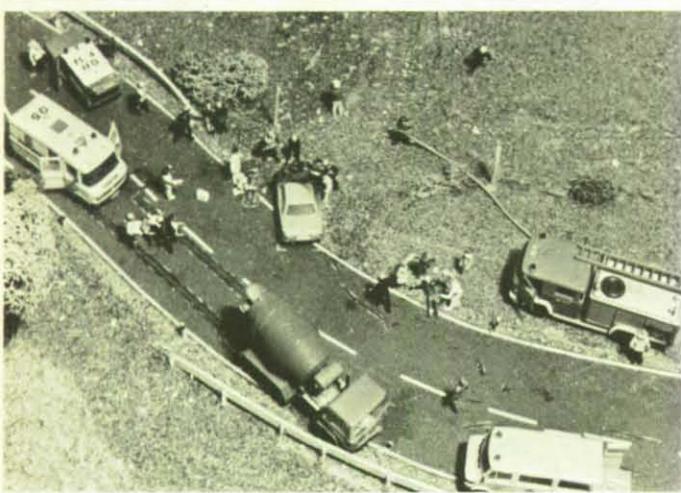
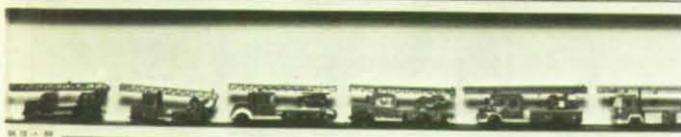
Bild rechts: Der größte Stolz des Hobbymodellbauers sind diese historischen Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr New York. Rund acht Wochen waren für den Nachbau eines einzigen Mobils nötig.



Polizei-Hubschrauber, Rettungshubschrauber, Einsatzleitwagen, Kranken-transportwagen, sie alle sind in Maßstabsge- rechter und detailgenauer Ausführung in der fast 400 Modellfahrzeuge umfassenden Sammlun- gung vertreten.



Säuberlich eingeteilt in Aufgabengebiete rei- hen sich die unterschiedlich- sten Feuerwehr-Fahr- zeugmodelle anein- ander.



Auf wirklichkeitsnahen Schadensmodellen gibt Jendsch ganze Einsatz- abläufe realistisch wie- der. Das Modell zeigt ein- en Verkehrsunfall auf einer Bundesstraße mit den entsprechenden Rettungsmaßnahmen.



Baupläne von Original- fahrzeugen, Prospekt- material, Fachzeitschri- ften – u. a. auch das Zi- vilschutz-Magazin – so- wie Fotos von Einsatz- fahrzeugen, die der eh- renamtliche JUH-Ret- tungssanitäter selbst fo- tographiert, dienen als Vorlagen für die Milli- meterarbeit.

Auf seinem ersten Schadensmodell stellte Jendsch einen Großbrand auf einem schwäbischen Bauernhof dar. Mit viel Liebe zum Detail rekonstruierte er den Feuerweh- und Rettungseinsatz. Im Mittelpunkt des Geschehens steht der Brand eines Stalls: Mit allen verfügbaren Kräften versuchen die Wehren das Schadensfeuer einzudämmen. Von einer Drehleiter aus bekämpft ein Feuerwehrmann den Brand von oben, während am Boden die Wehrmänner mit fünf Rohren gegen die Flammen vorgehen. Hinter dem Wohnhaus steht ein geländegängiges Löschfahrzeug (LF 8), von hier aus versuchen die Einsatzkräfte ein Übergreifen des Feuers zu verhindern. Tragkraftspritzen, die das Löschwasser aus einem nahegelegenen Bach pumpen, stellen die Wasserversorgung sicher. Außerhalb des unmittelbaren Gefahrenbereichs versorgen Sanitäter der JUH zwei verletzte Hausbewohner. Die Polizei hält Neugierige fern und regelt den Verkehr.

Der Betrachter braucht schon etwas Zeit, um die vielen bis ins Kleinste ausgearbeiteten Einzelheiten und landschaftlichen Gegebenheiten zu erkennen: Ställe, Wohngebäude, Lagerschuppen sowie Bachlauf, Straße und Brücke sind fast originalgetreu wiedergegeben; bestens geeignet als Lehrmodell für Feuerwehr- und Rettungsdienstpersonal.

Im Frühjahr nächsten Jahres will Jendsch auf einer Grundfläche von zwei mal zehn Metern neue, größere Schadensmodelle basteln, mit denen er noch umfangreichere Einsatzabläufe darstellen kann. Sie sollen auch beleuchtet werden.

Anerkennung auf „Interschutz '80“

Jendsch, der seine komplette Sammlung und die Einsatzdarstellungen auf der „Interschutz '80“ in Hannover ausgestellt hatte, konnte über Mangel an Besucher nicht klagen. „Für mich war der Andrang überwältigend“, berichtet er. „Ich habe nicht mit soviel Interessenten gerechnet. Der Stand war meist überfüllt. Besonders gefreut habe ich mich aber über die anerkennenden Worte der fachkundigen Feuerwehrmänner. Sie bestätigten mir oft, daß die Modelle sehr genau den Originalen entsprechen.“

Auf seine Zukunftspläne angesprochen, meint Jendsch: „Mein Fernziel ist die Darstellung der Geschichte des Feuerlösch-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzwesens der letzten hundert Jahre im weitesten Sinne. Außerdem gibt es fast tausend verschiedene Einsatzfahrzeuge der einzelnen Organisationen. Es bleibt mir also noch genug zu tun.“

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den niederländischen Katastrophenschutzbehörden

Rahmenübereinkommen des Europarates sieht Erleichterung der grenzüberschreitenden gegenseitigen Hilfe bei Unglücks- und Katastrophenfällen vor – Auch mit Belgien steht ein Abkommen vor der Ratifizierung

Der Bundesminister des Innern hat im Juli 1980 ein Rahmenübereinkommen des Europarates über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften, das auf der Europäischen Kommunalministerkonferenz am 21. Mai 1980 auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde, vorgelegt. Dieses Abkommen bedarf zu seinem Inkrafttreten der Ratifikation von mindestens zwei Vertragsstaaten mit gemeinsamer Grenze. Hierfür ist auf deutscher Seite noch die Zustimmung der Länder erforderlich. Das Übereinkommen hat zum Ziel, die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit, insbesondere auch auf dem Gebiet der gegenseitigen Hilfe im Unglücks- und Katastrophenfall, zu erleichtern. Zu diesem Zweck sieht das Übereinkommen gegenseitige Abstimmung und entsprechende Vereinbarungen vor. Die europäischen Grenzen sollen damit zum Nutzen der Bürger in den Grenzregionen ein Stück durchlässiger werden.

Verbindungen weiter ausbauen

Zwischen dem Königreich der Niederlande und dem Königreich der Belgier sowie den deutschen kommunalen Gebietskörperschaften mit gemeinsamer Grenze bestehen seit jeher sehr enge und intensive Kontakte vielfältiger Art. Ein Bericht des niederländischen Ministeriums von Binnenlandse Zaken über die Zusammenarbeit zwischen den nachgeordneten Gebietskörperschaften im niederländisch-deutschen und niederländisch-belgischen Grenzraum, der am 28. April 1980 herausgegeben wurde, stellt ausdrücklich fest, daß das Bedürfnis nach Zusammenarbeit der nachgeordneten öffentlich-rechtlichen Körperschaften an den Staatsgrenzen nicht haltmacht. Wegen des besonderen Charakters und der besonderen Probleme sei diese Zusammenarbeit durch Sondermaßnahmen zu fördern und zu unterstützen. Im Bericht wird festgestellt, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Feuerschutzes, Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes ange-regt werden muß. Es sei eine Aufgabe der nachgeordneten Körperschaften, die Zusammenarbeit anzubahnen und die sich

ergebenden Probleme zu lösen. Das gelte insbesondere für technische und technisch-organisatorische Schwierigkeiten. Es sei in diesem Zusammenhang den auf nationaler Ebene mit Deutschland und Belgien zur Regelung der Fragen hergestellten Verbindungen große Bedeutung beizumessen. Diese Verbindungen müßten weiter ausgebaut werden.

Erste Gespräche und Erfahrungsaustausch

Dazu ist zu bemerken, daß eine Fülle von Einzelkontakten zwischen niederländischen und deutschen sowie belgischen und deutschen Vertretern kommunaler Behörden entstanden sind. Die Kontakte haben in der Regel auch zu unverbindlichen Absprachen geführt, die jedoch von Gebietskörperschaft zu Gebietskörperschaft unterschiedlich waren. Sowohl von deutscher als auch von niederländischer Seite wurde deshalb ein gewisser Standard der Absprachen gewünscht. Erste Gespräche dazu fanden zwischen dem Provinzial-Kommandanten des niederländischen Bevölkerungsschutzes (Bescherming Bevolking) der Provinz Limburg und dem Landkreistag Nordrhein-Westfalen statt. Dabei wurden zunächst Erfahrungen und Informationen ausgetauscht sowie beraten, wie die Zusammenarbeit im Katastrophenschutz geregelt werden könne. Es wurde vereinbart, daß von der niederländischen Seite an den Gesprächen Vertreter (Kabinettschefs) der niederländischen Kommissare der Königin in den Provinzen Overijssel, Gelderland und Limburg teilnehmen. Hinzugezogen wurden von den Niederlanden auch die jeweils zuständigen Provinzial-Kommandanten des Bevölkerungsschutzes sowie Vertreter des Feuerschutzes und des Rettungsdienstes. Von deutscher Seite nahmen Vertreter der Stadt Aachen sowie der Kreise Steinfurt, Borken, Kleve, Viersen, Heinsberg und des Kreises Düren teil. Die Federführung lag und liegt heute noch beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen.

Die Zuständigkeiten

Zunächst wurden die deutschen Teilnehmer darüber informiert, daß die Niederlan-

de ein zentraler Einheitsstaat mit elf Provinzen sind. Unterhalb der elf Provinzen gibt es 800 Gemeinden, die für die Gefahrenabwehr zuständig sind. Die Gemeinden sind auch zuständig für den Feuerschutz. Für die Katastrophenabwehr ist jeweils der Kommissar der Königin in der Provinz verantwortlich. Es gibt in den Niederlanden eine deutliche Trennung zwischen den Regelungen für Katastrophen in Friedenszeiten und solchen für einen Katastrophenschutz im Verteidigungsfall.

Insbesondere beim Katastrophenschutz kommt dem Kommissar der Königin der jeweiligen Provinz eine bedeutende Aufgabe zu. Ihm steht der Provinzial-Kommandant des Bevölkerungsschutzes zur Seite.

Die niederländischen Behörden wurden informiert, daß in der Bundesrepublik Deutschland für den friedensmäßigen Katastrophenschutz die Länder zuständig sind; für den sog. erweiterten Katastrophenschutz im Verteidigungsfall die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist. Feuerschutz und Rettungsdienst sind ebenfalls Angelegenheiten der Länder. Die Ausführung aller Aufgaben obliegt den Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und der Kreise (ab 1. Januar 1981 mit Inkrafttreten der Funktionalreform in Nordrhein-Westfalen auch die Hauptverwaltungsbeamten der großen kreisangehörigen Städte für den friedensmäßigen Katastrophenschutz). Die Hauptverwaltungsbeamten haben im Rahmen der Bundes- und Landesgesetzgebung die notwendigen Maßnahmen für die Lebens- und Existenzgrundlagen ihrer Bürger in Krisenzeiten zu treffen. Aufsichtsbehörden über die kreisfreien Städte und die Kreise sind die Regierungspräsidenten, die dann eigene Zuständigkeiten haben, wenn eine Abwehr über den Bereich eines Kreises hinausgeht.

Gegenseitige Unterrichtung

Nach allgemeinen Informationen zwischen den niederländischen und deutschen Grenzpartnern wurden bereits am 16. November 1978 Unterlagen über Alarmie-

rungsmöglichkeiten und Anschriften sowie Kartenmaterial mit Angaben über die Feuerwachen, Rettungswachen, Standorte der Katastrophenschutzeinheiten u. a. ausgetauscht. Am 23. Oktober 1979 wurde sodann abgesprochen, daß die niederländischen Katastrophenschutzbehörden die zuständigen deutschen Hauptverwaltungsbeamten unterrichten, wenn in ihrem Bereich Voralarm oder Katastrophenalarm ausgelöst wird. Ebenfalls sicherten die deutschen Grenzpartner zu, daß bei Auslösung von Voralarm oder Katastrophenalarm im deutschen Bereich der zuständige niederländische Kommissar der Königin und ggf. auch der Provinzial-Kommandant der Bescherming Bevolking unterrichtet wird. Die Unterrichtung soll nach dem Muster für die Erstellung von Sofortmeldungen nach § 20 KatSG NW erfolgen, d. h. die informelle Unterrichtung soll enthalten: Datum, Uhrzeit der Meldung, meldende Behörde, wie die zu meldende Behörde erreichbar ist, Art und Umfang der Schäden bzw. der Gefahr, voraussichtlich weitere Schadensentwicklung; dann die Ursache des Schadens, die eingeleiteten Sofortmaßnahmen, wer den Einsatz leitet und wie der Einsatzleiter zu erreichen ist. Es sollen also die ohnehin bei Auslösung von Voralarm und Katastrophenalarm abzugebenden Meldungen nach § 20 KatSG NW nachrichtlich an die niederländischen Grenzpartner abgegeben werden.

Von niederländischer Seite wurde inzwischen am 11. August 1980 präzisiert, daß die für die Katastrophenabwehr zuständigen niederländischen Kommandanten der regionalen Feuerwehrentralen die Oberkreisdirektoren bzw. den Oberstadtdirektor in Aachen unterrichten. Umgekehrt soll nach Bekanntgabe der Anschriften der regionalen niederländischen Feuerwehrentralen die deutschen Grenzkreise die Alarmmeldung an die regionalen niederländischen Feuerwehrentralen geben. Es wurde vereinbart, daß dies der kürzeste Weg einer Information sei. Meldungen von den deutschen Regierungspräsidenten an den jeweiligen Kommissar der Königin der Provinzen werden durch diese Informationen nicht berührt.

Kostenregelung und Haftung

Die Zusicherung der deutschen Kreise, eine entsprechende Meldung an die niederländischen Kommissare zu geben, setzt allerdings voraus, daß auch die kreisangehörigen Gemeinden alle Ereignisse (Katastrophen, schwere Unglücksfälle u. a.) mit Auswirkungen auf die Niederlande der Kreisleitstelle des Katastrophenschutzes melden. In den Gesprächen mit

den niederländischen Vertretern der Kommissare der Königin wurden auch Fragen der Kostentragung und der Schadensersatzansprüche (Haftung) erörtert. Auf beiden Seiten wurden Verzichtserklärungen auf Gegenseitigkeit für die Kostentragung und Schadensersatzansprüche für förderlich gehalten. Diese konnten jedoch nicht abgegeben werden, da hierfür unterschiedliche Zuständigkeiten sowohl in den Niederlanden wie in der Bundesrepublik Deutschland gegeben sind. Die deutschen Teilnehmer vertraten die Auffassung, daß bei einem Einsatz in den Niederlanden in der Regel bei einer Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung eine deutsche Hilfeleistung durch das Land angeordnet werde. Deshalb müsse auch das Land die dabei entstehenden Kosten und Schadensersatzansprüche abdecken. Sowohl von den niederländischen als auch deutschen Gesprächsteilnehmern wurde deshalb der Abschluß von Staatsverträgen mit entsprechenden Regelungen als dringlich notwendig angesehen. In den Staatsverträgen sollte eine Verzichtserklärung auf Gegenseitigkeit für die Kostentragung und Schadensersatzansprüche vereinbart werden. Die Gesprächspartner bedauerten, daß gerade diese Fragen bisher noch nicht staatsvertraglich geregelt werden konnten, obwohl für die Hilfeleistung selbst keine wesentlichen Hinderungsgründe vorliegen.

Genehmigungen für Funk- und Fernmelde-einrichtungen

Gegenwärtiges Thema der Gespräche mit den Niederlanden waren auch Mitnahme- und Benutzungsgenehmigungen für Funk- und Fernmeldeeinrichtungen für den Einsatz bei Katastrophen sowie im Feuerchutz und im Rettungsdienst. Die Verwaltung des Post- und Fernmeldedienstes der Niederlande (Zentraldirektion/Radiokontrolldienst) hat sich dahingehend geäußert, daß sie bereit sei, solche Benutzungs- und Mitnahmegenehmigungen zu erteilen. Sie erwarte jedoch, daß die Deutsche Bundespost ebenso im Rahmen der Gegenseitigkeit für die niederländischen Katastrophenschutzbehörden eine solche Mitnahme- und Benutzungsgenehmigung ausspreche. Inzwischen sind Verhandlungen zwischen dem Fernmeldetechnischen Zentralamt der Deutschen Bundespost und der niederländischen Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens angelaufen.

Vertreter der Deutschen Bundespost erklärten, daß im Rahmen der Gegenseitigkeit solche Mitnahme- und Benutzungsgenehmigungen geregelt werden können, wenn die Frequenzen ohne Störungen der

jeweiligen nationalen Funkeinrichtungen arbeiteten.

Über alle Gespräche und Absprachen zwischen den niederländischen und deutschen Grenzpartnern wurden die zuständigen deutschen Regierungspräsidenten und der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen unterrichtet. Gleichzeitig wurden die niederländischen Partner gebeten, auch den niederländischen Ambulanzdienst (Rettungsdienst) sowie die niederländischen Feuerwehren und Polizeien zu unterrichten. Die deutschen Grenzpartner wurden gebeten, auch die zuständigen deutschen Polizeibehörden zu informieren.

Konkrete Verbesserung der Zusammenarbeit

Insgesamt handelt es sich bei den Absprachen um Absichtserklärungen, die den Entwürfen der Staatsverträge über grenzüberschreitende Zusammenarbeit entsprechen. Sowohl die niederländischen als auch deutschen Grenzpartner hatten keine Bedenken, bereits vor Inkrafttreten der Staatsverträge bei Auslösung von Katastrophenalarm eine vereinbarte Sofortmeldung an den jeweiligen Grenzpartner abzugeben. Darin wird eine konkrete Verbesserung der Zusammenarbeit im grenznahen Raum gesehen. Formell haben inzwischen die Kabinette der Kommissare der Königin der Provinzen Limburg, Gelderland und Overijssel zugesichert, daß bei Auslösung von Katastrophenalarm die zuständigen Regierungspräsidenten und Oberkreisdirektoren sowie der Oberstadtdirektor der Stadt Aachen unterrichtet werden.

Im Rahmen der Gegenseitigkeit haben die deutschen Behörden zugesichert, die zuständigen niederländischen Behörden zu informieren. Die Oberkreisdirektoren und der Oberstadtdirektor in Aachen gehen im übrigen davon aus, daß ein Einsatz deutscher Katastrophenschutzkräfte in den Niederlanden nur auf Ersuchen des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen kann.

Sofern ein Einsatz deutscher Katastrophenschutzkräfte nicht auf Ersuchen des Landes, sondern aufgrund eigener Entscheidung der Oberkreisdirektoren erfolgt, machen die Oberkreisdirektoren diese Entscheidung davon abhängig, daß das Land sich bereiterklärt, die Kosten dieser Einsätze zu übernehmen. Dazu hat allerdings der Innenminister NW bemerkt, daß die Kosten der Abwehrmaßnahmen nach § 24 (2) KatSG NW grundsätzlich von den kommunalen Aufgabenträgern, in deren Bezirk die Abwehrmaßnahmen durchgeführt werden, zu tragen sind. Bei einem

Einsatz deutscher Katastrophenschutzkräfte aus grenznahen Kommunen in den Niederlanden tragen die kommunalen Aufgabenträger die entstehenden Kosten, an die das Hilfersuchen gerichtet wurde und die über die Entsendung von Hilfskräften entschieden haben. Nach Auffassung des Innenministers liegt dieser Überlegung der Gedanke zugrunde, daß Grenzgemeinden schon seit jeher über die Grenze hinweg Hilfe geleistet, Hilfe empfangen und die dazu erforderlichen Entscheidungen ohne Einschaltung des Landes getroffen haben.

Ohne lange Entscheidungswege

Diese herkömmliche Übung entspringt der Notwendigkeit, daß auch im grenznahen Bereich Nachbarschaftshilfe in Katastrophenfällen schnell und ohne lange Entscheidungswege geleistet werden muß, damit sie wirksam greifen kann. Allerdings bemerkt der Innenminister auch, daß nach Abschluß des deutsch-niederländischen Abkommens über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, das z. Z. vorbereitet wird, zu erwarten sei, daß das Land die Kosten in den Fällen trage, in denen es unmittelbar um Hilfe ersucht werde oder in denen die Grenzgemeinden das an sie gerichtete Hilfersuchen an das Land weiterleiteten, weil das Ausmaß der Katastrophen Hilfeleistungen in einem Umfang erfordere, der den üblichen Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Bereich der Grenzgemeinden überschreite.

Im übrigen trage der Bund alle Kosten in den Fällen, in denen er nach dem Abkommen unmittelbar um Hilfe ersucht werde oder in denen die Grenzländer das an sie gerichtete Hilfersuchen an den Bund weiterleiteten, weil das Ausmaß der Katastrophe Hilfeleistungen in einem Umfang erfordere, die den üblichen Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Bereich der Grenzländer und -gemeinden überschreite.

Die nordrhein-westfälischen Grenzkreise und die Stadt Aachen sind von dieser Auffassung des Innenministers unterrichtet worden. Sie vertreten nach wie vor die Auffassung, daß ein Einsatz in den Niederlanden nur auf Ersuchen der zuständigen Katastrophenschutzbehörde der Niederlande erfolgen kann. In der Regel wird dieses Hilfersuchen vom Kommissar der Königin (Kabinett) an den zuständigen deutschen Regierungspräsidenten abgegeben. Dieser müsse dann auch den jeweiligen Einsatz anordnen. Damit sei auch eine Kostenfolge für das Land verbunden. Soweit Gefahren in den deutschen Grenzkreisen eintreten, hätten die für den Katastrophenschutz, den Brandschutz und den

Rettungsdienst zuständigen deutschen Behörden zu versuchen, zunächst mit eigenen Kräften einen Brand oder eine Katastrophe zu bekämpfen. Sollten die eigenen Kräfte nicht ausreichen, werden sich die zuständigen deutschen Behörden zunächst an den benachbarten Oberkreisdirektor bzw. Oberstadtdirektor oder an den Regierungspräsidenten wenden. Nur in besonderen Ausnahmefällen kommt nach Auffassung der deutschen Behörden nach eingehender Lagebeurteilung ein Hilfersuchen direkt an den niederländischen Kommissar der Königin in Frage, wenn die Hilfe deutscher Behörden nicht rechtzeitig und nicht ausreichend gegeben werden kann, um Leben oder Gesundheit von Menschen oder Sachwerte zu schützen.

Bedeutung herausgestellt

In einer weiteren Besprechung am 11. August 1980 mit den Kabinettschefs der niederländischen Kommissare der Königin der Provinzen Limburg, Gelderland und Overijssel sowie den entsprechend zuständigen Provinzial-Kommandanten der Bescherming Bevolking der Niederlande wurde nochmals die Bedeutung der inzwischen getroffenen Vereinbarungen im niederländisch-deutschen Grenzraum betont. Sie stellen eine hervorragende Verbesserung der bisher schon guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit dar und bedeuteten eine konkrete Hilfe für die betroffene Bevölkerung. Die niederländischen Kommissare der Königin waren dabei auch der Auffassung, daß ähnliche Absprachen dringend notwendig zwischen den niederländischen Provinzen Gronin-

gen und Drente sowie den niedersächsischen kommunalen Gebietskörperschaften seien. Der von beiden Seiten als dringlich angesehene Staatsvertrag zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, der diese Frage regeln wird, werde sicherlich noch mindestens zwei Jahre bis zur Ratifizierung in Anspruch nehmen.

Damit haben in Nordrhein-Westfalen die Vereinbarungen zwischen den niederländischen Behörden und den deutschen Grenzkreisen einen Status gefunden, der nicht nur dem Rahmenübereinkommen des Europarates über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften entspricht, sondern auch eine konkrete Hilfe im Unglücks- und Katastrophenfall für den betroffenen Bürger bedeutet.

Abkommen mit Belgien vor der Ratifizierung

Der nordrhein-westfälische Landkreistag hat auch das belgische Bezirkskommissariat Malmedy von den Absprachen mit den Niederländern unterrichtet und eine gleiche Absprache sowie einen Austausch gleicher Alarmierungs- und Kartenunterlagen im Rahmen der Gegenseitigkeit angeboten. Der belgische Innenminister – Allgemeine Direktion des Zivilschutzes – in Brüssel hat jedoch auf das inzwischen abgeschlossene Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland über gegenseitige Hilfeleistung in Katastrophenfällen und schwerwiegenden Unfällen hingewiesen, das in Kürze den Bundesländern zur Ratifizierung unterbreitet werden soll.

Staatssekretär Robert Ruder, Innenministerium Baden-Württemberg

Der Zivilschutz muß verbessert werden

Dringend notwendig: den Schutzraumbau stärker als bisher vorantreiben

Der Bundestag hat am 3. Juli 1980 über den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 16. November 1978 eingebrachten Antrag zur Gesamtverteidigung entschieden.

Mit diesem Antrag war u. a. auch eine Verbesserung des Zivilschutzes gefordert und dazu beantragt worden, die Bundesregierung aufzufordern,

● im Schutzbaugesetz wieder Pflichten zum Schutzbau in privaten und öffentlichen Neubauten festzulegen, wobei in verstärk-

tem Umfang staatliche Förderungsmaßnahmen durch die Bereitstellung von Zinsverbilligungsmitteln und die Gewährung von Abschreibungen vorzusehen sind;

● ein Gesundheitssicherstellungsgesetz vorzulegen, durch das für den Verteidigungsfall die Rechtsgrundlage zur Dekung des personellen Bedarfs im öffentlichen und privaten Gesundheitswesen an Angehörige der Heil-, Pflege- und Heilhilfsberufe gegeben und die organisatorische Basis für ein von den Streitkräften und der Zivilbevölkerung gemeinsam zu nutzendes

stationäres Sanitätswesen geschaffen wird;

● die Aufklärung der Bevölkerung über die sie im Krisen- und im Verteidigungsfall in vielfältiger Weise zu erwartende Bedrohung zu verbessern und sie dadurch in ihrer Motivation und Fähigkeit zur Selbstbehauptung zu bestärken.

Bedauerliche Ablehnung

Der Bundestag hat entsprechend der Empfehlung des Innenausschusses die Forderung der CDU/CSU zum Schutzraumbau abgelehnt, ihren Forderungen nach Vorlage eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes sowie nach Verbesserung der Aufklärung der Bevölkerung dagegen zugestimmt. Die Ablehnung der Feststellung von Schutzbaupflichten bei Neubauten kann aus der Sicht der Länder und Kommunen, die für die Förderung des Selbstschutzes der Bevölkerung in Wohnstätten und Arbeitsstätten zuständig sind, nur bedauert werden.

Drückt der Staat sich vor der eigenen Verantwortung?

Die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren eines Krieges mit dem Ziel, die Bevölkerung in ihrer Motivation und Fähigkeit zur Selbstbehauptung zu bestärken, ist nur dann glaubwürdig, wenn Bundestag und Bundesregierung für einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall Sorge tragen. Wenn der Bund dagegen den Verfassungsauftrag, Leben und Gesundheit seiner Bürger zu schützen, nicht ernst nimmt, werden die Bürger – wie die Erfahrung leider lehrt – wenig Interesse an einer Aufklärung über die Gefahren eines Krieges haben. Die Bürger erwarten vom Staat, daß er ihnen notwendige Schutzmaßnahmen zur Pflicht macht, gleichgültig, ob es sich dabei um Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz, Schutzmaßnahmen im Straßenverkehr oder Schutzmaßnahmen zum Überleben in einem Verteidigungsfall handelt. Wenn der Staat den Schutzraumbau lediglich empfiehlt und der eigenverantwortlichen Entscheidung seiner Bürger überläßt, erweckt er den Eindruck, daß er sich vor der eigenen Verantwortung für den Schutz seiner Bürger drücken will.

Schutzraumbau vorantreiben!

Seit 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa 2 Mio. Schutzplätze unterschiedlicher Qualität geschaffen. Damit stehen nur für rd. 3 Prozent der Bundesbürger ausgebaute Schutzräume zur



Staatssekretär Robert Ruder, Innenministerium Baden-Württemberg.

Verfügung. Demgegenüber besitzen

- Dänemark für 25 Prozent,
 - Norwegen für 40 Prozent,
 - Schweden für 65 Prozent und
 - die Schweiz für 90 Prozent
- ihrer Bevölkerung Schutzräume. Auch im Warschauer Pakt werden erhebliche Anstrengungen auf dem Gebiet des Schutzraumbaus unternommen. In der Sowjetunion werden Schutzräume in großer Vielfalt entworfen und gebaut. Es ist daher dringend notwendig, daß der Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland stärker als bisher vorangetrieben wird.

Voraussetzungen allgemeiner Schutzbaupflicht

Eine Breitenwirkung auf dem Gebiet des Schutzraumbaus läßt sich nur durch die Einführung einer allgemeinen Schutzbaupflicht bei Neubauten erreichen. Eine allgemeine Schutzbaupflicht bei Neubauten ohne staatliche Zuschüsse kann den privaten Bauherrn allerdings nur dann zugemutet werden, wenn

– die Kosten des Schutzraumbaus durch eine Reduzierung der bautechnischen Anforderungen angemessen – etwa auf ein Prozent der Gesamtbaukosten – gesenkt werden,

– die geltenden bautechnischen Grundsätze für Schutzräume durch Zulassung weiterer Schutzraumtypen ergänzt werden, damit alle Schutzräume friedensmäßig genutzt werden können,

– die bereits bestehenden Möglichkeiten erhöhter steuerlicher Absetzungen der Schutzbaukosten verbessert werden, etwa durch Einführung einer Wahlmöglichkeit für die Dauer des Abschreibungszeitraums von 2 bis zu 10 Jahren.

Mehr Geld für öffentliche Schutzräume

Neben dem Bau privater Schutzräume in Wohngebäuden und Arbeitsstätten muß auch der Bau öffentlicher Schutzräume stärker als bisher vorangetrieben werden. Der Bund fördert gegenwärtig den Bau öffentlicher Schutzräume

– als Schulschutzräume nach den Bautechnischen Grundsätzen für Hausschutzräume und

– als Mehrzweckbauten in Verbindung mit Tiefgaragen und unterirdischen Bahnen

durch Übernahme der zivilschutzbedingten Mehrkosten. Die hierfür bereitstehenden Haushaltsmittel des Bundes müssen erhöht werden, damit alle Möglichkeiten zum Bau öffentlicher Schutzräume genutzt werden können. Außerdem müssen weitere bautechnische Grundsätze für öffentliche Schutzräume erarbeitet werden, insbesondere

– für Schulschutzräume mit einem Fassungsvermögen von mehr als 100 Schutzplätzen,

– für Tiefgaragen mit einem Fassungsvermögen von weniger als 300 Schutzplätzen,

– für Straßentunnel.

Dringend notwendig ist außerdem die Förderung von Krankenhausschutzräumen durch den Bund.

Landesregierung gibt gutes Beispiel

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat am 20. November 1979 beschlossen, daß das Land künftig bei Neubauten und Erweiterungsbauten des Landes Schutzräume für diejenigen Personen baut, die in den Gebäuden wohnen oder arbeiten oder untergebracht sind, und zwar unabhängig von der Größe des erforderlichen Schutzraumes. Das Land geht damit den privaten Bauherren und den Kommunen mit gutem Beispiel voran. Seit der Wiederaufnahme der Förderung des Schutzraumbaus durch den Bund im Jahre 1979 wurden in Baden-Württemberg von Schulträgern, hauptsächlich Gemeinden, bereits 30 Anträge auf Förderung von Schulschutzräumen mit insgesamt rd. 13600 Schutzplätzen gestellt. Außerdem wurden in Baden-Württemberg in den Jahren 1979 und 1980 von öffentlichen und privaten Bauträgern bis jetzt 40 Anträge auf Förderung von Mehrzweckbauten mit zusammen rd. 63000 Schutzplätzen gestellt, für 32 Mehrzweckbauten mit zusammen rd. 51000 Schutzplätzen wurde die Förderung bereits zugesagt.

(Zuerst erschienen in „der arbeitgeber“, offizielles Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Heft 21, 1980.)

Selbstschutz-Grundlehrgang in der VHS

Der Amtsvorsteher des Amtes Bönningstedt, Wulf, kündigte in der Presse und in einem Rundbrief an alle Haushalte der Gemeinde einen Selbstschutz-Grundlehrgang der BVS-Dienststelle Itzehoe an. Über 40 Personen nahmen an diesem Lehrgang teil, der an vier Abenden im Rahmen der Volkshochschule durchgeführt wurde. BVS-Fachlehrer Heinz Müller und Ausbildungshelfer Hermann Lukas vermittelten den Teilnehmern die Fachkenntnisse.

„Der Mensch im Mittelpunkt“

Vierzehn Tage lang zeigte die BVS-Dienststelle Itzehoe im Holstein-Center der Stadt die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Ein besonderer Anziehungspunkt war dabei ein Gerät, welches auf Knopfdruck die Kontrolle des eigenen Selbstschutz-Wissens ermöglichte.

Viele Besucher des Geschäftszentrums ließen sich von den BVS-Mitarbeitern in – teilweise langen – Gesprächen über den BVS und seine Aufgaben informieren. Die Presse griff das Thema auf und brachte u. a. Hinweise auf die Möglichkeit der ehrenamtlichen Mitarbeit im BVS und als Selbstschutz-Berater.

Sicherheitstage im Möbelhaus

Die BVS-Dienststelle Neumünster war von der Geschäftsleitung eines Möbelhauses gebeten worden, gemeinsam mit der Verkehrswacht Sicherheitstage in ihrem Hause in Kaltenkirchen durchzuführen. Vom BVS wurden vor und im Möbelhaus fünf Stationen eingerichtet, am Eingang war ein Informationsstand mit Aufklärungsmaterial aufgebaut worden. Daneben stand das Fahrzeug einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS. Hier wurde das Ablöschen brennender Personen mit Hilfe einer Decke demonstriert und an einem Phantom die Atemspende vorgeführt. Viele Besucher übten selbst mit.

Ein besonderer Anziehungspunkt im Möbelhaus war ein elektronisches Ratespiel in Verbindung mit der BVS-Tafelausstellung „Zivilschutz“. Wer auf Knopfdruck drei Fragen richtig beantworten konnte, erhielt ein Poster. Die Firma hatte wertvolle Preise für ein Ratespiel ausgesetzt, welches vom BVS

über Selbstschutzfragen ausgearbeitet worden war. Zeitweise standen die Kunden sogar Schlange, um ihre Lösungen abzugeben. Zwischen den Verkaufsständen wurden Aufklärungsfilme des BVS und der Verkehrswacht vorgeführt.

Die Verkehrswacht gestaltete ihren Beitrag unter dem Motto „Licht – Sicht – Sicherheit“. Mit Hilfe eines Schleudersitzes konnten Besucher die Wirkung eines Sicherheitsgurtes erproben. An Kraftfahrzeugen wurden die Scheinwerfer kostenlos überprüft; auch Sehtests wurden durchgeführt.

Ein besonderer Gag: In einer weißen Luxuskarosse – ein Sportwagen Baujahr 1964 – ließ die Geschäftsleitung ein Brautpaar im Hochzeitsstaat direkt nach der Trauung von der Kirche abholen. Braut und Bräutigam besuchten dann alle Stationen des BVS und der Verkehrswacht. Für die anwesenden Pressefotografen war dies natürlich eine interessante Schau.

Ehrung durch den BVS

Der Leiter der Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung (LVAV) in Futterkamp, Landwirtschaftsdirektor Hans Schröder, wurde in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, der Kammerdirektion und des Kuratoriums der Kammer für die Lehr- und Versuchsanstalt durch BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender mit der Ehrennadel des BVS ausgezeichnet.

Die Auszeichnung ist eine Anerkennung der langjährigen Förderung der BVS-Arbeit durch Schröder, die vor allem dem Selbstschutz in der Landwirtschaft galt. So konnten mit seiner Unterstützung bisher ca. 120 Aufklärungsveranstaltungen, an denen rd. 3500 Personen teilnahmen, in der LVAV durchgeführt werden.

„Schutz und Wehr“ in Eckernförde

Für die BVS-Wanderausstellung „Schutz und Wehr“, die in der Kreis- und Stadtparkasse Eckernförde drei Wochen lang gezeigt wurde, übernahm der Bürgermeister der Stadt, Kurt Schulz, die Schirmherrschaft. Zahlreiche Vertreter der Gemeindeverwaltungen und anderer Behörden, die Leiter der Eckernförder Schulen und Vertreter der Bundeswehr waren bei der Eröffnung anwesend. Nach der Begrüßung durch Sparkassen-

direktor Pauls hielt der Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster, Wolfgang Busch, ein Referat zum Thema „Selbstschutz-historischer Rückblick und Problematik der Gegenwart“. Er betonte, daß der Selbstschutz der Bevölkerung im technischen Zeitalter ebenso eine Notwendigkeit sei wie er es in der Vergangenheit war. Busch erläuterte den Aufbau des Selbstschutzes und die Aufgaben des BVS.

Bürgermeister Schulz eröffnete die Ausstellung. Er erinnerte daran, daß es früher selbstverständlich gewesen sei, sich auf Katastrophen und deren Bewältigung einzurichten: „Nachbarschaftshilfe war damals eine natürliche Angelegenheit“. Wenn es auch heute bessere Möglichkeiten gäbe, Leib und Seele zu schützen, könne trotzdem auf die Mithilfe des Einzelnen nicht verzichtet werden.

Anregungen zur Vorsorge

Als erster Betrieb im Kreis Itzehoe hat ein Verlags-Unternehmen das Thema „Selbstschutz-Vorsorgemöglichkeit eines jeden Einzelnen“ aufgegriffen und will seine Mitarbeiter zur Vorsorge und zur Abwehr von Unglücken und Katastrophen anregen. Betriebsleitung und Betriebsrat luden den BVS ein, die Mitarbeiter über den Selbstschutz zu informieren.

Gleichgültigkeit überwinden

Leider bestehe immer noch ein allgemeines Desinteresse an den Aufgaben des Selbstschutzes, darauf wies der Beauftragte des BVS im Kreis Nordfriesland, Hans Green, in einem Vortrag vor Bürgermeistern aus dem Amt Bremstedt-Land hin. Zugleich erläuterte Green, daß die Gemeinden durch gesetzlichen Auftrag dazu verpflichtet seien, in ihrem Amtsbereich bereits im Frieden einen funktionierenden Selbstschutz aufzubauen.

Es sei in diesem Zusammenhang bedauerlich, daß zwar die Bestellung von Selbstschutz-Beratern vorgesehen sei, es – nach Kenntnis von Green – derzeit jedoch im ganzen Amt nicht einen einzigen gebe. Von den Informations- und Ausbildungsangeboten des BVS werde wenig Gebrauch gemacht. Green wies darauf hin, daß in Notsituationen der Bürger zunächst einmal auf sich allein gestellt sei, bevor die organisierte Hilfe einsetzen kann.

Angaben zum Zivilschutz in Bremen

Das Jahrbuch des Senators der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1979 enthält u. a. folgende Ausführungen zum Zivil- und Katastrophenschutz:

„Vorhanden sind 16 öffentliche Schutzräume mit 23309 Schutzplätzen für einen längeren, 89 Objekte mit 81029 Schutzplätzen für einen mehrstündigen Aufenthalt. In Bau befinden sich 11 öffentliche Schutzräume . . . Weitere 7 Objekte befinden sich in der Planung. Für den Warndienst sind 783 Sirenen vorhanden . . .“

Der gesetzliche Auftrag, den Selbst-

schutz aufzubauen und zu fördern, wurde weiterhin gemeinsam mit dem Bundesverband für den Selbstschutz wahrgenommen. Dazu gehören 146 Ausbildungs- und 191 sonstige Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit, darunter im Oktober 1979 die Ausstellung ‚Schutz und Wehr‘ . . .“

„Die Bremische Bürgerschaft hat am 17. September 1979 ein bremisches Katastrophenschutzgesetz verabschiedet. Damit steht auch für den friedensmäßigen Katastrophenschutz eine umfassende Rechtsordnung zur Verfügung. Die Aufgaben des Bundes, des Landes, der Gemeinden und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sind hiermit zusammenfassend geregelt.

. . . Alle Einheiten des Katastrophenschutzes sind leistungsfähigen Trägern zugeordnet.

Zur Steigerung der Einsatzbereitschaft der KatS-Einheiten wurden zahlreiche Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt, . . . so an der KatS-Schule des Landes Bremen. . . 40 Wochenlehrgänge mit rund 700 Helfern. Die Kosten der Ausbildung wurden vom Bund, dem Land Bremen und den Gemeinden gemeinsam getragen . . .

Im Jahr 1979 sind in der Zentralwerkstatt insgesamt 1354 Werkstattaufträge erledigt worden. Außerdem wurden 254 Fahrzeuge . . . auf Verkehrssicherheit hin überprüft.“

Niedersachsen

„Infa 80“: BVS präsentiert den Schutzraumbau

Der BVS war auch in diesem Jahr auf der „Infa 80“ in Hannover vertreten. Die „Infa“, hervorgegangen aus der sogenannten „Hausfrauenmesse“ der 60er Jahre und inzwischen zu einer Ausstellung großen Stils für den privaten Haushalt geworden, zog während ihrer Dauer vom 17. bis 26. Oktober 240000 Besucher an. Vor viel Prominenz, allen voran der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, eröffnete Gerhard Glup, niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die „Infa“.

Die BVS-Ausstellung „Der Schutzraum – Konstruktion und Nutzung“ war entgegen der Gepflogenheit früherer Jahre nicht im Kreis der ideellen Aussteller, sondern im Bereich „Bauen und Wohnen“ plazierte worden. Wie richtig diese Maßnahme war, zeigte sich schon während der ersten Tage. Der Bereich „Bauen und Wohnen“ erwies sich als



Bei einem Besuch der Messe trug sich auch der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht in das Gästebuch des BVS-Standes ein.

Herzstück der Ausstellung. Bauherren und Bauwillige profitierten von der konzentrierten Information. So war es nicht verwunderlich, daß am BVS-Stand rund 45000 Besucher gezählt wurden.

Den Schwerpunkt des BVS-Standes bildete ein Hausschutzraummodell für 25 Personen im Maßstab 1:1 mit sämtlichen Konstruktionsmerkmalen und der gesamten technischen Einrichtung und Ausstattung. Die sinnvolle Nutzung des Hausschutzraumes im Frieden als Trimm-dich-Raum, Kinderspielzimmer, Hobbyraum, Hausbar usw. ließen sich rund 5000 Besucher genauer erläutern. Hierbei wurde auch die Möglichkeit der staatlichen Unterstützung durch verlorene Zuschüsse des Bundes und Steuererleichterung beim Bau eines Schutzraumes aufgezeigt und technische Fragen beantwortet. Die große Zahl der Einzelgespräche während der zehn Ausstellungstage verrät ein großes Interesse der Bevölkerung an Schutzmaßnahmen.

Ein weiterer Anziehungspunkt des BVS-Standes war ein Computer. Dieser errechnete und druckte, nach den persönlichen Daten der Besucher, den notwendigen Lebensmittelvorrat für 14 Tage. Dazu gab der Computer unter Berücksichtigung der notwendigen Kalorienmenge Rezeptvorschläge für schmackhafte Gerichte.

Diskussion über Helferinnen-Werbung

Ganz im Zeichen der Helferinnen-Werbung und der Frage, wie man den Ge-

danken des Zivilschutzes und insbesondere des Selbstschutzes in Frauenorganisationen verbreiten könne, stand während eines Informationsseminars an der BVS-Schule in Voldagsen eine Diskussionsstunde. Vor Vorsitzenden von Frauenorganisationen und Ratsherrinnen betonte die Fachgebietsleiterin für Frauenfragen der BVS-Landesstelle Niedersachsen, Schöttel, wie wichtig es sei, Frauen nicht nur zu informieren, sondern für die Mitarbeit zu interessieren.

Wie groß das Interesse dieses Personenkreises war, läßt die Tatsache erkennen, daß sich die Teilnehmerinnen in den Abendstunden – nach Ablauf des Seminar-Programms – trafen und noch in der gemütlichen Halle der BVS-Schule im kleineren Kreise diskutierten. Es wurden wertvolle Hinweise gegeben, die in nächster Zukunft in die Helferwerbung einfließen werden.

Nachruf

Am 23. September 1980 verstarb plötzlich, für uns alle völlig unerwartet, BVS-Fachlehrer

Kurt Dickow

im Alter von 55 Jahren.

Dickow war seit dem 13. Januar 1976 für den Bundesverband für den Selbstschutz in aufopfernder Weise tätig. Während seiner Lehrtätigkeit an den Schulen des Landkreises Wesermarsch hat er für seinen selbstlosen Einsatz Lob und Anerkennung erhalten.

Wir werden Kurt Dickow nicht vergessen.

Ministerpräsident Rau kam zur Eröffnung

Dortmund. Auf der größten westfälischen Verbrauchermesse „Dortmunder Herbst“, die in der Westfalenhalle stattfand, war die BVS-Dienststelle Dortmund mit dem Informationsstand „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ vertreten.

Bedingt durch die günstige Lage dieses Standes im Eingangsbereich der Westfalenhalle I hatte er eine große Wirksamkeit. Durch ständige Filmvorführungen wurde die Aufmerksamkeit der Besucher zusätzlich auf den BVS-Stand gelenkt. Großes Interesse erregte das „Fragepult“, an dem die Besucher ihre Kenntnisse über den Selbstschutz testen konnten.

Der „Dortmunder Herbst“ wurde von Ministerpräsident Johannes Rau eröffnet. Bei seinem Rundgang durch die Messe besuchte der Ministerpräsident auch den BVS-Stand und ließ sich über die Arbeit des BVS informieren.

Selbstschutzwoche in Düren

Düren. In Düren wurde die 1. Selbstschutzwoche durchgeführt: Sieben Tage lang konnten die Bürger sich informieren, wie Selbstschutzmaßnahmen in der Praxis aussehen. Neben Ausstellungen und Informationsständen bildeten vor allem Vortragsveranstaltungen die Schwerpunkte der Aktion.

Besondere Beachtung fand ein Vortrag am „Tag der Frau“ vor den Führungskräften verschiedener Frauenorganisationen und Vereine bzw. Verbände. Bereits im Foyer der Landwirtschaftsschule wurden die Teilnehmer auf die Thematik der Veranstaltung aufmerksam gemacht. Werbebroschüren und eine Tafelausstellung zeigten, welche entscheidende Rolle der Frau im Selbstschutz zugeordnet ist. In der Aula referierte die BVS-Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, Brigitte Weißenhagen, über das Thema „Selbstschutz – was geht uns das an?“ und über „Die Rolle der Frau im Selbstschutz“.

Die Vortragende stellte fest, daß es immer wieder die Frauen seien, die in Not- und Krisenzeiten – ohne männliche Hilfe – auf sich allein angewiesen sind. Insbesondere in einem Verteidigungsfall werde von ihnen ein aktiver Einsatz und Hilfeleistung erwartet. Aus diesem Grunde sei es gewissermaßen die moralische Pflicht jeder Frau, sich mit Maßnahmen

der Selbsthilfe und des Selbstschutzes vertraut zu machen.

Die große Teilnehmerzahl läßt vermuten, daß die Dürener Frauen dem Selbstschutz aufgeschlossen gegenüberstehen. Auch in der Diskussion zeigte sich ein reges Interesse an den angesprochenen Themen. Hier ging es besonders um die Bereiche Schutzraumbau und Lebensmittelvorratung.

Türkischer Mitbürger kennt sich gut aus

Bonn. Mehr als 40 Bürger hatten sich an einem Sicherheitswettbewerb beteiligt, den der BVS – zusammen mit anderen Hilfsorganisationen – veranstaltete. Die Gewinner dieses Wettbewerbs wurden jetzt von Bezirksvorsteher Norbert Hauser mit Ehrenpreisen bedacht.

Hauser und der Bonner BVS-Dienststellenleiter, Heinz Möbes, würdigten insbesondere die Leistung eines türkischen Teilnehmers. Zwar erreichte Vahap Demierci mit 65 Punkten „nur“ den vierten Platz, in Anbetracht der für ihn bestehenden Erschwernisse durch die fremde Sprache bedeutet dies jedoch eine besondere Leistung.

Beteiligung hat sich gelohnt

Wesel. Die „Niederrheinschau“ fand auch diesmal wieder ein außerordentlich großes Interesse bei der Bevölkerung. Ein unerwartet starker Besucherstrom zog durch die Ausstellung, am Schluß hatte man weit über 300000 Besucher gezählt. Der Stand des BVS fand ebenfalls regen Zuspruch.

Ein überaus großer Erfolg waren der Einsatz des Filmwagens und die Vorführungen an der Brand-Übungspuppe. Auch zahlreiche Vertreter der Öffentlichkeit besuchten den Ausstellungsstand des BVS.

In Moers wurden – als direkte Folge der BVS-Beteiligung an der „Niederrheinschau“ – bereits sechs Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt, ein Selbstschutz-Grundlehrgang fand im November in Kamp-Lintfort statt.

Frauen-Info-Börse in Alsdorf

Alsdorf. Im Laufe des Monats Oktober 1980 fand in Alsdorf eine „Informationsbörse für Frauen“ statt. Alle Organisatio-



Prominente Besucher am Info-Stand des BVS (von rechts nach links): MdL Ferner, BVS-Fachgebietsleiterin Weißenhagen, Bürgermeister Küpper, BVS-Dienststellenleiter Janke.

nen, die sich insbesondere um die Mitarbeit von Frauen bemühen, hatten hier Gelegenheit, sich mit ihrem Aufgabenbereich vorzustellen. Die BVS-Dienststelle Aachen beteiligte sich mit einem Informationsstand.

Bürgermeister Küpper und Stadtdirektor Pohlmann eröffneten die Veranstaltung. Bei dem anschließenden Rundgang – auch MdL Hans Ferner war anwesend – erläuterte die BVS-Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, Weißenhagen, am BVS-Stand die Aufgaben des BVS. Dabei betonte sie insbesondere, wie wichtig die Mitarbeit der Frauen im Rahmen der Selbstschutzarbeit sei. Mit der Beteiligung an solchen, speziell für Frauen gedachten Aktionen will der BVS die weibliche Bevölkerung über Maßnahmen der Selbst- und Nächstenhilfe informieren. Außerdem will man auf diesem Wege noch mehr Frauen als bisher anregen, selbst aktiv im Selbstschutz und damit beim BVS tätig zu werden.

„Sicherheitstage“ im Möbelhaus

Dorsten. „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“, das war das Thema einer Ausstellung, mit der sich die BVS-Dienststelle Recklinghausen an den „Sicherheitstagen“ eines Möbelhauses in Dorsten beteiligte. Einzelaktivitäten, die als Blickfang gedacht waren, z. B. das Ablöschen einer Brandpuppe oder das Bergen eines Verletzten aus einem PKW zogen die Zuschauer an. Am Informationsstand ließen sich sehr viele Besucher in Einzelgesprächen von den BVS-Mitarbeitern über den Zivilschutz und den Selbstschutz beraten.

An einem Preisausschreiben, das in Zusammenarbeit mit der Firmenleitung durchgeführt wurde, beteiligten sich 224 Personen. Nicht weniger als 137 hatten alle Fragen richtig beantwortet. Während der dreitägigen Aktion wurden insgesamt 2900 Besucher gezählt.

Selbstschutz für Gehörlose

Bochum. Erstmals gab es in Witten einen Autofahrerkurs für Gehörlose, an dem sieben Frauen und Männer zwischen 18 und 30 Jahren teilnahmen. „Dolmetscher“ bei diesem Kurs war Klaus Hoffmann, Sozialpädagoge für Sprach- und Hörgeschädigte aus Münster.

Wie für alle Bürger ist auch für die gehörlosen Führerschein-Bewerber eine Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort vorgeschrieben. Die sieben Fahrschüler absolvierten deshalb beim BVS einen kompletten Selbstschutz-Grundlehrgang. Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Bochum vermittelten die notwendigen Kenntnisse. Sozialpädagoge Hoffmann fungierte auch hier als Mittler und Dolmetscher.

Informationen über Schutzraumbau

Dortmund. Als Gastreferent anlässlich einer Veranstaltung zur Weiterbildung von BVS-Mitarbeitern hatte Dienststellenleiter Eberhard Stammberger den Repräsentanten eines namhaften deutschen Schutzraumherstellers eingeladen. Einem interessanten Lichtbildvortrag folgte eine lebhaft Diskussionsrunde. Vor allem die Bausysteme, die Ausstattung und Einrichtung, die Finanzierung und die Kosten wurden dabei ausführlich erörtert.

Neue ehrenamtliche Mitarbeiter

Dortmund. Um die ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Dortmund bei ihren Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung zu entlasten, hat sich Dienststellenleiter Erhard Stammberger in vielen Einzelgesprächen um neue BVS-Helfer bemüht. Vier Damen und sieben Herren hat er gewinnen können. Das Besondere ist hierbei wohl, daß die „Neuen“ ihre Helfererklärunge abgaben, ohne vorher einen Selbstschutz-Grundlehrgang absolviert zu haben.

Selbstschutz im Rathaus

Herten. Der erste Selbstschutz-Grundlehrgang für die Bediensteten der Stadtverwaltung wurde im Hertener Rathaus durchgeführt. Die BVS-Mitarbeiter Brünke und Scholkowski führten in Theorie und Praxis ein. Künftig werden für die Hertener Verwaltungsbediensteten regelmäßig solche Lehrgänge durchgeführt.

Ausbildung von Selbstschutz-Beratern

Coesfeld. Eine Informationstagung an der BVS-Schule Körtlinghausen, an der 22 der 24 Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Steinfurt teilnahmen, sowie eine Reihe von Einzelbesprechungen gingen voraus: Danach begann man mit der Ausbildung von Selbstschutzberatern. Die Unterweisungen wurden in den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehren Ibbenbüren, Rheine und Steinfurt durchgeführt. Bisher haben 39 Personen an dem Grundlehrgang teilgenommen. Die Ausbildung wird kontinuierlich bis zum Abschlußlehrgang „Selbstschutz-Beratung und -Leitung“ an der BVS-Schule Körtlinghausen fortgesetzt.

Auch Lehrer mit Eifer dabei

Arnsberg. Schülerinnen und Schüler sowie drei Lehrer der dem Landschaftsverband Westfalen unterstehenden Körperbehinderten-Schule Wickede-Wimbern nahmen an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil. Der Kursus hatte bei den teilnehmenden Lehrern großen Anklang gefunden; die BVS-Dienststelle Arnsberg wurde daher gebeten, einen Lehrgang für den gesamten Lehrkörper der Schule durchzuführen. 32 Lehrerinnen und Lehrer sowie drei Ersatzdienstleistende „drückten“ die Schulbank an dem auf drei Nachmittage verteilten Selbstschutz-Grundlehrgang. Mit großem Interesse

beteiligten sie sich an den Übungen und den anschließenden Diskussionen.

BVS informiert über Strahlenschutz

Soest. Mit einer recht umfangreichen und komplizierten Materie machten sich die Helfer der DRK-Bereitschaft Ense vertraut. In einem achtstündigen Lehrgang, der von Wolf-Dieter Klühn, BVS-Dienststelle Arnsberg, geleitet wurde, informierten sich die Sanitätshelfer über den Strahlenschutz im Selbstschutz. Neben den Grundlagen des Strahlenschutzes beschäftigten sich die DRK-Helfer insbesondere mit den Themen Strahlungsschäden, Strahlenkrankheiten und Strahlungsspätschäden.

Zusammenarbeit mit einem Warenhaus

Marl. „Vorgesorgt ist gut beraten“ – darum ging es bei einer Ausstellung der BVS-Dienststelle Recklinghausen, die in Zusammenarbeit mit einem Kaufhaus gestaltet wurde. Zahlreiche Bürger von Marl zeigten reges Interesse an dieser Ausstellung, die von dem Kaufhaus mit einem Lebensmittelvorrat ausgestattet worden war. Der BVS informierte dabei über Maßnahmen der Bevorratung und Fragen des Selbstschutzes.

Hausmeister übten Selbstschutz

Dorsten. Während der Herbstferien lud die Stadtverwaltung die Hausmeister der Schulen in Dorsten zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang ein. Unter der Leitung der BVS-Mitarbeiter Ortman und Riepe wurden die Hausmeister im theoretischen Teil über selbstschutzmäßiges Verhalten informiert. In der Praxis wurden sie mit der Handhabung von Feuerlöschern und anderem Rettungsgerät vertraut gemacht und übten lebensrettende Sofortmaßnahmen.

Hessen



Innenminister Gries besuchte BVS-Dienststelle Kassel

Vor geraumer Zeit hatte der hessische Innenminister Gries den Wunsch geäußert, eine Dienststelle des BVS zu besuchen; er wollte sich an Ort und Stelle über die Arbeit des Verbandes informieren. Der Besuch wurde in Zusammenar-

beit mit der Abteilung VI (Zivilschutz) im Hessischen Innenministerium vorbereitet.

Pünktlich landete der Innenminister am 23. September 1980 mit einem Polizeihubschrauber im Hof der BVS-Dienststelle Kassel. Landesstellenleiter Straube und Dienststellenleiter Weiss begrüßten den hohen Gast. F.D.P.-Parlamentarier aus der Stadt Kassel und den an-

grenzenden Landkreisen waren ebenfalls erschienen. In den Räumen der Dienststelle erläuterte Straube dem Minister den gesetzlichen Auftrag des BVS. Er umriß auch die Themenbereiche, die der BVS in seinen Lehrgängen und bei Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit behandelt. Die BVS-Mitarbeiter konnten sehr bald feststellen, daß Minister Gries über den



Hessens Innenminister Gries (mit Brille) informierte sich in der BVS-Dienststelle Kassel. Links neben dem Minister BVS-Landesstellenleiter Straube.

organisatorischen Aufbau und über die personellen Gegebenheiten des BVS gut orientiert ist. Im Gespräch mit Gästen und BVS-Mitarbeitern kam zum Ausdruck, daß man dem Zivilschutz und dem Selbstschutz einen höheren Stellenwert einräumen müsse. Landesstellenleiter Straube wies darauf hin, daß in den Kreisen und Gemeinden eine effektivere Arbeit des Verbandes zu erwarten sei, wenn sich die Hauptverwaltungsbeamten in der Öffentlichkeit mehr mit den Aufgaben des Selbstschutzes identifizieren würden.

Auf die Frage des Ministers nach der Zusammenarbeit zwischen dem BVS und den Katastrophenschutz-Organisationen konnten sowohl für die Landesebene als auch für den Bereich der Dienststelle Kassel auf eine positive Entwicklung verwiesen werden.

Dem Bau von öffentlichen Schutzräumen müsse mehr Beachtung geschenkt werden. Beim privaten Schutzraumbau – auch bei der Planung von öffentlichen Schutzräumen – müsse das Auftrags- und Bewilligungsverfahren vereinfacht werden. Dadurch werde verhindert, daß die Bereitschaft privater Bauinteressenten und die – durchaus vorhandenen – Aktivitäten der Beschlußgremien der Gemeinden gehemmt werden.

Innenminister Gries hat bereits durch entsprechende Erlasse die Hauptverwaltungsbeamten angehalten, Übungsplätze für den BVS zur Verfügung zu stellen. Er begrüßte die zur Zeit anlaufenden Selbstschutz-Wochen zur Intensivierung des Selbstschutzes. Für die Woche in Oberursel, seinem Wohnort, will Gries die Schirmherrschaft übernehmen.

Breiten Raum nahm die Erörterung der Öffentlichkeitsarbeit des BVS ein. Insbesondere die Beschaffung der Geräteausstattungen für den behördlichen Selbstschutz wurde angesprochen. Der Minister erklärte, daß er dieses Problem erkannt habe und sich weiterhin um die Gerätebeschaffung bemühen werde.

Landesstellenleiter Straube konnte weiter berichten, daß in Hessen bereits rund 1000 Selbstschutz-Berater bestellt wurden, von denen ein Viertel bereits voll ausgebildet ist.

Minister Gries bedankte sich für das offene und informative Gespräch. Er regte an, daß solche Gespräche auch künftig stattfinden sollten. Der BVS in Hessen könne weiterhin mit seiner vollen Unterstützung rechnen. Landesstellenleiter Straube stellt abschließend fest, daß der Besuch des Ministers alle Mitarbeiter ermuntern werde, ihren nicht immer einfachen Auftrag zum Wohle der Bürger noch besser zu erfüllen.

Straßenaktion während der Sirenenprobe

Mit ihrer Straßenaktion während der letzten Sirenenprobe knüpfte die BVS-Dienststelle Kassel an den Erfolg des Vorjahres an. Es war diesmal leichter, mit der Presse Kontakt aufzunehmen. Durch die Veröffentlichung der BVS-Presseinformationen wurde der Großteil der Zeitungsleser auf die BVS-Aktion aufmerksam.

Die Flugblätter „Sirensignale“ fanden reißenden Absatz. An dem vor dem Haupteingang des Rathauses aufgestellten Informationstisch gab es zusätzlich Auskünfte über die speziellen Aufgaben des BVS.



Während der Sirenenprobe waren in Kassel Informationsstände des BVS aufgestellt worden. Hier erhielten die Passanten Aufklärungsmaterial und Auskünfte zu Selbstschutzfragen.

BKO-Übung in Auerbach

Laute Hilferufe, Sirenengeheul, der Klang der Martinshörner von Feuerwehr- und DRK-Wagen bildeten eine realistische Geräuschkulisse. Die aufgeschreckte Nachbarschaft einer Firma in Auerbach glaubte zunächst – zumal auch noch dichte Rauchwolken aufstiegen – an einen Unglücksfall im Betrieb. Doch es war nur eine Übung.

Geschäftsführung und der Sicherheitsbeauftragte des Werkes wollten die Einsatzbereitschaft der beiden Betriebshelfergruppen „Brandschutz“ und „Sanitätsdienst“ testen. Die Mitwirkung der Freiwilligen Feuerwehr und des DRK Bensheim-Auerbach wurde – wie es auch im Ernstfall sein soll – in diese Übung mit einbezogen.

Auf Wunsch der Firmenleitung des kunststoffverarbeitenden Betriebes war von der BVS-Dienststelle Darmstadt folgende Übungslage ausgearbeitet worden: „Nach einer Explosion in der Granulieranlage kommt es zu einem Brand, bei dem sich giftige Dämpfe entwickeln. Vier Arbeiter erleiden Verletzungen (Verbrennung, Schock, Schlagaderverletzung), ein anderer ist bewußtlos.“

Um 14.01 Uhr wurden die Beschäftigten durch die Betriebssirene alarmiert. Die beiden Betriebshelfergruppen brauchten vier Minuten, um sich einsatzfertig zu machen. Dann konnte bereits ein „Verletzter“, der durch die Wucht der Explosion ins Freie geschleudert worden war und zwischen zwei Silos lag, geborgen und versorgt werden. Wegen der starken Rauchentwicklung konnte man nicht in die Granulieranlage eindringen. Die Helfer der Brandschutzgruppe bekämpften daher den Brand nur von außen.

Die inzwischen alarmierte Feuerwehr Bensheim-Auerbach barg nach ihrem Eintreffen sofort die in den Innenräumen liegenden „Verletzten“. Dies konnte nur unter Verwendung schwerer Atemschutzgeräte geschehen.

Die Helfer des DRK Bensheim-Auerbach machten den bereits versorgten Verletzten zum Abtransport fertig. Währenddessen hatten die Wehrmänner alle Verletzten geborgen und der Sanitätshelfergruppe und dem DRK zur weiteren Versorgung übergeben. Bereits 20 Minuten später konnte die Übung als beendet angesehen werden.

In der Kantine der Firma traf man sich zur Abschlußbesprechung. Die aufgetretenen Fehler während des Übungsablaufes wurden diskutiert, insbesondere die Alarmierung, die wegen des Maschinenlärms nicht in allen Abteilungen zu hören war. Die Aus- und Weiterbildung der Helfer soll künftig in kürzeren Abständen erfolgen.

Eine Stadt im Zeichen des Selbstschutzes

In Hungen (Landkreis Gießen) wurde – Magistrat und BVS-Dienststelle Wetzlar arbeiteten dabei zusammen – vom 22. bis 27. September 1980 eine Selbstschutzwoche durchgeführt.

Die Katastrophenschutz-Organisationen wirkten an der Selbstschutzwoche und dem umfangreichen Veranstaltungsprogramm mit. Der BVS zeigte die Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“, „Zivilschutz“ und „Schutz und Wehr“. Die Bürger konnten sich außerdem in einer Reihe von Veranstaltungen über den Zivilschutz und den Selbstschutz eingehend informieren.

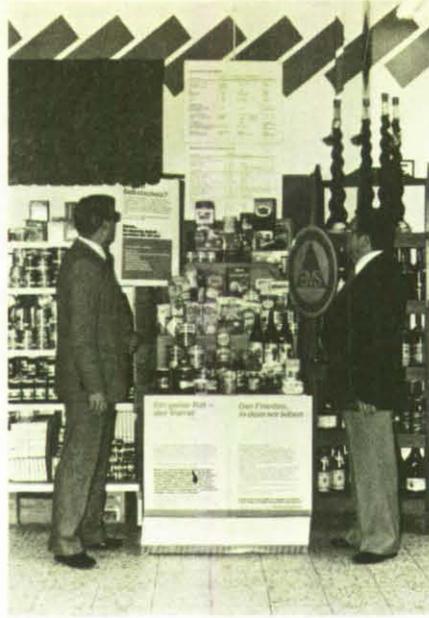
Bürgermeister Kurt Reber begrüßte zur Eröffnung der Woche zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens. BVS-Dienststellenleiter Brand, Wetzlar, erläuterte die Aufgaben der zivilen Verteidigung, insbesondere die des Zivilschutzes und des Selbstschutzes.

Vor zahlreichen Gästen eröffnete Bürgermeister Kurt Reber die Selbstschutzwoche in Hungen.



Viel Aufmerksamkeit fand eine Aufklärungsveranstaltung des BVS, bei der 42 Vertreter ortsansässiger Betriebe zugegen waren. Dabei wurde das Ablöschen brennender Kleidung an einer Übungspuppe, der Umgang mit einfachen Löschmitteln und die Handhabung der Einstellspritze und handelsüblicher Feuerlöscher an verschiedenen Brandmaterialien demonstriert.

Reges Interesse fand eine Veranstaltung



BVS-Landesstellenleiter Straube (links) besichtigt den Informationsstand zum Thema „Vorratshaltung“ in einem Supermarkt. Rechts im Bild Dienststellenleiter Brand.

für Frauen, die der Verband der Landfrauen organisiert hatte. Viele Geschäfte im Stadtzentrum hatten zum Thema „Selbstschutz“ eine gezielte Werbung durchgeführt. In den Schaufenstern wurden Hinweise gegeben; Plakate, Ausrüstungsgegenstände, Geräte zur Selbstbefreiung, Notapotheken und Feuerlöschgeräte wurden gezeigt. In der Presse und im Hessischen Rundfunk wurde die Selbstschutzwoche in Hungen besonders herausgestellt.

BVS machte bei Brandschutzwoche mit

Für die diesjährige Brandschutzwoche, die Anfang Oktober stattfand, bat die Freiwillige Feuerwehr Sandbach (Odenwald) den BVS um Mitwirkung. Die BVS-Dienststelle Darmstadt war gern bereit, ihre Schaukästen zu den Themen „Brandschutz“, „Die ersten Minuten entscheiden“, „Hausapotheke“ und „Strahlenschutz“ zur Verfügung zu stellen. Am Sonntag, dem 12. Oktober, fuhr außerdem eine fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle nach Sandbach.

Während der Schauvorführungen des BVS auf dem Platz vor dem Gerätehaus der Feuerwehr wurde gezeigt, wie brennende Kleidung an einer Brandpuppe mit Hilfe einer Woldecke abgelöscht werden kann. Auch Zuschauer konnten unter Anleitung diese Übung ausführen und wurden mit Beifall bedacht. Weitere Vorführungen aus dem Bereich der Bekämpfung von Entstehungsbränden – unter Verwendung verschiedener Löschmittel – rundeten das Programm ab.

Übung: Kaufhaus wird geräumt

Für viele Straßenpassanten und die Kunden eines Kaufhauses in Kassel sah es wie ein Ernstfall aus; tatsächlich aber war es eine von langer Hand vorbereitete – und bis zuletzt geheimgehaltene – Großübung. Der BVS, die Stadtverwaltung, die Berufsfeuerwehr und die Geschäftsleitung hatten die Übung gemeinsam vorbereitet. Um beim Übungsablauf keine Panik entstehen zu lassen, war der „Brandherd“ laut Plan auf den Kellerraum beschränkt, in den Verkaufsetagen merkte kein Kunde etwas, bis um 9.01 Uhr der Feuergong im ganzen Gebäude ertönte.

Zum gleichen Zeitpunkt gab es auch bei der Berufsfeuerwehr Alarm. Bis zum Eintreffen des ersten Löschzuges – zwei Minuten nach der Alarmierung – hatten die vom BVS ausgebildeten Angehörigen der Hausfeuerwehr und die Ordner bereits einen Teil der Kunden und des Personals ins Freie gebracht. Zwei Minuten später war das ganze Kaufhaus geräumt. Die Wehrmänner, die in das Gebäudeinnere eindringen, mußten „Verletzte“ bergen und Brandbekämpfungsmaßnahmen durchführen.

Viele Menschen beobachteten von der Straße aus gespannt das Geschehen. Durch Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Kassel waren Informationstische aufgebaut worden. Kunden und Straßenpassanten wurden mit Informationsmaterial versorgt.

In einer anschließenden Pressekonferenz bedankte sich die Direktion des Kaufhauses bei allen Mitwirkenden. Den BVS bat der Sprecher der Direktion, auch künftig die Information und die Ausbildung des Kaufhaus-Personals zu übernehmen.

„Selbstschutztage“ geplant

Die Stadt Kassel plant einen „Tag der offenen Tür“ im Rathaus, um die Bürger noch intensiver über den Selbstschutz zu informieren. Schaufensteraktionen, Ausstellungen und Selbstschutz-Haerings sind vorgesehen, deren Durchführung anlässlich der geplanten „Selbstschutztage 1981“ vorgesehen ist. Kassel hat sich nämlich im Rahmen des Modellversuchs zur Intensivierung des Selbstschutzes zur Mitwirkung bereit erklärt. Mit diesen Aktionen soll erreicht werden, daß der Bürger selbst aktiv wird und sich so ausbilden läßt, daß er im Falle einer Katastrophe nicht nur sich selbst, sondern auch seinen Angehörigen und Nachbarn helfen kann.

Deutscher Frauenring informiert sich

Für den Deutschen Frauenring, von dem diese Anregung ausging, veranstaltete die BVS-Dienststelle Koblenz einen Informationsabend im Südsaal der Rhein-Mosel-Halle. Die interessierten Damen des Ortsringes Koblenz wurden durch die ehrenamtliche BVS-Mitarbeiterin Else Grosch über Einrichtungen und Aufgaben des Zivilschutzes sowie über den Selbstschutz im Katastrophen- und Verteidigungsfall unterrichtet. Der Vortrag wurde durch Schaubilder ergänzt.

Als Erfolg konnte der BVS die spontane Bereitschaft mehrerer Damen, an einem Selbstschutzlehrgang teilzunehmen und die Aufklärungsarbeit des BVS zu unterstützen, verbuchen.

Malwettbewerb war ein Erfolg

Die BVS-Dienststelle Ludwigshafen hat in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Ludwigshafen für alle Schüler im Alter von 8 bis 13 Jahren zu einem Malwettbewerb aufgerufen. Mit großer Begeisterung gingen die Kinder an das Thema „Katastrophen und Selbst-

schutz“ heran. Brandkatastrophen, der Untergang eines Schiffes, Öl-Pest, aber auch Selbsthilfe und Selbstschutz waren die Motive der insgesamt 205 Einsendungen. Den Gestaltern der besten Arbeiten winkten interessante Preise, beispielsweise eine Fahrt mit einem Fahrzeug der Wasserschutzpolizei, der Feuerwehr oder mit dem Streifenwagen der Polizei.

Bundesverdienstkreuz für Hans Unger

Dem Selbstschutzbeauftragten beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB), Hans Unger, der auch ehrenamtlicher Mitarbeiter des BVS ist, wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Der Präsident des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, Dr. Otto Greve, überreichte dem Geehrten in einer Feierstunde die hohe Auszeichnung. Er würdigte die Verdienste und den Einsatz Ungers, dessen Laufbahn beim Bundesverband für den Selbstschutz begann und der 1966 zum BWB überwechselte. Die Aufgaben des Selbst-, Brand- und Betriebschutzes nahm Unger mit unermüdlicher Energie wahr. Gleichzeitig war er Selbstschutzbeauftragter des Amtes.



Aus der Hand von Dr. Otto Greve, des Präsidenten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, nimmt BVS-Mitarbeiter Hans Unger das Bundesverdienstkreuz entgegen.

Beim BVS arbeitete er seit über zwei Jahrzehnten ehrenamtlich mit. Der Präsident des BVS, der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, verlieh ihm im Mai 1980 die Ehrennadel des Verbandes.

Die Glückwünsche des BVS zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes überbrachte der Leiter der BVS-Dienststelle Koblenz, Horst Hübner. Er betonte, daß der BVS stolz darauf sei, in seinen Reihen einen so hochgeehrten Mitarbeiter zu haben und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

Hans Unger, der am 30. September 1980 aus dem aktiven Dienst ausschied, wird auch weiterhin als ehrenamtlicher Mitarbeiter im BVS tätig sein.

Saarland

Frauen informierten sich

Die Frauen des CDU-Ortsverbandes Merzig unter Leitung ihrer Vorsitzenden, Frau Simmer, faßten den Entschluß, sich über den Stand der Schutzbaumaßnahmen in ihrer Stadt zu informieren. Sie besichtigten den als Tiefgarage genutzten Großschutzraum (1235 Schutzplätze) im technischen Rathaus, anschließend einen aus dem 2. Weltkrieg stammenden, inzwischen für 438 Personen ausgebauten Schutzstollen. Die Führung durch die beiden Anlagen hatte ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung übernommen, der in sehr anschaulicher Art die Funktion der technischen Einrichtungen demonstrierte.

An der Besichtigung nahmen auch der BVS-Kreisbeauftragte Althoff und BVS-Dienststellenleiter Manstein teil, die nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Baues von Hausschutzräumen hinwiesen, mit der Begründung, der Staat könne nicht für alle Bürger, öffentliche

Schutzräume errichten. Es liege daher im Interesse des einzelnen Bürgers, für seinen persönlichen Schutz Sorge zu tragen.

Kontakte zur Handwerkskammer

Eine wesentliche Verbesserung der Kontakte zur Handwerkskammer konnte BVS-Landesstellenleiter Koch erreichen. Nach einem ersten erfolgreichen Gespräch mit dem Präsidenten der Kammer, Winfried Frank, fanden weitere Besprechungen statt mit dem Ergebnis, daß vorrangig der Behördenselbstschutz der Kammer und der Gewerbeförderungsanstalt aufgebaut und ausgebildet werden soll. Weiter ist beabsichtigt, die Ausbildungsmeister über Selbstschutz zu informieren. Schließlich will sich die Kammer dafür verwenden, in bestimmten Handwerksbetrieben die Einplanung und Durchführung von Lehrgängen für den betrieblichen Katastrophenschutz zu fördern.

Innenministerium unterstützt Helferwerbung

Die BVS-Landesstelle Saarland bemüht sich, mehr freiwillige BVS-Helfer zu gewinnen. Im gesamten Landesstellenbereich ist eine Helferwerbung eingeleitet worden, die, im Gegensatz zu den bisherigen Aktionen, gewissermaßen amtlichen Charakter hat. In allen Landratsämtern, Rathäusern und Gemeindeverwaltungen wird gezielt geworben, um in erster Linie ehrenamtliche BVS-Redner und BVS-Fachlehrer zu gewinnen.

Landesstellenleiter Koch konnte für diese Werbeaktion die Unterstützung des Innenministeriums gewinnen. Das Ministerium hat in einem besonderen Erlaß die Hauptverwaltungsbeamten auf die so notwendige Helferwerbung hingewiesen. Die Verwaltungschefs wurden gebeten, die Einrichtung von Informationsständen durch den BVS in den Behörden zu unterstützen und das Anbringen von Hinweis- und Werbeplakaten zu gestatten.

Brandschutzlehrgänge für Klinikpersonal

Die Leiter der Krankenanstalten im BVS-Dienststellenbereich Saarlouis haben mit dem BVS Kontakt aufgenommen, um das Personal der Krankenanstalten im Rahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes im Brandschutz ausbilden zu lassen.

Wenn diese Aktion wegen personeller Engpässe in einzelnen Kliniken zunächst nur zögernd anlaufen konnte, so sprach sich doch sehr schnell herum, daß eine gute und zweckmäßige, auf das jeweilige Gebäude abgestellte Ausbildung vermittelt wurde. Bisher wurden 41 Brand-

schutzlehrgänge für 657 Teilnehmer innerhalb von zwei Monaten in Krankenhäusern, Schwesternschulen und Pflegeheimen durchgeführt. Einige Krankenanstalten haben ihre Ausbildungswünsche für das Jahr 1981 bereits angemeldet.

Baden-Württemberg



Bundesinnenminister Baum in Ulm

Einen Besuch stattete Bundesinnenminister Baum Ende September Ulm ab; zwei Problempunkte standen auf dem Programm: Das Technische Hilfswerk klagt über schlechte Unterkünfte, und der Bundesverband für den Selbstschutz muß in absehbarer Zeit sein jetziges Übungsgelände in Böfingen räumen.

Noch übt der BVS am Fort Hasslach den Ernstfall. Doch das Übungsgelände, das Baum besichtigte, hindert einen Betrieb in seiner Ausbreitung; auch soll einmal eine Straße dort durchführen. Nun muß der BVS sich verändern – ins Donautal, wo auch THW und Katastrophenschutz sich ansiedeln. Baum sagte zu, von den 9 Millionen DM, die 1982 für derartige Baumaßnahmen vorgesehen sind, werden 2 Millionen für Ulm vorgesehen.

Interessiert zeigte sich der Minister an der Arbeit der Ulmer BVS-Dienststelle. BVS-Landesstellenleiter Raach und Dienststellenleiter Falk informierten Baum über die praktische Ausbildung des BVS. Der Besucher aus Bonn überzeugte sich vor Ort vom Ausbildungsstand der Teilnehmer zweier Lehrgänge über Brandbekämpfung.

BVS-Mitarbeiter als Retter

Ein ohrenbetäubender Knall zerriß am 9. Oktober 1980 in Weingarten die Stille: Eine Gasexplosion hatte ein Reiheneckhaus erschüttert, eine Rentnerin wurde unter Trümmern verschüttet. Die 75jährige Frau erhielt rasche Hilfe: Die Besatzung einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS übte zum Zeitpunkt der Explosion in der Nähe des Unfallortes. Die BVS-Mitarbeiter Heuberger und Feder schalteten schnell, sie eilten in Richtung Explosionswolke. Mit Hilfe der Lehrgangsteilnehmer wurde die Frau aus den Trümmern befreit und in einem Notarztwagen des Deutschen Roten Kreuzes ins Krankenhaus gebracht.



Selbstschutz in der Praxis konnte Bundesinnenminister Baum auf dem Übungsgelände des BVS verfolgen. Fachliche Erläuterungen gaben dem Minister der BVS-Landesstellenleiter für Baden-Württemberg, Raach (links neben dem Gast aus Bonn), und der Ulmer Dienststellenleiter Falk (2. von rechts).

Aus den Trümmern dieses Hauses wurde von BVS-Mitarbeitern eine schwerverletzte 75jährige Frau geborgen.



Möglichkeiten wirksamer Hilfe aufgezeigt

In Stutensee-Blankenloch führte der BVS am 11. Oktober 1980 unter dem Motto: „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ einen Sicherheitswettbewerb durch, an

dem auch die Hilfsorganisationen aktiv beteiligt waren. Der Leiter der BVS-Dienststelle Karlsruhe, Hans Zunker, begrüßte den Schirm-

herrn der Veranstaltung, Bürgermeister Richard Hecht, und zahlreiche Ehrengäste. Bürgermeister Hecht würdigte die Bedeutung des BVS und stellte heraus, daß der Selbstschutz eine Gemeinschaftsaufgabe aller verantwortungsbewußten Staatsbürger sei.

Die Teilnehmer, die danach an den Start gingen, mußten verschiedene Stationen passieren, wo sie ihr Wissen unter Beweis stellen konnten. Es mußte z. B. eine Unfallstelle abgesichert, brennende Kleidung mit einer Decke abgelöscht, über Notruf eine Unfallmeldung durchgegeben werden. Ein Motorbrand war mit Hilfe des Autofeuerlöschers zu bekämpfen. Außerdem: Blutstillung und Wundbehandlung einer Schlagaderverletzung, die richtige Lagerung eines Schockverletzten, Kontrolle der Atmung und Atemspende.

Insgesamt konnte eine Höchstpunktzahl von 100 Punkten erreicht werden, der einige Teilnehmer sehr nahe kamen. Die

Ersten waren: 1. Jürgen Schilling mit 98 Punkten, 2. Matthias Wenge (91), 3. Rudolf Matthias (87). Bürgermeister Hecht nahm abschließend die Siegerehrung und Preisverteilung vor.

Jugendliche wurden BVS-Helferanwärter

In den letzten Monaten waren die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Ulm besonders in Heidenheim/Brenz aktiv. In zwei Abendkursen wurden Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Regie-Einheiten des Kreises Heidenheim durchgeführt. Parallel dazu liefen Selbstschutz-Grundlehrgänge an den Gymnasien, diese Lehrgänge werde an Nachmittagen außerhalb der Unterrichtsstunden für die Klassen 9 bis 11 angeboten.

Erfreulich war, daß trotz der starken schulischen Belastung ein starkes Interesse an den Lehrgängen bestand. Aus dem Kreis der Jugendlichen konnten

sogar Helferanwärter für den BVS erworben werden. Die erste Gruppe hat bereits die obligatorischen Ergänzungslehrgänge absolviert und wird die weiterführende Ausbildung an den BVS-Schulen erhalten. Bei einer Aufklärungsveranstaltung in Ebersbach kam die neue Jugendgruppe aus Heidenheim erstmals zum Einsatz.

Karl Büchel 25 Jahre beim BVS

Auf 25 Jahre vorbildliche Einsatzbereitschaft und Engagement für die Belange des BVS kann BVS-Fachbearbeiter Karl Büchel, Karlsruhe, zurückblicken. Die Arbeit Büchels würdigte der Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Wolfgang Raach. Büchel bildete nicht nur zahlreiche Selbstschutz-Berater aus, sondern übernahm auch außerdienstlich Aufgaben im Katastrophenschutz.

Bayern



Bayerns Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl, trägt sich auf dem BVS-Stand „Vorsorge in Grün“ in das Gästebuch ein.



Zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen MdL Werner Hollwich, MdL Wilhelm Baumann und der Bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl (1. Reihe v. l. n. r.), besuchten den BVS-Stand.

„Vorsorge in Grün“ in Schweinfurt

Von den rund 95000 Besuchern der „Ufra 80“ vom 11. bis 19. Oktober 1980 in Schweinfurt kamen extra 40000 zum BVS-Stand „Vorsorge in Grün“, der das Thema „Selbstschutz in der Landwirtschaft“ anschaulich darstellte. Beeindruckt von der Ausgestaltung des BVS-Standes zeigten sich am Eröffnungstage unter anderem der Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl, Bundestagsabgeordneter Rudolf Müller und die Landtagsabgeordneten Werner Hollwich und Wilhelm Baumann.

Der BVS hatte am 14. Oktober zu einem Empfang geladen, BVS-Fachgebietsleiter Fritz Polster, München, erläuterte vor Vertretern der Öffentlichkeit, darunter Staatssekretär a. D. Erwin Lauerbach, die Aufgaben des Selbstschutzes.

Landwirtschaftsdirektor Jakob Wohlfeil sprach über die Aufgaben, die die Landwirtschaft heute in einem modernen Industriestaat zu erfüllen hat. Er begrüßte es, daß die Ausstellung „Vorsorge in Grün“ auf der „Ufra“ zu sehen war. Es bestehe nicht der geringste Zweifel daran, wie hoch der Selbstschutz in einem modernen landwirtschaftlichen Unternehmen eingeschätzt werden müsse.

„Die Frau im Selbstschutz“

Die ehrenamtlichen BVS-Fachbearbeiterinnen aus dem Bereich der BVS-Lan-

desstelle Bayern trafen sich zu einer Dienstbesprechung in Rosenheim. Nach der Begrüßung durch BVS-Landesstellenleiter Günter Kopsieker übernahm Ute Herz, die Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, die Leitung.

Ute Herz erläuterte in einem kurzen Referat die wichtige Aufgabe der Frau im Selbstschutz. Die Frau habe im Ernstfall allein – ohne Hilfe des Mannes – für den Schutz der Familie zu sorgen. Diese Tatsache solle man den Frauen bei allen Veranstaltungen immer wieder vor Augen führen.

Das Programm der mehrtägigen Veranstaltung war in erster Linie auf die Ausarbeitung eines Aufgabenkatalogs für die Tätigkeit der Fachbearbeiterinnen der Dienststellen abgestellt. Dem Erfahrungsaustausch und der praktischen Arbeit war ein erheblicher Teil der Arbeit gewidmet.

Selbstschutzleiter ausgebildet

Im Freilichtmuseum des Bezirks Oberbayern an der Glentleiten bei Großweil trafen sich im Sitzungssaal des Museums die Selbstschutzleiter aller zum Bezirk Oberbayern gehörenden sozialen, bildenden und kulturellen Einrichtungen und deren Vertreter zu einem Fachlehrgang „Selbstschutzleiter“. Den Lehrgang leitete der Fachbearbeiter der BVS-Landesstelle, Hans Hartmaier.

BVS-Dienststellenleiter Rainer Schramm, Starnberg, der selbst Mitglied des „Freundeskreises Freilichtmuseum Südbayern“ ist, begrüßte die Lehrgangsteilnehmer. Der Bezirk Oberbayern, so Schramm, gehe als dritte kommunale Ebene der Selbstverwaltung in Bayern mit gutem Beispiel voran, indem er seine Bediensteten kontinuierlich im Selbstschutz unterweisen ließe.

Fachbearbeiter Hartmaier ging ausführlich auf die Aufgaben des Behörden-selbstschutzleiters ein; vor allem sprach

er die Besonderheiten der Bezirkseinrichtungen an. Bezirkskrankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Fachschulen, Lehranstalten oder auch die umfangreiche Anlage des Freilichtmuseums brächten eine Vielzahl unterschiedlichster Probleme des Selbstschutzes. Mit diesen wird der Selbstschutzleiter einer „klassischen“ Verwaltung im Regelfalle nicht konfrontiert.

Bei einer Schlußaussprache meinten die Lehrgangsteilnehmer, es sei wichtig, daß die Selbstschutzmaßnahmen bei den Einrichtungen des Bezirks Oberbayern zügig verwirklicht würden.

BVS beim Haßfurter Straßenfest

Bei strahlend schönem Herbstwetter wurde das 3. Haßfurter Straßenfest am 3. Oktober 1980 eröffnet. Bürgermeister Handwerker konnte zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßen, die Mehrzahl der 60 Kreistagsmitglieder sowie nahezu alle Bürgermeister des Landkreises Haßberge waren anwesend.

Wie in den vergangenen Jahren hatten sich auch dieses Jahr wieder das THW Haßfurt und die BVS-Dienststelle Würzburg zusammengetan, um einen Ausstellungsstand gemeinsam zu gestalten. Informationsmaterial wurde verteilt, zahlreiche Fragen aus dem Besucherkreis beantwortet. Staatssekretär Meyer, Landrat Keller und sein Stellvertreter Hoffmann sowie Bürgermeister Handwerker besuchten den BVS/THW-Stand. Eine Reihe von Kreisräten und Bürgermeistern erkundigte sich nach dem gegenwärtigen Stand des Zivilschutzes.

Insgesamt besuchten rund 50000 Menschen den Stand von BVS und THW. Die Fragen der Besucher bezogen sich in der Mehrzahl auf den Schutzraumbau und auf die Warnzeiten, die hier im Zonenrandgebiet von besonderer Bedeutung sind.

BVS unterrichtete Krankenhauspersonal

Nach dem verheerenden Brandunglück im Krankenhaus von Achern (Kreis Offenburg) im Frühjahr 1980 bot die BVS-Dienststelle Starnberg den Verwaltungen der Krankenhäuser in ihrem Dienstbereich die Ausbildung ihres Personals im Brandschutz an. Von diesem Angebot haben inzwischen zehn Krankenhäuser Gebrauch gemacht.

Fast 600 Ärzte und das Pflegepersonal wurden über Grundlagen des Brandschutzes informiert und in der Handhabung der vorhandenen Löschgeräte unterwiesen. In vielen Krankenhäusern wurden Mängel, die im Brandfalle die Sicherheit der Patienten und des Personals gefährdet hätten, beseitigt.

MdB Krone-Appuhn besuchte BVS

Frau Krone-Appuhn, Mitglied des Deutschen Bundestages und des Verteidigungsausschusses, besuchte die BVS-Dienststelle Bayreuth. Durch die Frauenunion angeregt, nahmen auch ehrenamtliche BVS-Fachlehrerinnen an dem geführten Informationsgespräch teil.

Ausbildungsgang und Einsatzmöglichkeiten für weibliche BVS-Mitarbeiterinnen waren ebenso wie der Stellenwert des Selbstschutzes die Gesprächsthemen.



Frau Krone-Appuhn, MdB, im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Helmut Schneider.



Selten finden Veranstaltungen des BVS in so reizvollen Gegenden statt, wie der Selbstschutzleiter-Grundlehrgang im Freilichtmuseum auf der Glentleiten.

In neue Räume zog die BVS-Dienststelle Bayreuth. Zahlreiche Gäste wurden zu einem Empfang gebeten, wobei der BVS seine Aufgaben darstellte. Regierungsrat Fein zeigte hier das Ablöschen eines Flüssigkeitsbrandes.



Ausbildungsstand überprüft

An einem Sonnabend führte der THW-OV Norderstedt eine überregionale Übung mit dem Zweck durch, die Einsatzbereitschaft und den Ausbildungsstand der THW-Helfer zu testen sowie Fahrzeuge und Geräte im Einsatz zu prüfen. Ferner sollten Erfahrungen für einen überregionalen Einsatz gesammelt und der Sprechfunkverkehr sowie das Zusammenwirken zwischen Führungsgruppen und anderen Einheiten geübt werden.



Eine der Übungsaufgaben war das Anheben einer schweren Last mit Hilfe einer hydraulischen Presse.



Ein Radlader, der an einem Steilhang abzustürzen drohte, wurde mit einem MKW aus der Gefahrenzone gezogen.

In den frühen Morgenstunden rückten der 1. Instandsetzungszug und die 2. Führungsgruppe Bergung von ihren Stützpunkten ab. Vorher waren zwei THW-Fahrzeuge aus Kaltenkirchen zur Verstärkung eingetroffen. Auf dem Marsch zum Einsatzgebiet wurden Funkbetriebsübungen durchgeführt und die Schadenslage von der Führungsgruppe erkundet.

Fast planmäßig traf der I-Zug im „Katastrophengebiet“ ein. Sofort übernahmen die einzelnen Gruppen ihre Aufgaben, wie Brennschneiden, Pumpendienst und Ausleuchten der Schadensstelle. Eingesetzt wurden die E-Gruppe (Elektrizität), die AÖ-Gruppe (Abwasser- und Öl-Schadensbekämpfung) und die GW-Gruppe (Gas/Wasser). Nebenbei mußte ein Radlader, der an einem Steilhang

abzustürzen drohte, von den THW-Helfern mit einem MKW aus der Gefahrenzone gezogen werden.

Um 14.00 Uhr besuchten der THW-Landesbeauftragte von Schleswig-Holstein, Dipl.-Volkswirt Helmut Meier, und der THW-Kreisbeauftragte im Kreis Segeberg, Klaus Vollmers, die Norderstedter THW-Helfer auf dem Übungsgelände.

In einer kurzen Ansprache zeigte sich Meier erfreut über den guten Ausbildungsstand der THW-Helfer. Anschließend zeichnete er besonders verdiente Helfer aus.

Das THW-Helfer-Zeichen in Gold mit Kranz erhielten Peter-Uwe Strothkar und Peter Grimm, das THW-Helfer-Zeichen in Gold Heinrich Hoffmann, Wolfgang Töde und Gunther Hasenberg.

Weiter überreichte der Landesbeauftragte OB Heinrich Dumbries die vom THW-Direktor Hermann Ahrens unterzeichnete Ehrenurkunde für 25jährige Mitarbeit im THW.

Der gute Leistungsstand der Norderstedter THW-Helfer hatte sich schon bei dem diesjährigen Landeswettbewerb im Juni gezeigt. Obwohl der Ortsverband erst drei Jahre besteht, konnte er bei diesem Wettbewerb von 34 teilnehmenden Gruppen den 8. Platz mit 755 Punkten belegen, und im Kreis Segeberg sogar den 2. Platz.

Mit einem Dank für ihren Einsatz verabschiedete Ortsbeauftragter Heinrich Dumbries die THW-Helfer ins Wochenende. H.D.

THW-Übung mit 180 Helfern

An einem Sonnabend trafen sich die THW-Ortsverbände Barmstedt, Elmsborn, Itzehoe und Pinneberg mit insgesamt 180 Helfern zu einer Gemeinschaftsausbildung auf dem Standortübungsplatz Kaltenkirchen. Im Vordergrund stand dabei eine Stationsausbildung für Kraftfahrer und Beifahrer sowie für die Helfer der Bergungszüge.

Gegen 14.00 Uhr trafen alle Ortsverbände am Sammelplatz ein und gaben ihre Stärkemeldung beim Technischen Einsatzleiter Siegfried Lange ab.

Von THW-Helfern des Barmstedter Fernmeldezuges wurden die 45 Fahrzeuge in vier Marschkolonnen aufgeteilt und in Fünf-Minuten-Abständen nach Plan in Richtung Kaltenkirchen in

Marsch gesetzt. Die Kolonnen fuhren entsprechend den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung mit Fahrlicht und Kennzeichnung durch Flaggen. Kreuzungen mit Fahrtrichtungsänderungen wurden von der TEL gesichert, wobei auch ein Kradmelder eingesetzt war. Die Koordinierung des Funkverkehrs lag beim Fernmeldezug.

Auf dem Übungsgelände in Kaltenkirchen begrüßte THW-Geschäftsführer Beltz, Itzehoe, die THW-Helfer und erläuterte den Übungsablauf. Bei der Kraftfahrerschulung mußten sieben Sta-



Besonders bei großen Lastwagenrädern will das Auflegen von Schneeketten geübt sein.



Im Übungsablauf eingeplant war auch eine Station „Pflegetips für Motoren“.

tionen angefahren werden. Dabei wurde eine Fahrzeugüberprüfung durchgeführt, mit Anhängern in Vor- und Rückwärtsfahrt rangiert und mit Einweiser rückwärts gefahren, außerdem mußten Schneeketten aufgelegt werden. Zusätzlich wurde eine Technische Station für Pflegetips eingerichtet sowie eine Fragebogenaktion durchgeführt. Parallel dazu lief die Ausbildung der THW-Bergungshelfer.

Letzte Station für alle Helfer war der Verpflegungstrupp des THW OV Elmsborn: Hier gab es Grillwurst und Getränke, bevor die Einheiten in ihre Standorte zurückkehrten. G.G.

THW-OV Eutin zweimal im Einsatz

Einen arbeitsreichen Sonntag erlebten die Helfer des THW-Ortsverbandes Eutin: Nach heftigen Sturmböen mit Orkanstärke hatte sich in der Gemeinde Bosau am Plöner See eine 20m hohe Pappel über einen Bungalow geneigt. Der Baum war zudem noch von der Seeseite her unterspült. Ortsbeauftragter Radloff verständigte THW-Geschäftsführer Hübner, Kiel, der mit dem Bürgermeister und der Eigentümerin des Hauses die Einzelheiten dieses nicht ungefährlichen Einsatzes besprach. Unter der Leitung von Zugführer Radloff gelang es dann zehn THW-Helfern, mit Hilfe von zwei Greifzügen und einem MKW den

Baum an dem Bungalow vorbeizuziehen.

Auf der Rückfahrt nach Eutin kam über Funk eine weitere Alarmierung durch die Rettungsleitstelle des Kreises Ostholstein: In dem kleinen Ort Schwinkenrade waren nach heftigen Regenfällen mehrere Fischteiche übergelaufen. Das Wasser hatte, da die Abflüsse verstopft waren, zum Teil die Deiche durchbrochen und strömte in eine benachbarte Bäckerei. Die gesamte 10. Feuerwehrebereitschaft des Kreises Ostholstein war bereits mit ihren Pumpengruppen im Einsatz. Der THW-OV Eutin transportierte vorsorglich 3000 Sandsäcke an die Schadensstelle und entfernte Bohlen und Treibholz, so daß das Wasser abfließen konnte. Gegen Abend wurde

noch eine ausreichende Beleuchtung aufgebaut. Erst um 21.30 Uhr waren die THW-Helfer wieder zu Hause. J.G.

Nachruf

Wir trauern um

Erich Krützfeldt

Träger des THW-Helferzeichens in Gold. Mit Tatkraft und nie erlahmender Energie wirkte er von 1967 bis 1980 als Ausbilder im Instandsetzungsdienst des Technischen Hilfswerks in Kiel.

Ein liebenswerter Kamerad und Freund hat uns verlassen.

Ortsbeauftragter und Helfer des THW-Ortsverbandes Kiel

Hamburg



Führungskräfte im Warnamt I

33 Führungskräfte des THW Hamburg verbrachten ein Wochenende im Warnamt I, um die Grundlagen für den THW-Bundesleistungswettkampf 1981 zu erarbeiten. Ein in Anlehnung an die KSB ZW 100 bereits vorher festgelegter Leitungsstab wurde erweitert und begann in vier Arbeitsgruppen, die Einzelheiten für den Wettkampf zu konzipieren.



Nach zwei arbeitsreichen Tagen waren 33 THW-Führungskräfte im Warnamt I ein gutes Stück mit den Vorbereitungen zum THW-Bundesleistungswettkampf 1981 vorangekommen.

Den Führungsgremien wurden ihre Aufgaben zugewiesen und präzisiert, wie zum Beispiel Pressearbeit, Unterbringung, Aufgabenstellung, Wettkampfbahnen und Logistik. Nach zwei arbeitsreichen Tagen konnte der derzeitige Leiter des Stabes, Landesbeauftragter Trautvetter, feststellen, daß man wieder ein gutes Stück auf dem Wege zum Bundesleistungswettkampf vorangekommen war. Er rief alle THW-Führungskräfte und Helfer auf, in der kommenden Zeit ihre ganze Kraft auf diese große Aufgabe zu konzentrieren.

Warnamtsleiter Kneppenberg ließ es sich auch diesmal wieder nicht nehmen,

die Hamburger THW-Kameraden im Warnamt persönlich zu begrüßen und ihnen guten Erfolg für ihre Arbeit zu wünschen. A.K.

60 Jahre Steenkamp – das THW war dabei

Einen erfreulichen Anblick bot die einheitlich in Pilotanzug, Stiefeln und blauem Helm gekleidete Jugendgruppe des THW-BV Hamburg-Altona in der Steenkampsiedlung.

Die Siedlung feierte ihren 60. Geburtstag und hatte dazu ein großes Kinderfest organisiert, zu dessen technischer Bewältigung das THW hinzugezogen worden war. Die Feiern der sogenannten „Kindergilde“ im Steenkamp hat Tradition und gipfelt immer im Vogelschießen, wobei ein auf einem hohen Pfahl montierter Holzvogel mit der Armbrust „erlegt“ wird. Wer das letzte Stück abschießt, ist König.

Auch dieses Mal sollte das traditionelle Schießen stattfinden. Aufgabe der THW-Junghelfer war, eine einfache, aber zweckmäßige Holz-Konstruktion zu errichten. Fünf lange Holzpfähle wurden in eine große Sandkiste tief eingesetzt. Unter Anleitung von Jugendgruppenleiter Manfred Düll durfte dabei auch das Erdbohrgerät eingesetzt werden. Der mittlere, etwas niedrigere Pfahl war für den Vogel bestimmt. Die äußeren vier hohen Stangen wurden mit einer Zeltplane überdeckt, um zu verhindern, daß die Geschosse in die benachbarten Schrebergärten flogen. Um der ganzen Konstruktion mehr Halt zu geben, wurden zur Abspannung mit Seilen in den

Ecken der Sandkiste kurze Pfähle eingeschlagen – diesmal von Hand mit dem Holzschlegel, denn auch das will gelernt sein.

Am Nachmittag waren die Junghelfer dann natürlich auch beim Feiern dabei. Später mußte die ganze solide Konstruktion wieder abgebaut werden.

H.Sch.

THW-Althelfer in Ahrweiler

THW-Zugführer Bernd Balzer hatte im vergangenen Jahr in mühevoller Kleinarbeit Namen und Adressen von THW-Althelfern aufgefunden gemacht, die keinen regelmäßigen Kontakt mehr zum Technischen Hilfswerk pflegen, einst jedoch zu den aktiven Helfern gehörten.

Der Förderverein des THW-BV Hamburg-Altona lud nun 60 Althelfer zu einer Fahrt nach Ahrweiler ein. An einem Freitagmittag ging es los. Die Fahrt verlief ohne Zwischenfälle, bei bester Laune – selbst ein längerer Stau am Kameiner Kreuz konnte die Stimmung nicht verderben. Mit zwei Stunden Verspätung trafen die Gäste in Ahrweiler ein. In einem Zelt bewirtete der THW-OV Ahrweiler mit Kräuterbraten und Wein die Hamburger Althelfer. Am nächsten Morgen stand die Besichtigung einer Glockengießerei auf dem Programm. Danach ging es nach Dernau zum Winzerfest.

Der letzte Tag sah trotz des Besuchs des Weinfestes keine müden Gesichter.

Ein Teil der Besuchergruppe besichtigte die Katastrophenschutzschule, ein ande-



Der Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes, Dr. Lorenz (3. v. l.), begrüßte die THW-Althelfer aus Hamburg und erläuterte ihnen den Schulbetrieb.

rer die historische Stadt Ahrweiler. Am Nachmittag fuhren die Gäste nach Hamburg zurück. Für alle war es ein erlebnisreiches gemeinsames Wochenende. H. Sch.

Deichverteidigungsübungen 1980

Wie in jedem Jahr übten auch diesmal wieder vor der Sturmperiode die Deichverteidigungskräfte des THW Hamburg. Unter der Leitung der Baubehörde wurden rund 100 THW-Helfer in mehreren Übungen an einzelnen Deichabschnitten eingesetzt, um dort auf unterschiedliche Art und Weise angenommene Deichbrüche unter der fachlichen Leitung der Deichwarte zu bereinigen.



Deichverteidigung bedeutet in erster Linie harte körperliche Arbeit. Rund 100 THW-Helfer übten den Ernstfall.

Auch heute kann auf Sandsäcke und Abdeckplanen nicht verzichtet werden. Deichverteidigung bedeutet also in erster Linie harte körperliche Arbeit. Der Einsatz der THW-Helfer klappte reibungslos.

Ein weiterer Übungszweck war die Verbindungsaufnahme der regionalen Katastrophendienststäbe zu den Deichverteidigungskräften. Hier lief der Kommunikationsfluß von oben nach unten noch nicht ganz reibungslos. Durch organisatorische Maßnahmen der Baubehörde werden auch diese aufgetretenen Mängel beseitigt werden. A. K.

Mit 46000 Watt Rennstrecke ausgeleuchtet

Für das 2. Internationale Profi-Radrennen um den „Astra-Weltpokal“ rund um die Hamburger Binnenalster, übernahm der THW-Landesverband Hamburg die Ausleuchtung des gesamten Kurses. Alle sieben THW-Bezirksverbände waren mit insgesamt 84 Helfern an dieser Aktion beteiligt, außerdem ein Leitungsstab, der über Funk die Verbindung zu den Einsatzgruppen unterhielt und für Koordination zwischen der Rennleitung und den die Strecke betreuenden THW-Helfern sorgte. Dazu gehörten auch die Helfer der THW-BV Elmsbüttel und Harburg, die abwechselnd als Sicherheitsposten dem Feld vorausfuhren.

Jedem THW-Bezirksverband war ein Straßenabschnitt zugeteilt worden, in dem die Helfer mit je einem MKW, GKW und IKW Stellung bezogen. Rund um die Binnenalster wurden insgesamt 46 Scheinwerfer (je 1000 Watt) aufgeteilt, die teils durch die zehn eigenen 5-kVA-Stromaggregate, teils durch Anschluß an das Stromnetz der Stadt Hamburg gespeist wurden. Insgesamt wurden 92 Kabeltrommeln mit einer Gesamtlänge von 4600 Metern benötigt.

Nach der Siegerehrung gegen 23.00 Uhr bauten die THW-Helfer die Beleuchtung wieder ab. H. Sch.

Ltd. Branddirektor Puchner 50 Jahre alt

Über 200 Gäste aus den Bereichen Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr, THW und Verwaltung konnte Ltd. Branddirektor und stv. Amtschef der Hamburger Berufsfeuerwehr, Maximilian Puchner, anlässlich seines 50. Geburtstages begrüßen.

Das THW Hamburg arbeitet seit Jahren mit der Feuerwehr zusammen. Bei fast allen überregionalen Einsätzen in den vergangenen Jahren – u. a. Waldbrand in Niedersachsen, Bruch des Elbe-Sei-



Ltd. Branddirektor Puchner (Bildmitte) im Kreis von THW-Führungskräften aus Hamburg.

ten-Kanals – waren auch THW-Helfer unter der Führung von Ltd. Branddirektor Puchner eingesetzt.

Puchner hat sich durch seine kameradschaftliche Haltung, sein Verständnis für die Belange der freiwilligen Hilfsorganisationen und durch sein fachliches Können ein hohes Ansehen sowie Achtung und Freunde bei allen Organisationen, die im Katastrophenschutz der Freien und Hansestadt Hamburg mitwirken, erworben.

Bremen



Nachtübung des THW-OV Bremen-Hastedt

Am 13. und 14. September 1980 führte die Erkundungs- und Lotsengruppe des THW-OV Bremen-Hastedt eine Übung unter dem Titel „Nachtier“ durch. Die Gruppe wurde dazu in zwei Trupps aufgeteilt. Zur Teilnahme wurde auch der Zugtrupp des Instandsetzungszuges des THW-OV Bremen-Neustadt eingeladen.

Die Ziele der Übung waren das Führen einer Lagekarte, Umfahren von Straßenhindernissen, Erkunden und Melden, Lotsen durch Ortschaften und Errichten von Lotsenpunkten sowie das Führen einer Kolonne. Erschwerend für die übenden Einheiten war die Tatsache, daß diese Übung um 20.00 Uhr begann und erst am nächsten Morgen um 9.00 Uhr beendet werden sollte: Die Aufträge mußten also nachts beurteilt und ausgeführt werden.

Übungsleiter Fraedrich wurde bei seiner Aufgabe durch die TEL des THW-OV Bremen-Neustadt sowie eine IKW-Besatzung unterstützt. Insgesamt waren 20 THW-Helfer, fünf VW-Busse und ein IKW – die Kfz waren alle mit Funk im 4-m-Band ausgerüstet – an der Übung beteiligt.

Die Übung lief wie folgt ab: Um 20.30 Uhr wurden alle in der Übungsleitung oder dem Schiedrichterdienst stehenden Helfer eingewiesen, desgleichen ge-

schah um 20.40 Uhr mit den Übungsteilnehmern. In einem Briefumschlag bekamen die drei Übungsgruppen um 21.10 Uhr ihre ersten Aufträge im Stadtgebiet. Es ging darum, Hydranten und Gasnetze zu erkunden bzw. Trafos und kleine Straßen zu suchen.

Um 23.30 Uhr erreichten die Fahrzeuge die Stadtgrenze in Bremen-Strom. Hier erhielten die zwei Erkundungs- und Lotsentruppen sowie der Instandsetzungsgruppe die „aktuelle“ Lage auf der Karte Delmenhorst. Im Raum Lemwerder waren die nächsten Aufträge zu erledigen, u. a. das Erkunden von Überlandleitungen und Evakuierungsmöglichkeiten.

Zwischenzeitlich bekam ein Erkundungs- und Lotsentrupp den Auftrag, einen Lotsenpunkt vor Bookholzberg zu errichten und die anrückende Kolonne durch diesen Ort in einen Bereitstellungsräum zu führen.

Nachdem die Kolonne, unter der Führung des Instandsetzungszuges, den Lotsenpunkt erreicht hatte, traten einige Führungsschwierigkeiten in der Lotsengruppe auf. Die Entwirrung der Lage kostete die Übungsleitung gut eine Stunde, in deren Verlauf auch das Lotsen durch den Ort abgebrochen wurde.

Die neuen Aufträge führten die Truppen in den Raum nördlich von Wildeshausen. Hier meisterten sie ihre Aufgaben wieder – ihrem Ausbildungsstand entsprechend – bestens. So mußten ein LKW mit gefährlichen Gütern, Flußbreiten und Straßenkreuzungen erkundet werden. An einem Lotsenpunkt bei Nuttel wurden die Übungseinheiten in die Lage auf der Karte Wildeshausen eingewiesen. Nun wurde es etwas brisant, denn die Übungsleitung gab per Funk eine C-Lage durch, die weiträumig umfahren werden mußte.

Der neue Übungsraum wurde gegen 5.00 Uhr von den Einheiten erreicht. Hier mußten ein Klärwerk, Straßen und Flußbreiten sowie ein beschädigtes Haus erkundet werden. Mittlerweile war es hell geworden, und gegen 8.00 Uhr begann, unter der Führung der Erkundungs- und Lotsengruppe, der Rückmarsch über die BAB 1 zur Unterkunft des THW-OV Bremen-Hastedt. Dort traf man um 8.30 Uhr ein und – nach dem Waschen der Kfz – hieß es dann um 9.00 Uhr: Übungsende.

Wie schon angedeutet, wurden natürlich viele Fehler gemacht, aber wozu dient sonst eine Übung, wenn nicht zum Erkennen eben dieser Mängel? Zu bemerken ist auch, daß die Erkundungs- und Lotsengruppe erst seit Anfang des Jah-

Alle Meldungen liefen bei der Übungsleitung zusammen.



res ausgebildet wird und überwiegend mit unerfahrenen Helfern besetzt ist. Rückblickend läßt sich sagen, daß der Ausbildungsstand der Übungsgruppen recht gut ist. Die Kartenkunde wurde

beherrscht, jedoch müssen Grundsätze der Führung, des Erkundens und Meldens noch genauer in der Ausbildung behandelt werden.

R. F.

Ausstellung „Bremen im Schutz seiner Deiche“ eröffnet

Noch bis Mitte Januar 1981 läuft im Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte (Focke-Museum) eine Ausstellung mit dem Titel „Bremen im Schutz seiner Deiche“. Zur Ausstellungseröffnung kam auch Bremens Regierungschef und Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick. Er betonte in seiner Festrede vor mehreren hundert Gästen die Bedeutung des Hochwasserschutzes in der norddeut-

stungsfähigkeit des Technischen Hilfswerks auf diesem Gebiet. Die THW-Helfer zeigten neben dem Abfüllen von Sandsäcken mit einem selbstgebauten Sandsackfüllgerät den Bau einer Bekleidungs- und Wasserfaschine auf einer Faschinenbank. Bürgermeister Koschnick zeigte sich in einem Gespräch mit THW-Führungskräften beeindruckt von den Fähigkeiten der THW-Helfer.

U. W.



Mit dem Bau einer Bekleidungs- und Wasserfaschine auf einer Faschinenbank demonstrierten die THW-Helfer ihr Können.

schen Küstenregion und im kleinsten Bundesland.

Eine speziell für die Abwehr von Sturmflut- und Hochwassergefahren ausgebildete Einsatzgruppe des THW-OV Bremen-Schwachhausen demonstrierte den Besuchern der Eröffnungsfest die Lei-



Beeindruckt zeigte sich Bremens Bürgermeister Koschnick (Bildmitte) von dem selbstgebauten Sandsackfüllgerät des THW.

Nächtliche Großübung in Hildesheim

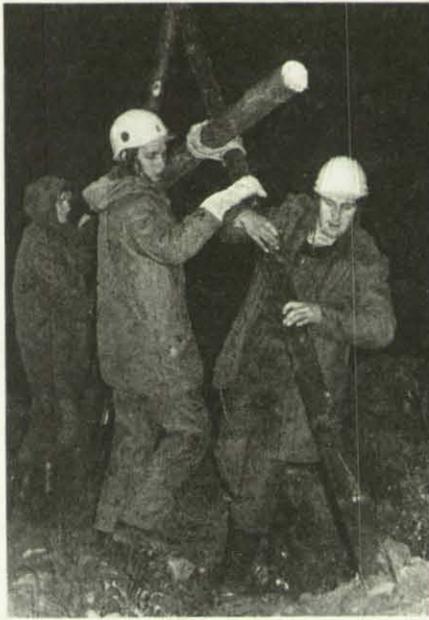
Mit Erkundungsfahrten zu verschiedenen angenommenen Schadensstellen im Landkreis begann am Abend des 10. Oktober 1980 im THW-OV Hildesheim eine seit längerem geplante und bis ins Detail vorbereitete Großübung. Im Anschluß daran fand die Geräteverlastung statt, bevor um 21.00 Uhr der eigentliche Alarm ausgelöst wurde. Angenommene Lage: ein Flugzeugabsturz im Raum Giesener Berge bei Hildesheim. Um 21.30 Uhr setzte sich die aus 19 Fahrzeugen bestehende Marschkolonne in Richtung Schadensort in Bewegung, wo sie gegen 22.00 Uhr eintraf.

Die Aufgabenverteilung sah für die Bergungsgruppen den Bau eines Trümmersteiges und einer Seilbahn sowie für die Gerätegruppe das Heben von Lasten und Brennschneidarbeiten vor. Der Instandsetzungszug von den THW-Ortsverbänden Hildesheim und Sarstedt gemeinsam gestellt, hatte mit dem 60-kVA-Notstromaggregat die gesamte Stromversorgung sicherzustellen, Notbrunnen zu bauen, Trinkwasser aufzubereiten, behelfsmäßig Abwasserleitungen zu reparieren und Ölschäden zu beseitigen.

Für die Betreuung der „Verletzten“ standen Helfer von ASB und MHD zur Verfügung. Die Kalt- und Warmverpflegung der eingesetzten Einheiten hatte der Verpflegungstrupp des THW-OV Goslar übernommen.

In stockdunkler Nacht, in einem unwegsamen, wenngleich übungsidealem Gelände, bei einigen Minusgraden, wurden die Helfer vor nicht leichte Aufgaben gestellt. Im fahlen Licht der Halogenscheinwerfer, begleitet vom monotonen Geknatter der Notstromerzeuger, gaben die 60 eingesetzten Helfer ihr Bestes. Trümmersteg und Seilbahn wurden fertiggestellt und das 60-kVA-Notstromaggregat in Betrieb genommen. Auf die Trinkwassergewinnung und -aufbereitung jedoch mußte verzichtet werden: Das Bohrgestänge stieß nach gut einem Meter auf undurchdringbares Felsgestein.

Trotzdem waren THW-Ortsbeauftragter Günter Pohl und Zugführer Gerhard Heckerott sowie die Beobachter vom Verlauf der Übung angetan. Die fachkundigen Gäste zeigten sich besonders von der Vielseitigkeit der Aufgaben und Möglichkeiten des THW überrascht und



Bergungshelfer beim Aufrichten eines Zweibocks für den Trümmersteg.

fanden anerkennende Worte für die Mitarbeit der Helfer.

Die Akteure beendeten gegen sechs Uhr morgens ein zehnstündiges Übungsprogramm; ein Programm, das zwar nicht in allen Punkten realisiert werden konnte, in dem aber die gesteckten Hauptziele erreicht wurden:



Mehrere Helfer sind nötig, um das Feldbohrgerät zu bedienen.

Überprüfung der Einsatzbereitschaft und des Ausbildungsstandes der Hildesheimer THW-Helfer unter den realistischen Bedingungen eines angenommenen Großunglücks sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Instandsetzungseinheiten des THW-OV Sarstedt.

R. B.

25 Jahre THW-OV Wunstorf

Ein sich über zwei Wochenenden erstreckendes Programm hatte der THW-OV Wunstorf (Landkreis Hannover) anlässlich seines 25jährigen Bestehens – verbunden mit der Vorstellung der neuen Unterkunft – vorbereitet. Am Sonnabend, dem 11. Oktober 1980, fand ein „Tag der offenen Tür“ mit einer Fahrzeug- und Geräteschau sowie Vor-

führungen statt, den mehrere tausend Wunstorfer Bürger – unter anderem angelockt durch die Feldküche – zu einem Besuch beim THW nutzten. In nahezu hundertprozentiger Eigenleistung haben die THW-Helfer unter ihrem Ortsbeauftragten Klaus Oppermann ein ehemaliges Hotel zu einer ansehnlichen Unterkunft ausgebaut.

Fast nur in Eigenleistung haben die THW-Helfer das ehemalige Hotel zu einer Unterkunft umgebaut.



Am Sonnabend darauf wurde im Rahmen eines offiziellen Empfangs das 25jährige Gründungsjubiläum des Ortsverbandes feierlich begangen. Klaus Oppermann konnte zu der Veranstaltung Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und befreundeten Organisationen begrüßen und gab einen kurzen Überblick über Entstehung, Entwicklung und Stand des Ortsverbandes. THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser umriß in seiner Festansprache die Aufgabenstellung und das Selbstverständnis des THW und zeigte abschließend Perspektiven auf, die den Übergang des THW aus einer Phase der Expansion in die der Konsolidierung beinhalteten. Mit einem Ausblick auf die auch für den THW-OV Wunstorf relevante Ersatzbeschaffung für ältere Fahrzeuge in den nächsten Jahren und einem herzlichen Dank an Führungskräfte und Helferschaft schloß Leiser seine Ausführungen.

Bevor die lange Schar der Gratulanten zur Rednertribüne schritt, zeichnete Leiser sechs verdiente THW-Helfer, die Kameraden Fuchs, Bartels, Klingemann, Lenhard, Volder und Scharf namens des Direktors des THW mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz bzw. Gold aus.

R. B.

THW-Direktor Ahrens im Emsland

Zwei Tage lang reiste THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens durch das Emsland, um sich über den Leistungsstand des THW zu informieren. In Begleitung des THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Eckhard Leiser, Sachgebietsleiter Reiner Bormann sowie ehren- und hauptamtlicher Angehöriger des THW Meppen besuchte er zunächst die dortige Erprobungsstelle der Bundeswehr. Während einer Rundfahrt erläuterte Lt. Baudirektor Ebeling den Gästen die vielfältigen Aufgaben der Dienststelle.

Für den Nachmittag hatte THW-Kreisbeauftragter Aloys Bühring ein Gespräch mit Stadtdirektor Simon, Meppen, arrangiert, der nach der Begrüßung einen Überblick über die historische Entwicklung und den heutigen wirtschaftlichen und kulturellen Stand der Kreisstadt gab. Besonders erfreut zeigte sich Stadtdirektor Simon darüber, daß sich seit kurzem eine neue THW-Dienststelle in der Stadt etabliert hat. Intensiv wurde über das für 1982 geplante Neubauprojekt des THW in Meppen diskutiert, für das die Stadt Meppen preisgünstig das Grundstück zur Verfügung gestellt hat.

Am Abend fand ein Empfang des Landkreises Emsland statt, zu dem Landrat Stricker und Oberkreisdirektor Brümmer eingeladen hatten. Hierzu waren u. a. auch Vertreter der befreundeten Organi-

Treffpunkt Nordhorn: emsländische THW-Führungskräfte im Gespräch mit THW-Direktor Ahrens (2. v. r.).



sationen aus Meppen eingeladen. Im Mittelpunkt des Abends, der mit einer Ansprache von Landrat Stricker, in der er die bedeutende Funktion des THW im Katastrophenschutz des Landkreises unterstrich, eingeleitet wurde, stand die Auszeichnung von verdienten Förderern des THW durch Direktor Ahrens. So erhielt Oberkreisdirektor Brümmer die THW-Plakette, Kreisdirektor Dr. Kolck das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz sowie die Herren Hessemann und Kötter das THW-Helferzeichen in Gold.

Seinen endgültigen Abschluß fand der lange Besuchstag mit einem „gemütlichen Beisammensein“ in der Unterkunft des THW-OV Meppen, zu der auch MdB Rudolf Seiders, ebenfalls ein Freund und Förderer des THW, erschienen war.

Der positive Eindruck, den Direktor Ahrens und Landesbeauftragter Leiser am ersten Besuchstag gewonnen hatten, setzte sich am Sonnabend fort. In Papenburg-Aschendorf gab THW-Ortsbeauftragter Hermann Kampeling einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Ortsverbandes, bevor Bau- und Rat Schellmann die Planung der Stadt erläuterte, in etwa drei bis vier Jahren ein Katastrophenschutz-Zentrum zu bauen.

Zur Begrüßung der THW-Besucherdelegation in Nordhorn hatte sich Kreisdirektor Wortel eingefunden. Stolz konnte THW-Ortsbeauftragter Ohly auf die 1979 in Eigenleistung erstellte Garage und zwei im Jahr 1980 zugewiesene neue Fahrzeuge, einen MKW und einen GKW, verweisen. Für die geplante Aufstellung und Ausrüstung von Bergungsräumgruppen meldete er sein Interesse für den THW-OV Nordhorn an.

Letzte Station der zweitägigen Besuchsreise war Lingen. Auch hier bildet ein von Ortsbeauftragtem Bernhard Staden geplanter und mit viel Eigeninitiative gebauter Garagentrakt den Mittelpunkt der THW-Unterkunft. Mit einem Bergungszug und einem Instandsetzungszug stellt der Ortsverband Lingen einen beträchtlichen Teil der THW-Einheiten im Landkreis Emsland.

Für Dipl.-Ing. Hermann Ahrens hatten die beiden Besuchstage eine Fülle von Begegnungen mit Förderern des THW sowie mit Helfern und Führungskräften gebracht, die ihm immer wieder den guten Stand des THW im Emsland vor Augen führten.

R. B.

300 THW-Helfer im Kampf um Punkte und Sekunden

Ohne das in den Jahren zuvor praktizierte mehrstufige Auswahlverfahren wurde bei den THW-Landeswettkämpfen am 11. und 12. Oktober 1980 in Bissendorf die beste Bergungsgruppe des THW in Niedersachsen aus 26 angetretenen Mannschaften direkt ermittelt.

Am Samstag war es keinem Ortsverband gelungen, die Wettkampfstrecke innerhalb der Vorgabezeit von 75 Minuten zu bewältigen. Umso mehr war man auf die Ergebnisse des Sonntags gespannt, der sämtliche Favoriten am Start sah. Als erste mußte die Bergungsgruppe des THW-OV Lüchow-Dannenberg antreten, die sich intensiv auf diesen Wettkampf vorbereitet hatte. Es galt, den im Jahr 1978 errungenen Wanderpokal und den guten Ruf als Zweiter des Bundesleistungswettkampfes 1979 in Arnsberg zu verteidigen.

Pünktlich um 8.00 Uhr fiel der Startschuß. Zuerst mußte die zwölköpfige Mannschaft einen Fragebogen mit zehn Fragen beantworten. Für den Gruppenführer, die beiden Kraftfahrer und die neun Helfer gab es jeweils unterschiedliche Fragen.

Daran anschließend mußte das benötigte Gerät abgeladen und Traglasten zusammengestellt werden. Nach Überwindung eines Mauerdurchbruchs stellte sich das erste Hindernis in den Weg: An einer einsturzgefährdeten Wand konnte die Wettkampfgruppe zum erstenmal ihr Können unter Beweis stellen. Nach Erstellen eines provisorischen Stützbockes überkletterte ein Teil der Mannschaft mit Hilfe von Steckleiterteilen die Wand und



Mit der Stichsäge mußten Hindernisse im Kriechgang beseitigt werden.

sah sich einem durch Stahl- und Holzteile versperrten Kriechgang gegenüber. Die Hindernisse wurden mit Brennschneidgerät und Stichlingsäge entfernt. Nun konnte der Trupp den Kriechgang passieren und mußte über eine Grube einen Ufersteg bauen.

Inzwischen hatte die andere Hälfte der Mannschaft die vorgenannte Wand vorschriftsmäßig mit einer Strebstütze gesi-



Nach erfolgreichem Wettkampf: die siegreiche Mannschaft des THW-OV Lüchow-Dannenberg.

chert. Beim weiteren Vorgehen fanden die Helfer unter einem aus Stahlrohrteilen erbauten Turm einen „Verletzten“, der auf die Trage gelegt, mit Bindeleinen eingebunden, mit der „Vier-Mann-Methode“ auf den Turm befördert und mit dem Leiterhebel wieder abgelassen werden mußte.

Inzwischen war der Ufersteg fertiggestellt und auch eine Scheinwerferstrek-



Das fachgerechte Ablassen eines „Verletzten“ von einem Gerüsturm gehörte mit zu den Aufgaben des Wettkampfes.

ke, bestehend aus drei Flutlichtstrahlern, errichtet worden. Den Strom lieferte der mitgeführte 5-kVA-Notstromerzeuger. Nun mußte der „Verletzte“ durch und über die Hindernisse bis zur Verletztenablage zurückgebracht werden. Anschließend wurde sämtliches Gerät abgebaut und ebenfalls über die Hindernisse zur zentralen Geräteablage zurückgebracht. Danach meldete Gruppenführer Ragotzky den Abschluß der Wettkampfung an den Schiedsrichter. Bei einer Zeitvorgabe von 75 Minuten hatte die Lüchower THW-Mannschaft genau 50 Minuten gebraucht und war die bis dahin zeitschnellste Gruppe!

Nun begann das Warten, und die Spannung stieg immer mehr an. War das Ziel, den Wanderpokal wieder mit nach Hause zu nehmen, erreicht worden. Am Abend, gegen 18.00 Uhr, die Mannschaften waren im offenen Viereck auf dem durch Scheinwerfer erleuchteten Platz vor den Wettkampfbahnen angetreten, eröffnete THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Leiser die Siegerehrung. Die Wettkampfmannschaft des THW-OV Lüchow-Dannenberg konnte an ihren Erfolg von 1978 anknüpfen. Mit nur 87 von 745 möglichen Fehlerpunkten wurde Lüchow vor Uelzen, Bad Lauterberg/Harz und Northeim erneut Landessieger.

Endresultat:

Lüchow-Dannenberg	87 Punkte	Platz 1
Uelzen	223 Punkte	Platz 2
Bad Lauterberg	229 Punkte	Platz 3
Northeim	250 Punkte	Platz 4
Gieboldehausen	269 Punkte	Platz 5
Sulingen	298 Punkte	Platz 6
		H. K.

Nachruf

Am 28. September 1980 verstarb durch einen tragischen Verkehrsunfall unser Kamerad

Richard Rohlf

im blühenden Alter von 24 Jahren.

Die Helfer des THW-Ortsverbandes Bassum verlieren mit ihm einen einsatzfreudigen und aufrechten Kameraden.

Sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte Rudi Bauer und die Helfer des Ortsverbandes Bassum.

Staatssekretär Dr. Fröhlich beim Berliner THW

Ein Höhepunkt der Berliner „Woche des Katastrophenhilfsdienstes“ war der Besuch des Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern Dr. Siegfried Fröhlich. Offizieller Anlaß der Visite war die Überreichung der höchsten THW-Auszeichnung, des THW-Ehrenzeichens in Gold, an den Senator des Innern Peter Ulrich.

Anläßlich eines Festaktes in der Berliner Staatsbibliothek ging Staatssekretär Dr. Fröhlich in seiner Laudatio auf die besonderen Verdienste des Senators beim Aufbau des Katastrophenhilfsdienstes und des vorbildlichen Gesamtsystems ein und sagte: „Man kann nur wünschen, daß das Berliner Modell in anderen Ländern, wo der Integrationsprozeß noch nicht so fortgeschritten ist wie in Berlin, Schule macht“.

Es sei dem organisatorischen Geschick von Innensenator Ulrich und seiner erfolgreichen Überzeugungsarbeit zu verdanken, alle personellen, materiellen und organisatorischen Faktoren auf das gemeinsame Ziel einer schnellen und wirksamen Hilfe im Notfall des Alltags als auch im Ausnahmefall der Katastrophe auszurichten. Insbesondere sei es gelungen, das THW in das Organisationszusammenwirken aller Kräfte im hu-



Staatssekretär Dr. Fröhlich besichtigte beim THW Berlin Sondergerät, hier den Funkleitwagen. Rechts im Bild Hauptsachgebietsleiter Pabel.

manitären Bereich einzubeziehen. Die Funktionsfähigkeit der Berliner Katastrophenhilfe und die Qualität ihrer Helfer habe sich mehrfach bestätigt.

Innensenator Ulrich dankte für die hohe Auszeichnung, die er stellvertretend für alle diejenigen entgegennahm, „die sich mit großem Engagement für die Verwirklichung dieses Zieles eingesetzt haben“.

Der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, gratulierte dem Senator zu der Auszeichnung und gab seiner großen Freude über die gute Zusammenarbeit mit dem Berliner THW Ausdruck. Hiervon konnte sich der THW-Direktor schon am Nachmittag in Spandau überzeugen, als er zusammen mit Staatssekretär Dr. Fröhlich den THW-Bezirksverband besuchte und sich mit

Helfern und Führungskräften über das Berliner THW unterhielt.

Auch die Besichtigung der landesverbandseigenen THW-Werkstatt und von verschiedenem Sondergerät gab Gelegenheit, auf die Berliner Verhältnisse und Schwierigkeiten hinzuweisen. Mit Freude wurde deshalb das Versprechen des Staatssekretärs aufgenommen, das Berliner THW bald wieder zu besuchen, um sich ausführlicher zu informieren. B.

„Größte Rose der Welt“

Folgender Bericht erschien am 3. November 1980 in der „BZ“: „Der 55jährige Michael Ostwald malt in Berlin die ‚größte Rose der Welt‘, die 4 mal 6,5 Meter groß werden soll. Ostwald braucht für sein Werk in der Kantine des Technischen Hilfswerks (Soorstraße, Charlottenburg) vier Wochen Zeit.

Auf einem Rosenblatt wird Ostwald einen Berliner Bären malen; auf die Rosendornen bekannte Berliner Bauten, wie Marienkirche, Charlottenburger Schloß, Olympiastadion.

Die Rose verbindet das alte und das neue Berlin: Auf einer Wandseite der Kantine sind Menschentypen von 1900 zu sehen, auf der anderen Helfer vom Technischen Hilfswerk von heute.“

Nordrhein-Westfalen

Auszeichnung für Dipl.-Ing. Drogies

Anläßlich einer Feierstunde zum 50. Geburtstag des THW-Landesbeauftragten für NRW, Dipl.-Ing. Drogies, an der Vertreter der Stadt Düsseldorf, der Katastrophenschutz-Organisationen, des Bundesamtes für Zivilschutz und des THW teilnahmen, zeichnete THW-Direktor Hermann Ahrens Siegfried Drogies für seine Verdienste um das Technische Hilfswerk mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus.

Mit bewegten Worten dankte Drogies für die Ehrung sowie für die Blumen und Geschenke, die ihm zu seinem Geburtstag überreicht worden waren. H. K.



THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Drogies erhält aus der Hand von THW-Direktor Hermann Ahrens das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Neue Unterkunft für THW-OV Witten

Der THW-OV Witten konnte nach langem Provisorium nun endlich seine neue Unterkunft beziehen. THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Siegfried Drogies überreichte im Rahmen einer kleinen Feierstunde Ortsbeauftragtem Udo Neuhaus den Schlüssel für die neue Unterkunft.



Große Überraschung bei der Einweihung der neuen Unterkunft: THW-Ortsbeauftragter Schneider überreicht ein lebendes Ferkel.

An den Festlichkeiten nahm auch der Regierungspräsident von Arnberg, Dr. Grünschlager, teil. Oberbürgermeister Lohmann hob in seiner Rede hervor, daß die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und dem THW-OV Witten noch enger werden sollte. L. Sch.

„Dortmunder Herbst 1980“

Am 26. September eröffnete der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau die Messe „Dortmunder Herbst 1980“, auf der sich die Verbraucher umfassend über das Warenangebot der heimischen Industrie informieren konnten.

Die THW-Ortsverbände Dortmund und Hagen nutzten die Veranstaltung zu Vorführungen und zur Information. Den Besuchern wurden Ausstattung und Ausrüstung des THW, darunter auch die Sauerstoffpflanze, vorgeführt. L. Sch.

Ein Ausflug in die „Unterwelt“

THW-Helfer aus dem Geschäftsbereich Hagen gingen in die „Unterwelt“, um die Volmehanghöhle in Hagen für die Bevölkerung begehbar zu machen.

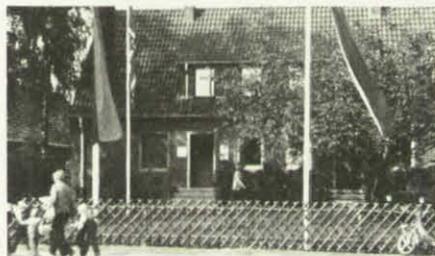
Die Höhle ist der Allgemeinheit bislang verschlossen geblieben. Dies wollen Herr Turk vom Verein für Heimatkunde in Hagen und Dozent Prof. Dr. Kersberg nun ändern. Ihrer Meinung nach werden hier Demonstrationsmöglichkeiten zur erdgeschichtlichen Entstehung der Bevölkerung vorenthalten.

Dem THW, insbesondere den Instandsetzungszügen, bietet sich nach Ansicht von THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Drogies im Rahmen der Erschließung der Volmehanghöhle ein sehr breites Betätigungsfeld. Die Palette der Einsatzmöglichkeiten reicht vom Ausleuchten von Schadensstellen über Bergen aus Höhen und Tiefen bis zum Installieren von Elektroleitungen.

Um eine möglichst zügige Abwicklung der Arbeiten zu erreichen, sollen neben den Kräften der fünf THW-Ortsverbände des Hagener Geschäftsbereichs auch Helfer aus anderen Bereichen zum Einsatz kommen. So konnten die Elektro-Gruppen der THW-Ortsverbände Düsseldorf, Erkelenz, Stolberg, Hamm, Wülfrath, Iserlohn, Bottrop sowie Bochum bereits ihren Ausbildungsstand vor Ort unter Beweis stellen. L. Sch.

THW-Unterkunft in Coesfeld eingeweiht

Nach langen, zähen Verhandlungen, Planungen und Bauausführungsarbeiten war es endlich soweit: Der THW-OV Coesfeld konnte die Einweihung der neuen Unterkunft feiern. Um auch der Bevölkerung die Möglichkeiten des THW zu demonstrieren, wurde am Einweihungstag gleichzeitig ein „Tag der offenen Tür“ durchgeführt, wobei die verschiedenen Fachdienstausstattungen des eigenen und der Nachbarortsverbände den Besuchern vorgestellt und vorgeführt wurden.



Nach langer Vorbereitungszeit konnte der THW-OV Coesfeld endlich die neue Unterkunft beziehen.

In Anwesenheit von THW-Direktor Hermann Ahrens, Oberkreisdirektor Mathias Goß, Bürgermeister Vennes sowie des stv. THW-Bundeshelfersprechers Dr. Becker und Vertretern des THW-Landesverbandes, der benachbarten THW-Ortsverbände, Hilfsorganisationen und Institutionen weihten Geistliche beider Konfessionen die neuen Räume ein.

THW-Direktor Ahrens betonte in seiner Festansprache, daß ein optimaler Erfolg bei Einsätzen nur von einer kameradschaftlich zusammengeschweißten Helfergemeinschaft erreicht werden könne.

Er wünschte dem Ortsverband, daß seine neue Unterkunft zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes im Kreise Coesfeld beitragen möge.

Für die Kinder wurde nachmittags ein Luftballon-Wettbewerb gestartet. Der Siegerballon ist übrigens in Österreich niedergegangen. M. B.

Zurück aus El Asnam

Nach zehntägigem Einsatz im algerischen Erdbebengebiet sind 31 THW-Helfer aus Nordrhein-Westfalen müde, aber glücklich über den Erfolg ihrer Hilfe zurückgekehrt. THW-Direktor Hermann Ahrens und Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Drogies begrüßten die Helfer auf dem Düsseldorfer Flughafen. In einer improvisierten Pressekonferenz und in Rundfunk- und Fernsehinterviews berichtete Einsatzleiter Helmut Kellner über die Hilfeleistung in El Asnam.

Zwei THW-Helfer fehlten bei der Begrüßung. Die beiden Kieler Hundeführer waren mit ihren Tieren schon vom Frankfurter Flughafen aus weiter nach Hamburg geflogen. H. K.



THW-Einsatzleiter Kellner berichtet den Journalisten über die Erfahrungen beim Einsatz in El Asnam.

Nachruf

Der Gründer und Alt-Ortsbeauftragte des THW-OV Witten

Paul Schattauer

ist am 9. Oktober 1980 im Alter von 76 Jahren plötzlich und für alle unerwartet verstorben.

In seiner 30jährigen Zugehörigkeit zum THW hat er als Helfer der „ersten Stunde“ den THW-Ortsverband Witten gegründet.

Wir haben durch seinen Tod einen Freund und Kameraden verloren. Sein Wirken wird uns in dankbarer Erinnerung bleiben.

Die Helfer des THW-Ortsverbandes Witten



THW-Helfer als Hilfs-Archäologen

Archäologen befinden sich immer auf „Schatzsuche“, wenn sie auf historischem Boden „buddeln“. Ob sie fündig werden, ist dabei ein wenig Glücksache. Der Leiter des Pfungstädter Heimatmuseums, Valentin Liebig, kann sich freuen: Dem Archäologen gelang es, einen „Schatz“ zu finden, wie er in keinem der südhessischen Museen vorhanden ist. Ein glücklicher Zufall hatte ihn und seine Mitarbeiter auf einem Ackerstück des Landwirts Adam Steinmetz einen 1800 Jahre alten Brunnen aus der Römerzeit finden lassen.

Weiteres Glück war, daß der THW-OV Pfungstadt Experten zur Verfügung hat. Diese übernahmen es, den aus Eichenholz bestehenden Brunnen zu bergen. Zunächst gingen die THW-Helfer mit der Hydropresse ans Werk. Sie hatten sich auf einige Stunden Arbeit nach Feierabend eingestellt und wußten, daß man diese „Bergung“ nicht im „Hauruck-Verfahren“ erledigen konnte.

Nach einem harten Stück Arbeit, in ständiger Gefahr, daß alles zusammenfällt, war es dann gegen 23.00 Uhr soweit: Das erste der insgesamt vier Teile des Brunnens wurde geborgen. Die THW-Helfer holten in dieser Nacht noch sämtliche restlichen Teile des Brunnens aus dem Erdreich. Dabei legten sie größten Wert auf das fachgerechte Abstützen der Baugrube. Gegen 3.00 Uhr morgens waren dann alle Brunnenteile geborgen. Den THW-Helfern hat die etwas abgewandelte Bergungsaufgabe Spaß gemacht, konnten sie doch wieder einmal ihr Können zeigen. H. G.

25 Jahre THW Ortsverband Michelstadt

Am Freitag, dem 12. September 1980, beging der THW-OV Michelstadt mit einer kleinen Feierstunde sein 25jähriges Jubiläum. In Anwesenheit von Landrat Dr. Nothnagel, Bürgermeister Ruhr, Altbürgermeister Hasenzahl sowie weiterer Ehrengäste dankte THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Lossen den THW-Helfern und Führungskräften für ihre Einsatzbereitschaft und ihr Engagement für das THW und den Katastrophenschutz.

Mit einbezogen in die Dankesworte wurden auch die Althelfer und Förderer des THW-OV Michelstadt sowie ganz besonders die Angehörigen der aktiven Helfer, die manche Entbehrenungen hinnehmen

müssen und durch ihr Verständnis für das THW und den Katastrophenschutz den hohen Leistungsstand in den THW-Ortsverbänden erst ermöglichen. Für seinen unermüdlichen Einsatz, seine Leistungen und Verdienste um das THW wurde Ortsbeauftragter Heinrich Karg mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

Nach einer Vielzahl von Gratulanten, an deren Spitze Landrat Dr. Nothnagel insbesondere die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen hervorhob, zu der Heinrich Karg nicht unwesentlich beigetragen hatte, wurde die Feier mit einem gemütlichen Beisammensein beendet. Ln.

Fernmeldeübung „KINZIG '80“

An einem Samstag begann um 8.00 Uhr im Main-Kinzig-Kreis die von Hauptverwaltungsbeamten des Kreises geplante Fernmeldeübung „KINZIG '80“, an der insgesamt 117 Helfer mit 19 Fahrzeugen teilnahmen. Im Rahmen dieser Übung wurden 30 Funksprecher in einer Sprechfunktuschung am Standort des THW-OV Hanau ausgebildet. Die Fernmeldezentrale war als Kommunikationsknotenpunkt Kernstück der Übungsleitung des Stabes.

An der Übung nahmen Fernmeldeeinheiten der Freiwilligen Feuerwehr Steinau und der THW-Ortsverbände Neu-Isenburg, Darmstadt, Rüsselsheim und Hanau teil. Zweck der Übung war die Überprüfung der Erreichbarkeit der Fernmeldezentrale des Hauptverwaltungsbeamten (HVB) von insgesamt 95 vorher festgelegten Koordinatenpunkten sowie die Erkundung von Aufbauplätzen für bewegliche Sprechfunkbetriebsstellen und die Erprobung der Abwicklung und Durchführung des Sprechfunkverkehrs.

Funktechnisch waren neben der Fernmeldezentrale des HVB des Main-Kinzig-Kreises die zentralen Leitstellen Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern und die Leitfunkstelle Main-Kinzig in Offenbach beteiligt.

Die Katastrophenschutz-Fernmeldezentrale des HVB hat die Aufgabe, als betrieblicher Mittelpunkt des Führungsfunkverkehrskreises die Voraussetzungen für die schnelle Übermittlung von Nachrichten zur Führung der Einheiten (z. B. Technische Einsatzleitung) und Einrichtungen (z. B. Abschnittsführungsstellen) zu schaffen und dem Stab die erforderlichen Fernmeldeverbindungen

sicherzustellen sowie die Erreichbarkeit jeder Einheit/Einrichtung auf mindestens einem Nachrichtenweg zu gewährleisten. Im Falle der Fernmeldezentrale des HVB Main-Kinzig-Kreis ist der Leiter des Fernmeldebetriebes gegenwärtig gleichzeitig Fernmeldefachberater des Stabes.

Die Fernmeldezentrale des HVB Main-Kinzig-Kreis wurde dem Land als eine Einrichtung des erweiterten Katastrophenschutzes vom Bund zugeteilt und dient als zusätzliche Einrichtung bei Katastrophenschutzvorsorgeeinrichtungen der Behörden und Organisationen mit gemeinsamen Sicherheitsaufgaben (BOS).

Laut dem hessischen Katastrophenschutzgesetz gehört das Fernmeldewesen zu den festen Einrichtungen des Katastrophenschutzes und ist somit gehalten, im Rahmen der vorbereitenden Katastrophenschutzmaßnahmen Übungen zur Erprobung der Zusammenarbeit und Funktion der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes durchzuführen.

Die Fernmeldeübung „KINZIG '80“ war eine dieser Maßnahmen. Die einzelnen Einheiten bekamen einen detaillierten Erkundungsauftrag, mit dem sie um 8.00 Uhr in Marsch gesetzt wurden. Sie überprüften von allen ihnen zugeteilten Koordinatenpunkten aus zunächst die Verständigung mit der Zentrale des HVB in Hanau und notierten die besonderen Bedingungen, unter denen der Funkverkehr abließ, wie Witterungsverhältnisse, Sendeleistung, notwendiger Standortwechsel mit neuen Koordinaten usw.

Weitere Aufgabe war, die Koordinaten und die Adressen von im Katastrophenfall benutzbaren öffentlichen und kommunalen Fernsprechstellen festzustellen und aufzulisten sowie die besonderen Schwierigkeiten bei der Durchführung des Funkverkehrs festzustellen. Außerdem wurden als Behelfsbefehlsstellen Unterkünfte und geeignete öffentliche Gebäude erkundet und in Berichten zusammengefaßt.

Die Übung wurde gegen 17.00 Uhr beendet, in einem abschließenden Gespräch werteten alle beteiligten Führungskräfte den erfolgreichen und wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Informationen über die Möglichkeiten der Koordinaten verschiedener Katastrophenschutzeinrichtungen.

Die Übungsergebnisse werden vom Personal der Fernmeldezentrale des HVB ausgewertet und gehen anschließend dem HVB zu. J. Sch.

Großübung im Landkreis Trier-Saarburg

Anfang November führten die Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises Trier-Saarburg und die THW-Ortsverbände des Geschäftsführerbereiches Trier eine gemeinsame Katastrophenschutz-Großübung durch. In mehreren Gesprächen mit den Beteiligten wurden vorher Übungsablauf und Schadenslage festgelegt. Der Besitzer eines alten Gutshofes hatte einige Gebäude für den Übungszweck zur Verfügung gestellt.

Dem THW wurden folgende Aufgaben zugeteilt: Sprengen eines Gebäudes und Bergung von Menschen unter Atemschutz. Diese Arbeiten sollte der THW-OV Saarburg übernehmen. Der Ortsbeauftragte des THW-OV Wittlich, Claer, der die Sprengberechtigung erst kürzlich erworben hatte, übernahm die Leitung der Sprengung. Alle notwendigen Unterlagen wurden von ihm erstellt. Vorher hatten Helfer des 3. Bergungszuges des THW-OV Trier an einem Samstag die benötigten 110 Bohrlöcher erstellt. Zusätzlich wurden im Übungsgebäude die Holzkonstruktionen angesägt und Zwischenwände beseitigt. Außerdem wurden die Eternitplatten des Daches abgebaut, um später als Splitter-schutz-Verwendung zu finden.

Nach Genehmigung der Übungssprengung fand am 8. November 1980 die

Übung statt. Folgende Lage war zugrunde gelegt worden: In einer Düngemittelfabrik bei Mertesdorf lagern hochgiftige Chemikalien. In der Fabrik ist ein Schwelbrand entstanden, der zu einer Explosion führte. Mitarbeiter sind verletzt und müssen versorgt und entgiftet werden.

Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes des Landkreises, unterstützt durch Einheiten der Stadt Trier, haben den Auftrag

- den Schwelbrand zu bekämpfen, unter besonderer Berücksichtigung der durch die Verbindung mit Fluor entstehenden Gase,
- Verletzte zu versorgen, die Transportfähigkeit herzustellen und zu transportieren,
- Personen zu entgiften,
- Mauerwerk zu sprengen.

Gemäß Zeitplan sollte gegen 14.00 Uhr die Sprengung durchgeführt werden. Da das Laden und Besetzen der Bohrlöcher einige Zeit in Anspruch nimmt, war der THW-Sprengmeister mit seinen Helfern schon um 10.30 Uhr am Übungsort. Mit Ruhe und Umsicht wurde die Sprengung vorbereitet, gewissenhaft alle Verbindungen hergestellt und die Umgebung gegen Splittereinwirkung gesichert.

Um 13.00 Uhr wurde die Sprengung durchgeführt. Insgesamt 20 THW-Helfer

mit einem GWK, zwei Kombis, einem Kipper, einer Planierdrape und dem Einsatzleitwagen des THW-OV Trier waren an der Großübung beteiligt.

Zahlreiche Zuschauer konnten sich vom präzisen Ablauf der Übung überzeugen. Als Vertreter des Landrates war Kreisrechtsdirektor Werdel erschienen. Bei der Abschlußbesprechung wurde der Ausbildungsstand aller Einheiten gelobt.

Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

Paul Heimann

der im Alter von 80 Jahren verstarb. Er war Träger des Bundesverdienstordens und des THW-Helferzeichens in Gold mit Kranz.

Seit 1953 hauptamtlicher Geschäftsführer, zunächst in Ludwigshafen und dann in Trier, kam er 1960 zum THW-OV Neuwied. Ab 1966 im Ruhestand, wirkte Heimann noch jahrelang als stv. Ortsbeauftragter, Ausbildungs- und Verwaltungsfachmann aktiv im Ortsverband mit.

Paul Heimann hat sich mit seiner unermüdeten Tätigkeit für das THW weit über das normale Maß verdient gemacht. Wir werden ihm immer dankbar bleiben.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Neuwied

Saarland

Eine Demonstration der Gemeinsamkeit

Unter dem Motto „Gemeinsam dem Nächsten helfen“ stand eine Veranstaltung, die im Rahmen des „Daarler Dorffestes“ im Saarbrücker Stadtteil St. Arnual auf Initiative des THW stattfand.

Schon am Eingang des THW-Geländes flatterten den vielen Besuchern, die vom Dorffest einen Abstecher machten, die Fahnen aller Hilfsorganisationen entgegen. Alle Organisationen hatten sich beteiligt, und so konnten die Gäste die verschiedensten Spezialfahrzeuge, wie Feuerwehr-Drehleiter, Notarztwagen, Rettungsboote, Feuerlöschfahrzeuge, Geräte-, Krankentransport-, Führungs- und Fernmeldewagen, besichtigen.



Alle Hilfsorganisationen beteiligten sich an der Bergung der „Verletzten“ aus einem „Unfallfahrzeug“.

Die Gemeinsamkeit wurde auch bei den Übungen und Vorführungen, die mehrmals an den beiden Tagen stattfanden, verdeutlicht: „Unfallfahrzeuge“ wurden vom THW mit Spezialgerät aufgebroschen, die „Verletzten“ gemeinsam von

den Helfern des DRK, MHD, ASB und der DLRG geborgen, versorgt und abtransportiert. An den anschließend in Brand gesteckten Fahrzeugen demonstrierte die Feuerwehr einen Löschein-satz.

Die Veranstaltung war eine beeindruckende Demonstration aller Katastrophenschutz-Organisationen in der Hilfe für den Nächsten. D. M. P.

15 Jahre THW-OV Freisen

„Der THW-OV Freisen kann stolz auf die Bedeutung sein, die er seit seiner Gründung vor 15 Jahren erreicht hat. Zwar ist dies im Zeitalter des technischen Fortschritts eine nur kurze Zeit, sie wurde jedoch mit enormer Aufbauar-



Anton Hubertus (links) erhielt für besondere Verdienste das THW-Ehrenzeichen in Silber.

beit genutzt, um den Leistungsstand zu erreichen, der im Ortsverband heute vorzufinden ist. Er bedurfte hierzu der Hilfe von staatlicher und kommunaler Seite, aber insbesondere des unermüdbaren Engagements zahlreicher Helfer, die ihre Freizeit opferten", so THW-Landesbeauftragter Günter Faß anlässlich der Festveranstaltung des THW-Ortsverbandes zum 15jährigen Bestehen.



Trotz des starken Regens verfolgten viele Zuschauer die Vorführung einer Sauerstofflanze.

Verbunden mit der Jubiläumsfeier war eine Ehrung der THW-Helfer Hubert Alles, Gerd Becker, Gilbert Klos, Klaus-Peter Müller, Ferdinand Schmitt und Hans-Georg Schmitt für zehnjährige Mitgliedschaft; für besondere Verdienste erhielt das THW-Gründungsmitglied Anton Hubertus, seit 1974 Ortsbeauftragter, das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Landrat Dr. Marner wies in seiner Ansprache darauf hin, daß dieses Fest eine gute Gelegenheit sei, der Bevölkerung die Arbeit des THW näherzubringen. Er hob auch die umfangreiche Jugendarbeit des Ortsverbandes hervor. Der Jugend müsse man Hilfe und Ideen geben, dann sei sie gern bereit, in der Gemeinschaft mitzuarbeiten, meinte Dr. Marner.

Die geplanten Schauübungen und die Geräteausstellung mußten leider wegen

des starken Regens abgebrochen werden. Lediglich die Hilfeleistung bei einem Verkehrsunfall konnte demonstriert werden. Nachdem die Feuerwehr den brennenden Wagen abgelöscht hatte, schnitten die THW-Helfer mit Hilfe der hydraulischen Rettungsschere das Fahrzeug auseinander.

E. M.

Technische Hilfeleistung für den Zoo Neunkirchen

Die THW-Ortsverbände Neunkirchen und Spiesen-Elversberg fällten im Neunkirchner Zoo eine Reihe von Bäumen, die zum einen zuviel Raum beanspruchten und zum anderen vom Windbruch gefährdet waren. Besondere Gefahren bestanden durch überhängende Äste über Buden, Freigehegen und Gebäuden.

Im Südostrevier des Zoos wurde die Seilwinde des Gerätekraftwagens eingesetzt, um einer dicken Eiche die richtige Fallrichtung vorzugeben. Mehrere windbruchgefährdete, ca. 25 Meter hohe Fichten wurden in der Nähe des Freigeheges der Eisbären gefällt.

Zusätzlich mußten im Bereich des Haupteingangs einige Bäume ausgeästet werden. Mit Hilfe der Drehleiter der Berufsfeuerwehr Neunkirchen konnte ein THW-Helfer die Arbeiten in fast 30 m Höhe relativ gefahrlos ausführen.

Insgesamt waren acht THW-Helfer des Ortsverbandes Neunkirchen und 30 Helfer des Ortsverbandes Spiesen-Elversberg im Einsatz, darunter auch acht THW-Junghelfer.

Nach Abschluß der Arbeiten bedankte sich der Leiter des Zoos Neunkirchen, Dr. Reichling, bei allen THW-Helfern für ihren tatkräftigen Einsatz.

H. M.

Abdeckplanen für das THW

Ein Flugzeugabsturz in Gonesweiler zeigte den Mangel auf: Die bei dem Absturz entstandenen Löcher in Dächern und Hauswänden sollten abgedeckt werden, Planen waren aber beim gesamten Katastrophenschutz im Saarland nicht vorhanden. Erfreulicherweise stellte eine Firma schnell und unbürokratisch das erforderliche Abdeckmaterial zur Verfügung.

Das THW beantragte deshalb beim zuständigen Kreistag, Abdeckplanen zu beschaffen und für den Bedarfsfall zu lagern. Nach eingehenden Beratungen wurden Mittel in Höhe von 10000 DM zur Verfügung gestellt. In der Unterkunft des THW-OV Theley übergab nun Landrat Dr. Waldemar Marner 25 fünf mal acht Meter große Planen an die Ortsver-

bände Nohfelden, Nonnweiler, Theley, St. Wendel und Freisen.

Dr. Marner dankte bei dieser Gelegenheit allen THW-Helfern für ihre in der Vergangenheit geleistete Arbeit. Er wies die guten Leistungen des THW zu schätzen und könne sich im Bedarfsfall auf eine gut ausgebildete Truppe verlassen. Mit der Beschaffung der Planen, von denen bei jedem Ortsverband fünf gelagert würden, habe man einen weiteren, wichtigen Schritt nach vorn getan, um bei Unglücksfällen größere Folgeschäden zu verhindern, führte der Landrat weiter aus.

E. M.

THW-OV Neunkirchen beim Stadtfest

Von der Erbsensuppe aus der Feldküche bis hin zu Vorführungen mit der Sauerstofflanze reichte die Palette der Aktivitäten des THW-Ortsverbandes anlässlich des Stadtfestes in Neunkirchen.

Am Samstag standen Vorführungen der THW-Jugendgruppe mit dem Pumpensatz, Übungen der THW-Einsatzgruppe mit dem Brennschneidergerät, dem Trennschleifgerät und der Hydraulischschere sowie der Sauerstofflanze auf dem Programm.

Am Sonntag konnten sich dann die Besucher einen Gemüse- oder Nudeleintopf schmecken lassen und am Nachmittag die THW-Geräteschau ansehen.

E. G.

Ein gelungenes Fest

Der THW-OV Spiesen-Elversberg feierte in seiner neuen Unterkunft im Wildbertstock in Anwesenheit von Bürgermeister Heinrich Kohler und Ortsvorsteher Alois Kohler sein erstes Waldhausfest. Auf dem Programm stand am Vormittag ein Orientierungslauf der Bergfreunde Saar im Deutschen Alpenverein und am Nachmittag ein „gemütliches Beisammensein“ der THW-Helfer mit ihren Familien.

Gleichzeitig informierten die THW-Helfer die Besucher über ihre Arbeit und zeigten den Gästen die Räume des erweiterten und neugestalteten ehemaligen Waldmeisterhauses.

Der THW-Ortsverband hatte doppelten Grund zur Freude und zum Feiern, denn am selben Tag wurde die THW-Jugendgruppe 2. Landessieger bei einem Leistungswettkampf.

Ortsbeauftragter Hans Müller hob in seiner Begrüßung die gute und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen hervor. Als

Gäste konnte er u. a. den stv. THW-Kreisbeauftragten Bernhard Schmitt, THW-Geschäftsführer Ulrich Thiel sowie Vertreter der THW-Ortsverbände Illingen und St. Ingbert begrüßen. Bei strahlendem Sonnenschein war das erste Waldhausfest eine gelungene Sache. H. M.

Marschübung in Völklingen

Nicht nur der Überprüfung des Ausbildungsstandes, sondern auch dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch im Bereich der Ausbildung, der Förderung der Zusammenarbeit und der Pflege der Kameradschaft diente eine Marschübung des THW, Betreuungsbereich Saarbrücken. Die Ausrichtung der Veranstaltung wurde dem THW-OV Völklingen übertragen, die Gesamtleitung hatte Norbert Sperling.

An der Übung beteiligten sich die THW-Ortsverbände Ludweiler, Riegelsberg, Heusweiler, Saarbrücken und Friedrichsthal. Von den einzelnen Ortsverbänden stellte jeder Zug eine Marschgruppe mit zehn Teilnehmern. Hinzu kamen noch zwei Jugendgruppen der THW-Ortsverbände Friedrichsthal und Heusweiler, so daß es insgesamt zehn Marschgruppen waren.

Bei der Übung mußten die THW-Helfer an vier verschiedenen Stationen Wissen und Können aus der Grundausbildung zeigen. Die Übungsprojekte mußten nach Karten und Koordinaten gefunden werden, wobei die Helfer eine Strecke von etwa acht Kilometer zurückzulegen hatten. Zu den Übungsaufgaben gehörten: mit Hilfe eines Behelfsmeßverfahrens die Höhe eines Turmes bestimmen, der Bau eines behelfsmäßigen Übergangs über den Köllerbach, die Bestimmung von Richtungswinkeln und das Schätzen von Entfernungen. Im Bereich der ehemaligen Grubenbahn mußte aus einem die Böschung hinabgestürzten Kraftfahrzeug ein „Verletzter“ geborgen und Erste-Hilfe-Maßnahmen durchgeführt werden. Dazu wurde das Jugendrotkreuz Püttlingen unter Leitung von Werner Bläs in die Übung mit einbezogen.

Aufmerksame Beobachter waren der THW-Landesbeauftragte Günter Faß, Bürgermeister Heinrich Schüssler, die Leiter der Katastrophenschutzbehörden aus Saarbrücken und die THW-Geschäftsführer Fritz Diehl und Engelbert Schumacher.

Die Siegermannschaft stellte der THW-OV Riegelsberg. Als beste THW-Jugendgruppe konnte der Ortsbeauftragte von Völklingen, Heinz Specht, den OV Heusweiler beglückwünschen. H. H.

Gerätekraftwagen für THW-OV Beckingen

Nach der Indienstellung eines Verkehrshilfs-Kombis vor einem Jahr konnte der THW-OV Beckingen nun einen großen Gerätekraftwagen übernehmen. Anlässlich einer kleinen Übergabefeier begrüßte THW-Ortsbeauftragter Willi Schreier Vertreter der Gemeinde, des Kreises und des DRK.

Hubertus Ballnus, Ausbildungsleiter beim THW-Landesverband Saarland, der den THW-OV Beckingen gegründet, aufgebaut und sich seit Jahren für die Beschaffung eines Gerätekraftwagens eingesetzt hatte, gab einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Ortsverbandes. Ballnus stellte heraus, daß der Ortsverband 1971 nur ein Fahrzeug und einige ältere Geräte zur Verfügung hatte. Man sei froh, nach Übernahme des neuen Gerätekraftwagens, der mit umfangreichem Rettungs- und Bergungsgerät ausgestattet ist, nun noch bessere und schnellere Hilfe leisten zu können.



THW-Ortsbeauftragter Schreier (Bildmitte) überreichte Kraftfahrer Hector den Schlüssel für das neue Fahrzeug. Rechts im Bild Ausbildungsleiter Ballnus und Pfarrer Fischer.

Mit der Feier war auch eine kleine Geräteschau verbunden. Besonderes Interesse fanden die Modelle verschiedener Stege und Brücken. Auch die Jugendgruppe des Ortsverbandes beteiligte sich mit dem Aufbau eines Trümmersteiges an der Veranstaltung. H. N.

Reges Interesse zeigte die THW-Jugendgruppe an den ausgestellten Brückenmodellen.



THW zu Gast beim Kreisfeuerwehrtag

Mit einer Geräte- und Fahrzeugausstellung beteiligte sich das THW des Betreuungsbereichs St. Wendel am diesjährigen Kreisfeuerwehrtag in Marpingen. Der Schnellbergungskombi des THW-OV Freisen, ausgerüstet u. a. mit hydraulischer Rettungsschere, Spreizschnabel, persönlicher Schutzausrüstung und verschiedenen Bergungswerkzeugen, sowie der neue Gerätekraftwagen des THW-OV Nonweiler fanden großes Interesse bei den Besuchern. Die THW-Geschäftsstelle stellte ein Funkführungsfahrzeug vor, das im gesamten THW-Landesverband einmalig ist und allen Katastrophenschutz-Organisationen des Kreises als fahrbare Einsatzzentrale zur Verfügung steht.

Der THW-Geräte- und Fahrzeugwart Lothar Spaniol hatte den ehemaligen Werkstattwagen der Bundeswehr für den neuen Zweck umgebaut. Er bietet jetzt Platz für zwölf Personen und ist mit einem Karten- und Arbeitstisch ausgerü-

stet. Durch je ein Funkgerät im 1-m- und 4-m-Band sowie eine Vermittlung mit zehn Nebenanschlüssen und den dazugehörigen Feldfernsprechern wird die erforderliche Verbindung nach „draußen“ hergestellt. Im Bedarfsfall ist die Vermittlung auf zwei Hauptanschlüsse der Bundespost aufschaltbar. Ein zusätzliches Funkgerät im 4-m-Band kann über eine Mastantenne angeschlossen werden. Die Stromversorgung erfolgt für begrenzte Zeit über eine Batterie oder über das eingebaute Notstromaggregat. Die Einsatzfähigkeit zu jeder Jahreszeit gewährleistet eine Standheizung. Betreut wird das Fahrzeug von den Helfern der AMAS des THW-OV St. Wendel.

Lobend äußerte sich Ministerialdirektor Breit, ständiger Vertreter des saarländischen Innenministers: „Ein solches Fahrzeug, das einmalig im Saarland ist, hat schon lange für Unglücks- und Katastrophenfälle gefehlt“.

E. M.



Doppeljubiläum beim THW-ÖV Niefern-Öschelbronn

„Daran hätte 1958 niemand von uns gedacht, daß dem damaligen THW-Stützpunkt Niefern und heutigem Ortsverband Niefern-Öschelbronn eine Aufwärtsentwicklung bevorstehen würde, deren Verlauf immer steiler wurde.“ Mit diesen Worten charakterisierte THW-Ortsbeauftragter Wilhelm Kircheis die positive Entwicklung des THW-ÖV Niefern, den er in 22 Jahren seiner jetzt 25jährigen THW-Laufbahn, aufgebaut hat.

Dieses 25jährige und das 20jährige Dienstjubiläum von Gruppenführer Johann Huber nahm der Ortsverband Niefern-Öschelbronn zum Anlaß, die Verdienste beider Jubilare während eines Empfanges zu würdigen.

Nach der Begrüßung durch den THW-Geschäftsführer Nordschwarzwald, Goller, hob der THW-Landesbeauftragte für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Schneider, in seiner Laudatio die vorbildliche Einsatzbereitschaft der Jubilare hervor. Für die Verdienste, die sich beide mit ihrer Aufbauarbeit erworben haben, überreichte Schneider den Jubilaren im Auftrag des THW-Direktors Ahrens das THW-Ehrenzeichen. Gruppenführer Johann Huber erhielt außerdem noch das THW-Helferzeichen in Gold.

THW-Pressesprecher Nauheimer zeigte anschließend in einer Chronik der Jahre 1958 bis 1980 auf, in welcher Weise das Wirken beider THW-Kameraden mit der Entwicklung des Ortsverbandes verbunden ist.

Bürgermeister Kurz äußerte sich in seinem Grußwort besonders befriedigt über die gute Zusammenarbeit von Feuerwehr, DRK und THW, die sich während des Maihochwassers 1978 glänzend bewährt hat. K. N.

Gelungene Kreisalarmübung

Gäste von Polizei und Feuerwehren sowie vom THW-Landesverband verfolgten

interessiert das Übungsgeschehen der diesjährigen Hauptübung des Technischen Hilfswerks im Rems-Murr-Kreis. Übungsort war die Fachklinik Wilhelmsheim, oberhalb von Oppenweiler.

„Im Raum Oppenweiler, bei der Fachklinik Wilhelmsheim, muß etwas Schweres passiert sein“, so lautete der Anruf aus dem Landratsamt, der gegen 7.15 Uhr in der Backnanger THW-Unterkunft einging. Zuerst wurde die THW-Koordinierungsgruppe alarmiert und zur Erkundung ins vermeintliche Schadensgebiet geschickt. Nach den ersten Rückmeldungen wurden die Helfer der THW-Ortsverbände Schorndorf und Backnang zusammen mit dem THW-Stützpunkt Murrhardt alarmiert. Weitere Schadensmeldungen aus dem gesamten Kreisgebiet verschärfen die Lage.

In den darauffolgenden Stunden ging es im Hof der THW-Unterkunft lebhaft zu: Fahrzeuge wurden mit zusätzlichem Gerät und Material beladen; der 1. Bergungszug und der Verpflegungs- sowie der Materialerhaltungstrupp rückten zum Einsatzort ab. Nachteilig wirkte sich aus, daß der Ortsverband über keine Funkfeststation in der Unterkunft verfügt. Während der Anlaufphase wurde der Funkverkehr mit den Einheiten und der inzwischen eingerichteten Technischen Einsatzleitung (TEL) über das Gerät des Funkausbilders bei den Feuerwehren im Kreisgebiet, Uwe Larsen, der auch für die Funkeinsatzplanung verantwortlich war, abgewickelt. Die KatS-Fernmeldezentrale im Landratsamt stellte ein weiteres Funkgerät zur Verfügung.

Nach der Alarmierungsphase führen THW-Kreisbeauftragter Werner Wildermuth und der Schorndorfer THW-Ortsbeauftragte, Eberhard Steinmayer, zusammen mit den Gästen zum Einsatzort. Dort wurden sie von Bereitschaftsführer Max Larsen als Leiter der TEL in den Stand der Erkundungs-, Bergungs- sowie Instandsetzungsarbeiten eingewiesen.

Das großräumige Einsatzgebiet reichte

vom Heizkraftwerk über die Kläranlage bis zur Wasserversorgung der Fachklinik. Während die THW-Helfer des Instandsetzungszuges hauptsächlich Erkundungsarbeit leisten mußten, kamen die Helfer der Bergungszüge nicht um harte Arbeit herum. Über 20 „Verletzte“ mußten aus dem Bereich der Kläranlage, des Energietunnels und der Heizzentrale geborgen werden. Eingebunden auf Tragen wurden sie durch schmale Gänge und Treppen transportiert. Wo dies nicht möglich war und die „Verletzung“ es zuließ, wurden sie mit dem Bergetuch abtransportiert.

In einer kurzen Schlußansprache skizzierte THW-Kreisbeauftragter Wildermuth das Einsatzgeschehen. Eine Übung könne niemals das bringen, was ein echter Einsatz an nervlicher und körperlicher Belastung fordere. Deshalb müsse man schon im voraus die im Ernstfall anfallenden Aufgaben angehen und gegenseitig Verbindung aufnehmen, führte Wildermuth aus. Nachdem die vergangenen zwei Hauptübungen die gute Einsatzfähigkeit des THW unter Beweis stellten, sollen in Zukunft auch die anderen Fachdienste wie Brandschutz-, Sanitäts- und Betreuungsdienst an einer Übung teilnehmen. U. L.

Drachenflieger aus Baumwipfel geborgen

Glück im Unglück hatte ein Drachenflieger aus Berghaupten, der sich mit seinem Fluggerät in einem Baumwipfel verfangen und sich aus 25 Metern Höhe nicht mehr allein befreien konnte.

Mit dem Universalgerät „Rollgliss“ wurde der Sportler nach ca. viertelstündiger „Gefangenschaft“ im Baumwipfel von der Rettungstruppe des THW-ÖV Bibbrach unter Mitarbeit von Flugkameraden unverletzt geborgen. Auch das Fluggerät konnte von den THW-Helfern unbeschädigt aus dem Baumwipfel geholt werden.

K. P.



Praxisnaher Leistungstest

Austragungsort der diesjährigen THW-Landesleistungswettkämpfe auf Regierungsbezirksebene war auch die Unterkunft Haberloh des THW-ÖV Lauf.

Sechs Ortsverbände entsandten ihre besten Helfer, die unter Aufsicht der Schiedsrichter ihr Können bei der Bergung von Verletzten, beim Überwinden von Wasserläufen und beim Beiseiteräumen von Hindernissen unter Beweis

stellten. Der Ortsverband Lauf, der selbst nicht teilnahm, stellte Geräte, Material und einen Teil der Schiedsrichter zur Verfügung und hatte den Aufbau des Wettbewerbsparcours übernommen. Die Wettkampfmannschaften bestanden

aus einer Bergungsgruppe, die zwölf THW-Helfer umfaßte. Der Gruppenführer erhielt den Auftrag, einen Verletzten zu bergen. Die Bergung wurde durch angenommene Dunkelheit, einen zu überquerenden Bach, ein Fahrzeug – als Hindernis aufgestellt – und eine brüchige Mauer erschwert. Bei der Bewertung der Aufgaben achteten die Schiedsrichter vor allem auf die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, auf die Schnelligkeit der ausgeführten Arbeiten und auf die Exaktheit der Handgriffe.

Die THW-Helfer hatten zunächst aus einem Gerätekraftwagen die für die Rettung benötigten Werkzeuge auszuladen. Danach mußten sie ein Notaggregat samt Scheinwerfern betriebsfertig machen und die angenommene Unglücksstelle ausleuchten. Dabei gab es für einige Bergungsgruppen schon etliche Strafpunkte. Die strengen Regeln sahen vor, daß ein Nichtanspringen des Stromerzeugers innerhalb von einer Minute und selbst ein Nichtüberprüfen der Tankfüllung des Notstromaggregates mit Fehlerpunkten belegt wurde.

Ein angenommener Wasserlauf mit einer Breite von sechs Metern und einer Tiefe von 1,20 Metern mußte überquert werden. Die Helfer zogen sich „Pionierhosen“ an und trugen das benötigte Werkzeug über den Wasserlauf.

Ein Kraftfahrzeug mit einem angenommenen Gewicht von etwa fünf Tonnen mußte mit dem Greifzug zwei Meter beiseite gezogen werden, da es die Bergungsarbeiten behinderte. Der schwierigste Teil der Wettkampfaufgaben war das Hochheben einer einbruchgefährdeten Mauer, hinter der ein Verletzter lag. Mit zwei Öldruckhebern wurde die Mauer, bestehend aus lose aufeinandergeschichteten Klinkersteinen, angehoben, der Verletzte hindurchgezogen und versorgt.

Von 600 möglichen Punkten erreichte die Feuchtwanger THW-Gruppe 588. Zweiter wurde der THW-OV Gunzenhausen mit 569 Punkten bei Zeitgleichheit. Es folgten die THW-OV Oberviechtach, Fürth und Wörth bei Regensburg.

H. F.

THW-OV Pfaffenhofen neu gegründet

Schon im Jahre 1972 durch das Bundesamt für Zivilschutz genehmigt, wurde nun, nachdem eine Unterkunft beschafft werden konnte, die Gründung eines Ortsverbandes des THW auch in Pfaffenhofen Wirklichkeit.

In Anwesenheit von Landrat Dr. Scherg und der THW-Ortsbeauftragten der Nachbarverbände Eichstätt, Ingolstadt



In Anwesenheit von Landrat Dr. Scherg (rechts) wurde Franz Birner (Mitte) zum Orts- und Kreisbeauftragten ernannt. THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz (links) überreichte die Urkunde.

und Neuburg sowie der 30 THW-Helfer des neuen Ortsverbandes ernannte der THW-Landesbeauftragte für Bayern, Dipl.-Ing. Simon Schwarz, auf der Gründungsversammlung den Elektrotechniker Franz Birner zum Orts- und Kreisbeauftragten des THW Pfaffenhofen.

Birner übernimmt damit die Verantwortung für die Weiterentwicklung des jüngsten unter den derzeit 115 THW-Ortsverbänden und 16 Stützpunkten in Bayern mit rund 11 000 ehrenamtlichen Helfern.

Die Zeitspanne von acht Jahren zwischen der Gründungsgenehmigung und der tatsächlichen Gründung war durch die ungelöste Unterkunftsfrage bedingt. Trotz intensiver Bemühungen des THW-Landesverbandes Bayern und ganz besonders des Landkreises und der Stadt Pfaffenhofen konnte ein Unterkunftsneubau nicht verwirklicht werden. Die Unterbringung „vor Ort“ – unabdingbare Voraussetzung für die Gründung des Ortsverbandes, nachdem die Mitglieder zunächst beim THW Ingolstadt provisorisch untergebracht waren – konnte nun durch die Bereitstellung des alten Feuerwehrhauses in Pfaffenhofen gewährleistet werden.

Auf die lange Zeit, die bis zur Gründung des Ortsverbandes verstrichen ist, ging der THW-Landesbeauftragte Schwarz in seiner Rede ein. Er dankte allen Mitarbeitern dafür, daß sie trotz aller Probleme durchgehalten haben. Auch der Stadt Pfaffenhofen gebühre Dank für die günstigen Bedingungen, zu denen sie das alte Feuerwehrhaus dem THW zur Verfügung stellt.

Eine weitere Voraussetzung, eine richtige Ausstattung, sei, wie Schwarz meinte, noch nicht voll gewährleistet. Bei der nächsten „Zuteilungsrate“ des Bundes werde er sich jedoch für die Bereitstellung eines zusätzlichen modernen Gerätekraftwagens einsetzen. Der THW-OV Pfaffenhofen sei zwar momentan noch „ein kleines Häufchen“, mit Hilfe der anderen Ortsverbände und aufgrund der bisher schon gezeigten Leistungen werde man aber bald auf dem richtigen

Stand sein, meinte der Landesbeauftragte.

In einer kurzen Rede ging Landrat Dr. Scherg auf die Notwendigkeit eines THW-Ortsverbandes ein. Auch wenn man bisher mit dem Technischen Hilfswerk Ingolstadt „gut gefahren“ sei, so sei es doch eine wesentliche Hilfe, das THW hier am Ort zu haben. Dr. Scherg verwies auf die bisherigen Leistungen des Landkreises für den Katastrophenschutz und wünschte den THW-Helfern eine gute Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem Roten Kreuz.

Auf die gute Zusammenarbeit ging auch Kreisbrandinspektor Kanzler ein: „Wir sehen das THW nicht als Konkurrenz zur Feuerwehr an, wie dies in manchen Orten geschieht“, meinte Kanzler, deshalb habe die Stadt Pfaffenhofen ein großes Interesse an der Gründung des Ortsverbandes gezeigt. Der Kreisbrandinspektor bot dem Ortsverband an, für die theoretische Ausbildung das neue Feuerwehrhaus zu benutzen. K. Sch.

Damit es nach Unfällen weiterrollt

Als ich am Freitagabend kurz vor 17 Uhr an der THW-Unterkunft Haberloh eintreffe, stehen bereits einige Helfer neben dem VW-Bus, mit dem wir die kommende Nacht auf der Autobahn verbringen werden. Wir, das heißt Günther Stiegler, der neue Ortsbeauftragte für den OV Lauf, Richard Kreisner, einer derjenigen, die den Autobahndienst aus der Taufe gehoben haben, und die Helfer Bachmeier und Bär, die sich für diesen Dienst, wie viele ihrer Kollegen es auch tun, freiwillig gemeldet haben.



Mit Hilfe des hydraulischen Spreizers wird ein eingedrückter Kotflügel so ausgebeult, daß das Fahrzeug wieder rollen kann.

Zwölf Stunden lang werden wir technische Hilfe bei Unfällen auf der Autobahn zwischen der Anschlußstelle Behringersdorf und dem Baustellenbereich bei Allersberg leisten. Ebenfalls zu unserem Gebiet gehören die BAB Berlin bis Hormersdorf und die BAB Richtung Regensburg.

Pünktlich um 17.30 Uhr meldet sich Richard Kreisner über Funk bei der Autobahnpolizei Fischbach: „Heros Lauf eins startet zum Autobahndienst.“ Wir fahren zunächst an der Anschlußstelle Lauf Nord ein. Nachdem die Erfahrung der letzten Reiseweche gezeigt hat, daß sich der Großteil der Unfälle im Baustellenbereich bei Allersberg ereignet, entschließen wir uns, dort in Bereitschaft zu gehen. Fahrer Bachmeier postiert den VW-Bus auf dem abgesperrten Fahrbahnstück des Baustellenbereichs so, daß man die Autobahn möglichst weit übersehen kann.

„Auffahrunfall bei Kilometer 397 in Richtung Norden. Vier Fahrzeuge haben sich verkeilt. Überholspur blockiert“, tönt es schon bald aus dem Lautsprecher. Bachmeier startet den Einsatzbus. Wir setzen unsere gelben Schutzhelme auf und ziehen Arbeitshandschuhe an. Der Unfall hat sich genau an der Einfahrt Allersberg ereignet. Wir können mit dem Fahrzeug ungehindert bis zur Unfallstelle fahren.

Richard Kreiner sichert sofort die Unfallstelle ab. Glücklicherweise wurde bei dem Auffahrunfall niemand verletzt. Ein Mädchen, das einen leichten Schock erlitten hat, wird von seiner Mutter betreut. Die Insassen der vier Autos sind alle samt Urlauber. Die beiden Fahrzeuge in der Mitte sind ziemlich beschädigt und nicht mehr fahrbereit.

Einige Minuten später trifft die Polizeistreife ein. Wir schieben die verkeilten Autos auseinander und stellen die Pkw auf einer Grünfläche neben der Fahrbahn ab. Glassplitter und Blechteile sowie ausgelaufenes Öl werden von der Fahrbahn entfernt, dann kann der Verkehr wieder rollen.

Einer der Beteiligten möchte mit seinem Auto noch weiterfahren. Richard Kreiner macht es mit dem hydraulischen Spreizer wieder flott, indem er die beiden verbeulten Kotflügel ausrichtet, so daß der Reifen auch bei vollem Lenkeinschlag nicht am Blech streift. Polizei und Unfallbeteiligte bedanken sich bei uns, wir fahren zurück zu unserem Standplatz im Baustellenbereich.

„Seht mal, aus Richtung Süden kommen nur noch ganz wenige Fahrzeuge. Da ist bestimmt ein Unfall passiert“, meint Kreisner plötzlich. Wir starfen in Richtung München. Eigentlich gehört der Bereich, in den wir jetzt einfahren,

schon zum Gebiet des THW Roth, das zur gleichen Zeit dort den Dienst versieht. Eine Unfallmeldung durch die Polizei wurde noch nicht durchgegeben. „Es hat garantiert gekracht“, meint Richard Kreisner, als ich etwas irritiert dreinblicke, aufgrund der Tatsache, daß wir ohne Einsatzruf der Polizei schon losgefahren sind. Tatsächlich, nach einigen Kilometern Fahrt sehen wir den Grund für den spärlichen Verkehrsfluß in Richtung Norden: ein Auffahrunfall mit vier Fahrzeugen.

Wieder das gleiche Bild: ineinander verkeilte Autos, leicht geschockte Insassen. Die ersten Schwierigkeiten treten auf, als ich versuche, eines der Fahrzeuge zusammen mit einem Streifenbeamten wegzuschieben: Der Wagen rührt sich keinen Zentimeter. Günther Stiegler hat sofort die Ursache erkannt: Die vorderen Kotflügel sind derart eingedrückt, daß sich die Räder nicht mehr drehen können. Wir holen den Spreizer und drücken das Blech von den Rädern weg. Eine Querstrebe der Karosserie ist jedoch derart verbogen, daß sich das Blech immer wieder in die Ausgangsstellung zurückdehnt. Wir entscheiden uns, die Strebe mit der Rettungsschere zu durchtrennen, um das Auto rollfähig machen zu können. Als sich das Vehikel endlich bewegen läßt, müssen wir es einige hundert Meter weit zu einem Parkplatz schieben.

Wir schwitzen ganz schön in unseren Arbeitsanzügen. Die Fahrbahn muß noch gesäubert werden, ausgelaufenes Öl wird abgebunden – während die Polizei den Verkehr einstweilen anhält. Nachdem die Straße wieder frei ist, verabschieden wir uns von den Streifenbeamten. „Wenn's wieder kracht, rufen wir

euch“, meint einer der Polizisten, „ihr seid ja sicher noch länger da“.

An diesem Abend haben wir noch einige Einsätze. Unter anderem helfen wir einer Familie, die mit einem riesigen Bootsanhänger einen Plattfuß hat. In Zusammenarbeit mit dem ADAC-Pannendienst beheben wir den Schaden.

Als es gegen ein Uhr morgens etwas ruhiger wird, fahren wir zur Inspektion der Autobahnpolizei Fischbach. Da wir wohl schon etwas müde aussehen, schlagen uns die Beamten vor, wir sollten uns doch in unsere Unterkunft begeben. „Bis heute morgen wird wahrscheinlich nicht mehr viel passieren“, meint ein etwas älterer Polizist.

Wir fahren zurück zur Unterkunft. Richard Kreisner schlägt vor, die Klappliegen aufzubauen und uns hinzulegen.

„Ich werde den Funk-Wachdienst übernehmen“, sagt er und setzt sich in den Funkraum. Bachmeier, Bär und ich legen uns nieder. Obwohl ich noch meine volle Montur an habe, schlafe ich sofort ein. In dieser Nacht werde ich nicht mehr geweckt, auf der Autobahn verläuft alles ruhig.

Morgens, kurz nach fünf Uhr, sind die ersten Männer da, die uns ablösen. Peter Gstader und Wolfgang Neudert sind schon in ihre Overalls geschlüpft, als ich noch etwas schlaftrunken im Morgenraum. Bachmeier, Bär und ich legen uns nieder. Obwohl ich noch meine volle Montur an habe, schlafe ich sofort ein. In dieser Nacht werde ich nicht mehr geweckt, auf der Autobahn verläuft alles ruhig. Morgens, kurz nach fünf Uhr, sind die ersten Männer da, die uns ablösen. Peter Gstader und Wolfgang Neudert sind schon in ihre Overalls geschlüpft, als ich noch etwas schlaftrunken im Morgenraum. Bachmeier, Bär und ich legen uns nieder. Obwohl ich noch meine volle Montur an habe, schlafe ich sofort ein. In dieser Nacht werde ich nicht mehr geweckt, auf der Autobahn verläuft alles ruhig.

Unterkunft in Eigenleistung erweitert

Der vom THW-OV Amberg in Eigenleistung errichtete Anbau an die bisherigen Unterkunftsräume wurde vor kurzem bezugsfertig. Arbeitsmaterialien, Gerätesätze und Bekleidung waren bislang unter denkbar ungünstigen Verhältnissen untergebracht. Deshalb setzte man sich im Juli 1979 zu einer ersten Besprechung zusammen und steckte am 9. Septem-

ber 1979 ein Grundstück aus, das an den bisherigen Trakt mit sanitären Anlagen, Umkleideraum, Bekleidungslager, Werkstatt, Gerätekammer und Küchenlager angrenzen sollte.

Etwa 1000 Arbeitsstunden wurden von den THW-Helfern freiwillig aufgebracht, bis der Rohbau fertig und der Dachstuhl

Fast 1000 Arbeitsstunden investierten die THW-Helfer des Ortsverbandes Amberg in den Unterkunftsanbau.



aufgesetzt war. Zu den Innenarbeiten traten der THW-Bergungs- und Instandsetzungszug an.

Die E-Gruppe erledigte die Elektroarbeiten, wie Kabelverlegen und Setzen der Schalter und Steckdosen, die GW-Gruppe installierte die Wasserleitungen und stellte den Abwasseranschluß her, die AÖ-Gruppe brachte die Deckenverschalung an.

Die Materialien für das Dachgebälk und

die Eindeckung hatten sich die THW-Helfer in zwei Samstagausbildungen beim Abbruch der Raufutterhalle der Standortverwaltung Amberg „verdient“, Betonfundament und Mauersteine stifteten verschiedene Firmen, den „Rest“ für Installation und Wärmedämmung mußte sich der Ortsverband kaufen. Zwei Bekleidungskammern, eine Gerätekammer und einen zusätzlichen Lagerraum mit einer Fläche von rund 130 qm konnte der Ortsverband somit hinzuge-

winnen. Hinzu kamen auch ein neues Bekleidungslager, eine neue und geräumige Duschanlage, eine Holzwerkstatt und für die vielbeschäftigte THW-Küche ein eigenes Vorratslager.

Der Bund förderte die Eigeninitiative durch einen Zuschuß. Der Ortsverband hofft jetzt, daß die langversprochenen Garagen errichtet werden, um die im Freien stehenden Fahrzeuge endlich unter Dach und Fach zu bringen.

W. Sch.

Warndienst



Neuer Referent für den Warndienst im Bundesministerium des Innern



Besuch im Warnamt VII während der Übung INTEX 80 (von rechts): LtD. Baudirektor Dr. Maske, Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz (BZS), Ministerialrat Dr. Dörr, Referent im Bundesministerium des Innern, Oberst Tolksdorf und Hauptmann Westenberger, Bundesministerium der Verteidigung, Oberregierungsrat Lütkemeyer, Dipl.-Ing. Utischill, Leiter des Warnamts VII, Oberregierungsrat Bachmeier, Bundesministerium des Innern (verdeckt).

Durch eine Änderung der Geschäftsverteilung innerhalb der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern ist seit dem 15. Juli 1980 Ministerialrat Dr. Dörr, Referent ZV 3, auch für den Warndienst zuständig.

Daß Ministerialrat Dr. Dörr der Zivilschutz nicht unbekannt ist, zeigt ein Blick auf den Beginn seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Angefangen hat Dr. Dörr nämlich 1964 im damaligen Bundesamt für den zivilen Bevölkerungsschutz. Als Hilfsreferent befaßte er sich zunächst mit Fragen der Organisation und Liegenschaften. Bis 1965 war er in der Folge im seinerzeitigen Referat V/6 (Grundsatzangelegenheiten des LSHD) maßgeblich beteiligt, als es galt, die Studie über das Zivilschutzkorps zu erstellen.

1973 wurde Dörr Referent in der Abteilung Z des Bundesministeriums des Innern, wo er u. a. auch für den Personalbereich des Zivilschutzes zuständig war. Seit 1979 ist Ministerialrat Dr. Dörr für den Selbstschutz, das Luftrettungswesen

und für die fernmeldeorganisatorischen Angelegenheiten der zivilen Verteidigung zuständig. Der 1980 hinzugekommene Warndienst fügt sich organisch in diesen Aufgabenkatalog ein. Nach der Ansicht von Dr. Dörr kann der Warndienst auch keine isolierte Funktion im Zivilschutz haben. Angewiesen auf die Impulse der benachbarten Zivilschutzbereiche, muß der Warndienst seinerseits sein Umfeld motivieren.

Gesamtziel künftiger Anstrengungen muß die weitere stetige Steigerung der Leistungsfähigkeit des Dienstes sein, gerade vor dem Hintergrund der recht knapp gewordenen Investitionsmittel. Um die Schwerpunktziele der Leistungsprogramme zu erreichen, bedarf es auch in Zukunft besonderer Bemühungen. Steigerungsfähigkeit ist nicht nur der Modernitätsgrad der technischen Einrichtungen, die Effizienz des Gesamtinstrumentes gilt es in vielen Bereichen zu verbessern.

Dabei kommt es besonders auf die Bereitschaft aller an, sich mit den Proble-

men der sich verändernden Ausgangslage auseinanderzusetzen. Gegenseitige Aufgeschlossenheit und Wille zur Zusammenarbeit werden wesentlich dazu beitragen, den Auftrag des Warndienstes auch in Zukunft erfolgreich zu erfüllen.

Das Warnggebiet V stellt sich vor

Das Warnggebiet V umfaßt den westlichen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen, verwaltungsmäßig sind dies die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln. Begrenzt wird es im Norden durch die Grenze zu den Niederlanden im Bereich

Emmerich, wo auch der Rhein das Bundesgebiet verläßt; im Westen ebenfalls durch die niederländische und weiter südlich durch die belgische Grenze. Im Süden verläuft die Grenze nördlich der Ahr, überquert südlich Bonn den Rhein und zieht sich weiter südlich der Sieg hin. Die Ostgrenze verläuft entlang des Münsterlandes, durchschneidet das Ruhrgebiet, umfaßt Wuppertal und verläuft weiter durch das Talsperrengebiet des Bergischen Landes.

Obwohl flächenmäßig das kleinste Warngebiet, liegt es mit 9,3 Millionen Einwohnern an der Spitze aller Warnämter, das Warngebiet an Rhein und Ruhr ist das dichtbesiedelteste Warngebiet der Bundesrepublik. Charakteristisch für das Gebiet sind die unterschiedlichen Strukturen. Die niederrheinischen Gebiete mit intensiver Landwirtschaft und Viehzucht gehen über in Industrieschwerpunkte, und diese grenzen wiederum an Erholungsgebiete.

Der Rhein durchfließt das Warngebiet V von Süden nach Norden. Hier liegen aneinandergereiht die Großstädte Bonn, Köln, Leverkusen, Düsseldorf, Krefeld und Duisburg. Das linksrheinische Gebiet wird in weiten Teilen landwirtschaftlich genutzt. Jedoch befinden sich auch hier einige industrielle Schwerpunkte, wie der Aachener Raum mit seinen Steinkohlezechen, Mönchengladbach mit Textilindustrie und Krefeld als Zentrum der Seidenindustrie.

Besonders hervorzuheben ist der größte Tieftagebau der Welt, die Braunkohlegruben im Raum Bergheim – Jülich – Grevenbroich. Zwischen diesen Ballungsgebieten wird z. T. eine sehr intensive Landwirtschaft betrieben. Besonders ergiebig sind die Lößlehmböden im Dreieck Köln – Mönchengladbach – Aachen. Hier wird insbesondere Rüben- und Weizenanbau betrieben, weshalb auch Zuckerfabriken ihre Standorte gefunden haben (Jülich, Eisdorf, Bedburg, Ameln, Wevelinghoven, Dormagen). Erwähnenswert im linksrheinischen Teil des Warngebietes ist auch das Erholungsgebiet der Eifel.

Der rechtsrheinische Warngebietsteil wird vor allem geprägt von der Industrie. Die Städte Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Essen sind Zentren der Schwerindustrie. In Duisburg kommt noch der größte Binnenhafen der Bundesrepublik hinzu. Spezielle Industrien finden wir im Raum Wuppertal, Solingen, Remscheid, und die chemische Industrie hat sich entlang des Rheins im Umland von Köln niedergelassen.

(Wird in loser Folge fortgesetzt)

H. B.

Nachrufe

Am 11. Juli 1980 verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 69 Jahren der ehemalige Einsatzleiter des Warnamtes VI und Flugkapitän a. D.

Günter Skowronnek

Der gebürtige Schlesier kam nach dem 2. Weltkrieg, an dem er als aktiver Offizier der Luftwaffe teilgenommen hatte, über Frankfurt und Bad Homburg im Mai 1960 zum Warnamt VI nach Usingen/Bodenrod.

Hier hat er sich um den Aufbau des damals in den Anfängen befindlichen Warnamts verdient gemacht. Als Ausbildungsleiter verstand er es besonders gut, junge Menschen zu führen. Für zeitweise über zweihundert Helfer war „Sko“ immer ein Vorbild.

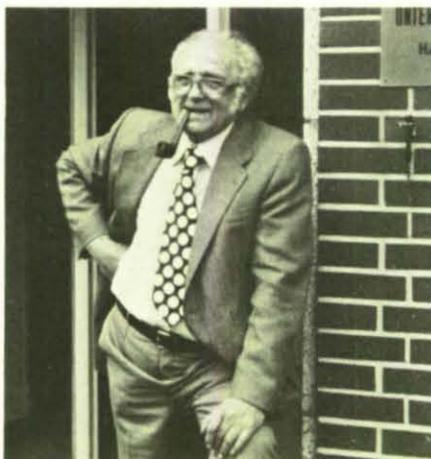
Im Dezember 1974 wurde Günter Skowronnek in den Ruhestand versetzt. Seine Schaffenskraft setzte er nunmehr ganz für die Kommunalpolitik ein. Ihr hatte er schon während seiner Tätigkeit als Einsatzleiter seine Freizeit vorwiegend gewidmet. Bereits im ehemaligen Kreis Usingen war er Mitglied des Kreis Ausschusses. Nach der Gebietsreform wurde Günter Skowronnek wiederum als Kreisbeigeordneter in den Kreis Ausschuss gewählt. Bei vielen offiziellen Veranstaltungen vertrat er den Landrat des Hochtaunuskreises.

Sein kommunalpolitisches Engagement und seine unermüdliche Arbeit in zahlreichen Ehrenämtern wurde im März 1979 durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt.

Die Bediensteten des Warnamtes VI werden Günter Skowronnek stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Im August verstarb der ehemalige Einsatzleiter und Leiter der Maschinen- und Betriebstechnik im Warnamt V

Ing. (grad) Wilhelm Bettner



Nachdem er im Kriege als Maschinenbau-Ingenieur bei der Fa. Krupp tätig war, ging er später in den Bergbau, studierte weiter und wurde Steiger. Die ihm gestellten Aufgaben konnten ihn jedoch auf Dauer nicht befriedigen, da sich die Arbeit in der Routine verlor. Bettner liebte die freie Welt und wollte eine schöpferische Tätigkeit, die ihn immer vor neue Probleme stellte. So ging er als Bergingenieur nach Pakistan und fand in der Provinz Belutschistan ein weites Arbeitsfeld. Dort gab es noch Kohlengruben, in denen die Kohle auf dem Rücken der Bergleute oder auf Tragtieren aus den Stollen geschafft wurde. Hier konnte er technisieren und die Arbeit humaner gestalten.

Nachdem er später in Afghanistan an geologischen Untersuchungen mitgearbeitet hatte, ging er nach 18 Jahren Auslandstätigkeit nach Deutschland zurück und schloß sein Arbeitsleben mit einigen Jahren Tätigkeit als Einsatzleiter im Warndienst ab.

Im Ruhestand fand er keine Aufgabe, die ihn zufriedenstellen konnte. Als ein Ruf seiner früheren Firma kam, war er schnell bereit, eine Beraterstätigkeit im Salzbergbau im Euphrattal in Syrien aufzunehmen. Mitten in den Vorbereitungen, kurz vor der Abreise, ereilte ihn der Tod.

Mit Wilhelm Bettner verloren wir einen Einsatzleiter, der mit seiner Persönlichkeit das Sachgebiet der Maschinen- und Betriebstechnik geformt hat; wir verloren aber auch einen Freund, der jedem Mitarbeiter stets mit Rat und Tat beistand.

Wir trauern mit seiner Familie um unseren ehemaligen Kollegen und Kameraden

Kapitän Heinz Fritzsche

† 7. 10. 1980

1908 in Leipzig geboren, wählte er als „Binnenländer“ einen verantwortungsvollen Beruf in der Seefahrt, der er sein Herz verschrieb. Sein hohes Fachwissen als Nautiker führte ihn im Kriege zum fliegenden Personal der Luftwaffe, in der er als Major diente. In der freien Wirtschaft war Heinz Fritzsche bis 1965 tätig. Danach folgten die Jahre seiner Mitarbeit im Warndienst, dem er bis zu seinem Ruhestand 1973 als Einsatzleiter und Sachbearbeiter mit Passion angehörte.

Sein nimmermüdes Engagement in der Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben, seiner Ziele und Erfolge wurden ebenso geschätzt wie seine fachlichen und menschlichen Qualitäten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Warndienstes werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

ASB Bonn im Aufbau

Ganz eindeutig war es nicht, warum Bürgermeister Heinz Welz am Samstagvormittag auf dem Münsterplatz so strahlte: War es die Freude über Gertrud Heinzl, der er als dem 1500. Mitglied des Bonner Ortsverbandes des Arbeiter-Samariter-Bundes einen Blumenstrauß und ein Buch über das „Schöne Deutschland“ überreichte? Oder war es der Stolz auf seinen stabilen Blutdruck? „Fast traumhaft, wie ein junger Mann“, kommentierte Jenz-Uwe Dannowitz, Technischer Leiter des Ortsverbandes, die Meßwerte. Denn Welz als Mitglied des ASB hatte als erster den Arm ausgestreckt und diese Gesundheitskontrolle über sich ergehen lassen.

Trotz des feucht-kühlen Wetters folgten ihm viele Bonner, entblößten die Arme vor der Verbandsärztin Dr. Sigrid Hardt und knüpften so den ersten Kontakt zu dieser jüngsten Bonner Hilfsorganisation, die innerhalb der Bundesrepublik zu den ältesten gehört.

Denn sein einjähriges Jubiläum feierte

der Bonner Ortsverband mit dieser Blutdruckmeßaktion. Ziel des Straßenfestes: Mitgliederwerbung. Bei Null hatte man vor einem Jahr angefangen, deshalb die Freude über Gertrud Heinzl, das 1500. Mitglied.

Anfang des nächsten Jahres wollen die aktiven Mitglieder in den Mobilien Betreuungsdienst für Behinderte und die ältere Generation einsteigen. Zwölf Zivildienstleistende wurden dem ASB zur Unterstützung zugeteilt. In kleinem Umfang hat er den Betreuungsdienst schon aufgenommen, zwei Krankentransportwagen sind im Einsatz.

Daneben hat der ASB eine zweite Lücke entdeckt, den „Mobilien Werkstattdienst“ für Senioren und Behinderte. Er soll Arbeiten übernehmen, die man in gesunden Tagen selbst erledigt: eine Birne in die Deckenlampe einschrauben, einen Nagel einschlagen und was sonst im Alltag so anfällt. Außerdem will man Senioren und Behinderten beim Umzug helfen.



Bürgermeister Welz, selbst Mitglied des ASB, war erster Teilnehmer an der Blutdruckmeßaktion auf dem Bonner Münsterplatz. Links neben dem Bürgermeister das 1500. Mitglied der Bonner Samariter, Gertrud Heinzl.

Zum Thema „Martinshorn als Lärmbelästigung“

In der letzten Zeit sind die Rettungsdienste ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Bürger halten das „Sondersignal“ als unangenehme und ungerechtfertigte Lärmbelästigung. Leserbriefe wenden

sich sogar dagegen, diesen Fahrzeugen, die zur Rettung von Menschenleben eingesetzt sind, das Führen einer solchen Warnanlage zuzugestehen.

Was sagt der Gesetzgeber?

Im § 52 der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) wird ausgeführt, daß „... Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bau-

art zur Beförderung von kranken und verletzten Personen geeignet sind ...“ berechtigt sind, blaues Blinklicht (Rundumlicht) zu führen. In § 55 StVZO wird geregelt, daß diese Fahrzeuge auch eine Signalanlage „... mit einer Folge verschieden hoher Töne ...“ eingebaut haben müssen.

In den §§ 35 und 38 der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind die Nutzung der „Sondersignalanlage“ und die damit verbundenen Sonderrechte geregelt. Es gilt, daß Fahrzeuge des Rettungsdienstes von der Straßenverkehrsordnung befreit sind, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten: „Bei einer solchen Fahrt haben sie blaues Blinklicht zusammen mit dem Einsatzhorn zu verwenden.“

Diese Gesetzesregelung wird zum Kern der Diskussion. Nach der StVO ist es dem Rettungsdienst somit nur gestattet, das Blaulicht in Verbindung mit dem Martinshorn zu benutzen. Führt also ein Fahrer des Rettungsdienstes nur mit Blaulicht, hat er sich genaugenommen schon „strafbar“ gemacht.

Es ist natürlich oberstes Gebot, Rücksicht auf die Bürger und auch auf eventuell schon im Fahrzeug befindliche Patienten zu nehmen. Eine „Lärmbelästigung“ läßt sich aber nicht immer vermeiden, obwohl die Rettungssanitäter in Abwandlung des Gesetzestextes in den meisten Fällen das Horn nicht durchgehend eingesetzt lassen. Bestrebungen, eine Regelung dieser Art auch gesetzlich zu verankern, werden befürwortet. Denn für die Organisation ist dies letztendlich auch eine Versicherungsfrage.

Völlig unberechtigt sind Vorwürfe, der Rettungsdienst würde die Sondersignalanlage ohne Grund einschalten. Dies ist natürlich rechtlich gar nicht statthaft, und die Fahrer auf Einsatzfahrzeugen sind sich der Folgen und auch der Risiken für die eigene Gesundheit und die Unbeteiligten bei Alarm-Fahrten sehr wohl bewußt.

Einsatzfahrten mit Sondersignal bedürfen im übrigen der Genehmigung der Rettungsleitstellen und werden auf dem Fahrtenschreiber des Fahrzeuges gekennzeichnet.

Selbstverständlich ist nicht zu bestreiten, daß viele Fahrten zum Unfallort mit Blaulicht und Martinshorn durchgeführt werden, obwohl es sich nachher zeigt, daß es nicht unbedingt nötig gewesen wäre. Doch hier ist die besondere Situation zu sehen: Trotz der Erfahrung des Leitstellenpersonals ist es meist schwie-

rig, vom Laien beim Notruf detaillierte und objektive Angaben mit medizinischen Werten zu erhalten. Begründet ist das in den nicht vorhandenen spezifischen Kenntnissen und der Fehleinschätzung, bedingt durch die natürliche Aufregung des Unfallpassanten. Somit ergibt sich für den Verantwortlichen dann meist ein dramatischeres Bild als vorhanden oder die zu erhaltenden Informationen sind so vage, daß man aus Sicherheitsgründen eine Alarmfahrt anordnet. Hinzu kommt, daß auch bei nicht sichtbaren Verletzungen die Gefahr des Schocks bei jedem Unfall sehr hoch ist. Der Unfallschock gilt noch immer als eine der Haupttodesursachen. Erkrankungen ohne äußerliche Gewalteinwirkung auf den Körper zeigen ebenfalls oft ein dramatisches Bild, ohne lebensgefährlich zu sein, und werden falsch eingeschätzt. Andere Erkrankungen, die sich in einem leichten Bild zeigen, sind jedoch oft schon lebensgefährlich. Der Bürger kann dem Rettungswagenfahrer oder dem Leitstellenpersonal und den Notärzten also die Entscheidung über Benutzung und Nichtbenutzung des Sondersignals nicht abnehmen.

So wichtig das Ruhebedürfnis des Bürgers auch ist, ganz läßt sich die Einsatzfähigkeit der Rettungsdienste nicht einschränken – auch nicht die Zahl der damit verbundenen Alarmfahrten. Tag und Nacht geschehen Unfälle, werden Menschen krank. Schon morgens kann derjenige, der sich über die „Lärmbelästigung“ des Rettungsdienstes ärgert, die Hilfe eines lärmverbreitenden Rettungsmittels benötigen. Schließlich diene Horn und Blaulicht nicht der Selbstbestätigung, sondern der Warnung und dem Schutz der Autofahrer und der anderen Verkehrsteilnehmer.

ASB-Hilfszüge im süditalienischen Erdbebengebiet

Kurz vor Redaktionsschluß können wir melden, daß ein ASB-Hilfszug zum Einsatz in das Erdbebengebiet in Süditalien gestartet ist. Der Hilfskonvoi besteht aus 4 Lkw

1 VW-Transporter

1 Rettungswagen

und bringt 5000 Woldecken, 100 Zelte, medizinische Ausrüstung und Medikamente für die Obdachlosen ins Erdbebengebiet.

Den Konvoi begleiten 16 ASB-Helfer, darunter Ärzte, Pflegediensthelfer, Rettungssanitäter und eine Dolmetscherin.

Der Gesamtwert der Ausrüstung beträgt DM 500000.

Zunächst geht es dem ASB-Hilfszug darum, den 250000 Obdachlosen im

italienischen Erdbebengebiet zu helfen. Weitere Hilfsgüter stehen beim ASB bereit. So sind am 1. und 2. Dezember 1980 aus Norddeutschland und München weitere Lkw-Konvois gestartet, um Hilfsgüter zu transportieren und die bisher eingesetzten Helfer und Ärzte abzulösen.

Die ersten Meldungen aus dem Katastrophengebiet sind bereits in der ASB-Koordinierungsstelle für Internationale Auslandshilfe bei der ASB-Bundesgeschäftsstelle eingetroffen. So befinden sich 18 ASB-Helfer seit 1. Dezember 1980 in Lioni. Nach Angaben des Leiters der ASB-Einsatzgruppe in Italien, Jürgen Mackensen, ist in Lioni seit Eintritt der Erdbebenkatastrophe noch nicht ein Helfer gewesen.

Für die Bevölkerung kommen zu den ständigen Nachbeben auch zusehends schlechtere Wetterbedingungen hinzu. Gab es am Anfang Regen, Sturm und schwere Gewitter, haben sich jetzt Frost, Schnee und Eis eingestellt. Einige Opfer sind bereits zu beklagen, die zwar das Beben überlebten, jedoch aufgrund mangelnder warmer Kleidung erfroren.

„Die Entscheidung, nach Lioni zu gehen, trafen unsere Leute allein“, meinte ein Sprecher des ASB. „Auch eine Woche nach der Katastrophe gibt es im Süden Italiens noch keine Koordination der Rettungseinsätze. Die Helfer stehen herum und wissen nicht, wo sie eingesetzt werden sollen.“ Bei dieser Lage fuhr der ASB-Hilfskonvoi auf eigene Verantwortung los, um zu helfen. Weit aus schlimmer als in Calabritto, dem letzten Einsatzort der Hilfsgruppe, sei die Lage in Lioni. Laut Mackensens Nachricht wird die ASB-Mannschaft vorerst in Lioni bleiben, um als erste Helfer überhaupt in diesem Gebiet die Bevölkerung so gut wie es geht zu versorgen. Die Spenden – Kleidung für Kinder und Erwachsene sowie Schuhe – sollen die größte Not lindern helfen. Die Dolmetscherin, welche sich bei der ASB-Gruppe befindet, leistet bei der Aktion eine unbezahlbare Hilfe.

In Bad Kreuznach wurde ein Ortsverband des ASB wiedergegründet. Mit einer Ausstellung präsentierte sich der ASB der Öffentlichkeit.



Einheitliche Regelung zur Benutzung von Spikes-Reifen wird gefordert

Trotz intensiver Bemühungen der Hilfsorganisationen, insbesondere des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), ist es bis heute nicht möglich gewesen, über die Bundesregierung eine einheitliche Regelung zur Benutzung von Spikes-Reifen zu erreichen.

Befremdend erscheint es dem ASB, daß trotz unterschiedlicher Ausnahmeregelungen einzelner Bundesländer das Bundesministerium für Verkehr keine einheitliche Richtlinie erlassen will.

Es gibt keine Alternative zu Spikes-Reifen! Dies wurde klar und deutlich von dritter Seite aufgrund von Versuchen nachgewiesen (z. B. ADAC und Stiftung Warentest). Bei Glatteis kann vom Rettungsdienst nicht auf Spikes verzichtet werden. Und nur bei Glatteis soll diese Ausnahme möglich sein.

Der Arbeiter-Samariter-Bund fordert zu Beginn des Winterhalbjahres 1980/81 nochmals auf, eine bundeseinheitliche Regelung für Ausnahmegenehmigungen zur Benutzung von Spikes-Reifen zu erlassen. Der ASB bietet an, dem Bundesministerium für Verkehr fehlende Informationen im Rahmen von Gesprächen zugänglich zu machen und in Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen über Nutzungsbedingungen und Beschränkungen zu verhandeln.

Das Wohl eines Patienten oder Unfallopfers sollte an erster Stelle stehen; auch das Wohl der Rettungswagenfahrer und Notärzte. Die Gesundheit und das Leben anderer wird gefährdet, wenn bei Einsätzen nicht optimale Rettungsmittel und Geräte eingesetzt werden dürfen. Nur von zweitrangiger Bedeutung dürfen Straßenschäden sein, die auch nur in geringstem Umfang durch die kleine Zahl von „Spikes-Fahrzeugen“ entstehen würden.

JUH im italienischen Erdbebengebiet: KELA-Mitarbeiter erleben ein Chaos

Seit Tagen warte ich auf meinen Einsatz. Das Diakonische Werk der EKD hat, wie immer bei Katastropheneinsätzen im Ausland, die KELA (Katastrophen-Einsatzleitung Ausland) benachrichtigt, daß es bald soweit sei. 27. November 1980: Ich muß sofort zum Fliegerhorst Ahlhorn der Bundesluftwaffe. Eine Transall mit 16 Tonnen Zelten und Decken ist hochbeladen und wartet auf die Flugorder. Zielflughafen ist Palermo. Die Besatzung besteht aus vier Mitgliedern und mir als Gast.

Ich habe schon viele Hilfsflüge ins Ausland erlebt. Wir fliegen nicht die direkte Route, um als Militärmaschine die Neutralität der Schweiz nicht zu verletzen. Der Umweg über Frankreich kostet uns eine Stunde. Nach vier Stunden Flugzeit landen wir in Palermo. Der Flughafen ist den zur Zeit erforderlichen Ansprüchen nicht gewachsen. Die italienischen Soldaten leisten schon seit über 30 Stunden Dienst. Der Flugbetrieb gleicht dem in Frankfurt, nur nicht so organisiert. Keiner weiß, wie viele Maschinen anfliegen und mit welchen Hilfsgütern sie beladen sind. Aber alles klappt.

Unsere Ladung wird in einem Hangar gestapelt. Ich erwarte dringend den Lkw

zum Weitertransport ins Katastrophengebiet. Mit Pastor Saggese habe ich mich vereinbarungsgemäß getroffen. Auftragsgemäß wollen wir unser Material direkt in einem der betroffenen Dörfer an die Bevölkerung verteilen. Meine Forderung stößt bei den italienischen Behörden auf Erstaunen. Telefonate hin – Telefonate her. Nach drei Stunden habe ich die Genehmigung. „Mein“ Dorf heißt Campagne, es liegt 50 km hinter Ponte Coniane.

Als am frühen Morgen der Sattelschlepper beladen ist, fahre ich mit Pastor Saggese im Pkw voraus. Nach Verlassen der Autobahn sehen wir die ersten zertrümmerten Dörfer. Es ist grauenhaft, schlimmer als vor Jahren in Friaul. Der Lkw kann die verschütteten Dorfdurchfahrten nicht befahren. Immer wieder sind wir zu Umwegen gezwungen. Es ist bitterkalt – es regnet in Strömen.

Gegen 23.30 Uhr erreicht unser Konvoi das Dorf. Menschen voller Angst vor weiteren Beben schlafen auf der Straße oder in Trümmernischen. Wer noch Platz in einem der zur Verfügung gestellten Busse erwischt hat, wähnt sich glücklich. Kälte und Nässe lassen Kinder mit großen, traurigen Augen auf unsere Woldecken starren. Ich veranlasse sofort die Verteilung. Hunderte Zelte und Tausende von Decken sind schnell vergriffen. Die Dankbarkeit der von dieser

eine Rückflugmöglichkeit mit einer Transall der Bundesluftwaffe nach Köln-Wahn. Abschied von Pater Saggese, Abschied für heute von Italien, von einem Land, das noch viel Hilfe braucht.

Abends spät lande ich in Wahn. Mein erster Hilfseinsatz für Süditalien ist beendet.

Walter Stadlmair

Johanniter-Unfall-Hilfe, die englische Fluggesellschaft BEA und Kölner Pfadfinder arbeiteten Hand in Hand

Ein Aufruf der JUH Berlin zur Spende von winterfester Kleidung, Schuhwerk, Decken und Schlafsäcken für das süditalienische Erdbebengebiet löste eine einmalige Aktion aus: Innerhalb von wenigen Tagen spendeten die Berliner, die seit Jahrzehnten wissen, wie dringend Hilfe benötigt werden kann, 17 Tonnen Hilfsgüter. Der Landesgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe, Jörg Hütter, hatte diese Aktion vorbereitet und die Weiterleitung nach Italien organisiert. Die englische Fluggesellschaft BEA stellte leeren Frachtraum in ihren Linienmaschinen kostenlos für den Transport der Spenden nach Köln-Wahn zur Verfügung.

Hier luden Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe die Hilfsgüter auf Fahrzeuge und brachten sie zum Aussortieren zur KELA (Katastrophen-Einsatzleitung Ausland) der Johanniter-Unfall-Hilfe in Köln-Deutz. Am Wochenende standen 34 Jungen und Mädchen der Johanniter-Unfall-Hilfe Enningerlohe und Kölner Pfadfinder vom Stamm der „Globetrotter“ bereit: In stundenlangem Einsatz packten sie Decken, Schlafsäcke, Kleidung und Schuhwerk versandfertig für Italien. Susanne Lohmann und Walter Stadlmair, Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe Enningerlohe und der KELA, waren besonders erfreut über den neu-



Einige Lkw-Ladungen Hilfsgüter verschwinden im Bauch der Luftwaffen-Transall, die vom Köln-Bonner Flughafen Wahn nach Palermo fliegen wird.



Insgesamt sind es 16 Tonnen Decken und Zelte, die in der Maschine verstaut werden und an Obdachlose im Erdbebengebiet verteilt werden sollen.

Katastrophe betroffenen Landbevölkerung ist überwältigend. Nicht nur weil wir ihnen in ihrer großen Not mit Zelten und Decken halfen, sondern weil wir ihnen das Gefühl vermitteln, sie sind in ihrem Elend und in ihrer Not nicht vergessen.

Ich fahre mit Pastor Saggese wieder nach Palermo zurück.

Es überrascht uns, daß wir schon drei Tage unterwegs sind. Wir haben über all dieser Eindrücke unseren Zeitbegriff etwas verloren. Ein Mitarbeiter des deutschen Generalkonsulats verschafft mir



Jungen und Mädchen der JUH Enningerlohe und des Kölner Pfadfinderstamms der „Globetrotter“ sortierten und verpackten die gespendete Bekleidung für den Transport nach Italien.

wertigen Zustand von über 80 Prozent der gespendeten Sachen: „Dies ist ein unvergleichlich hoher Prozentsatz und beweist die besondere Hilfsbereitschaft der Berliner Bevölkerung.“

Gemeinsam mit einer Medikamentenspende einer Kölner Arzneimittelfirma gehen die Hilfsgüter nach Italien und werden dort direkt durch Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe verteilt.

Georg Reinhold

Nachhilfe: Unfallhilfe von Laien soll besser werden

Auf den bundesdeutschen Straßen starben im vergangenen Jahr 13222 Menschen, 486441 Personen wurden verletzt. Rund 500000 Unfallopfer müssen die 5758 Rettungs- und Krankentransportwagen der deutschen Hilfsorganisationen jährlich aufnehmen. Rein statistisch kommen also auf einen Einsatzwagen rund 87 Patienten pro Jahr – ein Verhältnis, das das Rettungssystem in der Bundesrepublik relativ gut funktionieren läßt.

Dennoch könnte die Zahl der Verkehrstoten erheblich verringert werden. „Vor allem“, so Dr. Peter Sefrin, Oberarzt am Institut für Anästhesiologie der Universität Würzburg, „durch eine bessere Erste-Hilfe-Leistung der Laien, die ja überwiegend zuerst am Unfallort sind“.

Der Notarzt spricht damit das schwächste Glied in der sogenannten Rettungskette, die sich nach einem Unfall abspult, an. Die gravierendsten Mängel bei der oft entscheidenden Soforthilfe zeigte eine Umfrage der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) unter Notärzten:

- verzögerte oder unvollständige Unfallmeldung
- unzureichende Absicherung der Unfallstelle
- große Unsicherheit bei ersten Maßnahmen und damit zeitliche Verzögerung
- Behinderung durch Schaulustige und
- mangelnde Hilfsbereitschaft.

„Deshalb“, so fordert Dr. Sefrin, „ist es enorm wichtig, daß eine möglichst breite Schicht der Bevölkerung an Erste-Hilfe-Kursen teilnimmt und diese in Abständen von zwei Jahren auffrischt.“ Der Schnellkurs für Führerschein-Bewerber (SM-Kurs. D. Red.) ist zwar ein Anfang, aber bei weitem nicht ausreichend. Anbieten würde sich, das glaubt der Unfallarzt, der Weg über den Schulunterricht.

Und die Schüler und Schülerinnen, dies stellten die Forscher und Ärzte nach Befragungen fest, würden sich an solchen Kursen mit Begeisterung beteiligen.

Ganz im Gegensatz jedenfalls zu den schon älteren Verkehrsteilnehmern: Obwohl Erste-Hilfe-Kurse schon lange kostenlos von den diversen Organisationen angeboten werden, ist die Resonanz ausgesprochen spärlich.

Fast eine halbe Million Verletzter kann ein Klagegedicht davon singen. pewe

(aus „Auto, Motor und Sport, Nr. 25/80)

Maßstäbe für Lebensrettung

Nach fünf Jahren wurde jetzt der Modellversuch „Notfallrettung Unterfranken“ abgeschlossen. Vertreter der an dieser Aktion beteiligten Institutionen trafen sich in Würzburg, um erste Ergebnisse vorzulegen. Trotz der allgemeinen Zufriedenheit mit den Erfolgen des Modellversuchs wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es bei der Rettung von Unfallopfern noch viel zu tun gebe. Der Großversuch hatte sich zum Ziel gesetzt, das Meldesystem bei Notfällen zu vereinfachen, die Einsatzzeiten von Rettungsmannschaften und Notärzten zu verkürzen und die Einrichtungen für die Versorgung von Unfallopfern zu verbessern.

So konnten schon 1977/78 rund 55 Prozent der Unfallopfer in Unterfranken als vollkommen gesund die Krankenhäuser verlassen, während es zwei Jahre zuvor nur elf Prozent waren. Der Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR), Gerhard Schork, sagte in Würzburg, daß der Rettungsdienst zwar eine öffentliche Aufgabe sei, was die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen angehe. Der Modellversuch sei jedoch auch ein Beispiel dafür, daß ein optimaler Erfolg nur im Zusammenwirken aller Kräfte, also von Staat und Gesellschaft, erreicht werden könne.

Rettung von Unfallopfern beginnt mit der Soforthilfe durch Laien am Unfallort. Dieses erste Glied der sogenannten „Rettungskette“ ist mit das wichtigste und problematischste zugleich. Täglich sind bundesweit rund 5000 Notfalleinsätze erforderlich. Dabei kommt der Soforthilfe am Unfallort entscheidende Bedeutung zu. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Notärzte, Peter Sefrin, teilte dazu mit, daß die erste Versorgung von Unfallopfern durch Laien am Unfallort bei mittleren Verletzungen durchaus positiv zu bewerten sei. Bei schweren und schwersten Verletzungen wüßte man sich jedoch häufig nicht zu helfen. In der Laienausbildung für die Erste Hilfe müsse somit noch etwas getan werden.

Spürbar verbessert werden konnte jedoch während des Modellversuchs die

frühzeitige und gezielte Alarmierung der Rettungsdienste. Durch zusätzliche Installation von Notruftelefonen (an den Bundesfernstraßen das dichteste Netz in der Bundesrepublik) und die Schaltung der allgemeinen Notrufnummer 110 wurden die Meldemöglichkeiten erheblich verbessert. Insgesamt wurden in Unterfranken die Entfernungen von Notfallort zu Notfallmelder um 50 Prozent verringert. Durchschnittlich dauert es jetzt noch sieben Minuten, bis die Meldung über einen Unfall bei der Rettungsleitstelle eintrifft. Nach weiteren 1,5 Minuten Organisationszeit können in der Regel die Rettungsfahrzeuge ausrücken. Die durchschnittliche Fahrzeit bis zum Unfallort beträgt rund acht Minuten, so daß nach 16 Minuten in aller Regel der Unfallort erreicht ist.

Innenminister Gerold Tandler hob als besonderes Verdienst des Modellversuchs hervor, daß er die Entwicklung zu einem flächendeckenden Notarztsystem gefördert habe: „Der zunächst nur in Ballungsräumen realisierbar scheinende Gedanke, den Arzt zum lebensgefährlich erkrankten Patienten zu bringen – und nicht umgekehrt –, setzt sich heute mehr und mehr auch in ländlichen Bereichen durch“, sagte Tandler. Daß die Wahl für den Großversuch auf Unterfranken gefallen ist, liegt für Tandler daran, daß Bayern als erstes Bundesland 1974 in einem eigenen Gesetz die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für ein modernes Rettungssystem geschaffen habe. Alle Rettungseinsätze im Bereich mehrerer Landkreise und kreisfreien Städte, die einen Rettungsdienstbereich bilden, werden von einer rund um die Uhr besetzten Rettungsleitstelle gesteuert. Inzwischen sind, so Tandler, 23 von 26 in Bayern geplanten Rettungsleitstellen eingerichtet.

Lückenloses Meldesystem, moderne Ausrüstung der Rettungsfahrzeuge bis hin zum Hubschrauber und Qualifikation von Rettungspersonal sind nach den Worten von Peter Sefrin die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um den Forderungen der modernen Notfallmedizin gerecht zu werden. Für den Modellversuch Unterfranken wurden hierfür 6,2 Millionen Mark investiert. An der Finanzierung waren das Bundesverkehrsministerium, das bayerische Innenministerium, der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der HUK-Verband beteiligt. Insgesamt entstehen jedes Jahr 60 Milliarden Mark volkswirtschaftliche Kosten durch Unfälle. Dabei sind die Verkehrsunfälle nur mit knapp einem Fünftel an der Gesamtzahl der Unfälle beteiligt.

(Thomas Eyerich in der Süddeutschen Zeitung)

Papst Johannes Paul II. besuchte die Bundesrepublik Deutschland



Zu einer fünftägigen Pilgerreise traf Papst Johannes Paul II. am 15. November auf dem Flughafen Köln-Bonn ein. Gleich in seiner Begrüßungsansprache hob der Papst hervor, daß er mit seinem Besuch in der Bundesrepublik „die gesamte deutsche Nation ehren wolle“, zu der er als „Freund und Bruder“ gekommen sei.

Köln

Nach der Begrüßung u. a. in Anwesenheit von Bundespräsident Carl Carstens, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höfner, und dem gesamten in Bonn akkreditierten Diplomatischen Korps mit seinem Doyen, dem Apostolischen Nuntius Guido Del Mestri, flog der Papst mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes zum Butzweilerhof in Köln, wo mehr als 380.000 Gläubige mit dem Heiligen Vater den Gottesdienst feierten. In seiner ersten Predigt auf deutschem Boden hob der Papst die Unauflöslichkeit der Ehe, den Wert der Familie als „Keimzelle des Staates“ und als „Hauskirche“ sowie die Bedeutung der verantworteten Elternschaft hervor. Er forderte die gesamte Gesellschaft und alle Verantwortlichen auf, für den Schutz des ungeborenen Lebens sowie für die Erhaltung und Förderung von Ehe und Familie Sorge zu tragen.

1.435 Einsatzkräfte, darunter Leitungskräfte, Ärzte, Rettungssanitäter, Sanitätshelferinnen und -helfer sowie Schwesterhelferinnen hatte der MHD auf dem Butzweilerhof und in der Kölner Innenstadt (u. a. im Dom, an der Andreas- und Minoritenkirche) zusammengezogen. Sie kamen aus den Diözesangliederungen Aachen, Essen und Köln. Auf



dem Butzweilerhof unterhielten die Einsatzkräfte des MHD ein Hilfskrankenhaus, drei Verbandplätze und 26 Sanitätsstationen. Die stationäre Aufnahmekapazität des Hl.-Geist-Krankenhauses und des Franziskushospitals war um zusammen 100 Betten aus MHD-Bestand aufgestockt und durch MHD-Fachpersonal verstärkt worden. 2 Notarztwagen, 18 Rettungswagen (RTW), 44 Krankentransportwagen (KTW) und 11 Großraumkrankentransportwagen wurden bereitgehalten. Hinzu kamen weitere 43 Spezialfahrzeuge. Die Fernmeldeeinheiten des MHD verlegten 22 km Feldkabel und besetzten einen Haupt- und vier Nebenvermittlungsstellen mit 90 Fernmeldeapparaten. Außerdem wurden 249 Funkgeräte betrieben.

Wie auch in den anderen Städten, in denen der Hl. Vater auf seiner Pilgerreise Station machte, waren viele Mitarbeiter des MHD 20 Stunden und mehr im Einsatz. Hauptsächlich mit leichten Verletzungen, Schwächeanfällen und Unterkühlungen hatten sie sich zu befassen. Schwerere Verletzungen und ernsthafte Erkrankungen traten glücklicherweise nur in wenigen Fällen auf. Insgesamt 139mal leisteten die Sanitäter Erste Hilfe und 57 Krankentransporte wurden durchgeführt. Sechs Personen mußten zur weiteren Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Durch die vom Regen in Morast verwandelten Wiesen zu den Verletzten zu gelangen, stellte ein nicht geringes Problem dar. 81 Personen, meist Kinder, meldeten sich bei den drei Vermißstellen, die der MHD auf dem „Butz“ eingerichtet hatte.

Nach dem Gottesdienst fuhr Papst Johannes Paul II. in der Kölner City. In der dortigen Kirche St. Georg, der Pfarre

von Prälat Boskamp, bis vor kurzem leitender Seelsorger des MHD, hatten zuvor Behinderte die Messe gefeiert. Der Hl. Vater begrüßte sie auf dem Weg nach Schloß Brühl. Die Betreuung der Behinderten hatten wie auch in Osnabrück, Fulda, Altötting und München Helferinnen und Helfer des MHD übernommen, in Köln und München unterstützt durch Angehörige der beiden deutschen Assoziationen des Malteser Ritterordens.

Osnabrück

Nach Köln und Bonn war die Bischofsstadt Osnabrück die dritte Station der Papstreise. 140.000 Gläubige hatten sich auf der Illoshöhe in Osnabrück eingefunden, um gemeinsam mit dem Papst hl. Eucharistie zu feiern. Johannes Paul II. sprach allen Katholiken – bezeichnend auf ihre schwierige Situation in der Diaspora Norddeutschlands und Skandinaviens – Worte der Tröstung und der inneren Stärkung zu. Gleichzeitig ermutigte er sie, den Kontakt zu den evangelischen Mitchristen zu suchen und zu vertiefen. Neben dem feierlichen Gottesdienst stand ein Gespräch mit Vertretern der kirchlichen Hilfswerke, die nach den Worten des Papstes „sehr viel zur Vertiefung des Geistes der Brüderlichkeit unter den Menschen beigetragen“ hätten.

24 Malteserärzte und 850 Sanitätskräfte des MHD Hamburg, Berlin, Bremen, der Diözesen Osnabrück, Hildesheim, Münster, Paderborn und des Officialatsbezirks Oldenburg, unterstützt von 250 Ärzten, Helferinnen und Helfer des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), hatten in Osnabrück die sanitätsdienstliche Betreuung der großen Gottesdienstgemeinschaft übernommen. Das naßkalte Wetter hatte wohl mit seinem Anteil daran, daß in 352 Fällen Erste Hilfe geleistet und 33 Krankentransporte durchgeführt werden mußten. Um allen Notwendigkeiten gerecht werden zu können, waren rund 150 Sonderfahrzeuge des MHD in den Einsatz einbezogen worden, darunter 7 Rettungswagen, 60 Krankentransportwagen und 8 Feldküchen.

Mainz

Auf dem amerikanischen Militärflughafen in Mainz-Finthen hatten sich am Sonntagmittag 350.000 Gläubige zum Gottesdienst versammelt, zu dem vor al-

lem Arbeiter mit ihren Familien eingeladen waren. In seiner Predigt betonte Johannes Paul II., daß im Mittelpunkt aller Überlegungen in der Welt der Arbeit und der Wirtschaft der Mensch stehen müsse, nicht nur der einzelne Arbeiter, sondern auch seine Familie, nicht nur der Mensch von heute, sondern auch die kommenden Generationen. Der Papst appellierte auch an das Verantwortungsbewußtsein der Deutschen für die Gastarbeiter. Angesichts der Grenzen wirtschaftlichen Wachstums gelte es für alle, von einem Anspruchsdenken abzurücken. Die sozialen Probleme und bevorstehenden Veränderungsprozesse seien nur in solidarischem Zusammenwirken aller zu bewältigen.

Über 2500 Helfer aller vier Sanitätsorganisationen, davon 1298 MHD-Ärzte und Sanitäter mit 14 Rettungswagen (RTW) und 74 Krankentransportwagen (KTW), aus den Diözesen Mainz, Trier, Limburg, Speyer und Freiburg hatten sich der sanitätsdienstlichen Betreuung der Gläubigen in Mainz-Finthen und auf den Domplätzen in der Mainzer Innenstadt angenommen, 210mal wurde ihre Hilfe beansprucht; mit ernsteren Verletzungen und Krankheitssymptomen mußten 30 Personen in Krankenhäuser eingewiesen werden.

Fulda

Zu einem wahren Triumphzug für den Papst wurde sein Empfang in Fulda, der 5. Station seiner Deutschlandreise. Den Sinn und die Bedeutung der Ehelosigkeit der katholischen Priester würdigte er in einer Meßfeier mit 5000 Seminaristen, Priestern und Diakonen. Der Priester müsse „das Herz und die Hände frei haben für den Freund Jesus Christus“ und „ungeteilt für ihn da sein“, sagte der Papst. Am Abend appellierte er auch an die Deutsche Bischofskonferenz – ein Gespräch mit Vertretern der Evangelischen Kirche hatte am Tag zuvor in Mainz stattgefunden –, die Spaltung der Christenheit überwinden zu helfen. Der deutschen Kirche überreichte er ein kostbares Geschenk: Eine Reliquie des seeligen Maximilian Kolbe, der sich im KZ Auschwitz für einen Mithäftling geopfert hatte.

Der Dienstag, 18. November, begann mit einem Wortgottesdienst im Fuldaer Dom für die Laienmitarbeiter in der Kirche. Eine Messe folgte auf dem Domplatz. Die 80000 Gläubigen, die sich zur Begegnung mit dem Oberhaupt ihrer Kirche eingefunden hatten, waren vorwiegend Mitarbeiter der katholischen Verbände, darunter eine größere Abordnung des Malteser-Hilfsdienstes. Resignation – das ist für Johannes Paul II. ein Fremdwort. Angesichts vieler Stimmen, die meinen, das Christentum in

Deutschland neige sich dem Ende zu, beschwor er seine Zuhörer: „Die Geschichte des Christentums in Eurem Land soll jetzt neu beginnen, und zwar durch Euch!“

Auch der Besuch des Papstes in Fulda bedeutete für den MHD einen Großeinsatztag in Sachen Sanitätsdienste und Behindertenbetreuung. 280 Malteser aus den Diözesen Fulda, Mainz, Paderborn und Würzburg, unterstützt durch 260 Helfer des Roten Kreuzes, nahmen sich dieser Aufgaben an, wobei allein der MHD 27 Krankenkraftwagen (RTW und KTW), Behindertenfahrzeuge und Mannschaftsbusse einsetzte. Hilfe wurde in 64 Fällen geleistet und acht Krankenfahrten durchgeführt.

Altötting

Einen Gottesdienst am Abend des Dienstag in Altötting, dem berühmtesten deutschen Marienwallfahrtsort, benutzte der Hl. Vater zu einem ermutigenden Wort an die Ordensleute: „In unserer Zeit der Bindungsangst, wo viele in ein Leben auf Probe ausweichen möchten, kommt es Euch zu, Zeugnis dafür zu geben, daß eine endgültige Bindung, eine das ganze Leben tragende Entscheidung auf Gott hin gewagt werden kann.“

Gemeinsam mit Mitarbeitern des BRK befanden sich 220 Ärzte, Helferinnen und Helfer des MHD aus den bayerischen Diözesen Passau, München-Freising und Regensburg mit sieben Krankenkraftwagen (1 Notarztwagen, 1 Rettungswagen und 5 Krankentransportwagen) im Einsatz, um bei Notfällen Hilfe zu leisten. Weitere acht Kraftfahrzeuge des MHD wurden im Fahrdienst für Schwerbehinderte eingesetzt.

München

München war am 19. November die letzte Station der Pilgerreise. Hier widmete sich Papst Johannes Paul II. vor allem der Jugend. 600000 Menschen waren auf der Theresienwiese versammelt, als der Heilige Vater in eindringlichen Worten auf die Sorgen einging, die viele junge Menschen bedrücken. Gegen die falschen Vorstellungen von pseudoreligiösen Sekten, politischen und sozialen Utopien, aber auch von Drogen und Alkohol setzte der Papst die Wahrheit Jesu Christi. Nach dem Gottesdienst kamen auch kritische Sprecher der Jugend zu Wort.

Der Nachmittag war zunächst einer Begegnung mit Künstlern und Publizisten gewidmet, bevor der Heilige Vater zum Abschluß mit Vertretern der älteren Generation und Behinderten im Münchener Liebfrauentempel einen Wortgottesdienst feierte.

Gemäß dem Wunsch des Ordinariates waren alle Sanitätsorganisationen nach ihren Möglichkeiten an der Durchführung der Sanitäts- und Betreuungsdienste beteiligt. Der MHD, der auch das Gesamtkonzept erstellt hatte, besetzte acht von den 22 Sanitätsabschnitten, davon zwei von sechs auf der Theresienwiese, hielt einen von zwei kompletten Sanitätszügen als Eingriffsreserve vor und richtete eine Betreuungsstelle ein. Mit der Bundeswehr, die ein Reservelazarett aufgebaut hatte, dem Notarztwagen und der Berufsfeuerwehr wurde eng zusammengearbeitet. Zusätzlich sorgte der MHD für die Beförderung von Rollstuhlfahrern zu allen Veranstaltungen und stellte vor allem – als Sonderauftrag des Caritasverbandes – den gesamten Betreuungs- und Ordnungsdienst im Dom.

Gerade dieser Einsatz im Dom wird allen, die ihn miterleben durften, unvergesslich bleiben. Physisch sichtlich erschöpft, geistig aber wie stets überragend, bescherte der Heilige Vater der ganzen Gemeinde, den älteren Menschen wie den Helfern, eine Andachtsstunde unvergleichbaren Charakters.

Dies alles wurde möglich durch den Einsatz von 870 Helferinnen und Helfern, darunter Führungskräften und Ärzten, aus allen bayerischen Diözesen, unterstützt vom Malteser-Hospitaldienst Österreich und Mitgliedern des Lourdes-Krankendienstes des Malteserordens. 130 Fahrzeuge, davon 13 DTW, 29 KTW und 22 BTW, dazu ein Spezialfahrzeug für die TEL, Feldküchen, Führungsfahrzeuge, Mannschaftswagen, Kräder und eine Lichtgiraffe, waren beteiligt: Insgesamt erbrachten die Malteserhelfer 297 größere Hilfeleistungen.

Für die Malteserjugend gab es während des ganzen Tages ein eigenes Programm.

Der Hl. Vater sagte: „Einen ganz besonderen Dank möchte ich an die ungezählten Helfer richten, die sich mit so großem Erfolg um die äußere Organisation dieser Reise seit Wochen intensiv bemüht haben und dabei sicher manche Überstunden leisten mußten. Ich denke hier vor allem an die Stadtverwaltungen, die Polizei, an den Bundesgrenzschutz, insbesondere die Hubschrauberpiloten, den Malteser-Hilfsdienst der einzelnen Bistümer. Ihnen allen herzliches Gott vergelt's.“

Die Pilgerreise des Papstes hat bei zahlreichen Menschen in unserem Lande zu einer Stärkung des Glaubens, viele auch zu wahrer Umkehr geführt. Auch im MHD wird das Bewußtsein dafür gestärkt worden sein, daß der Ordensleitsatz uns neben der „Hilfe für den Bedürftigen“ in gleichem Maße auch zu „Wahrung des Glaubens“ verpflichtet.



Feuerwehrstatistik 1979



Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung des
Deutschen
Feuerwehrverbandes

Feuerwehren	Einsätze				Fahrzeuge				ständig besetzte Wachen				Musik-treibende Züge
	der:				bei:				bei:				
Gesamtübersicht	FF	BF	WF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	Gesamt
Baden-Württemberg	25 702	26 481	32 933	85 116	7 143	318	798	8 259	37	14	35	86	260
Bayern	27 226	49 054	?	76 280	11 622	413	728	12 763	15	17	?	32	84
Berlin	?	168 979	2 601	171 580	56	486	42	584	9	25	3	37	—
Bremen	139	57 580	15 344	73 063	31	177	37	245	—	7	5	12	1
Hamburg	2 824	176 090	7 048	185 962	110	335	25	470	—	18	10	28	7
Hessen	20 158	70 527	23 540	114 225	5 581	394	472	6 447	44	14	18	76	265
Niedersachsen	75 872	133 214	18 757	227 843	7 266	416	602	8 284	4	14	?	18	304
Nordrhein-Westfalen	607 888	632 010	96 844	1 336 742	6 356	1 553	1 472	9 381	118	82	99	299	217
Rheinland-Pfalz	11 042	17 564	9 007	37 613	3 882	181	226	4 289	15	7	8	30	92
Saarland	9 838	11 949	3 059	24 846	906	65	175	1 146	6	2	20	28	16
Schleswig-Holstein	18 664	65 151	?	83 815	2 538	149	?	2 687	30	9	?	39	141
Summen / 1979	799 353	1 408 599	209 133	2 417 085	45 491	4 487	4 577	54 555	278	209	198	685	1 387
Vorjahr / 1978	748 747	1 337 485	176 864	2 263 096	42 568	4 287	4 134	50 989	271	214	225	710	1 518
/ 1977	682 787	1 264 819	149 840	2 097 446	43 406	4 237	3 222	50 865	294	223	240	757	1 372
/ 1976	749 710	1 298 277	140 814	2 188 801	42 365	3 905	3 212	49 482	296	256	202	754	1 392
/ 1975	800 841	1 215 807	135 050	2 016 648	42 536	?	2 550	?	287	236	200	723	?

Feuerwehren	Aktive Mitglieder					Hauptberufliche Aktive				Weibliche Aktive			Aktive in den musik-treibenden Zügen
	in:					in:				in:			
Gesamtübersicht	FF	BF	WF	JF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	FF	JF	Gesamt	Gesamt
Baden-Württemberg	114 798	1 301	6 953	8 244	131 296	242	1 301	1 081	2 624	514	270	784	4 994
Bayern	305 130	2 197	12 102	15 826	335 255	303	2 197	1 156	3 656	3 365	?	3 365	2 875
Berlin	342	2 553	208	79	3 182	—	2 553	82	2 635	7	3	10	—
Bremen	647	803	204	—	1 654	—	803	152	955	—	—	—	—
Hamburg	2 847	1 948	503	184	5 482	—	1 948	399	2 347	—	—	—	203
Hessen	88 148	1 498	2 427	27 491	119 564	192	1 498	673	2 863	3 217	3 245	6 462	8 993
Niedersachsen	140 240	1 389	4 295	20 978	166 902	122	1 389	705	2 216	?	2 123	2 123	7 823
Nordrhein-Westfalen	83 029	6 648	10 228	7 235	107 140	2 424	6 648	5 309	14 381	203	93	296	3 637
Rheinland-Pfalz	57 663	533	1 115	2 924	62 235	75	533	127	735	220	85	305	1 173
Saarland	13 220	155	1 419	2 424	17 218	42	155	184	381	52	39	91	405
Schleswig-Holstein	49 026	679	1 490	3 718	54 913	32	679	797	1 508	154	147	301	2 315
Summen / 1979	855 090	19 704	40 944	89 103	1 004 841	3 432	19 704	10 665	33 801	7 732	6 005	13 737	32 418
Vorjahr / 1978	812 747	19 629	37 420	84 035	953 831	3 484	19 629	8 953	32 066	6 030	5 269	11 299	30 161
/ 1977	809 518	19 564	35 959	76 726	941 767	3 091	19 564	8 436	31 091	4 904	4 160	9 064	29 728
/ 1976	812 460	18 922	38 712	72 252	942 346	2 929	18 922	8 616	30 467	3 955	3 757	7 712	30 384
/ 1975	826 735	18 794	40 868	64 207	947 934	2 811	18 794	?	?	4 080	2 632	6 712	?

Atemschutzgeräte in der Feuerwehr

Bundesländer	Freiw. Feuerwehr		Berufsfeuerwehr		Werkfeuerwehr	
	PA	SSG	PA	SSG	PA	SSG
Baden-Württemberg	8 905	50	583	58	1 663	33
Bayern	8 441	438	641	15	622	18
Berlin	84	—	579	—	64	7
Bremen	4	—	95	108	66	21
Hamburg	396	—	282	30	205	—
Hessen	6 824	149	792	38	704	60
Niedersachsen	7 617	232	620	103	908	363
Nordrhein-Westfalen	7 493	64	2 227	232	3 358	588
Rheinland-Pfalz	2 689	630	397	2	229	16
Saarland	1 569	21	79	4	?	?
Schleswig-Holstein	2 494	—	219	19	?	?
Summen / 1979	46 516	1 584	6 514	609	7 819	1 106
Vorjahr / 1978	43 232	1 479	6 052	503	7 700	747
/ 1977	37 517	2 619	5 648	514	6 874	797
/ 1976	35 532	3 016	4 514	447	5 942	924

Anmerkung:
PA = Preßluftatmer
SSG = Sauerstoffschutzgerät

Funkanlagen in der Feuerwehr

Bundesländer	feste Landfunkstellen			tragbare Sprechgeräte			bewegliche Sprechfunkanlagen			Meldeempfänger		
	FF	BF	WF	FF	BF	WF	FF	BF	WF	FF	BF	WF
Baden-Württemberg	705	19	67	4090	251	527	3406	349	192	24509	283	1565
Bayern	250	19	?	2920	314	?	4251	378	?	11699	154	?
Berlin	9	62	7	51	560	83	36	443	18	380	128	46
Bremen	—	12	6	2	81	25	19	128	14	50	22	3
Hamburg	—	4	15	173	365	102	65	310	41	1900	—	—
Hessen	168	26	28	2418	238	204	2377	395	163	5505	918	404
Niedersachsen	175	28	32	2539	243	327	5109	354	145	5214	344	132
Nordrhein-Westfalen	329	86	98	2823	610	850	4799	1477	513	7436	625	649
Rheinland-Pfalz	163	16	9	623	92	69	1483	148	43	2452	219	31
Saarland	50	5	?	316	71	?	564	116	?	506	—	?
Schleswig-Holstein	87	8	?	1957	68	?	1349	124	?	2098	82	?
Einzel-Summen / 1979 *)	1936	285	262	17912	2893	2187	23458	4222	1129	61749	2775	2830
Gesamtsummen *)	2483			22992			28809			67354		
Vorjahr / 1978	1666	278	234	14334	2393	1861	19725	3819	948	54622	2096	2511
Gesamtsummen *)	2178			18588			24492			59229		
Vorjahr / 1977	1983			16176			21998			45932		

*) für Werkfeuerwehren in Bayern, Saarland und Schleswig-Holstein keine Angaben

Aus der Feuerwehrstatistik 1979 ergeben sich folgende interessante Auswertungen im Bereich der Aktiven, der Einsätze und Fahrzeuge für die einzelnen Feuerwehrsparten:

Mitglieder/Aktive:

- 855 090 (85,1%) in Freiwilligen Feuerwehren
(in Städten mit BF = 29 615 Akt.)
- 19 704 (2,0%) in Berufsfeuerwehren
- 40 944 (4,1%) in Werkfeuerwehren
- 89 103 (8,8%) in Jugendfeuerwehren
(in Städten mit BF = 4 100 Mitgl.)

1 004 841 (100 %) Gesamtmitglieder

Anteil der hauptberuflichen Mitglieder:

- 3 432 (0,4%) in Freiwilligen Feuerwehren
- 19 704 (100,0%) in Berufsfeuerwehren
- 10 665 (26,0%) in Werkfeuerwehren
- 33 801 (3,7%) in der Gesamtzahl der Aktiven

Anteil der weiblichen Mitglieder:

- 7 732 (0,9%) in Freiwilligen Feuerwehren
- 6 005 (6,7%) in Jugendfeuerwehren
- 13 737 (1,4%) in der Gesamtzahl der Aktiven

Verteilung der Aktiven auf je qkm der Bundesrepublik:

- 3,43 Aktive der Freiwilligen Feuerwehren
- 0,08 Aktive der Berufsfeuerwehr
- 0,16 Aktive der Werkfeuerwehren
- 0,36 Aktive der Jugendfeuerwehren
- 0,14 Hauptberufliche der Feuerwehren
- 4,04 Aktive der Feuerwehren insgesamt

Verteilung der Aktiven in Gemeinden/Städte ohne Berufsfeuerwehr auf je qkm der Bundesrepublik:

- 3,45 Aktive der Freiwilligen Feuerwehren
- Aktive der Berufsfeuerwehren
- ? Aktive der Werkfeuerwehren
- 0,36 Aktive der Jugendfeuerwehren

Verteilung der Aktiven in Städten mit Berufsfeuerwehr auf je qkm der Bundesrepublik:

- 2,96 Aktive der Freiwilligen Feuerwehren
- 1,97 Aktive der Berufsfeuerwehren
- ? Aktive der Werkfeuerwehren
- 0,41 Aktive der Jugendfeuerwehren

Verteilung der Aktiven auf je 1000 Einwohner in der Bundesrepublik:

- 14,02 Aktive der Freiwilligen Feuerwehren
- 0,32 Aktive der Berufsfeuerwehren
- 0,67 Aktive der Werkfeuerwehren
- 1,46 Aktive der Jugendfeuerwehren
- 0,55 Hauptberufliche der Feuerwehren
- 16,47 Aktive der Feuerwehren insgesamt

Verteilung der Aktiven in Gemeinden/Städte ohne Berufsfeuerwehr auf je 1000 Einwohner in der Bundesrepublik:

- 20,64 Aktive der Freiwilligen Feuerwehren
- Aktive der Berufsfeuerwehren
- ? Aktive der Werkfeuerwehren
- 2,13 Aktive der Jugendfeuerwehren

Verteilung der Aktiven in Städten mit Berufsfeuerwehr auf je 1000 Einwohner in der Bundesrepublik:

- 1,41 Aktive der Freiwilligen Feuerwehren
- 0,94 Aktive der Berufsfeuerwehren
- ? Aktive der Werkfeuerwehren
- 0,20 Aktive der Jugendfeuerwehren

Feuerwehrfahrzeuge/gesamt:

- 45 491 (83,4%) in den Freiwilligen Feuerwehren
- 4 487 (8,2%) in den Berufsfeuerwehren
- 4 577 (8,4%) in den Werkfeuerwehren

54 555 (100%) Gesamt

Löschfahrzeuge:

- 25 410 (91,5%) in den Freiwilligen Feuerwehren
- 790 (2,8%) in den Berufsfeuerwehren
- 1 567 (5,7%) in den Werkfeuerwehren

27 767 (100%) Gesamt

Hubrettungsfahrzeuge:

- 1 017 (72,4%) in den Freiwilligen Feuerwehren
- 292 (20,8%) in den Berufsfeuerwehren
- 95 (6,8%) in den Werkfeuerwehren

1 404 (100%) Gesamt

Einsätze/gesamt:

125 193 (21,6%) Brände
276 707 (47,7%) Technische Hilfeleistungen
178 631 (30,7%) Sonstige Einsätze
(60,1%) = Blinde u. böswillige Alarme)

580 531 (100 %)

+
1 836 554 Notfall- u. Krankentransporte

2 417 085 Gesamt-Einsätze

Anteil der Einsätze (ohne Notfall- u. Krankentransporte):

208 544 (35,9%) in den Freiwilligen Feuerwehren
272 381 (46,9%) in den Berufsfeuerwehren
99 606 (17,2%) in den Werkfeuerwehren

580 531 (100 %) Gesamt

Anteil der Brandeinsätze:

61 983 (49,5%) in den Freiwilligen Feuerwehren
48 355 (38,6%) in den Berufsfeuerwehren
14 855 (11,9%) in den Werkfeuerwehren

125 193 (100 %) Gesamtanzahl der Brände

Anteil der Einsätze Technische Hilfe:

110 913 (40,1%) in den Freiwilligen Feuerwehren
138 862 (50,2%) in den Berufsfeuerwehren
26 932 (9,7%) in den Werkfeuerwehren

276 707 (100 %) Gesamtzahl der Techn.-Hilfe-Einsätze

Anteil Sonstiger Einsätze:

35 648 (20,0%) in den Freiwilligen Feuerwehren
85 164 (47,7%) in den Berufsfeuerwehren
57 819 (32,3%) in den Werkfeuerwehren

178 631 (100 %) Gesamtzahl Sonstiger Einsätze

Anteil der Notfall- u. Krankentransporte:

590 809 (32,2%) in den Freiwilligen Feuerwehren
1 136 218 (61,9%) in den Berufsfeuerwehren
109 527 (5,9%) in den Werkfeuerwehren

1 836 554 (100 %) Gesamt

Delegiertenversammlung des DFV: Satzungsänderungen beschlossen

Im Mittelpunkt der Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 17. Oktober 1980 in St. Peter-Ording (Schleswig-Holstein) stand die Beratung einer neuen Verbandssatzung. Nach längeren Detaildiskussionen, einstimmigen Beschlüssen und auch knappen Mehrheitsbeschlüssen zu den einzelnen Paragraphen wurde die geänderte Satzung des Deutschen Feuerwehrverbandes mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit beschlossen.

Der wichtigste Teil der Satzungsänderung betrifft die Gliederung der Organe. Organe des Deutschen Feuerwehrverbandes sind künftig:

- die Delegiertenversammlung
- das Präsidium
- der Vorstand

In der bisherigen Zusammensetzung der Organe umfaßte das Präsidium 13 Mitglieder, der Deutsche Feuerwehrausschuß 39 und die Delegiertenversammlung 116 Personen. Die Delegiertenversammlung in der künftigen Form besteht aus 122 Delegierten. Der Vorstand wird gebildet vom Präsidenten und seinen vier Vizepräsidenten. Dem neuen Präsidium gehören der Vorstand, die Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände und gemäß den Mitgliederzahlen aus den einzelnen Bundesländern noch weitere Vertreter an (max. 2 Vertreter je Land). Die Gesamtzahl der Präsidiumsmitglieder beträgt 27 Personen. Bezüglich der Mitgliedschaft in den Organen ist festgelegt, daß eine Stimmenhäufung künftig grundsätzlich ausgeschlossen ist. Eine weitere Satzungsänderung besteht

darin, daß die Fachreferenten nicht mehr stimmberechtigte Mitglieder in einem Satzungsorgan sind, sondern nach Bedarf in den verschiedenen Organen Beraterfunktionen ausüben. Die seit 1952 ehrenamtlich geführte Kassenverwaltung des Verbandes wird ab 1982 in die Bundesgeschäftsstelle verlegt und dort unter Verantwortung des Bundesgeschäftsführers verwaltet.

Weitere wichtige Satzungsänderungen wurden im Paragraphen „Zweck und Aufgabe“ des Verbandes vorgenommen. So wurde u. a. neu aufgenommen:

Der Deutsche Feuerwehrverband

- betreut und fördert die Pflege kameradschaftlicher Verbundenheit unter den in Ehren aus dem aktiven Feuerwehrdienst ausgeschiedenen Feuerwehrangehörigen der Alters-/Ehrenabteilungen der Feuerwehren,

- betreut und fördert das Musikwesen in den Feuerwehren,

- betätigt sich in der Öffentlichkeitsarbeit für die Feuerwehren.

Der Paragraph „Mitglieder“ wurde im Sinne einer Klärung dahingehend geändert, daß neben den Freiwilligen Feuerwehren, den Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren künftig auch die Brandschutzgruppen der Bundeswehr und der Stationierungstreitkräfte aufgenommen werden können. Im Sinne einer Klärung wurde ferner geregelt, daß die Berufs- und Werkfeuerwehren direkte Mitglieder im Deutschen Feuerwehrverband werden können, wenn eine Mitgliedschaft bei den zuständigen Landes-

feuerwehrverbänden nach deren Satzung nicht möglich ist oder es einen solchen Zusammenschluß auf der Ebene des Bundeslandes noch nicht gibt.

Im Sinne einer Klärung wurde in der neuen Satzung festgelegt, daß sämtliche Aktiven der Feuerwehren beitragspflichtig sind. Zu den beitragspflichtigen Feuerwehrangehörigen gehören alle Aktiven im Sinne der Ländergesetze (vom Eintrittsalter bis zum Höchstalter). Die Mitglieder der Jugendfeuerwehren und der Alters-/Ehrenabteilungen (Aktive, die das gesetzliche Höchstalter überschritten haben oder vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind) sind im Deutschen Feuerwehrverband nicht beitragspflichtig.

Die Bekanntmachungen des Deutschen Feuerwehrverbandes werden künftig außer in der „Deutschen Feuerwehr-Zeitung“ auch in den „DFV-Nachrichten“ veröffentlicht. Die Deutsche Feuerwehr-Zeitung ist Bestandteil der Zeitschrift „brandschutz“. Die in den Landesfeuerwehr-Zeitungen monatlich erscheinenden „DFV-Nachrichten“ sind als Bekanntmachungsorgan neu in die Satzung aufgenommen worden.

Prof. Dr. Stoffregen neuer Bundesfeuerwehrarzt

Der Deutsche Feuerwehrausschuß bestätigte in seiner Tagung am 16. 10. 1980 in St. Peter-Ording Prof. Dr. Jürgen Stoffregen (Hagen) als neuen Bundesfeuerwehrarzt im Deutschen

Feuerwehrverband. Er ist damit Nachfolger von Prof. Dr. Karl Bihler, der dieses Amt aus Gründen beruflicher Überlastung nicht mehr ausüben konnte. Der Deutsche Feuerwehrverband dankt Prof. Dr. Bihler für sein langjähriges Wirken zum Wohle der deutschen Feuerwehrmänner. Dank seiner Unterstützung und fachlichen Beratung konnte der Deutsche Feuerwehrverband wichtige Aufgaben bearbeiten.

Delegiertenversammlung des DFV

Die nächste Delegiertenversammlung des DFV findet am Samstag, dem 28. März 1981, in Bonn statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Neuwahl des künftigen Präsidenten des DFV, der am 25. Juli 1981 das Amt übernimmt.

Sachlichkeit in der Diskussion über das „WIBERA“-Gutachten erforderlich

Präsident Bürger äußerte sich auf dem baden-württembergischen Landesfeuerwehrtag am 13. 9. 1980 u. a. auch zur Diskussion über das WIBERA-Gutachten und erklärte u. a.:

„Der Deutsche Städtetag hat seiner Tochtergesellschaft WIBERA AG den Auftrag erteilt, eine Grundsatzstudie über die Optimierung der Organisation der Berufsfeuerwehren zu erstellen. Sie liegt auf dem Tisch, und eine Anzahl Städte sind dabei, ihre Feuerwehr anhand dieser Studie zu überprüfen; darunter befinden sich neuerdings auch Städte ohne Berufsfeuerwehr. Diese Grundsatzstudie enthält Positives und Negatives, sie hat in manchen Fragen eine nicht zu widerlegende Aussagekraft, ebenso wie sie Probleme anschneldet, die nicht realisierbar sind. Kommunen und Feuerwehren einschließlich der Gewerkschaften sollten die Auswirkungen dieser Studie emotionslos diskutieren. Dabei sollten nicht nur finanzielle Erwägungen auf der einen, personalpolitische, gesellschaftspolitische und besitzstandswahrende Aspekte auf der anderen Seite kompromißlos vertreten werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat sich mit den Gewerkschaften ÖTV und KOMBA über die notwendige Verhaltensweise geeinigt, um eine personalpolitisch tragbare einheitliche Linie in der Sache zu verfolgen. Um so mehr Sorge ich mich derzeit darüber, daß in Nordrhein-Westfalen, und besonders im Umfeld der Bundeshauptstadt, unliebsame Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt werden über das Thema der möglichen Austauschbarkeit zwischen Berufs- und freiwilligen Feuerwehrmännern. Ab-

wertende Urteile von Gewerkschaftsseite ÖTV gegenüber den Freiwilligen Feuerwehren im Zusammenhang mit der WIBERA-Studie können keinesfalls im Interesse der ÖTV liegen, schon deshalb nicht, weil das Stärkeverhältnis von 20000 Hauptberuflichen zu 820000 Freiwilligen gegen ein solches Verhalten spricht.

Im übrigen glaube ich, daß man betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte und das Risiko einer Berufsfeuerwehr nicht mit üblicher fiskalischer Verwaltung gleichsetzen kann. Bei allen Überlegungen für Sparmaßnahmen bei Berufsfeuerwehren liegt doch unzweifelhaft die letzte Verantwortung für das Funktionieren des Brandschutzes in einer Großstadt beim Hauptverwaltungsbeamten und nicht beim Kämmerer. Ich bin überzeugt, daß nach Entfernen von viel Sand im Getriebe auch in diesem z. Z. brandheißen Thema Reife und Ausgeglichenheit eintritt. Und dazu bitte ich alle Beteiligten durch Sachlichkeit in der Diskussion beizutragen.“

Erweiterter Katastrophenschutz bleibt vorrangig dringend

Auf dem Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg am 13. 9. 1980 nahm Präsident Bürger u. a. auch zum Stand des Erweiterten Katastrophenschutzes Stellung und erklärte u. a.:

„Ein Fragenkomplex, der seit nunmehr 20 Jahren die Feuerwehren auf Bundesebene beschäftigt, ist ihre Mitwirkung im Erweiterten Katastrophenschutz, d. h. im konfliktsbedingten Zivilschutz. Ich habe in den letzten Monaten wiederholt den desolaten Zustand dieses Dienstzweiges der Feuerwehren angesprochen, nehme aber heute bewußt im Vorfeld der Bundestagswahlen Abstand von weiteren Ausführungen darüber. Ich meine, daß humanitäre Leistungen aus parteipolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden sollten, zumal ich am Ende der 8. Legislaturperiode vom Bundesminister des Innern über den letzten Stand im Erweiterten Katastrophenschutz und Zivilschutz informiert wurde und diese Information etwas Hoffnung auf Besserung gegenüber heute verspricht, wobei allerdings die Finanzierung dabei auszuklammern ist.

Nachdem es, trotz Absichtserklärung der Bundesregierung vom 5. 7. 1977, nicht gelungen ist, das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes zu novellieren, wird sich der kommende Bundestag mit einer Neuordnung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet durch Zusammenfassung der bisherigen Ge-

setze „Erweiterter Katastrophenschutz“, Zivilschutz und Schutzbaugesetz zu befassen haben. Dabei steht fest, daß der Erweiterte Katastrophenschutz auch weiterhin auf freiwilligen Helferverbänden aufgebaut und das noch vorhandene Gesetz über das Zivilschutzkorps aufgehoben werden soll. Dies stellt für die Feuerwehren eine Beruhigung dar.

Ebenso wie die landesbezogene Finanzierung des Brandschutzes bei den Ländern in Schwierigkeiten geraten ist, erging es auch dem Bund mit der Finanzierung des Erweiterten Katastrophenschutzes. Wir kennen die auch für uns sorgenvolle Entwicklung der verschiedenen Finanzprogramme des BMI zur Ersatzbeschaffung von Feuerwehrausrüstung für den Erweiterten Katastrophenschutz. Nun ist mit einer Grundsatzentscheidung des Bundessicherheitsrates eine Regelung für das vorrangige Problem der Finanzierung der Ersatzbeschaffungen getroffen worden. Danach werden für die kommenden zehn Jahre in einem Finanzprogramm insgesamt 1,22 Milliarden oder jährlich 120 Millionen DM für Beschaffungszwecke bereitgestellt mit der Maßgabe, daß die Preisbasis des Jahres 1980 die Grundlage darstellt und die Teuerungszuschläge auf die Basis 1980 jährlich ermittelt und zugeschlagen werden. Von diesen Mitteln erhält der Brandschutzdienst 41 %, so daß nunmehr gesichert ist, daß für Ersatzbeschaffungen zugunsten der Feuerwehren jährlich Gelder zur Verfügung stehen.

Es ist bekannt, daß in den nächsten zehn Jahren mindestens 2500 Fahrzeuge des Brandschutzdienstes ersetzt werden müssen. Mit den jetzt vorgesehenen Mitteln werden jährlich etwa 250 Fahrzeuge beschafft werden können. Länder und Gemeinden müssen sich auch auf diesem Sektor darauf einstellen, daß die Hilfe des Bundes immer weniger wird, auch auf einem Gebiet, das wie die Zivilverteidigung ausschließliche Aufgabe des Bundes ist. Wir werden uns mit dem Bundesinnenministerium nach Anlaufen des jetzt vom Bundessicherheitsrat beschlossenen Finanzprogrammes über dessen Durchführung und mögliche Aufstockung auseinandersetzen müssen. Am meisten bedauere ich aber, daß das von der Bundesregierung im Weißbuch über die Zivilverteidigung von 1972 festgestellte Verhältnis über die Kostenteilung zwischen militärischer und ziviler Verteidigung von 20:1 immer ungleicher wird, jetzt wieder bei 60:1 liegt und die Schere sich zu unseren Ungunsten immer mehr öffnet. Für die Feuerwehren ist die jetzt erkennbare Finanzierung für die nächsten zehn Jahre weiterhin unbefriedigend, und wir werden weiterhin um mehr Mittel streiten müssen.“

Rettungsboot und Wachstation am Möhnesee übergeben

Spenden und freiwillige Arbeitsleistung machten Neuanschaffung möglich

(misi) Mit Sekt taufte der Leiter der Dortmunder Berufsfeuerwehr, Branddirektor Erich Hoja, ein neues Einsatzboot des DLRG-Bezirks Dortmund in Delecke am Möhnesee. Es trägt den Namen DORTMUND 1.

Erich Hoja würdigte in seiner Ansprache die ehrenamtlich geleistete Arbeit der Rettungsschwimmer des DLRG-Bezirks, die ihren Dienst am Hengsteysee, im

clubs auch Repräsentanten der Gemeinde Möhnesee, der Möhnesee-Bade-Gesellschaft, DLRG-Aktive aus benachbarten Bezirken sowie aus dem Landesverband Westfalen eingefunden. Über fünf- und zwanzig Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer hatten in dieser Saison ihre Freizeit geopfert, um die neue Wachstation am Südufer des Möhnesees bei Delecke zu errichten. Das



Dortmunder Hafen und in Delecke am Möhnesee versehen. Auch in diesem Jahr wurden am Möhnesee von Rettungsschwimmern der DLRG wieder mehrere Menschen vor dem Tod durch Ertrinken bewahrt.

Bei dem neuen Rettungsboot handelt es sich um ein Kunststoff-Boot mit einem 35-PS-AB-Motor. Diese Bootstypen haben sich für Rettungszwecke bewährt, da sie sehr viel Platz bieten und die Bootsbesatzungen notfalls im Boot an einem Verunglückten Wiederbelebungsvorhaben vornehmen können.

Die Dortmunder Rettungsschwimmer hatten aber noch einen weiteren Grund zum Feiern. Bezirksleiter Bernd Hauptmeier übergab auch eine neue Wachstation ihrer Bestimmung. Zu dieser Einweihung hatten sich neben Vertretern der am Möhnesee ansässigen Segel-

Material für die im Blockhaus-Stil errichtete Station wurde von namhaften Firmen gespendet.

Nach der Taufe des neuen Bootes und der Übergabe der Wachstation zeigten drei Rettungsmannschaften, bestehend aus insgesamt achtzehn Teilnehmern, ihr Können auf dem Wasser. In einem fairen Wettstreit mußten die freiwilligen Helfer u. a. ein Geschicklichkeitsfahren mit dem Motorrettungsboot demonstrieren, eine Strecke paddelnd zurücklegen, ihr Geschick im Herstellen von Knoten unter Beweis stellen sowie den schnellstmöglichen Transport eines Verletzten bewältigen. Sieger dieses Wettkampfes wurde die Mannschaft der DLRG-Ortsgruppe Dortmund-Mitte. Die Mannschaft erhielt einen Wanderpreis, der im nächsten Jahr verteidigt werden muß.

Katastrophenschutz: DLRG Hessen erhält neues Gerät

Für ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken aller am Katastrophenschutz beteiligten Stellen und Organisationen hat sich der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Otto Dockhorn, ausgesprochen. Zum 50-jährigen Bestehen des Landesverbandes Hessen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft sagte Dockhorn in Wiesbaden, das 1979 in Kraft getretene hessische Katastrophenschutzgesetz habe „die Voraussetzung für eine kontinuierliche und zielstrebige Arbeit auf diesem Gebiet“ geschaffen.

Der Staatssekretär verwies auf die Aufgaben der DLRG im Katastrophenschutz in Friedenszeiten und betonte, das Land werde auch in Zukunft Gerät und Ausrüstungsgegenstände maßgeblich mitfinanzieren. So sei für 1981 die Bereitstellung eines Mehrzweckbootes und eines Spezial-Gerätewagens zum Aufbau eines weiteren Wasserrettungszuges vorgesehen.

DLRG an Pilot-Seminar beteiligt

Zum erstenmal wurde politische Weiterbildung gezielt in das Vereinsleben hineingetragen bei einem gemeinsamen Führungsseminar der Tübinger Landeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Mit dabei im Schulungsheim der DLRG Württemberg in Stuttgart waren aktive DLRGler aus den Landkreisen Tübingen, Reutlingen, Balingen und Ulm.

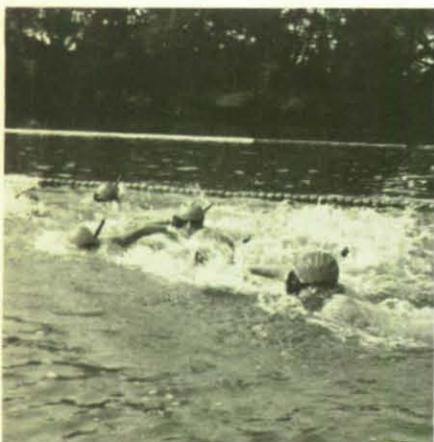
Rolf Müller, der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, begründete die gemeinsame Aktion damit, daß Engagement in der Gemeinschaft als Vereinsmitglied ohne Kenntnisse von Problemen der Vereins-, insbesondere der Jugendarbeit und der Grundzüge des Vereinsrechts, nur begrenzt möglich sei. So wurden neben Themen wie „Führung im freiwilligen Mitarbeiterverhältnis“, „staatsbürgerliche Pflicht zur Hilfeleistung und zur Lebensrettung“ auch Rollenspiele aus dem Spektrum des Vereinsrechts und praktische Ratschläge zur Durchführung von Spiel- und Freizeitprogrammen im Rahmen der Jugendarbeit vermittelt.

Daß ausgerechnet die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft dieses Pilot-

Seminar mitgestalten durfte, mag sicher daran gelegen haben, daß diese gemeinnützige Organisation sportliches Engagement mit humanitärem Handeln verknüpft und so der Jugend Vorbild ist.

Rettungswettkampf in Witten

Der 15. Rettungsvergleichswettkampf war auch in diesem Jahr für den ersten Sonntag nach den Ferien ausgeschrieben. Der Dauerregen während der großen Ferien und das zweite Hochwasser machten aber der Wittener DLRG einen Strich durch die Rechnung. Der Wettkampf wurde deshalb auf den 28. September verlegt. War damit leider die Teilnehmerzahl kleiner als in den anderen Jahren, so wurden die Zuschauer und Teilnehmer doch wenigstens mit einem schönen Herbsttag belohnt.



Die etwa 30 Mannschaften kamen aus den Ortsgruppen Bottrop, Coesfeld, Dortmund-Mitte, Gütersloh, Hagen, Herbede, Holzwickede, Mengede, Mettmann, Rahden, Schwerte und Witten-Mitte. Trotz der verhältnismäßig niedrigen Wassertemperaturen war niemand auf ärztliche Hilfe angewiesen.

Sieger bei den Herren wurde die Ortsgruppe Witten-Mitte, vor den Mannschaften aus Gütersloh und Rahden. Rahden belegte dafür bei der Jugend Platz eins. Den ersten Platz bei den Damen belegte Mengede und bei den „Alten Herren“ Dortmund Mitte.

Die Einzelsieger:

Herren: 1. Norbert Werner, 2. Burkhard Dargel, 3. Frank v. Klanczinski, alle aus Witten-Mitte. Altherren: 1. Manfred Schulte-Altedorneburg, Holzwickede, 2. Friedrich Bonkhoff, Dortmund, 3. H.-D. Hucke, Gütersloh. Jungen: 1. Markus Bergmann, Gütersloh, 2. Jörg Deutschmann, 3. Volker Koors, beide Rahden. Mädchen: 1. Anke Schlottmann, Rahden, 2. Claudia Helms, Rahden, 3. Chr. Rosendahl, Witten-Mitte.



Zu seiner konstituierenden Sitzung kam das neu gewählte DLRG-Präsidium in Essen zusammen. In der Klausurtagung, an der auch die Stellvertreter der insgesamt zehn Präsidiumsmitglieder teilnahmen, wurde intensiv über kurz- sowie langfristige Maßnahmen und Aktivitäten beraten.



Im Rahmen einer groß angelegten Werbeveranstaltung in der Kasseler Innenstadt gab die DLRG einen breiten Einblick in ihr umfangreiches Aufgabengebiet. Der Tauch-Einsatzzug des DLRG-Bezirks Frankfurt fand dabei das besondere Interesse der etwa 30000 Besucher.



Eine Ausbildung zum Rettungsschwimmer erhielten auf der DLRG-Station DAMP 2000 vier Tunesier und zwei Chilenen. Im Mittelpunkt der Ausbildung stand das Tauchen sowie das Führen von Rettungsbooten. Die ausgebildeten Kameraden werden künftig in ihren Heimatländern Aufgaben im Rettungswachdienst versehen.

Presseschau des Inlands

Die Zahl der Schutzräume in Niedersachsen ist minimal zu nennen

Nur etwa 116000 der mehr als 7,2 Millionen Einwohner Niedersachsens können bei einer Katastrophe oder im sogenannten Verteidigungsfall in Schutzräumen Zuflucht finden. Denn im ganzen Land gibt es bisher lediglich 111000 öffentliche Schutzplätze sowie 3500 private Plätze dieser Art in Wohnhäusern und 2000 in Behördengebäuden. Dies geht aus einer... in Hannover veröffentlichten Antwort des Innenministers Möcklinghoff auf eine Anfrage der CDU zum Stand des Zivilschutzes hervor. Die Antwort bestätigt, wie groß der Nachholbedarf im Schutzraumbau in Niedersachsen ist – und wohl auch in den anderen Bundesländern.

Von den vorhandenen öffentlichen Schutzplätzen in Niedersachsen sind lediglich 21000 für einen längeren Aufenthalt geeignet, die anderen 90000 jedoch allenfalls für mehrere Stunden zu benutzen. Den gleichen „begrenzten Behelfschutz“ bieten jene, den Behörden der Zahl nach unbekanntem privaten Schutzplätze, die als „Luftschutzkeller“ aus dem Zweiten Weltkrieg erhalten geblieben sind.

Der Bund (der für die Zivilschutzmaßnahmen in den Ländern zuständig ist) habe zum Beispiel die Wiederherrichtung von sechs alten Großbunkern mit zusammen rund 6100 Schutzplätzen in Angriff genommen, berichtete der Minister. Von Niedersachsen seien dem Bund 95 solcher Bunker genannt worden, die sich restaurieren ließen. Nach Bonner Plänen sollten weitere öffentliche Schutzplätze in Verbindung mit unterirdischen Verkehrsanlagen und neuen Schulbauten geschaffen werden. Für sieben derartige Vorhaben in Niedersachsen liefen zur Zeit entsprechende Anerkennungsverfahren. In Anpassung an eine Bundesregelung habe die Landesregierung im Sommer dieses Jahres beschlossen, künftig bei allen Neubauten und bei der Erweiterung staatlicher Gebäude Schutzräume für die dort tätigen Personen und die Besucher zu bauen.

Seit dem Jahre 1970 fördert der Bund den privaten Schutzraumbau in Wohngebäuden mit Zuschüssen und steuerlicher Abschreibung. Die Förderung durch Zuschüsse war in den Jahren 1976 bis 1978 unterbrochen. Aufgrund dieses Förderungsprogramms wurden in Niedersachsen die erwähnten 3500 Schutzplätze von Privaten geschaffen. Der Innenminister mußte zugeben, daß noch immer Sirenenanlagen fehlen. Mit den bisher installierten zehntausend Sirenenanlagen könnten lediglich achtzig Prozent der Bevölkerung gewarnt werden, sagte er.

(Frankfurter Allgemeine)

Zivilschutz: Kreis und Gemeinden in die Pflicht nehmen

Wer die Bombennächte des letzten Weltkrieges, den Fliegeralarm und die Trümmerberge erlebt hat, möchte nie wieder etwas mit Luftschutz zu tun haben. Es gibt in unserem Land einen tiefen seelischen Widerstand gegen alles, was mit Schutzräumen, Notvorräten oder Gasmasken zusammenhängt. Niemand will daran erinnert werden...

Der Einstieg in diese unpopuläre Materie wird erleichtert... mit dem Hinweis, daß sich Schadensverhütung und Menschenrettung bei technischen und Naturkatastrophen nur noch dem Umfang nach vom Bevölkerungsschutz im Verteidigungsfall unterscheiden. In der Tat hat sich durch die enorme Technisierung unseres täglichen Lebens auch die Anfälligkeit unserer Zivilisation gegen Schadensereignisse dramatisch erhöht. Stromausfälle, Schneekatastrophen, Erdbeben, Chemie- und Nuklearunfälle können, wenn sie uns unvorbereitet treffen, rasch furchtbare Auswirkungen haben. Wie wollen wir es rechtfertigen, die Vorsorge unterlassen zu haben, die wir im Notfall zum Schutz unserer Gesundheit und unseres Lebens brauchen – von der Notbeleuchtung bis zu einem ausreichenden Vorrat an Lebensmitteln und Medikamenten in jedem Haus?

Das Interesse... zeigt, daß das Verständnis für das Anliegen des Zivilschutzes gewachsen ist. Große Zweifel bestehen aber, ob die Abwehr von Gemeingefahren im Frieden zu einem echten Bevölkerungsschutz im Verteidigungsfall ausgebaut werden kann; ob Zivilverteidigung überhaupt eine sinnvolle Reaktion auf die wachsende militärische Bedrohung ist. Ich glaube, wir können uns ein Vorbild an den neutralen Ländern Schweiz und Schweden nehmen, die seit Jahrzehnten nicht zuerst aus verteidigungs- und abschreckungs-

politischen, sondern vor allem aus humanitären Gründen einen beispielhaften Zivilschutz betreiben. Wenn schon die Schweizer und Schweden nicht ausschließen wollen, daß ihre Länder vom Durchzug giftiger Wolken chemischer und radioaktiver Substanzen betroffen und zum Kriegsschauplatz werden können, um wieviel mehr müssen wir in unserer exponierten geographischen Lage den Überlebensschutz ernst nehmen? Oder dürfen wir uns dem Wunschdenken hingeben, unser eigener Friedenswille garantiere uns die Schönwetterdemokratie ohne jede Gefährdung? Oder der Resignation, weil ohnehin nichts nütze? Müssen wir nicht fragen, was den Menschen unseres Landes im Falle realistisch denkbarer Kriegshandlungen und danach geschieht?

In der Schweiz ist man der Auffassung, daß unser Bereich nicht zum Ziel totaler Vernichtungsschläge mit schweren strategischen Atomwaffen gemacht würde. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung ließen sich dann auch unter den wahrscheinlichen Bedingungen von taktischen Atomwaffeneinsätzen radikal vermindern, wenn ausreichend Schutzräume zur Verfügung stünden. Die Überlebenschance sei in Wahrheit sehr viel größer, als man angesichts der verheerenden Wirkung nuklearer Waffen anzunehmen geneigt sei. Die Schweizer handeln danach. Inzwischen hat annähernd jeder Eidgenosse seinen gegen Radioaktivität und Giftgase abgeschirmten Schutzplatz.

Dürfen wir diese lästigen Fragen beiseite wischen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Bisher haben wir uns genauso verhalten. Von einem echten Bevölkerungsschutz kann in unserem Lande nicht die Rede sein, weder im Hinblick auf Kriegseinwirkungen noch auf natürliche oder technische Katastrophen. Dringend notwendig ist ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins. Beim Forum der Fellbacher Zeitung wurde darauf hingewiesen, daß durch Information der Bevölkerung und improvisierte Maßnahmen des Selbstschutzes schon viel erreichbar sei. Hier müssen die Gemeinden und der Landkreis in die Pflicht genommen werden. Bund und Länder haben endlich ihre Aufgabe im Katastrophenschutz zu erfüllen und die personellen, organisatorischen und materiellen Vorbereitungen möglich zu machen. Es fehlt von den Schutzräumen über die Hilfskrankenhäuser bis zu den Fahrzeugen an allem. Wirkliche Politik besteht in Voraussicht und Vorsorge. Es handelt nicht klug, wer auf die Feuerwehr verzichtet, weil er kein Feuer haben will.

(MdB Dr. Laufs (CDU), Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, in der Fellbacher Zeitung.)

Presseschau Ausland

Frau und Gesamtverteidigung

Dem Thema „Sicherheitspolitik“ und der Frage nach dem Beitrag der Frau zur Gesamtverteidigung galt der 51. staatsbürgerliche Informationskurs der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft „Frau und Demokratie“. Er fand unter Leitung von Ruth Reusser, Sektionschefin im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, auf Gurten Kulm (Bern) statt.

Vor dem Hintergrund einer Bedrohung, die sich auf alle Bereiche des menschlichen und staatlichen Lebens erstreckt, wurden zunächst Begriff und Konzept, Auftrag und Organisation der Gesamtverteidigung erläutert. Referent war Dr. Josef Schärli, Wissenschaftlicher Adjunkt der Operationssektion der Gruppe für Generalstabsdienste. Er kennzeichnete die Gesamtverteidigung als das Instrument der schweizerischen Sicherheitspolitik. Diese sei, mitsamt den strategischen Mitteln und Maßnahmen, darauf ausgerichtet, durch Bereitschaft und Verteidigung den Krieg zu verhindern. Rolle und Bedeutung strategischer Mittel der Gesamtverteidigung traten hervor, solche der Außenpolitik, dann Mittel wie Armee und Zivilschutz, Landesversorgung, Außenwirtschaftspolitik sowie Information, psychologische Abwehr und Staatsschutz.

Andrée Weitzel . . . bot Einblicke in die noch unveröffentlichte Studie, die sie im Auftrag der Gesamtverteidigung durchgeführt hat. Im Hinblick auf Ausbildung und Einsatz der weiblichen Bevölkerung hat sie den bundesrätlichen Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (1973) herangezogen und analysiert. Die Studie bemüht sich um eine Standortbestimmung und mündet in eine Reihe von Vorschlägen aus. Es handelt sich zum Teil um Varianten, welche die unterschiedlichen Lebensverhältnisse der Frauen je nach Altersstufe, Zivilstand und Familienpflichten berücksichtigen. Sie sehen neben freiwilligen Dienstleistungen Modelle einer obligatorischen Ausbildung vor, die dem Selbstschutz, dem Überleben im Kriegs- und Katastrophenfall zu dienen hätte. Sich einschlägige Kenntnisse zu erwerben erachtet

die Referentin als ein Recht der Frau. Ein Vorschlag geht dahin, daß in den Programmen der Berufsausbildung auch ein Ausüben des Berufs unter erschwerten Umständen berücksichtigt würde (sparsamer Umgang mit Energie und Rohstoffen, Verwendung von Ersatzprodukten usw.).

Die Referentin verwies auf den von vielen Schweizerinnen im Rotkreuz-Dienst sowie im Frauenhilfsdienst und Zivilschutz geleisteten Einsatz. Daneben bestehen zahlreiche zivile Parallelorganisationen, die sich vielfach schon heute verpflichtet haben, im Ernstfall bestimmte Aufgaben zu übernehmen. In der Diskussion erinnerte die Vizepräsidentin des Bundes schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) an dessen Vorschlag, wonach im Rahmen eines Nationaldienstes alle Frauen obligatorisch eine Ausbildung in Katastrophenhilfe erhalten sollten, „um unserer Sicherheit willen“ . . .

(Neue Zürcher Zeitung)

Großbritannien: Zivilschutz lange vernachlässigt

Etwa 6000 Experten probten während der vergangenen zwei Wochen in Großbritannien den Katastrophenfall. Sie zogen sich in Bunker zurück, spielten Pläne durch, fahndeten nach Saboteuren, Spionen, subversiven Elementen und anderen potentiellen Staatsfeinden. Die Spezialisten sollten testen, wie wirkungsvoll die Zivilverteidigung sein würde, wenn Atombomben die Insel zerstörten. Obwohl nach unterschiedlichen Schätzungen bis zu 41 Millionen Briten einen solchen Angriff nicht überleben würden (rund 73 Prozent der Gesamtbevölkerung), nahm die Öffentlichkeit von der Operation „Square Leg“ kaum Kenntnis.

Die Presse berichtete erst am Ende der Übung, als man Journalisten einen Kommando-Bunker zeigte, der seine Aufgaben offensichtlich nicht erfüllen konnte. Die Zeitungen machten sich über den Mißstand lustig; Besorgnis wurde kaum laut.

Sorge und Angst wird dagegen in einer repräsentativen Umfrage deutlich, die das Gallup-Institut Mitte September im Auftrag des Magazins „New Society“ vornahm. Wie gering das Vertrauen der Bevölkerung zu den Schutzmaßnahmen ist, zeigt die Antwort der Befragten, ob sie an ein Überleben im Atomkrieg glaubten: 77 Prozent verneinten, und nur sechs Prozent waren optimistisch. 60 Prozent glaubten, daß Großbritannien als Nation nicht überleben könnte. Die jetzt erprobte Zivilverteidigung wird nach

Ansicht von 66 Prozent der Bevölkerung nicht oder nur wenig zum Überleben beitragen.

In der Vergangenheit wurde in Großbritannien nicht gerade viel getan, um die Menschen über Selbstschutz aufzuklären. Zwar werden jährlich rund 40 Millionen Pfund (172 Millionen Mark) für zivile Verteidigung ausgegeben, das meiste davon jedoch für den Aufbau eines Systems, das ein Weiterregieren nach einem Holocaust ermöglichen würde.

Für die Bevölkerung ist eine Broschüre gedacht, die schon vor ihrem Erscheinen Furore machte, weil sie außer den bekannten Überlebens-Tips (Aktentasche vor den Kopf halten, oder unter einem Tisch Schutz suchen) kaum etwas zu bieten hat.

Im Fernsehen allerdings gaben Experten Hinweise, wie strahlentote Angehörige am sichersten verpackt werden.

Dabei war die Angst der Briten vor dem Atomkrieg nach der Gallup-Umfrage noch nie größer als jetzt. 1963 hatten nur 16 Prozent den nuklearen Holocaust für wahrscheinlich gehalten. 59 Prozent für unwahrscheinlich. Mitte September dagegen hielten schon 39 Prozent den Atomkrieg für wahrscheinlich, nur noch 45 Prozent waren anderer Ansicht.

(Christian Fürst in der Ludwigsburger Kreis-Zeitung)

Schweiz: 1981 wieder Notvorratskampagne

Nach 1979 soll 1981 wieder eine Notvorratskampagne zu Vorsorgemaßnahmen auf dem Lebensmittelsektor aufrufen. Zur Zeit werden die Leiter von Lebensmittelgeschäften an verschiedenen Informationstagen dazu angeregt, die Kampagne ihrerseits wirkungsvoll zu ergänzen. Zur Kampagne selber gehören drei Kurzfilme im Schweizer Fernsehen, eine Tabelle für die Sortimentsgestaltung und Aufbewahrung, Plakate, Kleinanzeigen, Informationsbulletins, aber auch Tonkassetten für den Einsatz in Großraumläden. Die Aktion ist so angelegt, daß sich im Herbst nächsten Jahres ein Informations- und Versorgungsschwerpunkt bildet.

Vom Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge, Otto Niederhauser, in Auftrag gegebene Studien konnten nachweisen, daß die Notvorratshaltung in den Haushaltungen nach Abschluß der Kampagne 1979 besser war als vorher. Die allgemeine Einstellung der Produzenten und Händler, so wurde kommentiert, sei äußerst positiv . . .

(Neue Zürcher Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Warmhaltebeutel für Infusionslösungen

Für Infusionslösungen ist in der Therapie eine konstante Temperatur von + 25 bis 30 Grad Celsius erwünscht. Bei der üblichen Lagerung von Infusionslösungen in Rettungsfahrzeugen oder Notfallkoffern sind zwangsläufig oft niedrigere Temperaturen gegeben. Bei Verwendung außerhalb der Rettungsfahrzeuge in kalter Umluft ist eine weitere Abkühlung der Infusionslösungen zu erwarten.

Es ist immer damit zu rechnen, daß Notfallpatienten nicht sofort abtransportiert werden können und Infusionen im Freien gegeben werden müssen. Es ist dann nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß bei der Applikation von Infusionslösungen bei vital gefährdeten Notfallpatienten unter Rettungseinsatzbedingungen zusätzliche Schäden entstehen.

Jetzt wurde deshalb ein Warmhaltebeutel für alle Volumenersatzmittel und Elektrolytlösungen entwickelt. Infusionslösungen können mit dem neuen Warmhaltebeutel vor einer weiteren Auskühlung – insbesondere während der Infusion – entsprechend geschützt werden. Die Temperatur der Lösung bleibt gleichmäßig erhalten, es setzt erst nach längerer Zeit ein langsamer Temperaturabfall ein.

Für den Warmhaltebeutel wurde ein Spezialverbundmaterial verwendet, das innen mit einer hochwirksamen Spiegelreflexschicht versehen ist. Der Beutel hat durch dieses Material die Eigenschaft zu isolieren und die vorhandene Eigenwärme der Lösung zu reflektieren. Der Warmhaltebeutel ist ca. 330 x 170mm groß. Es ist für Glasflaschen und Plastikampullen gleichermaßen geeignet. Er ist federleicht, strapazierfähig, auf kleinsten Raum zusammenzufalten und für den Dauergebrauch geeignet.

An beiden Enden des Warmhaltebeutels befindet sich ein Klettenverschluß. Auf einer Seite ist dieser Verschluß nur ca. 25mm breit zum Durchstecken der Aufhängevorrichtung der Infusionsflasche. Besitzt die Flasche keine Aufhängevorrichtung, so kann man den Beutel an einem vorhandenen Bügelband an der ge-

genüberliegenden Breitseite aufhängen. Das System ist also „beidseitig“ verwendbar. An einer Längsseite ist ein Sichtstreifen eingearbeitet, der das Überwachen der Infusion ermöglicht.

Mobiles Koch- und Bratcenter

Ein renommierter Hersteller von Groß-, Restaurant- und Feldküchen – letztere für den militärischen Bereich – hat nun Anhängerküchen auf den Markt gebracht, die für die im Katastrophenschutz mitarbeitenden Organisationen nicht uninteressant sein dürften. Die Küchen werden in verschiedenen Größen angeboten. Das kleinste Modell kann aufgrund seines geringen Eigengewichts von jedem PKW gezogen werden, das größte Modell ist geeignet, bis zu 600 Personen zu versorgen. Die Bedienung des „mobilen Koch- und Bratcenters“ ist nach Aussagen des Herstellers so einfach, daß auch ein ungeschulter Hobby-Koch damit zurechtkommt.

Das mittlere Modell, mit dem man z. B. 400 Portionen Eintopf kochen kann, ist wie folgt ausgestattet: Zwei doppelwandige Kochkessel, die je 125 Liter fassen; statt dieser Kessel kann ein 430 Liter fassender Wasserbad-Dampfkochkessel eingehängt werden, das Kochgut in ihm wird bis zu 106 Grad heiß. Alle doppelwandigen Kochkessel sind mit Entleerhähnen ausgestattet und haben hermetisch schließende Deckel. Um einen möglichst hohen Wirkungsgrad und eine energiesparende Ausnutzung des Brennstoffes zu erreichen, sind die Kochkessel mit speziellen Wärmeübertragungsrippen an den Heizflächen ausgestattet.

Statt einer gußeisernen Herdplatte können folgende Teile lose eingehängt werden: ein einwandiger Kochkessel mit 70 Liter Fassungsvermögen und ein 430 Liter fassender Kessel mit abnehmbarem Deckel, oder ein Bratkessel mit verstärktem Boden mit einem Inhalt von 55 Litern und der o. g. 430-Liter-Kessel, oder zwei Wärmebehälter mit je 15 Litern Inhalt und der 430-Liter-Kessel. Ferner ist ein Backofen fest eingebaut. Alle Kessel sind aus rostfreiem Edelstahl gefertigt. Jedem Kochkessel ist eine entspre-



chende Feuerungseinrichtung zugeordnet. Hier stehen zwei Brennersysteme zur Verfügung. Einmal ein Vielstoffbrenner für flüssige Brennstoffe (Benzin, Heizöl, Diesel, Kerosin, Petroleum) mit einer Leistung von 20000 kcal/h. Der Brenner ist als Kompaktbrenner ausgebildet, d. h. der Brennstofftank ist eingebaut. Der Brenner kann ohne Lösen von Schraubverbindungen ausgetauscht werden.

Das zweite System ist ein Flüssiggasbrenner, der stufenlos regelbar und mit einer thermoelektrischen Zündsicherung ausgestattet ist. Auch dieser Brenner ist ohne Lösen der Schraubverbindungen austauschbar. Die vier Gasbrenner der Küche sind durch Steck-Kupplungen und eine Ringleitung mit den Flüssiggasvorratsflaschen verbunden.

Wenn mit festen Brennstoffen geheizt wird, steht für jede Feuerung ein Umrüstsatz mit Gußteilen zur Verfügung, der mit wenigen Handgriffen eingebaut werden kann.

Das Gehäuse der Küche besteht aus stabilem Stahlblech mit Feuermänteln aus rostfreiem Edelstahl, die die Wärmebestrahlung isolieren. Die Küche mißt an den Deckplatten 1,65 x 1,65 Meter, wiegt 1000 kg, die Auflagelast beträgt leer rund 50 kg.

Pulver bindet Öl und Chemikalien

Über 40000 Chemikalien werden auf unseren Straßen transportiert und in Industrie- und Gewerbebetrieben verwendet. Laufen gefährliche Flüssigkeiten aus, muß in Sekunden über die richtigen Gegenmaßnahmen entschieden werden, wirksame Gegenmittel müssen zur Hand sein – ein bisher fast unlösbares Problem. Jetzt wurde ein Bindepulver entwickelt, das bei zahlreichen ausgelaufenen Chemikalien sekundenschnell wirkt, indem es die gefährlichen Flüssigkeiten sofort abbündet. Dann kann es zusammengekehrt und zur Vernichtungsanstalt oder Deponie gebracht werden.

Das neue synthetische Absorbens in Pulverform bindet das Fünffache seines Eigengewichts bei Ketonen, Laugen, Säuren, Aminen, Kohlenwasserstofflösungen, Chlorkohlenwasserstoffen, allen Ölen, Fahrzeug- und Düsenflugzeugkraftstoffen, Kunststoffmonomeren, Druckerei- und Anstrichfarben, Polyalkoholen, Ester, Salzlösungen, radioaktiven Flüssigkeiten usw. Der Chemikalienbinder kann auch auf Gewässern eingesetzt werden. Das ungewöhnliche Pulver ist selbst völlig ungefährlich für Mensch und Umwelt, arbeitshygienisch unbedenklich und kann rückstandslos vernichtet werden.

Neue Bücher

Realität Krise

Von J. Kurt Klein
Elemente der psychologischen Lage in Krisenzeiten der Bundesrepublik Deutschland
Reihe Zivilschutz – Band 13
Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz, Schriftleitung: Carl Maier
Mönch Verlag, Koblenz – Bonn

Die Untersuchung geht von der Annahme aus, daß die Bundesrepublik nicht für alle Zeiten im „Windschatten“ internationaler Krisen bleiben wird, sondern sich auch vor Situationen gestellt sieht, die sich möglicherweise zu nationalen Existenzkrisen ausweiten können. Politische Vorsorge und Krisenmanagement gehören deshalb zu den wichtigsten Aufgaben jeder Staatspolitik. Unter diesem Gesichtspunkt werden die psychologischen Problemstellungen untersucht, die sich aus möglichen künftigen Krisen ergeben können oder müssen.

Die Aussagen, zu denen der Verfasser kommt, stellen – soweit sie die „kommunikationspsychologische Allgemeinslage“ betreffen, eine Herausforderung für den Politiker dar, ebenso die Ausführungen über die wahrscheinlichen und möglichen Beeinflussungsfaktoren. In höchst konzentrierter Form werden die Krisenhaltungen verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht und die entsprechenden politischen Reaktionen empfohlen. Im Zentrum der Überlegungen steht immer der Schutz der Zivilbevölkerung.

Abwehrender Brandschutz

Von Kurt Ehmann
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Es ist sicher unbestritten, daß sich der abwehrende Brandschutz in den letzten 30 Jahren geradezu rasant entwickelt hat. Die durch zum Teil neuen Gefahren bedingten Anforderungen an den abwehrenden Brandschutz bedingten zwangsläufig eine gesteigerte Schlag-

kraft der Feuerwehren, vor allem der Stützpunktfeuerwehren. Die Industrie entwickelte neue Sonderlösch- und Hilfeleistungsfahrzeuge, die Feuerwehren wurden mit Sprechfunk und schwerem Atemschutz ausgerüstet. Mit der Entwicklung konnten die Feuerwehren nur Schritt halten, weil laufend Anstrengungen zu einer ausreichenden Ausbildung und Ausrüstung gemacht wurden.

Doch die neu ergangenen Ausbildungsanweisungen, Ausbildungsrichtlinien und Vorschriften können nur bei konsequenter, laufender Schulung die Effektivität steigern. Um hier Hilfestellung zu geben, wurde dieses Fachbuch zusammengestellt, welches in alphabetischer Folge alle Begriffe der Vorschriften zusammenfaßt. Es gibt stichwortartige Erläuterungen zu diesen Begriffen des abwehrenden Brandschutzes.

Feuerwehr-Grundlehrgang

Von L. Schott / M. Ritter
Wenzel-Verlag, Marburg

Hier wird ein kleines, preiswertes Handbuch aus der Praxis für die Praxis vorgelegt, von zwei Feuerwehrmännern geschrieben, die selbst als Ausbilder von Feuerwehrleuten tätig sind.

Für jeden verständlich, unterstützt durch viele Bilder und Skizzen, wird hier alles dargestellt und erklärt, was der junge Feuerwehr-Anwärter wissen muß. Darüber hinaus ist das Büchlein jedem zu empfehlen, der mit dem abwehrenden Brandschutz zu tun hat.

Das handliche Format von 10 × 15 cm erlaubt es, diese wertvolle Unterlage beim Ausbildungsdienst mit sich zu tragen. Ein Handbuch, welches dem Feuerwehrmann und Helfer im Brandschutz überaus wertvolle Dienste leistet.

Transport gefährlicher Güter

Von Dr. Otto Widetschek
Gefahren, Verhaltensmaßnahmen und Erste Hilfe bei Unfällen
Reihe Sicherheitsfachbücher, Band 1
Leopold Stocker Verlag, Graz – Stuttgart

Der technische Fortschritt unserer Zeit hat zweifelsohne auch Probleme mit sich gebracht, die negative Auswirkungen auf unser Leben haben können oder gar zur Bedrohung werden. Eines davon sind die möglichen Gefahren

durch den Transport gefährlicher Güter. Selbst dann, wenn man von direkten Katastrophenrisiken absieht, bleibt noch eine große Anzahl indirekter Gefahren bestehen. Dazu zählen z. B. die Vergiftung des Bodens – und damit des Grundwassers, die Vergiftung der Luft – und damit die Vergiftung unserer Lebensbasis.

Ausgehend von der allgemeinen Darstellung anhand von Unfallbeispielen zählt der Verfasser die Gefahren und Schutzmöglichkeiten auf. Dem Verbrennungs- und Löschvorgang ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. Kapitel 5 erläutert die Kennzeichnungssysteme. Einsatztaktik und Einsatzmaßnahmen sowie Sofortmaßnahmen bei bestimmten Stoffgruppen werden ebenso ausführlich behandelt wie die Erste Hilfe und allgemeine Folgerungen. Ein Register erleichtert die Benutzung dieses Buches.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Taschenkalender für die Feuerwehr – 1981 – (7 Landesausgaben)
32. Jahrgang
Herausgegeben vom Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Gerdemann/Korbmann/Stramka Krankentransport und Rettungswesen
10. Ergänzungslieferung,
Stand September 1980
Verlag Erich Schmidt, Berlin – Bielefeld – München

Die vorliegende Ergänzung enthält – neben den Stationsdaten der Rettungshubschrauber 1 bis 10 – wesentliche Ergänzungen und Aktualisierungen, so für einige Länder eine Aufstellung der Luftrettungsgebühren und für Rheinland-Pfalz ein Rundschreiben „Standorte Notarztwagen“.

Töpfer/Lind Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland
Loseblattsammlung,
55. und 56. Ergänzungslieferung
Stand 1. Mai 1980
Verlag R. S. Schulz, Percha am See

Die Roten Hefte – Lehrschriften für den Feuerwehrmann
Heinrich Schläfer:
Feuerwehreinsatz bei Kraftfahrzeug-Unfällen (2. Auflage)
Mit Zeichnungen von Josef Würh
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz



Arbeiter-Samariter-Bund

„Gesetzgeber gefährdet soziale Dienste“	1/51
15 Jahre den ASB geführt	1/51
ASB begrüßte sein 100000. Mitglied	2/49
25000 Mark für Nicaragua	3/49
Schnelle Hilfe durch ASJ	4/51
Der Telebus läuft und läuft und . . .	5/51
Katastrophenschutz ohne Freiwillige nicht möglich	7-8/67
Rettungswesen vorbildlich in Europa	9/59
Der ASB im Sanitätsdienst	10/57
Spitzengespräch zwischen ASB und BMI	11/49
ASB legt Broschüre zum Katastrophenschutz vor	11/49
ASB-Hilfszüge im süditalienischen Erdbebengebiet	12/56

Johanniter-Unfall-Hilfe

Der Arzt im Katastrophenfall – was kann er tun, wo ist er am nützlichsten?	1/53
JUH in aller Welt	2/51
Ärztetag der JUH	3/51
JUH im Kampf gegen Bluthochdruck	5/53
Erste-Hilfe-Ausbildung für Laien Teil 1	6/53
Bei vielen Einsätzen bewährt	7-8/69
Erste-Hilfe-Ausbildung für Laien Teil 2	9/61
Wechsel in der Bundesgeschäftsführung der JUH	10/60
JUH betreut Quarantänestation in Baesweiler	11/51
JUH im Einsatz in Süditalien	12/57

Malteser-Hilfsdienst

Hilfskrankenhaus einsatzmäßig aufgebaut und in Betrieb genommen	1/55
Bundespräsident Carstens informierte sich über das Wirken der Malteser	2/54
Der MHD berichtet aus Südostasien	3/53
MHD plante Evakuierung minutiös	4/55
Aus dem Jahresbericht des MHD	5/55
MHD-Einsatz in Thailand	6/55
DCV und MHD leisten Flüchtlingshilfe	7-8/71
Somalia: Hintergrund und derzeitige Lage	9/63
25 Jahre MHD in Bayern	10/61
Die Bedeutung der Notfallmedizin für den Katastrophenfall	11/53
Papst Johannes Paul II. besuchte die Bundesrepublik	12/59

Deutscher Feuerwehrverband

2. Internationale Jugendfeuerwehrwettkämpfe in Österreich	1/57
Neue Richtlinien für den Mitgliedsausweis der Deutschen Jugendfeuerwehren	3/58

Die Repräsentanten unseres Staates beim 25. Deutschen Feuerwehrtag	5/57
25. Deutscher Feuerwehrtag in Hannover: „Das deutsche Volk ist stolz auf Sie!“	6/11
Evolution, nicht Revolution	6/16
Interschutz 80 – Der rote Hahn	6/18
Keine Ausrüstungspflicht für PKW mit Autofeuerlöschern vorgesehen	6/58
Musikalisch und sportlich um die Wette	7-8/73
Dank den Organisatoren des 25. Deutschen Feuerwehrtages in Hannover 1980	9/65
Standort und Aufgaben der Deutschen Feuerwehren	10/63
Brandschutzforschung auf neuen Wegen	11/55
Feuerwehrstatistik 1979	12/61
Satzungsänderungen beschlossen	12/63
Erweiterter Katastrophenschutz bleibt vorrangig	12/64

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Über die Tragfähigkeit von Eisdecken	1/59
Bundespräsident Prof. Karl Carstens zu Besuch beim DLRG-Bezirk Nordheide	2/59
Neujahrsschwimmen im Rhein	3/59
DLRG-Erfolgsbericht 1979	4/59
DLRG auf der „Caravan und Boot“	4/59
Probleme freiwilliger humanitärer Hilfeleistung in der Gesellschaft	5/59
Aus- und Fortbildung im Rettungsschwimmen als Prophylaxe gegen Ertrinkungsunfälle	6/59
Schwimmen und Alkohol	7-8/75
Oldenburg 1980 – Bilanz und Perspektiven	9/67
Die DLRG wählt neues Präsidium	10/67
Eine positive Bilanz dreijähriger Arbeit	11/59
Katastrophenschutz: DLRG Hessen erhält neues Gerät	12/65

Warndienst

WD-Leitmeßstelle 81 in neuen Räumen	1/50
2500 Bürger besichtigten das Warnamt II	2/47
Brunnenbau mit Hindernissen	3/47
Verwaltungsdirektor Frhr. von Neubeck verabschiedet	4/49
Gedanken zum Thema „Übungen“	4/50
Erprobung der verkürzten Ausbildung für Helfer des Warndienstes	5/49
Warndienstübung „NATEX 80“ im Warnggebiet VII	6/50
Warnmöglichkeiten durch Sirenen im Warnggebiet VII	7-8/65
Erfahrungsaustausch über Grenzen hinweg	9/58
Erstmalig geprobt: Räumung des Warnamtsbunkers	10/56
Sternfahrt nach Nürnberg	11/48
Neuer Referent für den Warndienst im BMI	12/53
Das Warnggebiet V stellt sich vor	12/53

Bundesverband für den Selbstschutz

BVS-Helfervertretung: Sorgen der Helfer ausführlich diskutiert	1/32
Neue BVS-Ausstellung: Schutzraum – Ihre Sicherheit	2/4
BVS-Lehrfilm für landwirtschaftliche Betriebe	5/5
„Harte Nüsse“ für Fußgänger	5/29
BVS und Helfervertretung aktuell	5/34
Bundeskanzler Helmut Schmidt besuchte BVS-Ausstellung	10/5
Bergung im Selbstschutz	11/U 4
Innenminister Gries besuchte BVS-Dienststelle Kassel	12/30
Bundesinnenminister Baum in Ulm	12/34

Vorsorge

Bundesrat stimmt Feuerschutzsteuergesetz zu	1/5
Der Katastrophen- und Selbstschutz in Betrieben und Behörden	1/21
Verbundleitungen und Verbundsysteme Teil 1	1/27
Brandrauch-Detektoren	1/U 3
Verbundleitungen und Verbundsysteme Teil 2	2/24
Brandabschnitte und Feuerschutzabschnitte	2/U 3
„Sicherheitsfibel“ gegen Kinderunfälle	4/3
Verstärkte Maßnahmen zum Schutz vor Umweltkatastrophen	4/21
Notverpflegung-Komprimat	5/U 3
Damit das kostbare Naß jederzeit fließen kann	6/28
Brandmeldezentralen auch für kleinere Bereiche	6/63
„Blanker Hans“ ohne Chance	7-8/20
Katastrophen kennen keine Grenzen	7-8/30
Bundestagsabgeordnete fragen	9/U 2
Safety first – auch im Katastrophen- und Selbstschutz	9/U 3
Warnung und Information der Bevölkerung ist planmäßig vorbereitet	10/7
Safety first – auch im Katastrophen- und Selbstschutz	10/U 3
Rheinland-Pfalz: Broschüre informiert über Verhaltensregeln im Notfall	11/2
Nordrhein-Westfalen: Sonderschutzpläne für Umgebung kerntechnischer Anlagen für jedermann einsehbar	11/2
Innenministerkonferenz beschloß Empfehlungen zum Katastrophenschutz	12/2
Safety first im Bergungsdienst	12/U 3
Der Zivilschutz muß verbessert werden	12/25

Organisationen

Intern. Luftrettungskongreß des ADAC	3/3
DGzRS legt Jahresbericht 1979 vor	4/U 2

Neuer Geschäftsführer bei der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin	4/3
Bundesinnenministerium und DRK trafen Vereinbarung über DRK-Hilfszug	5/7
DRK-Präsident Walter Bargatzky wurde 70	5/8
Neuer Seenotrettungskreuzer für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger	7-8/8
NRW-Innenminister Dr. Schnoor empfing Vertreter der Hilfsorganisationen und der Feuerwehr	12/16

Rettungsdienst

Bilanz der Rettungshubschrauber-Einsätze im Jahre 1979	1/2
Bombe vertrieb 1700 Menschen aus ihren Wohnungen	1/7
Jahresbilanz der Luftrettungsstaffel Bayern	3/2
Hubschrauberrettung in Europa: Nur selten Hilfe aus der Luft	7-8/6
1. Bundeskongreß der Rettungssanitäter	7-8/7
In kürzester Zeit ein funktionsfähiges Luftrettungssystem aufgebaut	10/U 2

Humanitäre Hilfe

Katastrophen-Hilfsabkommen mit Frankreich ratifiziert	2/U 2
Auch diesseits der Grenze erinnert der Geschützdonner täglich an den Krieg	4/19
Hunger, Krankheit, Angst	5/23
Flüchtlingseiland in Somalia	6/23
Humanitäre Hilfe der Bundesregierung im Ausland	7-8/23
Ein 12-Millionen-Volk kämpft ums Überleben	7-8/38
Neuer Flüchtlingsstrom in Afrika	10/17
Humanitäre Hilfe ist ein Ausdruck spontaner Solidarität des deutschen Volkes	12/13

Zivile Verteidigung

„Der Schutz der Zivilbevölkerung ist unerlässlich“ – Carl Friedrich von Weizsäcker	1/U 2
Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz waren die Themen zahlreicher Anfragen – Aus dem Deutschen Bundestag	2/17
Die Neuregelung des Zivilschutzes im Völkerrecht	2/21
Zivile Verteidigung heute	3/8
Zivile Verteidigung in Ost und West	4/7
Frage nach dem Stellenwert der Zivilen Verteidigung	5/6
Carl Friedrich von Weizsäcker: Hundert Mark pro Kopf und Jahr	5/9
Auch Zivilverteidigung dient der Friedenssicherung	5/17
Carl Friedrich von Weizsäcker: Ein Plädoyer für den Zivilschutz als humanitäre Notwendigkeit	6/6
Rahmenrichtlinien für die zivil-militärische Zusammenarbeit	7-8/9
Lücken auf dem Gebiet des Zivilschutzes	7-8/28
Debatte im hessischen Landtag über Zivilverteidigung,	
Zivilschutz und Katastrophenschutz	7-8/34
Der Bundespräsident besuchte die Katastrophenschutzschule des Bundes	9/8
Grundlagen der zivilen Verteidigung	9/17

CDU Hessen stellt Thesen zur zivilen Verteidigung auf	10/27
Die Entwicklung des Zivilschutzes von 1977 bis 1980	11/4

Katastrophen

Mindestens 50 Tote bei Erdbeben auf den Azoren	1/3
Frühjahrshochwasser 1980	2/5
Bretonische Küste erneut von Ölkatastrophe betroffen	3/4
„Wir waren gefangen wie in einer Rattenfalle“	4/5
Nach 120 Jahren Ruhe gewaltiger Vulkanausbruch	6/4
Ein fast „normales“ Hochwasser	6/26
Bombenanschlag in München forderte Tote und Verletzte	10/3
Erdbebenkatastrophe in Südtalien	12/8

Katastrophenschutz

Betriebsstoffversorgung im Katastrophenschutz	1/18
Inhalt, Gegenstand und Aufgaben der Chirurgie im Katastrophenfall	2/53
Eine Dissertation über den Katastrophenschutz	3/20
Sicherstellung des materiellen Ergänzungsbedarfs im Katastrophenschutz	3/21
Rationalisierungsvorschläge zur Triage und Registrierung von Katastrophenopfern	3/28
Bundeswehr im Katastropheneinsatz	3/U 3
Die Helfer im Katastrophenschutz erfüllen eine soziale und humanitäre Aufgabe von hohem Rang	4/15
Gedanken zum Aufbau einer wirksamen Katastrophenschutzorganisation in der Bundesrepublik Deutschland	4/24
Schnellere und wirksamere Hilfe durch Koordinierung und Vorplanung	5/32
F.D.P. legt Katastrophenschutzgesetz für Rheinland-Pfalz vor	6/5
Katastrophenschutz-Zentrum der Landeshauptstadt Düsseldorf in Betrieb genommen	10/8
Der Katastrophenschutz wird weiter ausgebaut	10/16
Edler Wettstreit um die Sicherheit der Bevölkerung	10/22
Katastrophenschutzwoche in Berlin	11/10
Zusammenarbeit mit den niederländischen Katastrophenschutzbehörden	12/23

Technisches Hilfswerk

THW-Übung „Hessen 79“	1/45
Staatssekretär von Schoeler besuchte den THW-Landesverband	1/48
THW-Ehrenzeichen in Gold für Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher	3/5
„Unser Bereich ist nicht so mitgewachsen, wie es erforderlich ist“	5/13
22. August 1950: Geburtsstunde des THW	7-8/U 2
32. Auslandseinsatz des THW	9/27
THW-Landesweitkampf und Leistungsschau 1980 in Rheinland-Pfalz	10/13
Kölnler THW hält 32 Notbrunnen einsatzfähig	11/15
38 bayerische THW-Ortsverbände stellen Bereitschaftsgruppen	11/22
Staatssekretär Dr. Fröhlich beim Berliner THW	12/44

Technik

ABC-Schutzbekleidung Modell Zodiak	1/10
Das kombinierte Gas- und Partikelfilter KS 80	1/17
SAVE-Rettungswagen beim MHD in der Erprobung	1/56
Neuer Gasspürkoffer	1/63
Preßluftatmer BD 78 P	1/63
Das Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug für den ABC-Dienst im Katastrophenschutz	2/10
Voller Schutz vom Scheitel bis zu Sohle	2/63
Chemikalsauerstoff-Selbstretter	2/63
Atemschutzgerätekraftstätten	3/17
Verbessertes Kleinlöschgerät	3/63
Netzverbände mit hoher Elastizität	3/63
Automatisches Brandrettungsgerät	4/63
Neues Trockenlöschfahrzeug	4/63
Schrei stoppt Maschine	5/63
Der Notruf aus dem Handgelenk	5/63
Brandfeste Leitungen	5/63
Treffpunkt der Fachleute aus aller Welt: Interschutz 80	7-8/13
Neues Ölabsauggerät vorgeführt	7-8/79
Funk für Preßluftatmer	7-8/79
Einsatzleitreechner für die Feuerwehr	9/71
Brandrettungsgerät für die Feuerwehr	9/71
Neue Schwimmweste mit Radar-Reflexion	10/3
Der Funkkoffer	10/26
Brandschutzplatten für den vorbeugenden Brandschutz	10/71
Kompakte Sicherheitszentrale für den Notfall	10/71
SAVE in der zweiten Phase der Erprobung	10/U 4
Aufbau und Funktionsweise der Aggregate im Wasserverteilersystem des DMF	11/18
Geländewagen für Bergung, Transport und als Vorausfahrzeug	11/63
Abstecken verschiedener Winkel	11/U 3
Ein Blick in die Welt der Modellsammler und -bauer	12/20
Mobiles Koch- und Bratcenter	12/69

Katastrophenschutzübungen

Feuerwehren und Katastrophenschutz üben	
UKW-Sprechfunkbetrieb	4/23
2800 Helfer im Übungseinsatz in Köln	4/53
Hessen und Rheinland-Pfalz: gemeinsame Katastrophenschutzübung	5/4
Zivil-militärische Großübung im Regierungsbezirk Düsseldorf	6/4
ASB, DLRG, Feuerwehr und Flugrettung üben gemeinsam	6/51
THW, Feuerwehr und MHD üben	
Ölschadensbekämpfung	11/24
Papstbesuch in Köln: 3000 Helfer im Einsatz	12/3
Katastrophenschutzübung der Stadt Gelsenkirchen	12/18

Schutzraumbau

MdB Gerster fragt nach Mitteln für Mehrzweckanlagen	1/6
Abschreibungsfähige Höchstbeträge für Schutzräume erhöht	2/2
Ein Schutzraumplatz für Karl den Großen	3/24
Dregger: Schutzbaupflicht muß wieder eingeführt werden	4/2
Schutzraumbau: Chance zum Überleben	6/61
Baden-Württemberg: Schutzräume künftig in allen Neubauten des Landes	9/3
Ein Schutzraum für 20 Personen fix und fertig ab Werk	10/20

Jürgen Lampe

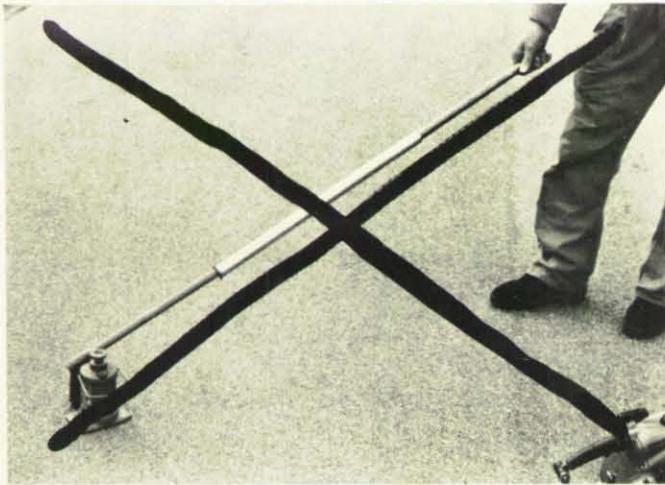
Safety first – im Bergungsdienst

Das Minimagazin

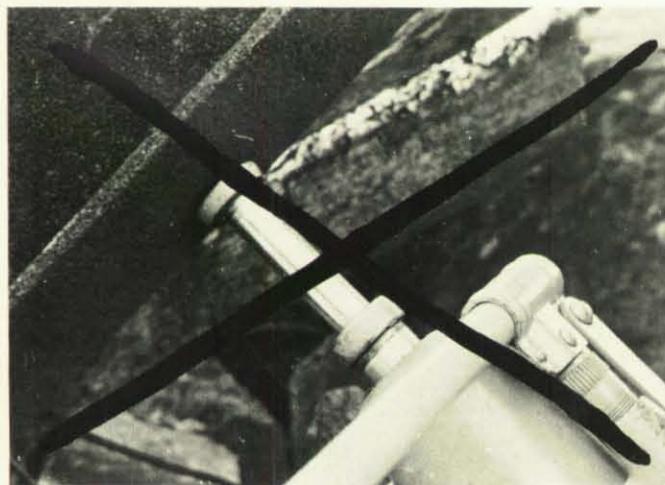
Hinweis: Die jeweiligen Ziffern in Klammern beziehen sich auf die BVS-Dienstvorschrift III und zeigen die Fundstelle auf.



Sicherheitshinweis Nr. 7:
Es ist verboten, mit den Händen unter eine angehobene Last zu greifen (BVS-DV III Nr. 4.4.1).

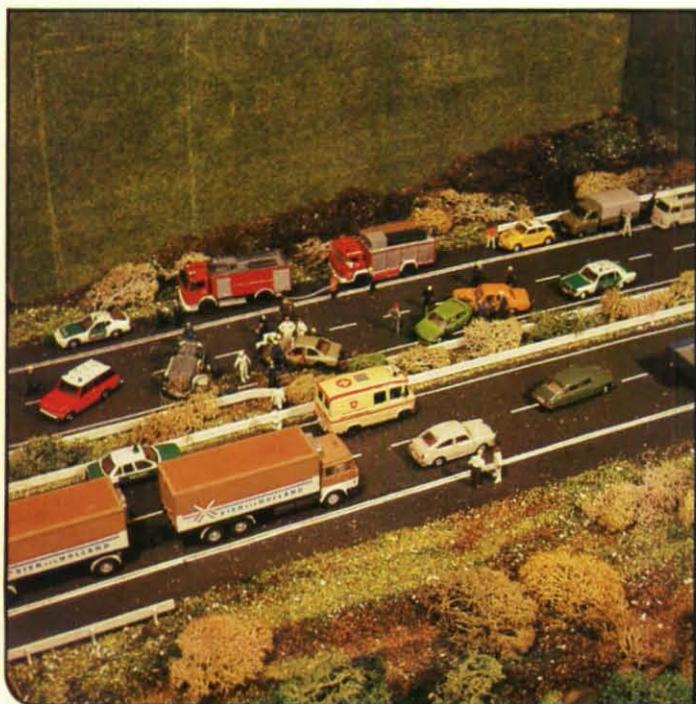
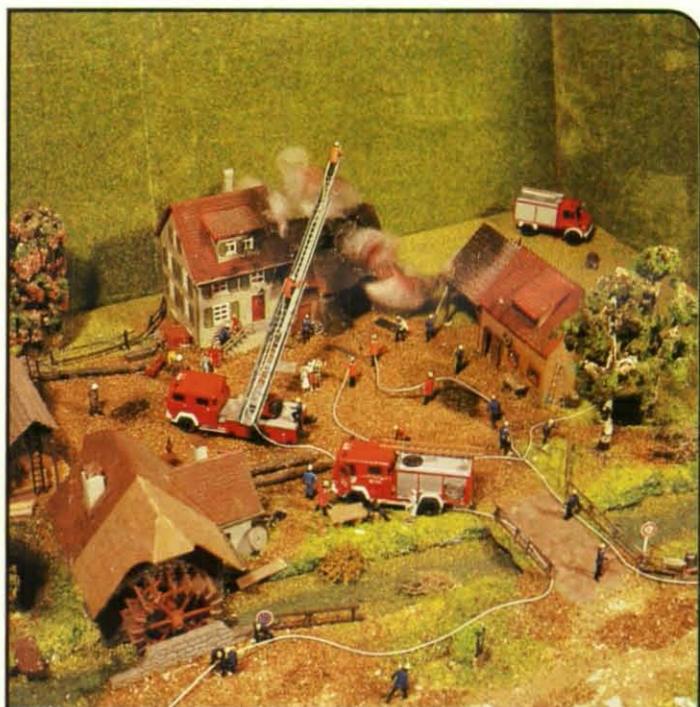
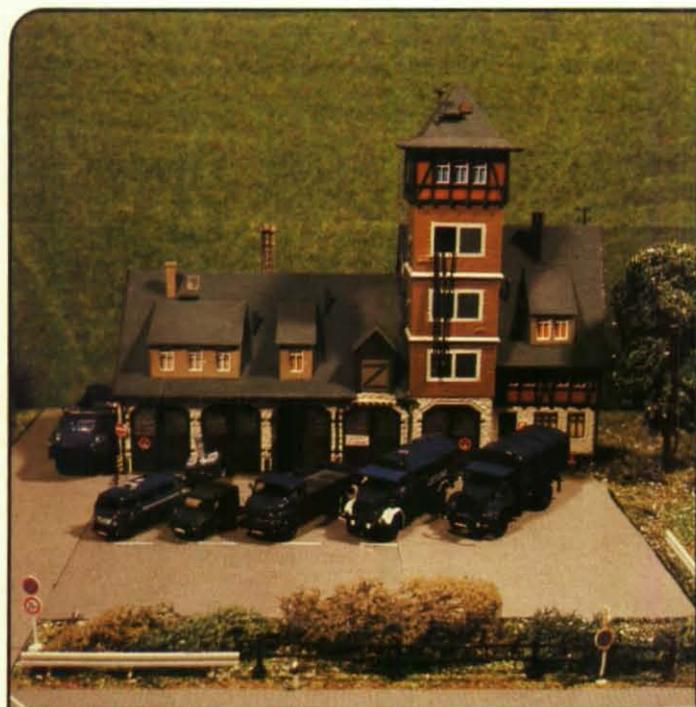


Sicherheitshinweis Nr. 8:
Beim Öldruckheber ist das Verlängern des Hebelrohres verboten (BVS-DV III Nr. 4.4.2.4).



Sicherheitshinweis Nr. 9:
Glatte Ansatzstellen des Öldruckhebers sind durch Zwischenlagen (Holz, Gummi) rutschsicher zu machen (BVS-DV III Nr. 4.4.2.4).

Wenn es auf den Millimeter ankommt



Auf der „Interschutz 80“ in Hannover hatten die Fachleute nicht nur Gelegenheit, die neuesten technischen Entwicklungen für den Brand- und Katastrophenschutz zu begutachten – manches Herz schlug auch höher angesichts der Schau zahlreicher Modelle, von Sammlern liebevoll in naturgetreue Szenen gesetzt. Die Ausstellungsstände, an denen die Einsatzfahrzeuge der Hilfsorganisationen ebenso wie die Modelle historischer Mobile vertreten waren, wurden stets dicht umlagert. Oft wurde heiß diskutiert über Fahrzeugdetails, stets war man auch dankbar für Ratschläge, wie die in Schadensmodellen zusammengefaßten Fahrzeuge einsatztaktisch richtig zu plazieren sind.

Unter den Ausstellern befand sich auch Wolfgang Jensch aus Oberkirch in Baden, der mittlerweile mehr als 300 Modellfahrzeuge und verschiedene Einsatzdarstellungen zu seiner Kollektion zählt. Mit wieviel Liebe, Zeit und auch finanziellem Aufwand mancher Sammler seinem Hobby frönt, läßt sich oftmals gar nicht auf den ersten Blick ermessen – unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite beweisen, daß Fachwissen, Spaß am Detail und sicherlich Geschick und Ausdauer einen Modellsammler auszeichnen. Wolfgang Jensch, engagierter Konstrukteur der hier gezeigten Modelle, gab dem Zivilschutz-Magazin einen Einblick in die Welt der Modellsammler und -bauer; wir berichten über dieses Hobby, bei dem es noch auf den Millimeter ankommt, in dieser Ausgabe.